

 14. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

8. & 9. Juni 2009
Hannover Congress Centrum

Kongresskatalog

Schutzgebühr: 15 €

Herausgeber

DPT – Deutscher Präventionstag
gemeinnützige GmbH
Am Waterlooplatz 5 A
30169 Hannover

Telefon: 05 11 - 2 35 49 49

Fax: 05 11 - 2 35 49 50

E-Mail: dpt@praeventionstag.de

Internet: www.praeventionstag.de

Redaktion, Satz und Layout

Karla Schmitz & Kathrin Geiß

Druck

Hahn-Druckerei, Hannover

Hannover, Mai 2009

Inhaltsverzeichnis

	Seite
DPT & Partner	
- Partner	5
- Organisation	29
Gutachten	
- Dr. Wiebke Steffen	37
Plenen	
- Eröffnungsplenum	114
- Abschlussplenum	115
Vorträge	
- Schwerpunktthema	116
- Offenes Forum	149
- Internetforum	193
- 3rd Annual International Forum for Crime Prevention	205
- DPT-Universität	217
Projektspots	
- deutsch	227
- englisch	295
Ausstellung	
- Infostände	301
- Sonderausstellungen	435
- Infomobile	445
Werkstatt	
- Filmforum	449
- Bühne	457
- Begleitveranstaltungen	465
Referenten	471

DPT & Partner

Partner

	Seite
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	6
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	7
Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)	8
Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt. Kinder sind unschlagbar.	9
DBH-Bildungswerk	10
Deutsche Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung und –vernachlässigung (DGfPI) e. V.	11
Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e. V.	12
Deutscher Familiengerichtstag	13
Deutscher Jugendgerichtstag (DVJJ)	14
Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)	15
Deutsches Jugendinstitut (DJI)	16
Deutschlandfunk	17
European Forum for Urban Safety (EFUS)	18
Evangelische Akademie Loccum	19
International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)	20
Klosterkammer Hannover	21
Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V.	22
Landeshauptstadt Hannover	23
Landespräventionsrat Niedersachsen	24
Österreichischer Präventionskongress	25
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	26
Stiftung Kriminalprävention	27
WEISSER RING e. V.	28

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist für all die Bereiche zuständig, von denen die Zukunft unserer Gesellschaft abhängt. Es geht um Chancengerechtigkeit und um Zusammenhalt - für Familien, zwischen Alt und Jung, zwischen Männern und Frauen, zwischen verschiedenen Familienformen und Menschen verschiedener Herkunft.

Die wichtigsten Aufgaben des BMFSFJ:

Das Familienministerium

- gestaltet Familienförderung (Kindergeld, Erziehungsgeld, Unterhaltsvorschuss, Mutterschutz)
- setzt sich für die Familieninteressen ein (z.B. im Steuerrecht, beim Wohngeld, in der Rentenversicherung)
- unterstützt Elternverantwortung (Elternzeit, Erziehungsgeld, familienfreundliche Arbeitswelt, Tagesbetreuung von Kindern)

Das Seniorenministerium

- fördert das selbständige Leben von Seniorinnen und Senioren
- unterstützt die qualitätsvolle Hilfe und Pflege im Alter
- verbessert die gesetzlichen Rahmenbedingungen z.B. durch das Altenpflegegesetz und das Heimgesetz

Das Frauenministerium

- erarbeitet federführend Bundesgesetze zur Durchsetzung der Gleichstellung und nimmt entsprechend Einfluss auf die Gesetzesvorhaben anderer Bundesministerien
- fördert die Gleichstellung von Frauen in Politik, Gesellschaft und Arbeitswelt
- bekämpft Gewalt gegen Frauen

Das Jugendministerium

- betreut federführend das Kinder- und Jugendhilfegesetz und das Jugendschutzgesetz
- nimmt die Interessen von Kindern und Jugendlichen in allen Politikbereichen, vor allem im Bildungs-, Gesundheits- und Arbeitsmarktbereich wahr
- unterstützt und fördert überregionale und bundeszentrale freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe
- wirkt bei der Weiterentwicklung und Umsetzung der europäischen Jugendprogramme mit

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) nimmt seit ihrer Gründung im Jahr 1967 als Fachbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Aufgaben der Prävention und Gesundheitsförderung wahr. Als Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung entwickelt sie mit Kooperationspartnern Strategien zur gesundheitlichen Aufklärung und Prävention und setzt diese in Kampagnen und Maßnahmen um. Auf der Grundlage ihrer Kompetenzen in der erfolgreichen Durchführung bevölkerungsweiter Kampagnen und der Qualitätssicherung von Prävention und Gesundheitsförderung trägt die BZgA maßgeblich zur Erreichung nationaler Präventionsziele bei.

Die thematischen Prioritäten sind Aids-Prävention, Suchtprävention, Sexualaufklärung und die Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Im Schwerpunkt wendet sich die BZgA mit ihren Maßnahmen vor allem an die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen.

Infos zu ausgewählten Themen und Kampagnen erhalten Sie unter:

www.gib-aids-keine-chance.de
www.sexualaufklaerung.de
www.drugcom.de
www.bist-du-staerker-als-alkohol.de
www.rauch-frei.info
www.rauchfrei-info.de
www.gutdrauf.net
www.kinderstarkmachen.de
www.kindergesundheit-info.de
www.fruehehilfen.de

Kontakt

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
Ostmerheimer Straße 220
51109 Köln
Tel.: 0221 – 89 92 0 (Zentrale)
Fax: 0221 – 89 92 300
E-Mail: poststelle@bzga.de
Internet: www.bzga.de

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern | Die Bundeszentrale für politische Bildung

Im Zentrum der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb steht die Förderung des Bewusstseins für Demokratie und politische Partizipation. Aktuelle und historische Themen greift sie mit Veranstaltungen, Printprodukten, audiovisuellen Produkten und durch Online-Angebote auf. Veranstaltungsformate der bpb sind Tagungen, Kongresse, Festivals, Messen, Ausstellungen, Studienreisen, Wettbewerbe, Kinoseminare und Kulturveranstaltungen sowie Events und Journalistenweiterbildungen. Das breit gefächerte Bildungsangebot der bpb soll Bürgerinnen und Bürger motivieren und befähigen, sich kritisch mit politischen und gesellschaftlichen Fragen auseinander zu setzen und aktiv am politischen Leben teilzunehmen. Aus den Erfahrungen mit diktatorischen Herrschaftsformen in der deutschen Geschichte erwächst für die Bundesrepublik Deutschland die besondere Verantwortung, Werte wie Demokratie, Pluralismus und Toleranz im Bewusstsein der Bevölkerung zu festigen.

Die unterschiedlichen Bildungsangebote der bpb vermitteln Einblicke in die historischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge politischer, kultureller, sozialer sowie wirtschaftlicher Prozesse. Ihre Aufgabe erfüllt sie in eigener gesellschaftspolitischer, pädagogischer und publizistischer Verantwortung. Sie ist überparteilich und wissenschaftlich ausgewogen. Die bpb hält besondere Angebote für Lehrerinnen, Lehrer und Personen in der Bildungs- und Jugendarbeit bereit. Jugendliche und junge Erwachsene spricht sie mit altersgemäßen Themen und Medien direkt an. Im Zeitalter der Mediengesellschaft macht sich die bpb moderne Kommunikationsmethoden zu eigen und verfolgt einen crossmedialen Ansatz. Sie stellt sich den Anforderungen nach schneller und fundierter Information: Mit ihren Bildungsangeboten und speziellen Online-Produkten greift sie aktuelle gesellschaftliche sowie politische Ereignisse und Debatten auf.

Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt. Kinder sind unschlagbar.

Kinder brauchen ein geschütztes Umfeld, um zu eigenständigen und selbstbewussten Persönlichkeiten heranzuwachsen. Die gemeinnützige Stiftung „Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt“ will alle gesellschaftlichen Kräfte bündeln und dazu beitragen, dass junge Menschen in einer kinderfreundlichen Gesellschaft gewaltfrei aufwachsen können. Das Bündnis für Kinder unterstützt deshalb Projekte in Deutschland, die Gewalt gegen Kinder bereits im Vorfeld verhindern. Dazu gehören Projekte, die helfen, die Persönlichkeit von Kindern zu stärken, wie beispielsweise das Gewaltpräventionsprojekt Faustlos. Faustlos ist ein Projekt für Kindergärten und Grundschulen, durch das Kinder frühzeitig lernen, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Die Stiftung will zudem Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen, da starke Eltern und eine verlässlich-liebevolle Eltern-Kind-Bindung die beste Prävention gegen Gewalt und eine gute Basis für eine gesunde psychische und emotionale Entwicklung unserer Kinder darstellen. Daher fördert das Bündnis für Kinder Projekte wie beispielsweise die Elternkurse „SAFE - Sichere Ausbildung für Eltern“, „FamilienTeam“ und „Starke Eltern - starke Kinder“.

Wenn sich Eltern gerade nach der Geburt ihres Kindes entkräftet und erschöpft fühlen, bietet Ihnen die Stiftung das wellcome-Projekt an. Mit wellcome erhalten diese Familien individuelle, praktische und unbürokratische Hilfe von Ehrenamtlichen.

Engagieren auch Sie sich mit uns für ein gewaltfreies Aufwachsen junger Menschen in einer kinderfreundlichen Gesellschaft.

Kontakt:

Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt.

Winzererstr. 9

80797 München

Tel.: 089/ 1261 1200

E-Mail: info@buendnis-fuer-kinder.de

DBH-Bildungswerk

Das DBH-Bildungswerk will die im Bereich von Strafrechtspflege, Kriminalprävention und Kriminalpolitik haupt- und ehrenamtlich Tätigen fortlaufend über einschlägige und neue Erkenntnisse aus Praxis und Wissenschaft informieren und ihre Kompetenzen im Hinblick auf ihre Tätigkeit und das Agieren und Reagieren auf Kriminalität erweitern.

Das DBH-Bildungswerk

- informiert über neue Entwicklungen
- bietet Möglichkeit für Austausch, Diskussion und die Weitergabe von Erfahrungen
- qualifiziert durch Aus- und Weiterbildung
- entwickelt und erprobt neue Handlungsansätze
- berät und unterstützt in Fortbildungsfragen
- trägt bei zu einer sachgerechten Aufklärung der Öffentlichkeit
- beobachtet und analysiert internationale Entwicklungen
- fördert die ehrenamtliche Arbeit in der Straffälligen- und der Opferhilfe

Der Träger des Bildungswerkes – DBH – ist ein bundesweit und international tätiger Fachverband, der seinen Beitrag zur Tertiären Kriminalprävention leistet, in dem er

- die Praxis und Reform einer rechtsstaatlichen, sozialen Strafrechtspflege fördert,
- an der Beseitigung und Minderung von Ursachen, Erscheinungsformen und Folgeproblemen von Kriminalität arbeitet,
- die Wiedereingliederung von Strafgefangenen unterstützt,
- sich für Schadenswiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) einsetzt,
- durch fachlich fundierte Stellungnahmen Einfluss auf kriminal- und sozialpolitische Entwicklungen nimmt,
- das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement unterstützt und
- aktiv einen Beitrag zur Kriminalprävention leistet.

Kontakt

Internet: www.dbh-online.de

E-Mail: kontakt@dbh-online.de

Deutsche Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung und –vernachlässigung (DGfPI) e. V.

Wir sind ein gemeinnütziger Verein und anerkannter Träger der freien Jugendhilfe, der ca. 700 privaten Mitgliedern und Trägerinstitutionen aus dem gesamten Bundesgebiet ein Forum zum Austausch, zur Vernetzung und zur Weiterbildung bietet.

Wir verstehen uns als Interessenvertretung aller Berufsgruppen, die in ihrer täglichen Arbeit mit allen Formen von Vernachlässigung sowie emotionaler, körperlicher und sexueller Misshandlung von Kindern und Jugendlichen gesellschaftliche Verantwortung tragen.

Wir setzen uns in der Öffentlichkeit und der Politik aktiv für die Verbesserung des Kinder- und Jugendschutzes ein. Als nationale Partnerorganisation der ISPCAN (International Society For Prevention of Child Abuse and Neglect) fördern wir die nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation von Mädchen und Jungen in einem internationalen Kooperationsbündnis.

Unsere Tätigkeitsschwerpunkte:

- Professionalisierung von Fachkräften durch die Konzeption und Umsetzung wirkungsorientierter Fort- und Weiterbildungen – in Kooperation mit regionalen Mitgliedsinstitutionen.
- Etablierung multiprofessioneller Kooperationsbündnisse auf regionaler und überregionaler Ebene sowie zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Stellen durch die Installation und Unterstützung interdisziplinärer Arbeitsgruppen.

Werden auch Sie Mitglied bei der DGfPI und unterstützen Sie unsere Arbeit! Eine Mitgliedschaft schließt den Bezug unserer Fachzeitschrift und die ermäßigte Teilnahme an Fortbildungen ein!

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e. V.

Aufbau

Die Deutsche Sportjugend (dsj) ist die Jugendorganisation im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (DOSB). Sie ist der größte freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland.

Die dsj bündelt die Interessen von über 9,5 Millionen jungen Menschen im Alter bis zu 27 Jahren, die in über 90.000 Sportvereinen in der Bundesrepublik Deutschland organisiert sind.

Aufgaben

Die dsj will zur Persönlichkeitsentwicklung und einer aktiven Lebensweise junger Menschen beitragen, die Befähigung zum sozialen Verhalten fördern und das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen anregen und unterstützen.

Sie trägt zur internationalen Völkerverständigung durch Bildungsarbeit und Begegnungen bei und unterstützt den europäischen Einigungsprozess und tritt für Toleranz nach innen und außen ein.

In enger Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedsorganisationen und anderen gesellschaftlichen Kräften strebt die dsj zudem an, die Formen sportlicher und allgemeiner Jugendarbeit weiter zu entwickeln und damit einen Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher und jugendpolitischer Probleme zu leisten.

Funktion als Dachorganisation

Die dsj unterstützt und fördert das gesamte Spektrum der Kinder- und Jugendarbeit im und durch den Sport. Sie übernimmt dabei Koordinations-, Innovations- und Grundsatzaufgaben für die Kinder- und Jugendarbeit der Mitgliedsorganisationen.

Sie berücksichtigt in ihrer Arbeit insbesondere ihre Aufgaben als Jugendorganisation im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) und ist die Interessenvertretung ihrer Mitgliedsorganisationen auf Bundesebene. Darüber hinaus setzt sie sich für die Bedürfnisse und Anliegen aller sporttreibender junger Menschen ein.

Deutscher Familiengerichtstag

Familienrecht dient auch dem Schutz vor Gewalt in der Familie und im sozialen Nahbereich. Das Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Kindeswohlgefährdung vom 12.7.2008 ermöglicht einen raschen und effektiven Kinderschutz, aber auch ein Verfahren, das auf das erwachsene Gewaltopfer Rücksicht nimmt. Mit dem Inkrafttreten des neuen Familienverfahrensrechts am 1.9.2009 unterfallen außerdem alle Gewaltschutzverfahren der Zuständigkeit des Familiengerichts. Daran anknüpfend wird sich der Deutsche Familiengerichtstag auf seiner 18. Tagung, die vom 16. bis 19.9.2009 in Brühl stattfindet, in einem der 24 Arbeitskreise, der von einer Rechtsanwältin und einer Kriminalhauptkommissarin aus Berlin geleitet wird, des Themas Gewaltschutz annehmen. Die im zweijährigen Rhythmus traditionsgemäß in Brühl stattfindende Tagung, auf der Angehörige juristischer, psychologischer, psychiatrischer und sozialpädagogischer Berufe und nunmehr auch der Polizei Probleme interdisziplinär diskutieren, dient dem Ziel des Deutschen Familiengerichtstags, das Familienrecht weiter zu entwickeln, die Rechtsanwendung zu vereinheitlichen, die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu fördern und dieses Rechtsgebiet für die Betroffenen verständlich zu machen, um so dessen Akzeptanz zu fördern. Diesem Ziel dient aber auch die bestehende Kooperation mit dem Deutschen Präventionstag, aus der sich immer wieder neue Anregungen für die Arbeit des Deutschen Familiengerichtstags ergeben.

Deutscher Jugendgerichtstag (DVJJ)

Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ), Deutschlands Fachverband für Jugendkriminalrechtspflege, fördert die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den am Jugendstrafverfahren beteiligten Professionen und den fachlichen Diskurs zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik. Mit der Veranstaltung von Fachtagungen und Fortbildungen bietet die DVJJ Gelegenheiten für Vernetzung, Erfahrungsaustausch und Weiterbildung. Alle drei Jahre veranstaltet die DVJJ den Deutschen Jugendgerichtstag, die zentrale Tagung für alle Berufsgruppen, die am Jugendstrafverfahren mitwirken. Der 27. Deutsche Jugendgerichtstag fand im September 2007 in Freiburg statt und stand unter dem Motto „Fördern – Fordern – Fallen lassen: Aktuelle Entwicklung im Umgang mit Jugenddelinquenz“. Der kommende Jugendgerichtstag wird vom 11.09. bis 14.09.2010 in Münster stattfinden.

Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Das Deutsche Forum für Kriminalprävention wurde 2001 auf Initiative der Innenministerkonferenz (IMK) als gemeinnützige privatrechtliche Stiftung von Bund und Ländern gegründet. Ziel des Forums ist es, der Entstehung von Risiken für abweichendes Verhalten zuvorzukommen, der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zu gebieten, die durch Kriminalität entstehenden Schäden zu verringern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Die Stiftung sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Ihr Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen in Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren. Das DFK versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.

Das DFK setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein und möchte dazu beitragen, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Wissensbasierte Präventionsarbeit in den unterschiedlichen Handlungsfeldern und –ebenen wird durch

die Informationsangebote der Datenbank „**PrävIS-Web**“ sowie des Internetportals „**Wissen gegen Gewalt**“ - beide erreichbar über die Website www.kriminalpraevention.de - gefördert. Durch die finanzielle Unterstützung von Projektevaluationen verbessern sich die Qualitätsstandards der Präventionsarbeit in Deutschland. Auf einen Transfer wissenschaftlicher Erkenntnis in praktisches Handeln wird besonderer Wert gelegt.

Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) in München mit seiner Außenstelle in Halle ist ein überregionales, sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Es untersucht die Lebens- und Problemlagen von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern und Familien sowie die darauf bezogenen sozialstaatlichen Angebote zu ihrer Unterstützung. Neben der Forschung gehört die Beratung von Politik und Praxis zu den wesentlichen Aufgaben des DJI.

Ergänzend zu der in Form von repräsentativen Wiederholungsbefragungen durchgeführten Dauerbeobachtung des Wandels der Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien verfolgt das DJI in seinen Studien Fragestellungen, die sich auf aktuelle Entwicklungen, sozialpolitische Herausforderungen (aktuell z.B. Kindertagesbetreuung) sowie Problemlagen und -karrieren von Kindern und Jugendlichen beziehen. Ein weiterer Schwerpunkt sind wissenschaftliche Begleitstudien und Evaluationen vor allem von innovativen Praxiskonzepten. Mit den Arbeitsstellen in den Themenfeldern Kriminalprävention im Kindes- und Jugendalter, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung sowie dem geplanten Nationalen Zentrum für frühe Hilfen in Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) sowie der Konzeptstelle Evaluation in der Kinder- und Jugendhilfe bearbeitet das DJI aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

Kontakt

www.dji.de

Deutschlandfunk

Deutschlandfunk und Deutscher Präventionstag sind Medienpartner

Der Deutschlandfunk, das Informationsprogramm des Nationalen Hörfunks, ist Medienpartner des Deutschen Präventionstags. Im Deutschlandfunk sind Beiträge zu ausgewählten Themen und Programmpunkten des Kongresses vorgesehen.

Der Nationale Hörfunk bietet neben aktuellen Informationen zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Geschehen im In- und Ausland auch regelmäßig Sendungen zu sozialwissenschaftlichen Fragen, zu Jugendthemen, Bildung und Ausbildung. Als besonders prägnante Beispiele seien die Deutschlandfunk-Sendungen „Campus & Karriere“ (montags bis freitags 14:35 bis 15:00) und „PISApplus“ (samstags 14:05 bis 15:00) hervorgehoben. „Campus & Karriere“ ist das einzige bundesweite Radio-Magazin rund um Studium und Arbeitswelt. Es bietet fundiert recherchierte aktuelle Informationen, Tipps und Gespräche. „PISApplus“ ist ein Gesprächsforum mit Experten, das sich den vielfältigen Aspekten von lebenslangem Lernen widmet.

Zusätzliche Informationen zu vielen Sendungen gibt es unter www.dradio.de

Ebenso Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur zum Hören und in den meisten Fällen auch zum Nachhören. Wer flexibel bleiben möchte, ohne etwas zu verpassen, lässt sich per Abo Podcasts auf den Rechner schicken.

European Forum for Urban Safety (EFUS)

The European Forum for Urban Safety is an international non-governmental organisation established in 1987, in Barcelona, on the initiative of M. Gilbert Bonnemaïson under the auspices of the Council of Europe. This Paris based network gathers more than 300 European local authorities and aims to strengthen crime reduction policies and to promote the role of local authorities in national and European policies.

The European Forum serves as a think-tank and a place for dialogue and discussion. It provides opportunities for the exchange of know-how and practices on the basis of inter-city cooperation. Its activities help to stimulate and orient policies at local but also national and European level. It helps cities in their daily thinking and in improving the effectiveness of the action in the areas of prevention of urban insecurity and crime management.

The Forum is led by an Executive Committee of 21 cities, elected annually by the member cities of the Forum. National Forums have been created in France, Italy, Belgium, Luxemburg, Spain and Portugal over recent years. Since March 2009, the German Congress on Crime Prevention is an associated member of the European Forum, which is currently developing its activities in Germany. EFUS is glad that also three new German cities, Düsseldorf, Mannheim et München, have already decided since the beginning of the year to join the EFUS network.

The European Forum has expert status in the field of crime prevention within the United Nations, the Council of Europe and the European Commission. It has received the UN-HABITAT Scroll of Honour Award and is closely tied to the International Centre for the Prevention of Crime in Montreal.

Evangelische Akademie Loccum

Die Evangelische Akademie Loccum ist eine Einrichtung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Mitschuld der Evangelischen Kirche an der Katastrophe wurde sie 1946 in Hermannsburg ins Leben gerufen. Seit 1952 wirkt die Akademie in Loccum, vis-à-vis dem 1163 gegründeten Zisterzienserkloster, auf das alle Fenster des Tagungsbereiches ausgerichtet sind. Die Architektur ist Programm:

Die Akademie hat die Aufgabe,

- der Verkündigung der Kirche in der Konfrontation moderner Weltprobleme mit dem Evangelium zu dienen,
- in der Gesellschaft zur verantwortlichen Planung zukünftiger Entwicklungen beizutragen,
- den Menschen innerhalb und außerhalb der Kirche Möglichkeiten zur Beteiligung am Leben, Denken und Handeln der Kirche zu bieten,
- der Kirche in der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit zu helfen, neue Ordnungen und Wirkungsweisen zu finden.“ (Akademiegesetz in der Fassung vom 4. April 1975)

International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)

In 1994 the International Centre for the Prevention of Crime (ICPC) was established in Montreal, Canada. The Centre is an international forum for national governments, local authorities, public agencies, specialised institutions, and non-government organisations to exchange experience, consider emerging knowledge, and improve policies and programmes in crime prevention and community safety. The ICPC staff monitor developments, provide direct assistance to members, and contribute to public knowledge and understanding in the field.

ICPC's action seeks to:

- Enhance awareness of, and access to, its international knowledge base on prevention and human safety policies and intervention.
- Promote the implementation of good practices and tools enhancing community safety.
- Facilitate rewarding international exchanges between countries and cities, the justice system and civil society associations.
- Provide technical assistance and facilitate expert interaction.

Kontakt

www.crime-prevention-intl.org

Klosterkammer Hannover

Die Klosterkammer Hannover ist eine der ältesten und traditionsreichsten niedersächsischen Landesbehörden. Entstanden in der Zeit des landesherrlichen Kirchenregiments, als Staat und Kirche noch institutionell verbunden waren, verwaltet sie ehemals kirchlichen Besitz und hat die verfassungsrechtlich gesicherte Aufgabe, Kirchen und Klöster zu unterhalten sowie kirchliche, soziale und schulische Projekte zu fördern.

Den Grundstein für die Klosterkammer und den von ihr bewirtschafteten Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds, einem der großen deutschen öffentlich-rechtlichen Stiftungsvermögen, legte die welfische Reformationsfürstin Elisabeth von Calenberg-Göttingen, Herzogin zu Braunschweig-Lüneburg. Mit der ersten evangelischen Klosterordnung von 1542 bestimmte sie, dass die Klöster in ihrem Fürstentum erhalten bleiben und ihr Besitz vom übrigen Staatsvermögen getrennt verwaltet wird. Wirtschaftsüberschüsse sollten für die Unterstützung Armer und Kranker, für Erziehung und Bildung, Gottesdienst und Evangeliumsverkündigung verwendet werden.

In der heutigen Form wurde die Klosterkammer Hannover im Jahre 1818 durch Patent des Prinzregenten Georg IV. von Großbritannien, Irland und Hannover gegründet. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde ihr auch die Verwaltung des Stiftes Ilfeld, des Hospitalfonds St. Benedikti in Lüneburg und des Domstrukturfonds Verden übertragen.

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V.

Das KFN ist im Jahr 1979 von dem damaligen Justizminister Niedersachsens, Prof. Dr. Schwind, als unabhängiges, interdisziplinär arbeitendes Forschungsinstitut gegründet worden. Zweck des Instituts ist laut seiner Satzung, „als selbstständige Forschungseinrichtung praxisorientierte kriminologische Forschung zu betreiben und zu fördern.“ Am KFN wird laufend an verschiedenen interdisziplinären Forschungsprojekten gearbeitet. Dieser fachübergreifende Forschungsansatz hat sich seit Mitte der 80er Jahre ebenso bewährt, wie der Grundsatz, die Forschungsideen selber zu entwickeln und sich um Aufträge von außen nur dann zu bemühen, wenn sie sich sehr gut in die Gesamtkonzeption einfügen lassen. Gegenwärtig arbeiten am KFN 18 Wissenschaftler/innen an ihren Promotionen bzw. Habilitationen. Im Verlauf der letzten 20 Jahre sind 22 Mitarbeiter/innen auf Hochschulprofessuren berufen worden. Etwa die Hälfte des laufenden Forschungsetats in Höhe von gut zwei Millionen Euro wirbt das Institut über Drittmittelanträge ein.

Ein zentrales Forschungsthema des KFN ist seit 1998 die Kinder- und Jugendkriminalität. Hierzu werden seitdem in vielen Städten und Landkreisen repräsentative, anonyme Schülerbefragungen durchgeführt. Ging es zunächst primär darum, die Kinder und Jugendlichen als Opfer und Täter zu erfassen, sind später weitere Schwerpunkte hinzu gekommen: Schuleschwänzen, Medienkonsum und Schulleistungen, Alkohol- und Drogenkonsum und zuletzt in einer bundesweiten Repräsentativbefragung von 45.000 Neuntklässlern zu einer die Computerspielabhängigkeit, zum anderen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Die Tatsache, dass nunmehr seit 10 Jahren zu acht Städten und Landkreisen die Daten aus dort wiederholt durchgeführten Schülerbefragungen vorliegen, ermöglicht zudem Längsschnitzaussagen dazu, wie sich die Opferrisiken und das Täterverhalten von Kindern und Jugendlichen im Verlauf der 10 Jahre entwickelt haben. Hinzu kommt hier eine Paneluntersuchung mit 1.000 Berliner Kindern, die wir seit 2004, als sie noch Drittklässler waren, jährlich einmal zu den o.g. Themenschwerpunkten befragen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.kfn.de

Landeshauptstadt Hannover

Seit 1946 ist Hannover Landeshauptstadt von Niedersachsen und damit Verwaltungsmittelpunkt. Hannover ist bekannt als Messestadt, Stadt der EXPO 2000, Wissenschaftsstadt, Einkaufsstadt, Sportstadt, wichtiger Wirtschaftsstandort und mit Leuchttürmen wie den Herrenhäuser Gärten und dem Sprengel Museum Hannover zunehmend beliebtes Tourismusziel.

In der letzten Repräsentativerhebung der Landeshauptstadt Hannover gaben 88 Prozent der EinwohnerInnen an, gern oder sehr gern in dieser Stadt zu leben.

Ein wichtiges Kriterium ist das allgemeine Sicherheitsempfinden. Wie in anderen Großstädten auch, stellte man in Hannover Mitte der 90er Jahre fest, dass zunehmend Angst vor Kriminalität und Gewalt existierte, auch wenn diese subjektiven Unsicherheitsgefühle nicht durch die tatsächliche Kriminalitätsentwicklung bestätigt wurden.

Verbrechensbekämpfung ist vornehmliche Aufgabe von Polizei und Justiz. Die damaligen Überlegungen zu neuen Wegen der Kriminalitätsverhütung brachten dennoch die Erkenntnis, dass es gemeinsamer Anstrengungen der gesamten Stadtgesellschaft bedarf, damit sich die BürgerInnen und BesucherInnen aller Bevölkerungskreise und Nationalitäten wohl und sicher fühlen.

1995 hat Hannover den Kommunalen Kriminalpräventionsrat (KKP) eingerichtet, um mit diesem lokalen Netzwerk auf höchster kommunaler Ebene Kriminalität wirksam vorzubeugen und Zivilcourage zu fördern. Ausführendes Gremium ist der Lenkungsausschuss, dem aktuell der Ratsvorsitzende als Vorsitzender, VertreterInnen der Ratsfraktionen, Mitglieder der Verwaltung, der Polizeipräsident, der Leitende Oberstaatsanwalt, der Stadtjugendring, Waage Hannover e.V. und die Citygemeinschaft Hannover e.V. angehören.

Der monatlich tagende Lenkungsausschuss greift aktuelle Fragen von gesellschaftlicher Relevanz auf, dient dem Informationsaustausch auf höchster Ebene in den Bereichen Kriminalität und Gewalt und setzt Arbeitsgruppen zu besonders gravierenden Problemen ein. Aktuell aktive Arbeitsgruppen sind unter anderem die AG Gewaltprävention und Intervention bei Kindern und Jugendlichen und die AG Alkoholprävention.

Landespräventionsrat Niedersachsen

„Besser ist es, den Verbrechen vorzubeugen als sie zu bestrafen.“ Dieses Zitat von Cesare Beccaria (1738-1794) gilt als Maxime für eine ganzheitliche Denk- und Haltungseinstellung in der präventiven Arbeit des Landespräventionsrates Niedersachsen (LPR).

Der LPR versteht seine Arbeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur von staatlichen Stellen, sondern von vielen gesellschaftlichen Kräften geleistet werden muss. Es ist daher sein Selbstverständnis, alle mit Kriminalprävention befassten Akteure an dieser Aufgabe zu beteiligen. Im LPR sind rund 270 Mitgliedsorganisationen zusammengeschlossen. Dazu gehören kommunale Präventionsgremien und Fördervereine, landesweit tätige nichtstaatliche Organisationen, wissenschaftliche Einrichtungen sowie Ministerien und Behörden. Die LPR-Geschäftsstelle im Niedersächsischen Justizministerium hat für den LPR eine koordinierende Funktion inne.

Der Landespräventionsrat Niedersachsen verfolgt die Zielsetzungen,

- die Kriminalprävention auf kommunaler Ebene zu stärken,
- Konzepte zu entwickeln und Rahmenbedingungen für deren Umsetzung zu beschreiben,
- die Sicherung und Verbesserung von Qualität in der Kriminalprävention zu fördern,
- eine Plattform für Informations- und Wissenstransfer zu bieten,
- die Netzwerkbildung für Kriminalprävention zu koordinieren und zu unterstützen,
- mit Institutionen der Kriminalprävention auch außerhalb Niedersachsens zu kooperieren,
- Präventionskompetenz zu vermitteln,
- Ziele, Inhalte und Methoden der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention in die Öffentlichkeit zu tragen,
- das bürgerschaftliche Engagement für die Kriminalprävention zu fördern.

Niedersachsen ist ein vielseitiges Flächenland. Ebenso vielseitig präsentiert sich die niedersächsische Präventionslandschaft anlässlich des 14. Deutschen Präventionstages in der Landeshauptstadt Hannover.

Österreichischer Präventionskongress

1. Österreichischer Präventionskongress

Dieser erste nationale Präventionskongress soll ein Forum für Bewusstseinsbildung, Vernetzung sowie Kompetenz- und Wissenstransfer sein und wendet sich an Verantwortungsträger aus Politik, an Behörden, Gemeinden, Gesundheitswesen, Polizei, Justiz, Wissenschaft, Wirtschaft, Schulen, Jugendhilfe, Projektgruppen, Vereine, Vereinigungen und Medien.

Der 1. Österreichische Präventionskongress vernetzt relevante Zielgruppen, schafft Qualitätskriterien und trägt die Ziele, Inhalte und Methoden der gesellschaftlichen Kriminalprävention in die Öffentlichkeit.

Durch Vorträge und Workshops sollen grundsätzliche Fragen der verschiedenen Teilbereiche der Kriminalprävention und Gesundheitsförderung in Theorie und Praxis diskutiert werden und Maßnahmen, Empfehlungen und Umsetzungsstrategien erarbeitet werden.

Generelles Ziel des 1. Österreichischen Präventionskongresses ist, die Qualität der Präventionsarbeit in Österreich zukünftig sicherzustellen und zu fördern.

Einzelne Projektziele sind die Definition von Zielgruppen, die Vernetzung von Institutionen, Vereinen, Behörden, Schulen, Eltern etc., Qualitätssicherung durch ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis, Information, Kooperation und Kommunikation im Rahmen des Kongressthemas „Herausforderung Gewalt – Chancen vernetzter Prävention, europäische Kooperationen sowie Öffentlichkeits- und Medienarbeit.

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes ist eine Institution der Innenministerkonferenz. Sicherheit zählt zu den essenziellen Grundbedürfnissen des Menschen und ist ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Ziel ist es deshalb, über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären. Dazu veröffentlicht das ProPK bundesweit Medien wie Broschüren, Filme, PC-Spiele und Informationen im Internet. Neben entsprechender Öffentlichkeitsarbeit entwickelt die Polizeiliche Kriminalprävention themen- und zielgruppenspezifische Kampagnen.

In länderübergreifend finanzierten und konzipierten Projekten geht es u.a. um Gewalt- und Drogenprävention, Internetkriminalität oder Einbruchschutz. Sie richten sich an die unterschiedlichsten Zielgruppen – von Lehrkräften über Gewerbetreibende bis hin zu Journalisten. Darüber hinaus ist das ProPK Servicedienstleister für die bundesweite Präventionsarbeit der Polizei.

Zu den aktuellen Handlungsfeldern zählen:

- die Kampagne „Don't drink too much – Stay Gold“ gegen Komasaufen und Gewalt,
- das PC-Spiel für Kinder „LUKA und der verborgene Schatz“ mit den Themenschwerpunkten Alkohol, illegale Drogen und Gewalt
- und die Broschüre „Im Netz der neuen Medien“ zur Förderung der Medienkompetenz von Lehrkräften.

Seit über 40 Jahren ist das ProPK der zentrale Ansprechpartner für alle Fragen der Kriminalprävention. Weitere Informationen und unser komplettes Medienangebot finden Sie im Internet unter www.polizei-beratung.de.

Stiftung Kriminalprävention

„Präventionsarbeit professionalisieren um politisch erfolgreich zu sein“

...so lautet das Credo der 1995 gegründeten privaten Stiftung.

Wissenschaftliches, also methodisch systematisches Arbeiten im Präventionsalltag ist nicht nur Aufgabe von Lehrstühlen und Forschungsinstituten, sondern auch zunehmend Erfordernis für die vielen ehren- und nebenamtlichen Akteure. Zeitgemäße Projektstrukturen sind dabei ebenso wichtig wie sachgerechte Wirkungsuntersuchungen.

Eben die Verbindung von Wissenschaft und Praxis zu fördern, ist die Kernaufgabe der Stiftung Kriminalprävention.

Dies geschieht durch eine Vielzahl unterschiedlicher (kostenfreier) Qualifizierungsangebote, durch die Förderung von Einzelprojekten, die Durchführung praxisrelevanter und –bezogener Forschungen und die Auslobung des Deutschen Förderpreises Kriminalprävention:

Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten arbeitet die Stiftung zusammen mit dem DPT, der Deutschen Hochschule der Polizei, dem Deutschen Städtetag und dem DFK an der ständigen Fortentwicklung der Ausschreibungskriterien dieses jährlich im Herbst vergebenen und mit bis zu 50.000 € dotierten Preises.

Gefördert und als deutschlandweites Vorbild herausgestellt werden große und kleine Präventionsaktivitäten, welche methodisch strukturiert, inhaltlich auf Wirksamkeit überprüft Probleme des Präventionsalltags in einer Weise bewältigen, die für die vielen Organisationen in Deutschland als Anhalt und Hilfe dienen können.

Seit 2008 ist der Preis erweitert um den mit 10.000 € dotierten Städtepreis: Die beste obligatorische Vernetzung von Prävention und Kommunalpolitik soll belohnt werden und Beispiel für die Städte, Gemeinden und Quartiere in Deutschland geben.

Bewerbungen, Informationen und Hinweise, kostenlose Downloads unter:

www.stiftung-kriminalpraevention.de

WEISSER RING e. V.

Kriminalitätsvorbeugung ist eine zentrale Aufgabe des WEISSEN RINGS. Der WEISSE RING tritt seit über 30 Jahren als einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Angehörigen ein. Als gemeinnütziger Verein macht er sich öffentlich für die Interessen der Betroffenen stark. Neben der Opferbetreuung hat der Verein auch die Kriminalprävention als Satzungsziel.

Der WEISSE RING informiert, klärt auf und setzt sich dafür ein, mehr öffentliche Mittel als bisher für die Kriminalitätsvorbeugung bereit zu stellen. Mehr als 3.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Altersklassen, aus unterschiedlichen Berufen, Milieus und Herkunftsländern stehen den Opfern und ihren Familien in bundesweit rund 420 Außenstellen zur Seite. Sie leisten menschlichen Beistand und persönliche Betreuung, geben Hilfestellung im Umgang mit den Behörden und helfen so bei der Bewältigung der Tatfolgen. Der WEISSE RING zählt ca. 60.000 Mitglieder.

Ein sichtbares Zeichen für mehr Zivilcourage und mehr Hilfsbereitschaft gegenüber den Opfern von Kriminalität und Gewalt setzt der WEISSE RING mit der bundesweiten Infokampagne „Stoppt das Vogel-Strauß-Syndrom“. Der WEISSE RING setzt sich für eine mitmenschliche Solidarität sowohl in der Opferbetreuung als auch in der Kriminalitätsvorbeugung ein, die alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen mit einbezieht.

Mit der Warnschild-Aktion „Stopp dem Diebstahl“ zu Schwerpunktbereichen der Eigentumskriminalität ruft der WEISSE RING die Bevölkerung zu mehr Aufmerksamkeit auf. Die Projekte „Kraft gegen Gewalt“ und „Mediate“ des WEISSEN RINGS sind insbesondere für Jugendliche entwickelt worden, um sie vor Kriminalität und den Folgen zu schützen.

Kontakt

WEISSER RING e.V.

Weberstraße 16, 55130 Mainz

Telefon:06131-8303-0

Fax:06131-8303-45

E-Mail: info@weisser-ring

Internet: www.weisser-ring.de

Organisation

	Seite
Leitbild des Deutschen Präventionstages	30
Kongressorganisation	31
Programmbeirat des 14. Deutschen Präventionstages	32
Trägergesellschaft	33
www.praeventionstag.de	34
15. Deutscher Präventionstag	35

Leitbild des Deutschen Präventionstages

Der DEUTSCHE PRÄVENTIONSTAG wurde 1995 als nationaler jährlicher Kongress speziell für das Arbeitsfeld der Kriminalprävention begründet. Von Beginn an war es das Ziel, Kriminalprävention ressortübergreifend, interdisziplinär und in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darzustellen und zu stärken.

Nach und nach hat sich der DEUTSCHE PRÄVENTIONSTAG auch für Institutionen, Projekte, Methoden, Fragestellungen und Erkenntnissen aus anderen Arbeitsfeldern der Prävention geöffnet, die bereits in mehr oder weniger direkten Arbeitszusammenhängen stehen. Neben der weiterhin zentral behandelten Kriminalprävention reicht das erweiterte Spektrum des Kongresses von der Suchtprävention oder der Verkehrsprävention bis hin zu den verschiedenen Präventionsbereichen im Gesundheitswesen.

Der Kongress wendet sich insbesondere an alle Verantwortungsträger der Prävention aus Behörden, Gemeinden, Städten und Kreisen, Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe, Justiz, Kirchen, Medien, Politik, Polizei, Präventionsgremien, Projekten, Schulen, Sport, Vereinigungen und Verbänden, Wissenschaft, etc.

Der DEUTSCHE PRÄVENTIONSTAG will als jährlich stattfindender nationaler Kongress:

- aktuelle und grundsätzliche Fragen der verschiedenen Arbeitsfelder der Prävention und ihrer Wirksamkeit vermitteln und austauschen,
- Partner in der Prävention zusammenführen,
- Forum für die Praxis sein und Erfahrungsaustausch ermöglichen,
- Internationale Verbindungen knüpfen und Informationen austauschen helfen,
- Umsetzungsstrategien diskutieren,
- Empfehlungen an Praxis, Politik, Verwaltung und Wissenschaft erarbeiten und aussprechen.

Kongressorganisation

Kongresspräsident

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Geschäftsführung

Erich Marks

Leiterin des ständigen Büros

Karla Schmitz

Wissenschaftliche Beratung und Gutachtenerstellung

Dr. Wiebke Steffen

Koordinator für internationale Kontakte

Dr. Marc Coester

Webdesign, Internetkonzeption und -beratung

nanodesign, Rolf Grimmer

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Susanne Kirchhoff

Repräsentant des Deutschen Präventionstages für Österreich

Prof. Dr. Christian Graf

Programmbeirat des 14. Deutschen Präventionstages

Zur Vorbereitung eines jeden Präventionstages wird ein Programmbeirat gebildet, in dem der Veranstalter sowie alle Veranstaltungspartner repräsentiert sind. Der Programmbeirat ist zuständig für inhaltliche Gestaltungsfragen des jeweilig anstehenden Kongresses sowie für Ausblicke und erste Vorplanungen künftiger Kongresse. Mitglieder des Programmbeirates des 14. Deutschen Präventionstages sind:

Renate Engels, Leiterin des DBH-Bildungswerks

Reinhold Hepp, Geschäftsführer der Zentralen Geschäftsstelle der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Vorsitzender der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe

Erich Marks, Geschäftsführer des DEUTSCHEN PRÄVENTIONSTAGES

Corinna Metzner, Referentin im Fachbereich Prävention WEISSER RING e. V.

Jürgen Mutz, Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Karla Schmitz, Leiterin der DPT-Geschäftsstelle

Norbert Seitz, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Dr. Wiebke Steffen, Dezernatsleiterin Forschung, Statistik und Prävention im Bayerischen Landeskriminalamt

Bernd Strauch, Bürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Susanne Wolter, Stellv. Geschäftsführerin des Landespräventionsrates Niedersachsen

Trägersgesellschaft

Deutsche Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Träger der Deutschen Präventionstage ist die „DPT – Deutscher Präventionstag“ gemeinnützige Gesellschaft mbH, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS).

Die Deutsche Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie wurde im Jahre 1993 als juristische Person nach dem Stiftungsrecht des Landes Nordrhein-Westfalen anerkannt.

Ihre Organe sind der Vorstand (Vorsitzender: Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner), das Kuratorium (Vorsitzender: Jürgen Mutz) und der Stiftungsrat (Präsident: Professor Dr. Hans-Dieter Schwind). Geschäftsführer der DVS ist Erich Marks.

Die DVS ist bundesweit und international tätig, mit besonderer Berücksichtigung der europäischen Zusammenarbeit. Dabei versteht sie sich als operative Stiftung. Sie ist mithin weniger auf Anträge Dritter als vielmehr auf die Realisierung eigener Konzepte ausgerichtet. Beim Planen und Durchführen solcher Konzepte strebt sie in höchstmöglichem Umfang die enge Kooperation mit anderen Vereinigungen, Einrichtungen und Behörden an, die sich dem Gedanken der Prävention als einer umfassenden Aufgabe von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat verpflichtet fühlen. Kommunale Kriminalprävention und ressortübergreifende staatliche Kriminalprävention bilden aus dieser Perspektive heraus lediglich Teile eines größeren komplexen Geflechtes öffentlicher und privater Bemühungen.

www.praeventionstag.de

Auf der Homepage des Deutschen Präventionstages finden Sie aktuelle Daten zu den bevorstehenden Kongressen.

Sie haben die Möglichkeit, einen Newsletter zu abonnieren, der Sie in unregelmäßigen Abständen mit neuen Informationen versorgt.

15. Deutscher Präventionstag

- Vorankündigung -

Der 15. Deutsche Präventionstag findet am 10. und 11. Mai 2010 im ICC Berlin statt. Schirmherr ist der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit.

Weitere Informationen zu Bewerbungsmöglichkeiten und zum Programm werden auf der Homepage www.praeventionstag.de veröffentlicht.

Gutachten

für den 14. Deutschen Präventionstag
8. & 9. Juni 2009 Hannover

„Solidarität leben – Vielfalt sichern“

Moderne Gesellschaften und Kriminalität.
Der Beitrag der Kriminalprävention zu
Integration und Solidarität

Wiebke Steffen
Heiligenberg/München

- 0 Zusammenfassung
- 1 Moderne Gesellschaften: Unsichere Zeiten
 - 1.1 Gesellschaftstheoretischer Diskurs
 - 1.1.1 Funktionale Differenzierung moderner Gesellschaften
 - 1.1.2 Individualisierung
 - 1.1.3 Desintegration: Was treibt Gesellschaften auseinander, was hält sie zusammen?
 - 1.1.4 Bürgerschaftliches Engagement: Die Zivilgesellschaft als Integrationsinstanz?
 - 1.2 Lebenslagen und Lebenschancen in Deutschland: Empirische Befunde zu gesellschaftlichen Desintegrationserscheinungen
 - 1.2.1 Dritter Armuts- und Reichtumsbericht: Die sozialen Unterschiede werden größer
 - 1.2.2 Bildung in Deutschland: Die Herkunft bestimmt den Bildungserfolg
 - 1.2.3 Gesundheitsberichte: Gesundheit ist sozial determiniert
 - 1.2.4 Migration: Nicht zufriedenstellend integriert
 - 1.2.5 Lebenschancen in prekären Lebenslagen
- 2 Kriminalität als Modernisierungsrisiko?
 - 2.1 Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik für die Bundesrepublik Deutschland zur Jugendgewaltkriminalität
 - 2.2 Befunde von Dunkelfelduntersuchungen zur Jugendgewaltkriminalität
 - 2.3 Junge Gewalttäter mit Migrationshintergrund: Problematische Lebenslagen
 - 2.4 Junge Gewalt-Intensivtäter: Systemverlierer?
 - 2.5 Ethnisch-kulturelle Konflikte: Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus
- 3 Kriminalprävention statt Repression: Inklusion statt Exklusion
 - 3.1 Verständnis von Kriminalprävention
 - 3.2 Allgemein förderliche Maßnahmen und Programme
 - 3.3 Der Beitrag der Kriminalprävention für Integration und Solidarität
 - 3.3.1 Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention
 - 3.3.2 Kriminalpräventive Strategien in der Fachpraxis

Literaturverzeichnis

Zusammenfassung

Moderne Zeiten sind unsichere Zeiten: Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und aktuelle Entwicklungen bringen Chancen, aber auch Risiken, „produzieren“ nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer.

Im engeren Sinne „unsichere Zeiten“ können moderne Zeiten auch hinsichtlich ihrer Kriminalitätsbelastung sein: Kriminalität und Kriminalitätsfurcht können über Faktoren wie soziale Desintegration und mangelnde soziale Teilhabe Risiken der gesellschaftlichen Modernisierung sein.

Das **Schwerpunktthema** des 14. Deutschen Präventionstages greift diese Problematik auf, auch wenn es – ganz im Sinne der Prävention – die positiven Möglichkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung betont: „Solidarität leben – Vielfalt sichern“. Vielfalt, etwa die Pluralität von Werten und Normen, aber auch von Lebensstilen und Verhaltensweisen, von sozialer und ethnisch-kultureller Vielfalt, kann nur erträglich gemacht - und dann mit ihren Chancen auch gesichert werden -, wenn ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Integration vorhanden ist damit Solidarität gelebt werden kann. Kriminalprävention leistet einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration und schafft damit eine Voraussetzung für Solidarität.

Das **Gutachten** zum Schwerpunktthema des 14. Deutschen Präventionstages „Moderne Gesellschaften und Kriminalität. Der Beitrag der Kriminalprävention zu Integration und Solidarität“ geht

1. zunächst auf den **gesellschaftstheoretischen Diskurs** der Modernisierungsprozesse ein, insbesondere auf die Aspekte der funktionalen Differenzierung moderner Gesellschaften, ihrer Individualisierung und deren Auswirkungen auf gesellschaftliche Desintegrationserscheinungen; zeigt
2. dann auf der Grundlage aktueller **Berichte zu Lebenslagen und Lebenschancen** in Deutschland die diesen gesellschaftlichen Veränderungen entsprechende Entwicklung hin zu einer zunehmend sozio-ökonomisch, aber auch ethnisch-kulturell gespaltenen, immer weiter auseinander driftenden Gesellschaft auf; fragt
3. nach den Zusammenhängen dieser Veränderungen und Entwicklungen mit Kriminalität, insbesondere mit **Gewaltkriminalität** junger Delinquenten; um
4. dann den spezifischen Beitrag der **Kriminalprävention** für soziale Teilhabe, Integration und Solidarität zu diskutieren: Inklusion statt Exklusion.

1.

Gesellschaftstheoretischer Diskurs

Die Modernisierung unserer Gesellschaft mit ihren Merkmalen der

- funktionalen Differenzierung
- Individualisierung und
- sozialen Desintegration

hat nicht nur für die Gesellschaft insgesamt, sondern auch für den Einzelnen Chancen wie Risiken gebracht. Sein Lebensweg, seine privaten, beruflichen und sonstigen Möglichkeiten stehen weitaus weniger als in früheren Jahrhunderten schon mit der Geburt (fast) unveränderbar fest. In der **funktional differenzierten** Gesellschaft gibt es nicht mehr jene eindeutigen Fahrpläne, nach denen Lebensverläufe festgelegt sind.

Diese **Individualisierung** gibt dem Einzelnen die **Chance** zu persönlicher Unabhängigkeit und Autonomie, bringt die Möglichkeit, sein Leben selbst gestalten zu können. Sie birgt aber auch **Risiken**: Die Freisetzung aus traditionellen Bindungen kann zu Entwurzelung, Vereinzelung und Orientierungslosigkeit führen, auch zu zunehmender Distanz in sozialen Beziehungen – und sie bedeutet auf jeden Fall steigende **Wahl- und Entscheidungszwänge**. Der Einzelne kann nicht nur sein Leben (weitgehend) selbst bestimmen, er muss es auch – und nicht jeder ist dazu fähig und in der Lage. Das vor allem dann nicht, wenn seine realen Lebensbedingungen, die jeweiligen **Lebenslagen**, seine soziale Teilhabe, seine Integration in die Gesellschaft – oder genauer: in die verschiedenen gesellschaftlichen Funktionsbereiche - (drastisch) beschränken und dadurch auch die Chancen, die Individualisierung grundsätzlich bringt.

Auf der gesellschaftlichen Ebene sind ebenfalls **Desintegrationserscheinungen** unübersehbar. Mit wachsendem Engagement wird die Frage diskutiert, wie eine Gesellschaft, die sich immer stärker an Werten wie Selbstverwirklichung und Emanzipation des Individuums orientiert, überhaupt noch einen Zusammenhalt als solidarische Gemeinschaft realisieren kann. Insbesondere ist es zur Wiederentdeckung der **sozialen Ungleichheit** gekommen und der damit verbundenen Destabilisierung von Lebenslagen.

Für die deutsche Gesellschaft wird eine krisenhafte Beschleunigung der Desintegration festgestellt mit den Merkmalen der Verschärfung sozialer Ungleichheit, des Rückzuges der Menschen aus den Institutionen, der Zerstörung sozialer Beziehungen, der Pluralisierung von Werten und Normen – alles gesellschaftliche Krisenlagen, die (auch) Gewaltpotentiale darstellen.

In der **Zivil- und Bürgergesellschaft**, im bürgerschaftlichen Engagement, wird ein – oder sogar: der - Weg gesehen, um den negativen Folgen von Modernisierung, Individuali-

sierung und Globalisierung auf gesellschaftliche Integration und Solidarität entgegenzuwirken, sie sozusagen „abzufedern“. Denn **bürgerschaftliches Engagement** ist nicht nur ein Bestandteil des sozialen Kapitals unserer Gesellschaft, weil es die Bindekräfte der Gesellschaft stärkt und ein Ausdruck von Solidarität sowie der Bereitschaft zu gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme ist, bürgerschaftliches Engagement schafft auch Sozialkapital und gesellschaftlichen Zusammenhalt, ermöglicht soziale Teilhabe.

2.

Lebenslagen und Lebenschancen in Deutschland

Obwohl Deutschland nach wie vor eines der wohlhabendsten Länder Europas ist, verschlechtern sich auch hier die Lebenslagen, sind nicht nur Einkommen, sondern auch Bildung und Gesundheit zunehmend ungleich verteilt, nehmen Desintegrationserfahrungen zu, während die Chancen auf soziale Teilhabe und Integration abnehmen.

So ist dem Dritten **Armuts- und Reichtumsbericht** zufolge die Kluft zwischen Arm und Reich tiefer geworden, hat die Ungleichverteilung der Einkommen zugenommen – und insbesondere für Kinder auch das Risiko, in relativer Armut aufzuwachsen. Vom Risiko der **Einkommensarmut** waren 2005 ein Viertel (26%) der deutschen Bevölkerung betroffen; sozial- und familienpolitische Transferleistungen senkten dieses Risiko auf 13%.

Zu den besonders armutsgefährdeten Gruppen zählen Arbeitslose, Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Alleinerziehende und Personen mit Migrationshintergrund – jeweils einschließlich ihrer Kinder. Einkommen und Vermögen entscheiden jedoch wesentlich über die Handlungsoptionen des Einzelnen in der Gesellschaft.

Das wird durch die **Bildungsberichte** bestätigt: In Deutschland wird der Bildungserfolg nach wie vor in hohem Maße von Schicht und Herkunft bestimmt. Bildung und Qualifizierung sind aber die Voraussetzungen für individuelle Lebenschancen und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb muss in einem demokratischen Staat Bildungsgerechtigkeit gegeben sein – das ist in Deutschland jedoch nicht der Fall. **Benachteiligt sind insbesondere Jugendliche unterer Sozialgruppen und solche mit Migrationshintergrund.**

Nicht nur Einkommen und Bildung, auch die **Gesundheit** ist sozial determiniert: Gesundheitschancen und Krankheitsrisiken von Kindern und Jugendlichen hängen von ihrem Sozialstatus ab und davon, ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht.

In Deutschland haben fast ein Fünftel der Gesamtbevölkerung einen **Migrationshintergrund**, allerdings nicht unbedingt eigene Migrationserfahrungen: Deutschland ist die europäische Nation mit den meisten Zugewanderten. Kennzeichnend ist die große Heterogenität der etwa 15 Millionen

Menschen mit Migrationshintergrund, seien sie Deutsche oder Ausländer. Ihre Lebenslagen, mögliche Integrationsdefizite und die sich daraus ergebenden Integrationsbedürfnisse unterscheiden sich erheblich. Wenn **gelungene Integration** als die Annäherung der Lebensbedingungen von Menschen mit Migrationshintergrund an die der Einheimischen im Sinne gleicher Chancen und gleicher Teilhabe verstanden wird, dann schneiden die einzelnen Herkunftsgruppen im Vergleich sehr unterschiedlich erfolgreich ab. Wirklich zufriedenstellend integriert sind Migranten jedoch nirgendwo in Deutschland.

Fazit:

Die **Verschlechterung der Lebenslagen** in Deutschland wirkt sich vor allem zum **Nachteil von Kindern und Jugendlichen** aus. Einkommens-, Bildungs- und Integrationsarmut führen zu Entwicklungsstörungen und betreffen vor allem Kinder unterer Sozialgruppen und solche mit einem Migrationshintergrund. Insgesamt nehmen Misstrauen und Unsicherheit sowie Gefühle der Ungerechtigkeit und Diskriminierung zu – und können sich in Aggression und Kriminalität niederschlagen.

3.

Kriminalität als Modernisierungsrisiko?

Dass Armut und soziale Ungerechtigkeit wichtige Ursachen für Kriminalität sind, insbesondere für Gewaltkriminalität, gehört ebenso zu den „klassischen“ Annahmen der Kriminologie wie die Vermutung, dass Kriminalität und Kriminalitätsfurcht zu den Modernisierungsrisiken gehören, dass eine „erodierende Gesellschaftsintegration“ zu einem Anstieg des gesellschaftlichen Kriminalitätsniveaus, insbesondere des Gewaltniveaus führt.

Erstaunlicherweise zeigen jedoch die Längsschnittauswertungen der Polizeilichen Kriminalstatistik (Zeitraum: 1987 bis 2007) wie auch die Ergebnisse von Dunkelfelduntersuchungen – jeweils mit dem Schwerpunkt auf der Jugendgewaltkriminalität – nicht, dass sich die festgestellte Zunahme der sozialen Ungleichheit in Deutschland auch in Richtung auf eine Zunahme der (Jugendgewalt)Kriminalität auswirkt. Zumindest nicht im Sinne von unilinearen, eindeutigen Zusammenhängen.

Zwar nimmt im **Hellfeld** der polizeilich registrierten Kriminalität die **Gewaltkriminalität jugendlicher Tatverdächtiger deutlich zu** (während die bei ihnen insgesamt erfasste Kriminalität eher zurückgeht, bei Diebstahls- und Raubdelikten sogar erheblich), doch stehen hinter dieser durchschnittlichen (bundesweiten) Entwicklung sehr unterschiedliche Verläufe auf kommunaler, regionaler und Länderebene. So sind beispielsweise in den generell mit Delikten der Gewaltkriminalität hoch belasteten Großstädten nicht nur Zunahmen, sondern auch deutliche Rückgänge der Jugendgewaltkriminalität festzustellen.

Auch die Ergebnisse der 2007 und 2008 vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern durchgeführten repräsentativen **Täter- und Opferbefragung** von Schülern und Schülerinnen der neunten Jahrgangsstufe zeigen im Vergleich mit den Befunden früherer KFN-Dunkelfelduntersuchungen **keinen drastischen Anstieg der Jugendgewalt**. Die Quote der Jugendlichen, die nach eigenen Angaben mindestens eine Gewalttat begangen haben, ist in keiner der Vergleichsstädte gestiegen und überwiegend sogar beträchtlich gesunken. Die Erklärung für diese den kriminalstatistischen Daten zumindest zum Teil widersprechenden Ergebnisse wird in der zunehmenden **Anzeigebereitschaft** jugendlicher Gewaltopfer gesehen sowie in einer abnehmenden Akzeptanz von Gewalt durch die befragten Jugendlichen und ihr Umfeld.

Sowohl im Hell- wie im Dunkelfeld finden sich jedoch auch **problematische Entwicklungen und Befunde**. Diese betreffen einmal junge Gewalttäter mit einem Migrationshintergrund und junge Gewalt-Intensivtäter. Allerdings sind auch das keine neuen Erkenntnisse, die sich unmittelbar mit den gesellschaftlichen Veränderungen zusammenführen ließen, sondern schon seit Jahren und Jahrzehnten bekannte, gut abgesicherte kriminologische Gewissheiten.

Für junge **Gewalttäter mit Migrationshintergrund** wie auch für junge **Gewalt-Intensivtäter** – von denen wiederum die meisten einen Migrationshintergrund haben –, sind **problematische Lebenslagen** und die **Kumulation von Risikofaktoren** kennzeichnend. Von diesen Faktoren und den damit verbundenen Desintegrations- und Exklusionserfahrungen her, kann die hohe Belastung dieser „**Systemverlierer**“ mit Gewaltkriminalität nicht überraschen – und ist, wie schon gesagt, auch kein Befund, der erst seit einigen Jahren festzustellen ist und (nur) in einen Zusammenhang mit den größer werdenden sozialen und ethno-kulturellen Unterschieden gebracht werden kann.

4.

Kriminalprävention: Inklusion statt Exklusion

Eine Erklärung für die überraschend günstige Gesamtentwicklung der Jugendgewaltkriminalität – die selbstverständlich nicht den Blick dafür verstellen darf, dass es intensiv und dauerhaft auffällige junge Menschen gibt sowie in einzelnen Städten und Gemeinden räumlich oder gruppenmäßig umgrenzte besondere Problemlagen – dürfte in der im allgemeinen deutlichen, aber angemessenen Reaktion auf diese Kriminalität liegen und hier insbesondere in der **sehr positiven Entwicklung, die Programme und Maßnahmen der Kriminalprävention in Deutschland** genommen haben.

Zwar wurden bei der Reaktion auf Jugendgewalt in den letzten Jahren auch repressive, kontrollierende und schützende Maßnahmen vorgehalten und in notwendigen Fällen auch

eingesetzt, um diese Gewalt mit Hilfe von strafenden Maßnahmen einzudämmen, doch haben sich die kriminalpräventiven Strategien durchgesetzt – verbunden mit der weithin geteilten Überzeugung, dass Gewalt im Kindes- und Jugendalter vorrangig durch Erziehung, Lernen und Kompetenzerwerb bewältigt werden kann.

Diese **erzieherische Grundhaltung** kriminalpräventiver Maßnahmen und Programme ist eine **inkludierende, Solidarität vermittelnde Haltung**. Sie signalisiert: „Wir geben euch nicht auf, wir wollen, dass ihr dazu gehört, integriert seid und teilhabt!“ Strafen, Maßnahmen der Kriminalrepression, wirken dagegen grundsätzlich ausschließend, exkludierend (wobei der Strafvollzug, das Ein- und Wegsperrern, dann die maximale Form der Exklusion ist).

Kriminalprävention leistet ihren Beitrag zu sozialer Teilhabe, Integration und Solidarität vor allem auch wegen dieser **Eigenschaften** und **Strukturmerkmale**:

- als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erfordert sie Kooperation, Zusammenarbeit, Abstimmung, also Solidarität;
- als intermediäres System ist sie auf Integration und Partizipation nicht nur angewiesen, sondern schafft diese auch;
- gegenüber der Repression ist sie inhaltlich vorrangig und zeitlich vorgängig, leistet ihren Beitrag zur Anerkennung von Regeln, Werten und Normen bevor diese gebrochen werden, mit nicht zu unterschätzenden Effekten auf die Integration unserer Gesellschaft und ihren solidarischen Zusammenhalt;
- sie signalisiert gefährdeten Personen, aber auch solchen, die bereits Täter oder Opfer geworden sind, dass die Gesellschaft sich um sie kümmert, dass sie nicht aufgegeben, nicht ausgeschlossen werden, sondern dass sie dazugehören (sollen);
- sie sichert über die Verringerung von Tatgelegenheiten und die Erhöhung des Entdeckungsrisikos den öffentlichen Raum, verbessert das Sicherheitsgefühl und schafft damit Voraussetzungen für Integration und Solidarität.

Kriminalprävention schafft also **soziales Kapital**: Eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens, der Verlässlichkeit der gemeinsam geteilten Regeln, Normen und Werte und nicht zuletzt des Vertrauens in die Institutionen des Staates.

1

Moderne Gesellschaften: Unsichere Zeiten

„Moderne Zeiten sind ... unsichere Zeiten. Unsicherheit ist ein Charakteristikum der Moderne. Die moderne Gesellschaft ist in einem ganz basalen Sinne eine ‚offene Gesellschaft‘. Sie eröffnet historisch neuartige Handlungsoptionen, sie setzt ungeahnte Entwicklungsdynamiken in Gang, sie macht der Gegenwart die Zukunft verfügbar. Damit aber

erhöhen sich für die Handelnden und die Gesellschaft im Ganzen auch die Unbestimmtheiten und Ungewissheiten des sozialen Lebens: Die Moderne ist das Zeitalter der Kontingenzt¹ – und insbesondere auch des gesellschaftlichen Bewusstseins von der Kontingenz des Sozialen. Wenig erscheint unmöglich, das Mögliche ist ungewiss. Aber als Ungewisses sowohl Bedrohung als auch Chance.⁴²

Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten in einem geradezu atemberaubenden Tempo verändert: „Wer die Welt der 60er-Jahre mit der Welt von heute vergleicht, wird in allen wesentlichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereichen Änderungen konstatieren müssen, wie sie in dieser Dichte und Dynamik sonst nur in Zeiten von Krieg oder Revolution vorkommen“ (Christe-Zeyse 2000, 92).

Diese Veränderungen sind von ihren grundsätzlichen und umfassenden Auswirkungen her – wenn auch nicht hinsichtlich ihrer Ergebnisse und ihrer Bewertung – mit denjenigen vergleichbar, die beim Wandel von der Agrargesellschaft hin zur modernen Industriegesellschaft stattfanden.³

- 1 Kontingenz (lat. contingere: sich ereignen; spätlat.: Möglichkeit) ist ein in der Philosophie und Soziologie, vor allem in der Systemtheorie (Niklas Luhmann) gebräuchlicher Begriff, um die prinzipielle Offenheit und Ungewissheit menschlicher Lebenserfahrungen zu bezeichnen. Erkenntnistheoretisch betrachtet ist Kontingenz das (seinerseits kontingente) Wissen darüber, dass jedes Wissen relativ ist – „es kann immer auch ganz anders sein“. Die Systemtheorie nach Niklas Luhmann sieht eine Zunahme der Komplexität des Sozialen im Zuge der funktionalen Differenzierung moderner Gesellschaften. Handlungsoptionen haben zugenommen, somit sind Kontingenzerfahrungen wahrscheinlicher geworden.
- 2 Aus dem Themenpapier zum 34. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der vom 6.-10.10.08 in Jena zum Thema „Unsichere Zeiten. Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen“ durchgeführt worden ist (www.dgs2008.de).
- 3 Doch während dieser Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft – nach Beck (1986) die „einfache Modernisierung“ –, von einer „allgemeinen wissenschaftlich-technischen Fortschrittseuphorie begleitet ... dementsprechend positiv bewertet“ wurde und „sich durchaus als eine bewusste und auch gewollte Abkehr von der Tradition“ vollzog (Volkmann 2000, 24), liegt der Sachverhalt beim Übergang von der Industrie- zur Risikogesellschaft, beim Wandel von der Ersten zur Zweiten Moderne – nach Beck die „reflexive Modernisierung“ („der Modernisierungsprozess wird reflexiv, sich selbst zu Thema und Problem“) – völlig anders.

In der Risikogesellschaft sind rationale Problemlösungen – durch Technisierung, Bürokratisierung, Ökonomisierung und Verrechtlichung – an ihre Grenzen geraten. Es ist ein Stadium erreicht worden, in dem die Gefährdungen und Folgeprobleme der technisch-ökonomischen Modernisierung ein Übergewicht zu erlangen und nicht mehr lösbar zu sein scheinen. Angesichts der globalen Gefährdungslagen – etwa durch den Klimawandel – erfolgt nach Beck (1997) die Entwicklung hin zur Weltrisikogesellschaft.

Der gesellschaftstheoretische Diskurs fragt danach, wo und wie sich diese Modernisierungsprozesse zeigen und auswirken, wie moderne Gesellschaften „funktionieren“, was sie zusammenhält bzw. auseinander treibt, wo ihre Chancen und Risiken, ihre Möglichkeiten und Probleme liegen. Er fragt danach, welche Konsequenzen die gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse für die soziale Teilhabe und Integration des Einzelnen haben – und damit letztlich auch für Kriminalität als gesellschaftliches Phänomen bzw. individuelles Ereignis.

Die wichtigsten Aussagen und Annahmen dieses Diskurses werden im Folgenden unter drei Aspekten gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse dargestellt

- der zunehmenden funktionalen Differenzierung
- der zunehmenden Individualisierung
- den zunehmenden Desintegrationserscheinungen,

bevor auf die empirischen Befunde eingegangen wird, die für die aktuelle gesellschaftliche Situation in Deutschland Entwicklungen belegen, die diesen Modernisierungsprozessen entsprechen:

- eine zunehmende sozio-ökonomische Spaltung der Gesellschaft
- eine zunehmende soziale und ethnisch-kulturelle Pluralisierung
- mit den Folgen einer (zu) geringen sozialen Teilhabe bestimmter Personen(gruppen) und entsprechend zunehmenden Exklusionserfahrungen.

1.1

Gesellschaftstheoretischer Diskurs

1.1.1

Funktionale Differenzierung moderner Gesellschaften

Einem weit akzeptierten gesellschaftstheoretischen Ansatz zufolge sind moderne Gesellschaften funktional differenziert.⁴ Dieser Begriff orientiert sich an der von *Luhmann* entwickelten Gesellschafts- bzw. Systemtheorie, an seiner „evolutionistisch-epochale(n) Unterscheidung zwischen segmentärer Differenzierung, stratifikatorischer Differenzierung und funktionaler Differenzierung“ (Beck 2008, 46).

Historisch gesehen folgt die funktionale Differenzierung als eine mögliche Form der gesellschaftlichen Differenzierung auf die segmentäre Differenzierung früher, archaischer Ge-

4 So etwa Heitmeyer (1997 b, 33): „Zentrales Grundmuster moderner Gesellschaften ist bekanntlich ihre funktionale Differenzierung“ oder Nassehi (2008, 111) „Ich optiere begrifflich für ‚funktionale Differenzierung‘“.

sellschaften und die stratifikatorischen Differenzierungsformen.⁵

Segmentäre Gesellschaften sind auf feste Gruppenzugehörigkeit hin fixierte und in gleiche Teile differenzierte Gesellschaften, zwischen denen es nur wenige Unterschiede gibt und die als Familien, Stämme oder Dörfer weitgehend auf die Anwesenheit ihrer Mitglieder angewiesen sind.

Stratifikatorische Differenzierungsformen – „der historisch erfolgreichste Typ, von der Umstellung einfachster Sozialformen bis in die europäische Vormoderne reichend“ (Nassehi 1997, 116) - sind nach Schichten und Klassen strukturierte Gesellschaften, sie teilen das Gesellschaftssystem in der Form der Über- bzw. Unterordnung in unterschiedliche soziale Klassen oder Schichten ein.

Die **funktionale Differenzierung der modernen Gesellschaft** löst diese Klassengesellschaft auf und ab. Für *Luhmann*⁶ bedeutet „funktional differenzierte Gesellschaft“, dass die moderne Gesellschaft als Ganzes aus ungleichartigen, aber gleichrangigen Teilen zusammengesetzt ist, aus gesellschaftlichen Teilsystemen. Die moderne Gesellschaft stellt nach *Luhmann* ein Ensemble von **Teilsystemen** dar wie Wirtschaft, Politik, Recht, Militär, Wissenschaft, Kunst, Religion, Massenmedien, Erziehung, Gesundheitswesen, Sport, Familie und Intimbeziehungen.

Diese Teilsysteme sind **ungleichartig**, weil jedes eine andere, nur ihm zukommende funktionale Spezialisierung des in ihm stattfindenden sozialen Geschehens aufweist – beispielsweise ist wirtschaftliches Handeln etwas ganz anderes als politisches oder künstlerisches. Alle Teilsysteme leisten aufgrund ihrer funktionalen Spezialisierung einen anderen, den für sie jeweils spezifischen, Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Reproduktion.

Gleichrangig sind sie, weil alle gleichermaßen unverzichtbar für die Reproduktion der modernen Gesellschaft sind und auch keines dabei durch ein anderes ersetzt werden kann.⁷

5 Siehe zu den Begrifflichkeiten Nassehi 1997, 116 und Beck 2008, 46f.

6 Zitiert nach Schimank 2000, der seiner Darstellung Luhmanns gesellschaftstheoretisches Hauptwerk „Die Gesellschaft der Gesellschaft“ (1997) zugrunde gelegt hat.

Anders als Luhmann unterscheidet etwa *Habermas* nur zwei funktionale Teilsysteme: ein über Arbeits-, Kapital- und Gütermärkte gesteuertes Wirtschaftssystem und ein bürokratisches, gewaltmonopolisierendes, politisch-administratives System (Lange 2000, 111f).

7 Die Ausdifferenzierung der Teilsysteme erfolgt für *Luhmann* als „Kultivierung, Vereinseitigung und schließlich Verabsolutierung von Weltansichten, bis diese sich in Form jeweils hochgradig spezialisierter, selbstreferentiell angelegter *binärer* Codes etabliert haben“, etwa „Recht/Unrecht“ beim Rechtssystem oder „zahlen/nicht zahlen“ beim Wirtschaftssystem. Diese „Leitdifferenzen gesellschaftlicher Kommunikation konstituieren keine überschneidungsfreien Zuständigkeitsbereiche, sondern eine *polytexturale*

Die moderne Gesellschaft stellt wegen ihrer funktionalen Differenzierung zwar keine substantielle Einheit mehr dar; das heißt jedoch nicht, dass die „gesellschaftlichen Teilsysteme in ihrer je eigenen Welt gänzlich unabhängig voneinander operieren. Sie sind im Gegenteil vielfältig strukturell gekoppelt⁸ ... Dadurch, dass die moderne Gesellschaft ein dichtes Netz derartiger struktureller Kopplungen zwischen ihren Teilsystemen aufweist, wird für *Luhmann* gesellschaftliche *Systemintegration* hauptsächlich gewährleistet“ (Schimank 2000, 130f).

Denn in der funktional differenzierten Gesellschaft gibt es für *Luhmann* kein eindeutiges Zentrum mehr, insbesondere ist das Teilsystem „Politik“ kein solches Zentrum oder „Leitsystem“. Wenn sich die Politik als gesellschaftliche Steuerungsinstanz begreife, so sei das lediglich ihre eigene Lebenslüge. Wenn sich der Wohlfahrtsstaat eine „Gesamtverantwortung der Politik für die Gesellschaft“ zumute, dann scheitere er regelmäßig daran – und sei gut beraten, zu einem „restriktiven“ Politikverständnis umzuschwenken, das sich auf die Regulierung gesellschaftlicher Konfliktlagen durch kollektiv bindende Entscheidungen zurückziehe, ohne damit Steuerungsansprüche zu verbinden (Schimank 2000, 138 f).⁹

Folgt man *Luhmann*¹⁰, dann fällt die Politik als Steuerungsinstanz für die Bewältigung der noch aufzuzeigenden Folgeprobleme funktionaler Differenzierung aus.¹¹

Gesellschaft ... Die gesellschaftliche Wirklichkeit ist damit nicht eine einzige, sondern so oft und so oft anders vorhanden, wie es divergierende, teilsystemische Perspektiven auf sie gibt ... Die Gesellschaft aus der Sicht der Wirtschaft ist eine völlig andere als die(-selbe?) Gesellschaft aus der Sicht der Politik oder aus der Sicht des Gesundheitssystems usw.“ (Schimank 2000, 128).

- 8 Eine solche strukturelle Kopplung zwischen dem Teilsystem Politik und dem Teilsystem Wirtschaft stellt beispielsweise die Steuerfinanzierung dar (Schimank 2000, 130).
- 9 Dem entspricht die Aussage von *der Leyens* und *Schäubles* (2009), sie nähmen als Bundesminister zwar die Herausforderung an, die Chancen zu nutzen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkten, aber ohne dies „mit dem immer wieder laut erklingenden Ruf nach einem allzuständigen Staat zu verwechseln. Ein Staat, der immer noch mehr intervenieren und regulieren soll, würde sich selbst überfordern – die Gesellschaft und ihre Bürger aber unterfordern.“
- 10 Wie es beispielsweise *Heitmeyer* tut, wenn er ausführt: „Gerade weil in der differenzierten Gesellschaft kein eindeutiges Zentrum mehr besteht, von dem aus die anderen Teilsysteme geordnet und aufeinander bezogen werden können ...“ (1997 b, 44).
- 11 *Radtke* und *Stosic* (2008, 82) nennen drei Folgeprobleme funktionaler Differenzierung: Das Problem der Koordination der Teilsysteme und ihrer Leistungen; das Problem der Inklusion der Bevölkerung in die (Organisationen der) Teilsysteme; das Problem, die Widersprüchlichkeit und Pluralität partikularer Interessen und struktureller Systemerfordernisse auf der Ebene der Interaktion mit Hilfe geeigneter Programme normativ zu regulieren.

1.1.2

Individualisierung

Für den Einzelnen hat die funktionale Differenzierung moderner Gesellschaften zur so genannten **Individualisierung seiner Lebenswelten und Lebenschancen** geführt. Sein Lebensweg, seine privaten, beruflichen und sonstigen Möglichkeiten, sind heute weitaus weniger als in früheren Jahrhunderten – eigentlich nur noch in Ausnahmefällen – schon mit der Geburt (fast) unveränderbar festgelegt. „Eine funktional differenzierte Gesellschaft vermag es .. nicht, konkrete Lebensmodelle vorzustrukturieren, d.h. die Passung des Individuums an die Gesellschaft erfolgt nicht mehr in dem Sinne, dass sich aus einer bestimmten sozialen Lage der Rest des Lebens von selbst ergibt.“ Während in früheren Gesellschaften „Herkunft und Zukunft .. zusammen (fielen) ... verfügt die moderne Gesellschaft unserer Region nicht mehr über jene eindeutigen Fahrpläne, nach denen Lebensverläufe festgelegt sind“ (Nassehi 2008, 130 f).

Individualisierung gibt die **Chance**, zu persönlicher Unabhängigkeit und Autonomie, gibt die Chance, sein Leben selbst gestalten zu können, bringt einen potentiellen Freiheitsgewinn mit sich, birgt aber auch Risiken. Mögliche **Risiken** einer Freisetzung aus traditionellen Bindungen sind etwa Entwurzelung, Vereinzelung und Orientierungslosigkeit, sind steigende Wahl- und Entscheidungszwänge oder auch eine zunehmende Distanz in den sozialen Beziehungen (Ebers 1995, 355). Außerdem ist die moderne Gesellschaft „auf ein Personal angewiesen, das in der Tat in der Lage ist, Entscheidungen über das eigene Leben zu fällen“ (Nassehi 2008, 131).

Doch dazu scheint keineswegs jeder zu jeder Zeit in der Lage zu sein – zumal dann nicht, wenn die realen Lebensbedingungen, die jeweiligen Lebenslagen, die Chancen der Individualisierung drastisch beschränken: Die im Kapitel 1.2 dargestellten empirischen Befunde zu gesellschaftlichen **Desintegrationerscheinungen** machen diesen Zusammenhang zwischen der sozialen Situation des Einzelnen und seinen tatsächlichen Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten deutlich. So wird etwa hinsichtlich der Bildungschancen und –erfolge festgestellt: „Wie in kaum einem anderen OECD-Land ist der spätere Schulabschluss den Kindern (in Deutschland) in die Wiege gelegt“ (Meyer-Timpe 2008, 84). Auch in modernen Gesellschaften scheint damit doch schon mit der Geburt das eine oder andere am Lebensweg ziemlich festgelegt zu sein, vor allem hinsichtlich der Möglichkeiten, die Chancen der Individualisierung wirklich für sich nutzen zu können.

Dieser Befund ist ein Grund dafür, warum seit einiger Zeit in der **Wertung der Individualisierungsprozesse** ein auffälliger Wandel festzustellen ist: Wurden früher die Chancen und positiven Effekte von Individualisierung betont, scheinen jetzt für Viele ihre Risiken zu überwiegen, gilt sie als zuneh-

mend problematisch. So nehmen etwa für *Heitmeyer* (1997 b, 23) „die Unsicherheiten über die Entwicklung moderner Gesellschaften .. angesichts der widersprüchlichen Veränderungsprozesse, die nahezu alle Lebensbereiche erfasst haben, enorm zu. Die Sonnenseiten der Differenzierungsprozesse von Gesellschaften – wie etwa die Erweiterung der Freiheitsspielräume oder die Entfaltung kultureller Vielgestaltigkeit – können nicht die Schattenseiten – wie etwa Orientierungsprobleme, neue soziale Ungleichheiten oder anomische Erscheinungsweisen – ausblenden.“¹²

Zu einer nach wie vor grundsätzlich positiven Bewertung kommt *Keupp* (1997, 297), der auf den oben angesprochenen „bemerkenswerten Paradigmenwechsel“ hinweist, der sich im öffentlichen Diskurs über Individualisierungsprozesse etwa seit Mitte der 1990er-Jahre vollzogen habe. Mit „wachsendem Engagement“ werde die Frage diskutiert, „wie eine Gesellschaft, die sich immer stärker an Werten wie Selbstverwirklichung oder Emanzipation des Individuums orientiere, überhaupt noch einen Zusammenhalt als solidarische Gemeinschaft realisieren könne“ (Keupp 1997, 284).¹³

Für *Keupp* sind Individualität und solidarische Bezogenheit keine Alternativen, sondern verweisen aufeinander (1997, 300). Allerdings bedeute die gewachsene individuelle Planungs- und Gestaltungshoheit über das eigene Leben, dass jeder von uns „Baumeister seines eigenen Beziehungsnetzwerkes (wird). Aber das ist nicht nur eine Freiheit, sondern eine unbedingte Notwendigkeit. Wir müssen uns unsere eigenen Ligaturen¹⁴ bauen, und wenn wir das nicht tun oder können, dann erfahren wir die Lebensfeindlichkeit sozialer Wüsten“ (Keupp 1997, 302).

Keupp kommt bei seiner Analyse von Ergebnissen der empirischen **Netzwerkforschung** zu einer grundsätzlich positiven Aussage über die „soziale Bautätigkeit zeitgenös-

12 Mit Blick auf die Zusammenhänge zwischen Desintegration und **Jugendgewalt** weist *Heitmeyer* (1992, 111) darauf hin, dass heute unter Individualisierungsbedingungen die Rahmenbedingungen des Aufwachsens von „hochgradiger Ambivalenz“ gekennzeichnet seien. Diese ergebe sich aus der „Parallelität von individuellen Handlungs- und Wahlfreiheiten durch den vermehrten Wegfall von sozialen Kontrollen auf der einen Seite und einsetzenden Gefährdungen und Risiken durch den Zwang zu einer immer komplexeren Bewältigung von Lebensaufgaben ohne den Rückhalt stabiler Vergemeinschaftungsformen auf der anderen Seite“.

13 Wobei „Solidarität“, worauf *Thomas Meyer* (1997, 313) zu Recht hinweist, in der Geschichte der menschlichen Gesellschaften schon immer eine knappe Ressource gewesen ist und nichts „anscheinend den jeweils privilegierten Gruppen zu allen Zeiten leichter gefallen (ist), als Gründe zu finden, Merkmale zuzuschreiben, Interpretationen zu verbreiten, um den Ausschluß der Anderen aus den bestehenden Zusammenhängen solidarischer Gemeinschaftshaftung zu rechtfertigen“.

14 Ligaturen bezeichnen gesicherte Bezüge, Verankerungen, Einbindungen und Bindungen, Sinn-, Sozial- und Ortsbezüge einer Person.

sischer Subjekte v.a. in den großstädtischen Ballungsräumen“ (1997, 302)¹⁵.

Allerdings hänge der Entscheidungsspielraum einer Person für die Aufnahme spezifischer sozialer Beziehungen entscheidend von ihrem Status ab: „Je höher der sozioökonomische Status einer Person ist, desto mehr Ressourcen hat sie für die aktive Beziehungsarbeit, desto weiter ist der soziale Möglichkeitsrahmen gespannt ... und umso seltener beschränken sich (die persönlichen Beziehungen) auf Verwandtschaft und Nachbarn. Das bedeutet andererseits, dass die Zerstörung lokaler Sozialstrukturen (etwa durch städtebauliche Modernisierungsprogramme) für sozial benachteiligte Personen ... den kaum kompensierbaren Verlust von Gemeinschaft und Solidarität mit sich bringt“¹⁶ (1997, 303).

Die „Gefahrenseite der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung“ liegt für *Keupp* in dem Zusammenhang zwischen „sozialem Kapital“, also den sozialen Ressourcen und „ökonomischem Kapital“: Sozioökonomisch unterprivilegierte und gesellschaftlich marginalisierte Gruppen wiesen offensichtlich besondere Defizite bei der gesellschaftlich zunehmend geforderten eigeninitiativen Beziehungsarbeit auf. Sie seien deshalb auch besonders durch die Wiederbelebung alter sowie die Produktion neuer Feindbilder gefährdet, durch Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und das Verspre-

15 In den neuen Beziehungsmustern steckt für *Keupp* „ein hohes Potential an Solidarität und kommunitären Verknüpfungen ... Die Entfaltung dieses Potentials findet am ehesten in ‚kommunitären Netzen‘ statt. In solchen solidarischen Netzen sei die Basis für **kooperativen oder solidarischen Individualismus** gelegt – deshalb „sollten alle gesellschaftlichen Fördermöglichkeiten für die Anregung und Unterstützung selbstorganisierter Gruppen ausgeschöpft werden“ (1997, 308).

Diese Erwartung zeigt deutlich Parallelen zum **Kommunitarismus** (vom englischen „community“ = Gemeinschaft, Gemeinwesen), einer in den USA entwickelten liberalismuskritischen Strömung. In ihr wird die Abhängigkeit und Einbettung des Einzelnen, aber auch von Rechten, Normen und Institutionen von bzw. in die Gemeinschaft, von der Familie bis zur politischen und kulturellen Gemeinschaft festgestellt. Kommunitaristische Theoretiker betonen die Bedeutung einer Wiederbelebung von sozialen Netzwerken in Nachbarschaften, von Eigenverantwortung, Solidarität und Engagement in der nachbarschaftlichen Gemeinschaft. Als Mittel gegen Entsolidarisierung, Werteverfall, Legitimitäts-, Identitäts- und Sinnkrisen – „soziale Atomisierung“ – sollen die Bürger ihre lokalen Probleme durch Partizipation, Solidarität und Eigenverantwortung selber lösen. Bürgersinn, Selbsthilfe und Bürgerengagement sind die Stichwörter dieses Ansatzes (aus dem Gutachten zum Schwerpunktthema des 13. DPT, Steffen 2008).

Auf dem **14 Deutschen Präventionstag** werden *Herbert Schubert und Katja Veil* zum Thema „Nachbarschaftlichkeit – Solidarität als Faktor der sozialräumlichen Kriminalprävention“ referieren.

16 Für *Keupp* hat die gelegentlich immer noch zu hörende Auffassung, materielle Armut werde vielfach durch Reichtum an zwischenmenschlichen Beziehungen aufgewogen, „mit der Realität nichts gemein“ (1997, 305)

chen „geschlossener kollektiver Identitätsgehäuse“ (1997, 309). Um diesen Risikolagen entgegen zu wirken, seien aktive sozialpolitische Anregungs- und Unterstützungssysteme erforderlich (1997, 308).

1.1.3

Desintegration: Was treibt Gesellschaften auseinander, was hält sie zusammen?¹⁷

Die Frage, was Gesellschaften zusammenhält, zieht sich „wie ein roter Faden“ durch die Geschichte der Sozialwissenschaften - und wird durchaus unterschiedlich beantwortet.

So stellt sich etwa für *Ebers* (1995, 361) in Hinblick auf gesellschaftliche Integration bzw. Desintegration die Frage, ob Modernisierung und Individualisierung tendenziell zu einer Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes führten – also zu Anomie¹⁸ - oder ob die Gesellschaftsstruktur so beschaffen sei, dass „im Gegenteil die Chancen zur Erlangung von individueller Selbständigkeit und zur Ausbildung von Individualität – der Aspekt der Autonomie – genutzt und als weiter zunehmende, positive Freiheitsgrade gewertet werden können?“

Und für *Nassehi* (1997, 126) ist aus der Perspektive der Theorie funktionaler Differenzierung **Desintegration ohnehin der Normalfall moderner Vergesellschaftung**. Denn als strukturelle Folge der gesellschaftlichen Entwicklung habe sich „die Integration bzw. Inklusion des Menschen in die Gesellschaft von stabilen Sozialmilieus in Richtung einer parti-

17 So die Untertitel der beiden von *Heitmeyer* 1997 herausgegebenen Bände „Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft“.

18 Der Anomie-Begriff wurde vor über 100 Jahren von *Emile Durkheim* eingeführt, dann vor allem von *Robert K. Merton* weiter entwickelt und gehört zu den am intensivsten diskutierten soziologischen Theorien. Für *Merton* ist Anomie ein Merkmal sozialer Systeme (und nicht ein Merkmal von Personen) und kennzeichnet ein soziales System, in dem sozial generalisierte Normen, die die legitimen Mittel zur Erreichung kulturell vorgegebener und individuell erstrebter Werte festlegen, von einem relevanten Teil der Akteure nicht eingehalten werden. Anomie bedeutet also einen Mangel an Normbindung.

Anomie hat strukturelle Bedingungen: Kulturell sind Wertpräferenzen und Handlungsziele definiert und kulturell sind auch die Wege und Mittel festgelegt, die legitimerweise eingesetzt werden dürfen, um die Ziele zu erreichen. Die Sozialstruktur verteilt jedoch diese Mittel höchst ungleich, so dass viele Akteure die Ziele nicht mit den (bisher) als legitim anerkannten Mitteln erreichen können. Diese (potenziellen) Verlierer können ein anomisches Verhalten entwickeln, mit dem sie sich von den bisherigen Zielen oder den legitimen Mitteln oder beidem abkehren: Ersatzlos („Ritualisierung“ oder „Rückzug“), oder unter Rückgriff auf alternative - einschließlich kriminelle - Mittel („Innovation“), möglicherweise auch auf alternative Ziele („Rebellion“) (*Thome* 2008). Insbesondere *Heitmeyer* und seine Mitarbeiter nehmen diese Anomie-Konzeptionen auf und modifizieren sie in Hinblick auf die moderne, funktional differenzierte Gesellschaft (s.u.)

ellen Inklusion in funktionale Teilsysteme entwickelt .. Desintegration sei „dementsprechend die notwendige Bedingung dafür, dass die moderne Gesellschaft sich in einer Weise differenzieren konnte, dass sie gerade auf diejenigen evolutionshemmenden Stabilitäten verzichten konnte, die in traditionellen Sozialformen bestimmend waren“ (1997,138). Es gebe keine Integration in die Gesellschaft, sondern lediglich gelingende oder misslingende Integration in verschiedene Funktionsbereiche (Nassehi 2002, 223).

Andererseits (1997,123) verlange die moderne funktional differenzierte Gesellschaft „von Personen eine *gleichzeitige* Zugehörigkeit zu *verschiedenen* Teilsystemen der Gesellschaft. Während solche *Mischexistenzen* für vormoderne Gesellschaften nahezu ausgeschlossen waren, bringe die moderne Gesellschaft eine Form der Multiinklusion hervor, weil sie Personen nicht mehr nur einem gesellschaftlichen Teilsystem zuordnen kann.“¹⁹

Individuen können jedoch nicht nur „multiinkludiert“ sein, sondern auch „multiexkludiert“ (integriert in dem einen, desintegriert in dem anderen Funktionssystem ...). Kennzeichnend ist ein relativ kompliziertes Wechselspiel aus Kompensations- und Verstärkereffekten. Desintegration in einer Dimension kann die Desintegration in anderen Bereichen verstärken,²⁰ kann aber auch durch gelungene Integration bzw. hohe Anerkennung in einem anderen Bereich kompensiert werden (Mansel/Kaletta 2008, 77). Zu Recht weist *Bude* (2007, 36) darauf hin, dass „Integrationsverluste in der einen Hinsicht .. Horizonte wahrnehmbar und zugänglich machen

19 Das entspricht der Analyse *Becks* (1986; zit. nach Nassehi 2008, 130), derzufolge Individuen gewissermaßen die Differenziertheit der Gesellschaft integrieren müssten und zwar in ihrer eigenen Lebenspraxis, da Individuallagen quer zur Struktur der Gesellschaft lägen und deshalb alles, was institutionell in der modernen Gesellschaft getrennt sei – Familie und Erwerbsarbeit, Ausbildung und Beschäftigung, Verwaltung und Verkehrswesen, Konsum, Medizin, Pädagogik – in Individuen fokussiert werde.

20 „Exklusionsverkettungen“ nennt *Luhmann* das, was eine funktional differenzierte Gesellschaft den Personen und darüber dann wieder sich selbst beschern kann: Exklusion beschränkt sich meistens nicht auf ein einziges Teilsystem, sondern ruft Kettenreaktionen hervor.

Zwar gab es auch in vormodernen Zeiten Formen der Exklusion, aber: „Schon rein quantitativ haben die Exklusionsprobleme heute ein anderes Gewicht. Sie haben auch eine andere Struktur. Sie sind direkte Folgen der funktionalen Differenzierung des Gesellschaftssystems (u.a. deshalb, weil) Mehrfachabhängigkeit von Funktionssystemen den Exklusionseffekt verstärkt“ (zit. nach Schimank 2000, 136).

Daraus erwächst für *Luhmann* ein gravierendes Problem gesellschaftlicher Ordnung: Zwar gäbe es heute kaum noch normativ legitimierte Verweigerungen der Teilhabe (etwa: kein Wahlrecht für Frauen), wohl aber faktische Teilhabeverweigerungen, die große Unzufriedenheiten hervorrufen, potentieller Explosionsstoff für die gesellschaftliche Ordnung sein könnten. Aus Exklusionserfahrungen könne individuelle und kollektive Gewalt hervorgehen (zit. nach Schimank 2000, 136).

(können), die man bisher nicht erkennen konnte“. Der Verlust von Bindungen in einem sozialen Bereich kann Chancen in einem anderen sozialen Bereich eröffnen.

Für *Nassehi* darf gleichwohl die funktionale Differenzierung der Gesellschaft nicht als *Erfolgsstory* gelesen werden; vielmehr sei die Geschichte der Moderne geradezu geprägt davon, Formen zu entwickeln, um die Folgen der strukturellen Desintegration zu bewältigen. *Nassehi* nennt hier neben dem Nationalismus die Bemühungen, Desintegrationsfolgen wohlfahrts- und rechtsstaatlich abzumildern und führt die gegenwärtig zu beobachtenden Destabilisierungserfahrungen entsprechend darauf zurück, dass „die kompensierende Kraft der wohlfahrts- und rechtsstaatlichen Institutionen derzeit nicht greift oder zumindest erheblich gestört“ sei (1997, 139).

Es sei zu einer *Wiederentdeckung* sozialer Ungleichheit gekommen, Verteilungskämpfe beherrschten das gesellschaftliche Klima wieder stärker – und es sei „ein erhebliches Versäumnis der Differenzierungstheorie systemtheoretischer Provenienz ..., das Problem *sozialer Ungleichheit* und der damit verbundenen *Destabilisierung von Lebenslagen* nicht systematisch aufgegriffen zu haben.“ Es seien vor allem Probleme der Konkurrenz um materielle Ressourcen und Lebenschancen, „die das soziale Klima erheblich erschüttern und der Ethnisierung von Konflikten und der Diskriminierung von Minderheiten Vorschub leisten“, wobei es sich nicht um Randgruppenprobleme handle, sondern um ein Phänomen der ‚Mitte‘ der Gesellschaft (1997, 140 ff).

An dieser Problematik setzen auch *Heitmeyer* und seine Forschergruppe an, die mit zu den prominentesten Analytikern der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung zählen.²¹

Heitmeyer wirft der Theorie funktionaler Differenzierung nicht nur vor, sie unterschätze Ungleichheit und berücksichtige die Dimensionen sozialer Ungleichheit sowie die damit verbundenen Destabilisierungen von Lebenslagen zu wenig (Heitmeyer 1997 b, 14)²², sondern stellt ganz grundsätzlich die Frage, „ob Integration überhaupt noch funktioniert, notwendig ist und im Zuge postmoderner Vergesellschaftung nicht nur noch als Zwangsinstrument für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt dient, der nicht mehr wünschenswert, schon gar nicht zu garantieren ist“ (Imbusch/Heitmeyer 2008, 12).

Heitmeyer (1997 a, 10f; siehe dazu auch Lange 2000) zufolge ließen in der deutschen Gesellschaft die regulierenden und integrierenden Kräfte der Solidarität nicht nur nach und anomische Krisen nähmen nicht nur zu, sondern es sei sogar

21 Auf dem **14. Deutschen Präventionstag** wird *Wilhelm Heitmeyer* zum Thema „Spannungsreiche gesellschaftliche Entwicklungen. Was erklärt die Theorie Sozialer Desintegration?“ referieren.

22 Für *Luhmann* schafft funktionale Differenzierung keine sozialen Ungleichheiten, verschärft sie auch nicht, beseitigt sie allerdings auch nicht (Schimank 2000, 134),

eine **krisehafte Beschleunigung der Desintegration²³ der deutschen Gesellschaft** festzustellen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt gefährde:²⁴

- Die Schere zwischen Arm und Reich klaffe immer weiter auseinander: Soziale Ungleichheit verschärfe sich, die bislang integrierenden Mittelschichten erodierten.
- Immer mehr Menschen zögen sich aus den Institutionen zurück. Dies gelte nicht nur für Ehe, Familie und Kirche, sondern im besonderen Maße auch für die konfliktvermittelnden intermediären Institutionen wie Vereine, Verbände, Gewerkschaften und Parteien.
- Gesteigerte Anforderungen der Arbeitswelt, vor allem mit Blick auf Mobilität und Arbeitszeitflexibilität, führten zur Zerstörung von sozialen Beziehungen und zur Fragmentierung von Lebenszusammenhängen; der Lebenslauf werde zur „Bastelbiographie“.
- Basale Wert- und Normenkonsense, die bislang gesellschaftsintegrierend gewirkt hätten, lösten sich auf.

Heitmeyer und seine Forschergruppe stellen „anomische Entwicklungen“ fest, Krisenphänomene, die sich im Sinne der Anomietheorie zu drei gesellschaftlichen **Krisenlagen** bündeln ließen:²⁵

- Zu einer ökonomischen und politischen **Strukturkrise**, aus der Ausgrenzung, Desintegration, Verschärfung von Ungleichheit, ja sogar Existenzgefährdungen resultierten.
- Zu einer kulturellen **Regulationskrise**, die sich aus der gesellschaftlichen Entwicklung hin zu einer Pluralisierung

23 Desintegration wird verstanden „als ein auf unterschiedlichen Ebenen angesiedeltes Phänomen, das die nicht eingelösten Leistungen von gesellschaftlichen Institutionen und Gemeinschaften anzeigt, in einer Gesellschaft existentielle Grundlagen des Zusammenlebens, gegenseitige soziale Anerkennung und die persönliche Unversehrtheit der Gesellschaftsmitglieder zu sichern. Grundsätzlich gilt dabei, dass mit dem Grad der Desintegrationserfahrungen und der Desintegrationsängste das Ausmaß und die Intensität von Konflikten zu-, deren Regelungsfähigkeit aber gleichzeitig abnimmt“ (Imbusch/Heitmeyer 2008, 13).

24 Anderer Meinung ist etwa *Schäfers* (1998, 7 zit. nach Lange 2000, 120), der die „Krisen“ als ein Indiz für die Rückkehr zu gesellschaftlicher Normalität nach einer atypisch konfliktarmen Nachkriegszeit wertet.

Bohle u.a. (1997, 55; zit. bei Lange 2000, 121) weisen auf die Fähigkeit der Gesellschaft zur **Interdependenzunterbrechung** hin, die es ermögliche, dass die heutige deutsche Gesellschaft mit dem Konfliktpotential leben könne: Anomische Tendenzen in einzelnen Funktionsbereichen oder anomische Spannungen bestimmter Bevölkerungsgruppen würden durch unterbrochene Interdependenzverhältnisse „eingeklammert“ und griffen deshalb nicht mehr zwangsläufig um sich. Die Metapher der Zwei-Drittel-Gesellschaft kennzeichne eine solche Unterbrechung.

25 Siehe dazu das Schema und die entsprechenden Ausführungen bei Heitmeyer 1997 a, 633 ff; auch Lange 2000, 113.

von Werten und Normen ergebe und Folgen für die sozialen und politischen Integrationsprozesse habe. Die Beliebigkeit von Werten und Normen untergrabe die Wert- und Normstruktur unserer Gesellschaft.

- Zu einer in der sozialen Lebenswelt zu verortenden **Kohäsionskrise**, die als Ergebnis einer übersteigerten Individualisierung auf der Ebene der Sozialintegration zur Auflösung von Vergemeinschaftungen und zum Verlust der Bindekraft von Idealen, sozialen Beziehungen, Milieus usw. führe. Analog zu den Freiheitszuwächsen durch die Pluralisierung von Werten und Normen zeigten sich die Sonnenseiten der Individualisierung in der Selbstgestaltung von Lebenswegen und –konzepten, die Schattenseiten in Vereinzelung und Vereinsamung.

Alle drei Krisenlagen stellten **Gewaltpotentiale** dar. Insbesondere erhöhe sich die Gefahr einer Absenkung von Gewaltschwellen und damit die Zunahme der Gewaltanfälligkeit im individuellen wie kollektiven Verhalten.

Für *Heitmeyer* (1997 b, 9f) ist die „Frage nach der Integrationsfähigkeit moderner Gesellschaften .. zu einem zentralen öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskussionsthema avanciert“. Die Integrationsproblematik scheine sich „angesichts der *Ambivalenzen sozialer Modernisierung* und angesichts der unübersichtlichen Folgen von Differenzierung und der Individualisierung mit ihren schwer kalkulierbaren Konsequenzen, der *Rasanz der ökonomischen Globalisierung* und der neuerlichen *Brisanz von Ethnizität* zu radikalieren“.

Diese „Brisanz von Ethnizität“ sei es auch, was die Desintegrationskrisen so gefährlich mache: Ihre Überlagerung mit gleichzeitigen ethnisch-kulturellen Konflikten, die aus der hohen Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland resultierten. Die Frage, ob hoch individualisierte Gesellschaften integrierbar seien, müsse verbunden werden mit der Frage, ob dies auch für ethnisch-kulturell vielfältige Gesellschaften gelte (*Heitmeyer* 1997 b, 10).

Dadurch habe sich die „Integrationsthematik, die bisher allenfalls noch politisch halbherzig und konjunkturell rhetorisch für die ‚Ausländer‘ und Zugewanderten reserviert war, massiv gewandelt .. Eine **doppelte Integrationsfrage** steht neuerdings auf der politischen und wissenschaftlichen Tagesordnung: die Integration der Mehrheitsgesellschaft selbst *und* der Minderheiten.“

1.1.4

Bürgerschaftliches Engagement: Die Zivilgesellschaft als Integrationsinstanz?

„Modernisierung und Individualisierung haben unser Leben verändert ... Ein stärkeres Miteinander ist nötig, damit ein Gefühl der Zugehörigkeit entsteht. Engagement und Bürgersinn kann der Staat nicht verordnen, aber zum Wohle der

Gemeinschaft besser als bisher fördern.“ (von der Leyen/Schäuble 2009)

Hinsichtlich der Integrationsfähigkeit und den Integrationsmöglichkeiten moderner Gesellschaften, der Frage danach, wie die negativen Folgen von Modernisierung, Individualisierung und Globalisierung auf gesellschaftliche Integration und Solidarität gemildert, wie die abnehmenden Steuerungs- und somit auch Integrationsfähigkeiten sozialstaatlicher Institutionen und Arrangements abgefedert werden können²⁶, hat *Habermas* bereits Anfang der 1980er-Jahre (in „Faktizität und Geltung“) die „Kardinalfrage“ gestellt

„In welchem Maße und mittels welcher Mechanismen sind moderne, funktionell differenzierte und kulturell pluralisierte Gesellschaften systemisch und vor allem sozial integriert?“

und die Antwort darauf in der **Zivil- bzw. Bürgergesellschaft** gesehen. Sie sei als ein aus lebensweltlichen Kontexten gewachsenes, strukturell sich verdichtendes Geflecht von Organisationen, freien Initiativen, sozialen Bewegungen, aber auch lernfähigen etablierten politischen Akteuren dazu fähig, latente und neue Gefährdungslagen zu thematisieren und durch die Inanspruchnahme und Aktivierung von Öffentlichkeit so nachhaltig ins gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken, dass sie als regelungsbedürftige Materie erfahren werde (zit. nach Heming 2000, 57,67).²⁷

Auf die Bedeutung der **Zivilgesellschaft** und hier insbesondere des **Sozialkapitals** **freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements** für den dauerhaften Bestand freiheitlich verfasster Gesellschaften im allgemeinen - „der demokratische Staat lebt von gesellschaftlichem Zusammenhalt und bürgerschaftlichem Engagement“ (von der Leyen/Schäuble 2009) – sowie für Sicherheit und Sicherheitsgefühl im besonderen, wurde bereits im Gutachten zum Schwerpunktthema des 13. Deutschen Präventionstag eingegangen, der am 2. und 3. Juni 2008 in Leipzig unter dem Schwerpunktthema „Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft“ durchgeführt worden ist.²⁸

26 Siehe dazu von der Leyen/Schäuble 2009, Münkler/Wassermann 2008, 3.

27 Auch das **Recht** ist für Habermas ein Medium gesellschaftlicher Integration: „Nur in der Sprache des Rechts können normativ gehaltvolle Botschaften *gesellschaftsweit* zirkulieren.“ (Heming 2000, 69)

28 In diesem **Gutachten** wird zunächst auf das Ausmaß, die Formen und die gesellschaftlichen wie individuellen Wirkungen bürgerschaftlichen Engagements allgemein eingegangen, bevor seine Auswirkungen auf Sicherheit und Sicherheitsgefühl dargestellt werden. Möglichkeiten, Formen und Bereiche bürgerschaftlichen Engagements in der Kriminalprävention werden dann an drei Beispielen diskutiert: Am Beispiel der Zivilcourage bzw. der Hilfe- und Anzeigebereitschaft, am Beispiel der Opfer-, Straffälligen- und Bewährungshilfe sowie am Beispiel der Netzwerke für Sicherheit. Vor dem Hintergrund des Strukturwandels des bürgerschaftlichen Engagements in den letzten Jahrzehnten werden Empfehlungen und Vorschläge dazu gemacht, wie bürger-

Danach bemisst sich die Qualität einer Gesellschaft unter anderem daran, in welchem Ausmaß sich ihre Bürger an öffentlichen Aktivitäten beteiligen und inwieweit sie zu freiwilligem Engagement bereit sind. Bürgerschaftliches Engagement ist eine Chance, sich einzumischen, mitzugestalten. Es schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt, ermöglicht Teilhabe und trägt die gesellschaftliche Selbstorganisation: Wirkungen und zugleich Merkmale bürgerschaftlichen Engagements, die als Sozialkapital einer Gesellschaft verstanden und beschrieben werden.

Soziales Kapital besteht aus sozialem Vertrauen, Netzwerken von Kooperation und Gegenseitigkeit, Normen generalisierter Gegenseitigkeit, bürgerschaftlichem Engagement und starker Gemeinschaftsidentität. **Bürgerschaftliches Engagement** ist nicht nur ein Bestandteil des Sozialkapitals, weil es die Bindekräfte einer Gesellschaft stärkt und ein Ausdruck von Solidarität sowie der Bereitschaft zu gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme ist, bürgerschaftliches Engagement schafft auch Sozialkapital und gesellschaftlichen Zusammenhalt: Die Verbundenheit und das Verständnis zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft, die Verlässlichkeit gemeinsam geteilter Regeln, Normen und Werte und nicht zuletzt das Vertrauen in die Institutionen des Staates. Bürgerschaftliches Engagement ermöglicht soziale Teilhabe und kann damit eine mögliche „Maßnahme“ gegen die Folgen der zunehmenden Individualisierung, gesellschaftlichen Differenzierung und Desintegration sein.

In Deutschland sind fast **70% der Bevölkerung** ab 14 Jahren über ihre privaten und erwerbsbezogenen Zwecke hinaus in Vereinen, Organisationen, Gruppen und Einrichtungen am öffentlichen Leben beteiligt. Etwa die Hälfte von ihnen (36% der Bevölkerung) engagieren sich in dem Sinne freiwillig, dass sie in diesen gesellschaftlichen Gruppen längerfristig bestimmte Aufgaben übernehmen. Zusätzlich zu diesen mehr als 23 Millionen, die sich bereits freiwillig engagieren, gibt es ein großes Potenzial für die Ausdehnung und Intensivierung des bürgerschaftlichen Engagements.²⁹

Das Spektrum des Engagements umfasst nahezu alle Bereiche der Gesellschaft. Viele davon sind auf dieses Engagement angewiesen, manche würden ohne es vielleicht gar nicht mehr existieren.

schaftliches Engagement in der Kriminalprävention erhalten, gestärkt und gefördert werden kann (siehe dazu Steffen 2008).

29 Insoweit ist *Henning* nicht zuzustimmen, wenn er ausführt, dass neue intermediäre Instanzen im Sinne des Kommunitarismus oder gar die heute viel beschworene „Bürgergesellschaft“ jedenfalls empirisch unauffindbar seien und sich eher das Gegenteil konstatieren ließe: Vertrauensverlust, Mitgliederschwund (in Heitmeyer 1997a, zit. nach Lange 2000, 116). *Münkler/Wassermann* (2008, 7) weisen darauf hin, dass sich „zunächst einmal und vor allem *Verlagerungen* im bürgerschaftlichen Engagement und keineswegs dessen genereller *Schwund* beobachten“ ließen.

Ohne bürgerschaftliches Engagement ist die Bürgergesellschaft nicht möglich, in der der Einzelne einerseits für die Belange des Gemeinwesens größere Verantwortung übernimmt und dafür andererseits erweiterte Teilhabemöglichkeiten bekommt. Wenn bürgerschaftliches Engagement weiter **gestärkt** werden soll, gilt es vor allem zwei Faktoren zu berücksichtigen: Zum einen den Zusammenhang zwischen der Bereitschaft der Bevölkerung, sich bürgerschaftlich zu engagieren und der Bereitschaft des Staates, seinen Teil an sozialer Verantwortung und Wohlfahrtspolitik zu übernehmen.³⁰

Zum andern den **Strukturwandel**, den das bürgerschaftliche Engagement in den letzten Jahrzehnten durchlaufen hat: Bürgerschaftliches Engagement ist seltener als früher ein „Engagement auf Lebenszeit“, die Bindungsdauer ist geringer geworden, die Bindungsbereitschaft deshalb aber nicht weniger zuverlässig. Dem entspricht, dass Menschen sich nicht nur im Verband oder Verein engagieren, sondern auch in neuen, informellen Strukturen. Wenn Menschen sich heute engagieren, dann wollen sie ihr Arbeitsfeld selbst gestalten, wollen Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Die zunehmende Individualisierung des bürgerschaftlichen Engagements macht auch neue Zugänge zu Mitwirkungsmöglichkeiten erforderlich, die das individuelle Engagementangebot und den gesellschaftlichen Engagementbedarf aufeinander abstimmen.

Das heißt aber nicht anderes, als dass auch die **Konzepte von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklungen – funktionale Differenzierung und Individualisierung – gesehen und verstanden werden müssen**. Ansonsten würde zu Recht der Einwand gelten, „das Konzept der Zivilgesellschaft unterschreite das Differenzierungsniveau der Moderne und sei deswegen für moderne Gesellschaften nicht passförmig. Als Konzept des alteuropäischen Republikanismus sei die Bürgergesellschaft ihrem vormodernen Entstehungskonzept verhaftet und somit für moderne, differenzierte, segmentierte, spezialisierte und professionalisierte Gesellschaften nicht anschlussfähig“ (Münkler/Wassermann 2008, 9).

Wenn gefragt wird, durch welche „bürgergesellschaftlichen Arrangements Bürger zur Übernahme von Verantwortung,

30 Diese Bedeutung der sozialen Verantwortung und der sozialen Aktivitäten des Staates wurde schon oben angesprochen, als es um die Notwendigkeit ging, Desintegrationsfolgen wohlfahrts- und rechtsstaatlich abzumildern – und Destabilisierungserfahrungen (auch) darauf zurückgeführt wurden, dass die kompensierende Kraft des Staates nicht oder nicht ausreichend greift (Naschi, 1997, 139).

Deshalb betonen auch *von der Leyen/Schäuble* (2009) in ihrer Stellungnahme zur Notwendigkeit bürgerschaftlichen Engagements: „Der Staat ist und bleibt mit in der Verantwortung.“ Siehe dazu auch die Aussage des Armuts- und Reichtumsberichtes: „Der deutsche Sozialstaat wirkt.“ (Kap. 1.2.1)

zu politischer Partizipation und gemeinnützigem Engagement motiviert werden können, ohne dass dies entweder als illiberale Tugendzumahung oder als bloße Kompensation für staatliche Steuerungsverluste wahrgenommen werden muss“ (Münkler/Wassermann 2008, 16), dann muss zunächst „Abschied“ vom herkömmlichen **Solidaritäts- und Gemeinschaftsverständnis** genommen werden: Da die moderne Gesellschaft wegen ihrer funktionalen Differenzierung keine substantielle Einheit mehr darstellt, gibt es auch keinen substantiellen Gemeinschaftsbegriff mehr, gibt es nicht mehr einen gesellschaftlichen Zusammenhalt, eine Solidarität, sondern wenn, dann mehrere Solidaritäten, Gemeinschaften in vielen unterschiedlichen – pluralistischen – Formen.³¹

Meyer (1997) weist in seiner Abhandlung zu „Solidarität und kulturelle Differenz“ darauf hin, dass unter den Bedingungen der Modernität nur der Weg bleibe, „sich in öffentlichen Diskursen auf Modelle einer gerechten Gesellschaft zu verständigen und diese in anerkannten Lebensformen überzeugend zu praktizieren“ (1997, 324). Soziale Orte der gemeinschaftlichen Problemlösung und der solidarischen Gemeinschaftserfahrung müssten neubelebt oder geschaffen werden (1997, 326). Grundnormen kultureller Anerkennung, sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Teilhabe müssten für alle erkennbar erfüllt sein, notwendig sei „also ein Mindestmaß an struktureller Solidarität, der fairen Teilhabe an Lebenschancen, Mitentscheidungsrechten und nicht nur die Anerkennung, sondern auch die praktische Ermöglichung divergierender Lebensformen“ – Solidarität sei „in letzter Instanz ein Vertrauensverhältnis auf Gegenseitigkeit“ (1997, 331).

1.2

Lebenslagen und Lebenschancen in Deutschland: Empirische Befunde zu gesellschaftlichen Desintegrationserscheinungen

„Gegenwärtig befinden sich moderne Gesellschaften in einem gravierenden Umstrukturierungsprozess. Der globale ökonomische Wettbewerb ist schärfer geworden, die sozialen Sicherungssysteme sind aufgrund der demografischen Entwicklung reformbedürftig, Deutschland ist zum Einwanderungsland geworden. Diese Entwicklungen haben bei Teilen der Bevölkerung zu Furcht vor sozialem Abstieg oder sogar zur Erfahrung von Desintegration geführt...“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2009)

31 Siehe dazu auch oben (Kap. 1.1.2) die Aussagen von Keupp 1997. Münkler/Wassermann (2008, 16 ff) weisen darauf hin, dass es auch das Verhältnis von Freiwilligkeit und Verpflichtung bürgerschaftlichen Engagements sowie das Verhältnis zwischen den Erwartungen an die Bürger und den Anreizen zu ihrer freiwilligen Erfüllung zu prüfen gelte. Im Gutachten zum Schwerpunktthema des 13. DPT wurde in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung der Entwicklung einer Anerkennungskultur betont (Steffen 2008).

Obwohl Deutschland nach wie vor eines der wohlhabendsten Länder Europas ist,³² verschlechtern sich auch hier die Lebenslagen, sind nicht nur Einkommen, sondern auch Bildung und Gesundheit zunehmend ungleich verteilt, nehmen Desintegrationserfahrungen zu, während die Chancen auf soziale Teilhabe und Integration abnehmen.

Das bestätigen empirische Befunde zu Lebenslagen und Lebenschancen in verschiedenen Bereichen, die in den letzten Jahren erhoben worden sind und deren wichtigste Ergebnisse im Folgenden beispielhaft wiedergegeben werden:³³

- Zu den **allgemeinen Lebenslagen** in Deutschland der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vom 30. Juni 2008.
- Zur **Bildungssituation** die Bildungsberichterstattung „Bildung in Deutschland“ von 2006 und 2008 sowie den „Zwölften Kinder- und Jugendbericht“ vom Oktober 2005,³⁴ in dem Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule behandelt wird.
- Zur **Gesundheit** von Kindern und Jugendlichen in Deutschland die Kinder- und Jugendgesundheitsveys (KiGGS) 2003 – 2006 und die Ergebnisse der 2006 im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation durchgeführten zweiten internationalen Vergleichsstudie .
- Zur Thematik **„Migration“** der Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge von 2007, der Nationale Integrationsplan der Bundesregierung vom Juli 2007 und sein erster Fortschrittsbericht vom Oktober 2008, sowie die Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung „Ungenutzte Potentiale. Zur Lage der Integration in Deutschland“ vom Januar 2009.

1.2.1

Dritter Armuts- und Reichtumsbericht³⁵: Die sozialen Unterschiede werden größer

„Mit dem 3. Armuts- und Reichtumsbericht setzt die Bundesregierung die 2001 begonnene Bestandsaufnahme der sozialen Lage in Deutschland fort. Sie schafft damit die not-

32 Siehe dazu den Vergleich europäischer Gesellschaften hinsichtlich ihrer Sozialstruktur bei Mau/Verwiebe 2009.

33 Seit Jahrzehnten wird eine Vielzahl von Berichten in regelmäßigen Abständen im Auftrag der Bundesregierung oder von Bund und Ländern erstellt und zur Beratung übergeben – etwa der Armuts- und Reichtumsbericht, der Familienbericht oder der Kinder- und Jugendbericht. Der Bildungsbericht wurde erstmals 2006 erstellt und umfasste in diesem Jahr auch eine Analyse zur Migration.

Auf dem **14. Deutschen Präventionstag** wird *Christian Lüders* zum Thema „Sozialberichterstattung auf Bundesebene als fachliche Grundlage für die Kriminalprävention“ referieren.

34 Deutscher Bundestag. 15. Wahlperiode. Drucksache 15/6014 vom 10.10.2005.

35 Deutscher Bundestag. 16. Wahlperiode. Drucksache 16/9915 vom 30.06.2008

wendige Basis für eine fundierte Politik der Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe“ (Armutsbericht 2008, 28).

Bereits 1997 konstatierte *Bohle*: „Armut ist in unserer Gesellschaft mittlerweile wieder zu einem substantiellen Risiko geworden, das auch die mittleren Schichten betrifft ... Da durch Armut und Arbeitslosigkeit ein großer Teil der Bevölkerung von der Realisierung kulturell geteilter Ziele ... ausgeschlossen ist, verzeichnen wir eine anomische Spannung, die durch Individualisierungstendenzen in unserer Gesellschaft noch verstärkt wird ... Im Hinblick auf die soziale Kohäsion bedeutet Armut den Verlust von Kontaktchancen und Ausgrenzung aus den normalen Verkehrs- und Geselligkeitsformen ... die Integration unserer Gesellschaft (wird) durch diese Armuts- und Anomiedynamik .. prekär!“ (Bohle 1997, 148 f)

Diese Situation hat sich bis 2005 – auf Daten bis zu diesem Jahr stützt sich der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht im Wesentlichen³⁶ – sicherlich nicht verbessert. Zwar geht der Bericht davon aus, dass etwa seit Beginn des Jahres 2006 die wirtschaftliche Schwächephase der letzten Jahre überwunden sei – „Der Aufschwung kommt bei den Menschen in Form verbesserter Einkommensperspektiven und zusätzlicher Arbeitsplätze an“ (Armutsbericht 2008, 12) – und für die Jahre 2008 und 2009 sei eine wachsende Wirtschaft und eine weiter rückläufige Arbeitslosigkeit zu erwarten (Armutsbericht 2008, 13).³⁷

Dem Bericht zufolge sei die **Kluft zwischen Arm und Reich tiefer** geworden, die Ungleichverteilung der Einkommen habe zugenommen, die Zahl der Geringverdiener sei gestiegen und auch für Kinder habe das Risiko zugenommen, in relativer Armut³⁸ aufzuwachsen – Einkommen und Vermögen

36 Die Kritik „Daten von damals werden als Realität von heute dargestellt“ (FAZ.NET vom 26. Mai 2008) trifft zwar zu, wäre aber nur durch einen Verzicht auf empirisch gestützte Berichte zu vermeiden – und eine so „fundierte“ Politik würde zu Recht noch mehr Kritik auf sich ziehen.

37 Angesichts der seit Ende 2008 zu verzeichnenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise dürften diese Erwartungen sich wohl nicht erfüllen. Spätestens der „Vierte Armuts- und Reichtumsbericht“ wird zeigen, wie realistisch sie waren.

38 Bei Betrachtung der Einkommensverteilung legt der Bericht die zwischen den EU-Mitgliedstaaten vereinbarte Definition des **relativen Armutsrisikos** zugrunde. Basis ist das mittlere Einkommen, der so genannte Median. Der Median ist der Einkommenswert, der die Einkommen der Bevölkerung genau in zwei Hälften teilt und gilt als realistischer als das Durchschnittseinkommen. Dieses mittlere Einkommen wird heruntergerechnet auf die Zahl der Familienmitglieder, die davon leben müssen. Dabei wird dem ersten Erwachsenen in der Familie der Faktor 1 gegeben, allen weiteren Personen ab 14 Jahren der Faktor 0,5 und jüngeren Kindern der Faktor 0,3. Wer allein lebt und 1000 € verdient, hat damit denselben Lebensstandard wie ein Paar mit zwei kleinen Kindern, das über 2100 € verfügt. Das Geld, das dem ersten Erwachsenen in dem Haushalt entsprechend dieser Gewichtung

entschieden aber wesentlich über die Handlungsoptionen des Einzelnen in der Gesellschaft (Armutbericht 2008, 32).

Aber: Der **deutsche Sozialstaat wirke**. Deutschland gehöre zu den OECD-Staaten, in denen die Ungleichheit der Einkommen mit am stärksten (neben den skandinavischen Staaten) durch Steuern und Sozialtransfers reduziert werde: Statt jedem vierten Deutschen sei dadurch nur jeder achte Deutsche von Armut betroffen!

Nach der amtlichen Erhebung „Leben in Europa“ (EU-SILC 2006) lag die Armutsrisikoschwelle in Deutschland bei 781 Euro/Monat. 26% der Bevölkerung hatten 2005 dieses Risiko – vor Sozialtransfers. Sozial- und familienpolitische Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II, Kindergeld und Kinderzuschlag oder Wohngeld senken das **Risiko der Einkommensarmut** insgesamt von 26 auf 13% und bei Kindern von 34 auf 12% – und damit unter den europäischen Durchschnitt.³⁹

Außerdem sei Einkommensarmut meistens kein permanenter Zustand. Erst das dauerhafte Angewiesensein auf ein Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle führe zur Abkopplung vom allgemeinen Lebensstandard und zu eingeschränkten Teilhabechancen. Dieses „dauerhafte Einkommensarmutsrisiko“ habe zugenommen und betreffe 2005 11% der Bevölkerung; mit 5% sei die „dauerhaft strenge Armut“ in etwa konstant geblieben (Armutbericht 2008, 41).

Zu den besonders **armutsgefährdeten Gruppen** zählten Arbeitslose, Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Alleinerziehende und Personen mit Migrationshintergrund. Es zeige sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Nichterwerbstätigkeit der Eltern und dem Armutsrisiko von Familien und Kindern. Fazit: „Der Schlüssel zur Armutsvermeidung ist mehr Bildung und Beschäftigung“ (Armutbericht 2008, 13). Zwar sei der Bildungsstand der Bevölkerung in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, doch immer noch hingen die **Bildungserfolge** der Kinder zu stark vom Bildungsniveau der Eltern ab.⁴⁰ Besonders ausgeprägt sei dieser Zusammenhang bei Menschen mit **Migrationshintergrund** (Armutbericht 2008, 21).

zur Verfügung steht, ist das sog. **Nettoäquivalenzeinkommen**. Wer über weniger als 60% des Nettoäquivalenzeinkommen verfügt, gilt als arm (Armutbericht 2008, 16 und Meyer-Timpe 2008, 61 f).

- 39 Diese 13% Armutsrisiko entsprechen exakt dem Wert, den die World Vision-Kinderstudie (s. FN 48) bei dem Thema „Herkunftsschicht und Armutsrisiko“ erfasst hat: 13% der befragten Eltern gaben an, dass sie nur schlecht oder sehr schlecht mit dem verfügbaren Einkommen zurechtkommen. Besonders häufig wurde von arbeitslosen (44%) oder aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätigen (45%) Eltern sowie von Alleinerziehenden (34%) auf subjektiv empfundene Armut verwiesen.
- 40 Während 83% der Kinder von Vätern mit Hochschulabschluss ebenfalls studierten, gelte dies nur für 23% der Kinder von Nichtakademikern.

Die soziale Lage wirke sich nicht nur auf Bildungserfolge und auf Gesundheitsrisiken und -chancen aus (Armutsbericht 2008, 24), sondern auch auf **bürgerschaftliches Engagement** und **politische Partizipation**: Durchgängig seien Personen mit einem Einkommen unter der Armutsrisikogrenze weniger engagiert als Personen mit höherem Einkommen (Armutsbericht 2008, 27).⁴¹

Neuere Daten des **Deutschen Institutes für Wirtschaft** (DIW) bestätigen die Zunahme der Vermögensungleichheit: Die auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), einer repräsentative Wiederholungsbefragung, erstellte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die **Ungleichheit der Vermögensverteilung** in Deutschland zwischen 2002 und 2007 stark gestiegen sei. Insbesondere hätten sich die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland weiter vergrößert.⁴²

1.2.2

Bildung in Deutschland: Schicht und Herkunft bestimmen den Bildungserfolg

„Bildung und Qualifizierung sind die Voraussetzung für individuelle Lebenschancen und gesellschaftliche Teilhabe“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2009)⁴³

Bildung ist im 21. Jahrhundert zum wichtigsten Schlüssel für den sozialen Aufstieg und damit für die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand geworden – das ist mittlerweile politischer Konsens. Deshalb muss in einem demokratischen Staat wie Deutschland „Bildungsgerechtigkeit“ gegeben sein: Alle Mitglieder unserer Gesellschaft müssen entsprechend ihren Voraussetzungen die gleichen Chancen beim Zugang zu Bildung haben. Diese Bildungsgerechtigkeit ist in Deutschland jedoch nicht vorhanden: Hier wird der Bildungserfolg in hohem Maße von Schicht und Herkunft bestimmt – und das hat Tradition.⁴⁴

Nicht erst seit PISA, IGLU und TIMMS⁴⁵ werden in Deutschland die Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft und

41 „**Reich**“ in dem Sinne, dass sie über 200% des mittleren äquivalenzgewichteten Nettoeinkommens – 3.268 Euro/Monat – verfügen, waren übrigens 6,4% der Bevölkerung (Armutsbericht 2008, 45). Außerdem tragen die reichsten 10% der Einkommensteuerpflichtigen zu über 52% des gesamten Einkommensteueraufkommens bei, die unteren 50% zu knapp über 6%.

42 Pressemitteilung vom 21.01.2009; <http://www.diw.de/deutsch/pressemitteilungen/93790.html>

43 <http://www.bmbf.de/de/12745.php> (Abrufdatum: 23.03.2009)

44 Siehe dazu auch das DJI Bulletin 81 (Heft 1/2008), das sich dem Thema des 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages (18.-20. Juni 2008 in Essen) „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen“ widmet und empirische Ergebnisse zu den Bereichen „Bildung – Integration – Teilhabe“ vorstellt.

45 PISA: Programme for International Student Assessment (www.mpib.berlin.mpg.de/pisa/); IGLU: Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (www.iglu.ifs-dortmund.de); TIMMS: Trends in

Verbleib im Bildungssystem – bzw. die Abhängigkeit des schulischen Erfolges von der sozialen Lage – heftig diskutiert: Auch wenn die Bildungsexpansion seit den 1960er-Jahren ohne Zweifel zu einer Niveaueinhebung in der Bildungsbeteiligung der Bevölkerung geführt hat, bleibt doch die „Problematik herkunftsbedingter Ungleichheit und damit verbunden die Diskussion um Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit .. in Deutschland ... ein zentrales Thema im bildungssoziologischen und erziehungswissenschaftlichen Diskurs. Anhand empirischer Studien lassen sich regelmäßig bedeutsame Unterschiede in Bildungsbeteiligung und schulischem Erfolg von Kindern und Jugendlichen in Abhängigkeit von Geschlecht, sozialer Herkunft, Region und Nationalität bzw. Migrationshintergrund nachweisen“ (Bos/Wendt 2008, 47).⁴⁶

Aber erst und vor allem durch die internationalen Vergleichsstudien (den sog. „PISA-Schock“) hat dieses Thema in der öffentlichen Diskussion wieder an Bedeutung gewonnen: In keinem der Teilnahmestaaten war der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und etwa der Lesekompetenz so groß wie in Deutschland. Das gilt insbesondere für die Kinder von Migranten, die bei allen diesen Untersuchungen immer wieder als besondere „Risikogruppe“ identifiziert werden.⁴⁷

Auch die Befunde der *1. World Vision-Kinderstudie*⁴⁸ dokumentieren die zunehmende „Kulturalisierung“ von Ungleichheit: Wer hinsichtlich seiner sozialen Herkunft – Kriterien

International Mathematics and Science Study (www.timms.mpg.de).

46. Erinnert sei hier beispielsweise an Georg Pichts 1964 veröffentlichte Arbeit – oder eher: Streitschrift - „Die deutsche Bildungskatastrophe“, an Ralf Dahrendorfs Plädoyer „Bildung ist Bürgerrecht“ (1965) oder Hansgert Peiserts Analyse „Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland“ (1967).
47. *Geißler* (2008) kommt bei seinem „Versuch einer Forschungsbilanz“ zum Thema „Migration und Unterschichtung“ zu folgendem Resümee: „Ethnische und soziale Herkunft wirken in Deutschland kumulativ. Migrantenkinder sind im deutschen Bildungswesen doppelt benachteiligt.“
48. Die erste World Vision-Kinderstudie „Kinder in Deutschland 2007“ stützt sich auf eine repräsentativ zusammengesetzte Stichprobe von 1.592 Kindern im Alter von 8 bis 11 Jahren. Die Kinder wurden persönlich-mündlich befragt; zusätzlich wurde ein Elternfragebogen zum familiären Hintergrund eingesetzt. Die Kinderstudie ergänzt die Shell-Jugendstudien (www.shell.com/de-de/jugendstudie/), die im Alter von 12 Jahren einsetzen und wurde von Wissenschaftlern der Universität Bielefeld und TNS Infratest Sozialforschung in München erstellt. Konzeptionelle Grundlegung und inhaltliche Ausrichtung der Studie: Klaus Hurrelmann und Sabine Andresen. Auftraggeber: Das weltweit operierende Kinderhilfswerk World Vision Deutschland eV. (<http://www.worldvisionkinderstudie.de/die-studie-2007.html>). Siehe dazu auch Klaus Hurrelmann: Sozial schwache Kinder fühlen sich früh benachteiligt. Ergebnisse der 1. World Vision Kinderstudie (<http://www.uni-bielefeld.de/gesundhw/ag4/projekte/worldvision.html>)

hierfür sind die „finanzielle Lage“ und der „Bildungsgrad der Eltern“ – zu den unteren 25% gehört, wird in eine Familie mit relativ ungünstigen Ressourcen und Impulsen für die eigene Entwicklung hineingeboren. Die ungünstige soziale Lage strahlt als massive Benachteiligung auf die gesamte Persönlichkeits- und Leistungsentwicklung der Kinder aus. Während in der oberen Herkunftsschicht 82% aller Kinder das Abitur anstreben, sind es bei den unteren Herkunftsschichten nur 21%.“

„Die schlechteren Startchancen von Kindern aus den unteren Herkunftsschichten durchziehen alle Lebensbereiche und wirken wie ein Teufelskreis. Armutsrisiken und fehlende Ressourcen werden als Belastungen erlebt und schränken Teilhabemöglichkeiten ein: in der Familie, die durch materiellen Druck und existentielle Sorgen häufig überfordert ist; in der Schule, in der meist die Zeit und die Möglichkeiten für eine individuelle Förderung zum Ausgleich von Nachteilen fehlt, sowie im Wohnumfeld oder bei der Freizeitgestaltung.“

Es sind diese Zusammenhänge, deretwegen der 12. *Kinder- und Jugendbericht (2005)*, an dem „unübersehbaren Nachholbedarf“ Deutschlands „mit Blick auf sein öffentliches Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebot“ ansetzt: „Zu lange und zu einseitig hat die ehemalige Bundesrepublik nahezu ausschließlich auf Familie und Schule als den fraglos gegebenen Stützfeilern von Kindheit und Jugend gesetzt ... Ergebnis dieser (veränderten Konstellationen in Familie und Schule)⁴⁹ sind die in den letzten Jahren breit geführten öffentlichen Debatten um *Betreuung* und *Bildung* ... Zwei Leitmotive umschreiben die damit zusammenhängenden Blickrichtungen: ‚Bildung von Anfang an‘ wurde zu einem Leitgedanken, mit dem die Bedeutung der Bildungsfrage in den ersten Lebensjahren in den Mittelpunkt gerückt werden sollte; und ‚Bildung ist mehr als Schule‘ sollte zum Ausdruck bringen, dass ... Lernen diesseits und jenseits der Schule und des Unterrichts stattfindet“ (Kinder- und Jugendbericht 2005, 28 f).

Den Befunden des *Nationalen Bildungsberichtes 2008* zufolge, besuchten im Jahr 2007 bis zu 95% der 4- und 5-Jährigen **Kindertageseinrichtungen** – „obwohl die Nutzung des Angebotes an Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege freiwillig ist, wird sie zunehmend zu einer Normalität in der Bildungsbiografie von Kindern ... Dabei gibt es noch immer erhebliche regionale Unterschiede mit Blick auf den zeitlichen Umfang und das Alter, in dem Kinder erstmalig diese Angebote in Anspruch nehmen“ (Bildungsbericht 2008, 50).

49 So hat sich insbesondere die familieninterne Rollenaufteilung geändert – mit Auswirkungen auf die auf der alten Rollenverteilung aufruhende Halbtagsschule als Regelschule; internationale Leistungsvergleichsuntersuchungen zeigen die mit unbefriedigenden Leistungen verbundene soziale Frage, nämlich die bisher nicht gelungene Überwindung der herkunftsabhängigen Unterschiede im deutschen Bildungssystem (Kinder- und Jugendbericht 2005, 28).

Einen **Migrationshintergrund**⁵⁰ haben 29% der Kinder in Kindergärten Westdeutschlands, aber nur 6% in Ostdeutschland. Auffallend – und offenbar stärker ausgeprägt als in den Schulen – ist die unausgewogene Verteilung von Kindern mit Migrationshintergrund in den Einrichtungen: über 60% besuchen Einrichtungen, in denen überdurchschnittlich viele Kinder mit Migrationshintergrund betreut werden – keine besonders günstige Voraussetzung für die soziale Integration dieser Kinder. „Man kann davon ausgehen, dass Einrichtungen mit einem so hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund zusätzliche personelle Ressourcen benötigen, wenn die hohen Erwartungen erfüllt werden sollen, die an sie als Orte der Integration unterschiedlicher Kulturen und frühsprachlicher Förderung gestellt werden“ (Bildungsbericht 2008, 53).

Bei Übergängen und Wechseln im **Schulwesen** zeigen sich bei großen Unterschieden zwischen den Ländern (die wesentlich durch die jeweilige Schulstruktur bedingt sind), zwei übergreifende **Entwicklungstendenzen**: Sinkende Übergangsquoten zu den **Hauptschulen** – in der öffentlichen Wahrnehmung vollziehe sich eine Entwicklung hin zur „Problemschule“ – und ein nahezu kontinuierlicher Anstieg der Übergänge ins **Gymnasium**.⁵¹

Dennoch zeigt sich weiterhin die schon „im Bildungsbericht 2006 aufgezeigte **Benachteiligung von Jugendlichen unterer Sozialgruppen und mit Migrationshintergrund** ... Kinder mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil sind selbst bei gleichem sozioökonomischen Status seltener auf dem Gymnasium und häufiger in den niedriger qualifizierenden Schularten als deutsche Schülerinnen und Schüler zu finden“ (Bildungsbericht 2008, 62 f).⁵²

Diese Benachteiligung zeigt sich auch – wie oben bereits angesprochen – wenn es um den **Stand der kognitiven Kompetenzen** (in den Bereichen Lesen, Mathematik und Natur-

50 Personen mit **Migrationshintergrund** sind jene, die selbst oder deren Eltern nach 1949 nach Deutschland zugewandert sind, ungeachtet ihrer gegenwärtigen Staatsangehörigkeit. Damit wird ein weites Migrationsverständnis zurunde gelegt, welches neben dem rechtlichen Status der Personen (deutsch vs. nichtdeutsch) auch die Zuwanderungskonstellation nach der individuellen (1. Generation) und familialen Migrationserfahrung (2. und 3. Generation) berücksichtigt (Bildungsbericht 2008, VIII)

51 In elf Ländern tritt inzwischen die Mehrzahl der Schüler/innen nach der 4. Jahrgangsstufe zum Gymnasium über (Bildungsbericht 2008, 63).

52 Solche herkunftbedingten Unterschiede sind auch bei der **Inanspruchnahme außerschulischer Lernorte** erkennbar – etwa von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit und insbesondere bei der Mitwirkung (dem freiwilligen Engagement) in Vereinen, Verbänden und Initiativen (Bildungsbericht 2008, 80). Die außerschulischen Lernorte erfüllen damit nicht die in sie gesetzten Erwartungen hinsichtlich eines Ausgleichs der ungleichen Zugangschancen zu Lerngelegenheiten im schulischen Bereich.

wissenschaften) der Schülerinnen und Schüler geht.⁵³ Zwar scheint es gelungen zu sein, die herkunftsbedingten Kompetenzunterschiede etwas zu verringern. Schüler/innen mit Migrationshintergrund sind aber weiterhin deutlich im Rückstand: „Insgesamt bleibt die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Ergebnis unzureichend“ (Bildungsbericht 2008, 85).⁵⁴

Diese Bewertung wird durch Auswertungen des **DJI-Kinderpanels**⁵⁵ gestützt: Danach sind die soziale und ethnische Herkunft der Grundschul Kinder eng miteinander verweben. Wird die soziale Herkunft eines Kindes am ökonomischen (Haushaltseinkommen) und akkumuliertem kulturellen Kapital (Schul- und Ausbildungsniveau) seines Elternhauses bemessen, dann „gehören 31% der deutschen, 44% der russlanddeutschen, aber 87% der türkischen Kinder zur Gruppe mit der geringsten Kapitalausstattung“.

Vor dem Hintergrund dieser Befunde und der Erkenntnis, dass Bildung und Qualifizierung die Voraussetzung von Lebenschancen sind, fand am 21./22. Oktober 2008 in Dresden ein **Bildungsgipfel** von Bund und Ländern statt. Es wurde eine **Qualifizierungsinitiative** gestartet, mit der die Bundesregierung zentrale Maßnahmen bündelt mit dem Ziel, Bildungschancen zu stärken, die Durchlässigkeit im Bildungssystem zu erhöhen und innovative Impulse zu unterstützen.⁵⁶

Den Beschlüssen des Bildungsgipfels zufolge sollen die Ausgaben für die Bildung bis 2015 auf 10% des Bruttoinlandsprodukts steigen, die Förderung von Kleinkindern verstärkt⁵⁷,

53 Seit Mitte der 1990er Jahre wird in Deutschland systematisch untersucht, welche Lernergebnisse an zentralen Gelenkstellen des Schulsystems erreicht werden. Aussagen dazu, mit einem Kapitel zur „Bedeutung der Migration für das Bildungswesen“, enthielt bereits der Bildungsbericht 2006.

54 Wie für Chancengleichheit von Kindern mit Migrationshintergrund gesorgt werden kann, zeigt etwa die Schulbehörde in Toronto/Kanada (Artikel „Weltmeister der Integration“ in DIE ZEIT Nr. 35 vom 21. August 2008).

Eine weitere Aufgabe besteht in der Verminderung der Leistungsunterschiede zwischen den Geschlechtern, insbesondere hinsichtlich des großen Rückstandes der Jungen bei der Lesekompetenz (Bildungsbericht 2008, 86).

55 Zitiert nach dem DJIonline-Thema 2008/12 „Gut integriert? Fakten und Emotionen (www.dji.de).

56 Siehe dazu das Magazin des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Ausgabe 2008/09 und www.bmbf.de

57 Die Betonung der **Frühförderung** entspricht den Erkenntnissen von Bildungsökonomern, denen zufolge die Erträge von Bildungsinvestitionen mit zunehmendem Alter tendenziell zurückgehen. Vor allem für Kinder aus sozial benachteiligten Schichten seien die Erträge im frühkindlichen Bereich tendenziell höher (Wößmann 2008). Siehe dazu auch die Forschungsergebnisse von James J. Heckmann, amerikanischer Nobelpreisträger für Ökonomie im Jahr 2000, der in qualifizierten frühpädagogischen Angeboten die mit Abstand kostengünstigste Maßnahme sieht, um Personen in die Gesellschaft zu integrieren und für den Arbeitsmarkt verfügbar zu machen (wiedergegeben im Artikel „Mehr Bildung für die armen Babys. Die Ungleichheit be-

die Zahl der Schul- und Ausbildungsabbrecher halbiert sowie die Studienanfängerquote und die Weiterbildungsquote erhöht werden.

1.2.3

Gesundheitsberichte: Gesundheit ist sozial determiniert

Der Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS)⁵⁸ hatte zum Ziel, durch eine bundesweite repräsentative Untersuchung und Befragung von Kindern und Jugendlichen im Alter von 0–17 Jahren die Datenlage zur Gesundheit der heranwachsenden Generation in Deutschland zu verbessern und Informationslücken zu schließen. Von Mai 2003 bis Mai 2006 nahmen 17.641 Jungen und Mädchen an 167 Orten der Bundesrepublik an der Studie teil und lieferten gemeinsam mit ihren Eltern einen einzigartigen Pool von Informationen (KiGGS 2007, 535).

Zu den wichtigen Aufgaben im Rahmen der KiGGS-Studie gehörte die Analyse der Gesundheitschancen und Krankheitsrisiken der Kinder und Jugendlichen im Hinblick auf **soziale Ungleichheiten**.⁵⁹ Auch hinsichtlich dieser Kriterien ergibt sich wieder das von der bisherigen „Lebenslagen- und -chancen-Analyse“ bekannte Bild: Von den Eltern mit **niedrigem Sozialstatus** wird die Gesundheit ihrer Kinder deutlich seltener als „sehr gut“ eingeschätzt (nur von 32,4% dieser Eltern, aber von 47,6% der Eltern mit mittlerem oder hohem Sozialstatus; KiGGS 2007, 584). Auch bei Kindern mit **Migrationshintergrund** (17,1% aller Teilnehmer) wird der allgemeine Gesundheitszustand deutlich seltener als sehr gut eingestuft (32,5%) als bei Kindern ohne Migrationshintergrund (40,4%). Allerdings bestehen Zusammenhänge zwischen dem Migrationshintergrund eines Kindes und dem Sozialstatus der Familie: Unter den Migranten weisen 53,7% einen niedrigen Sozialstatus auf, unter den Nicht-Migranten nur 22,6% (KiGGS 2007, 586).

ginnt mit der Geburt. Kinder aus armen und bildungsfernen Familien haben kaum Aufstiegschancen. Es sei denn, man kümmert sich schon im Krabbelalter um sie. Später ist zu spät“ von Rainer Hank und Winand von Petersdorff in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung Nr. 33 vom 17. August 2008 und in DJI – Thema 2008/06 Bildung, Integration, Teilhabe (www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=850&Jump1=LINKS&Jump2=15; Abrufdatum 21.3.2009).

Auf dem **14. Deutschen Präventionstag** wird *Gabriela Schütz* zum Thema „Prävention durch Bildung – über den Zusammenhang von Bildung, Integration und Kriminalität aus bildungsökonomischer Sicht“ referieren.

- 58 Bundesgesundheitsblatt Band 50, Heft 5/6, Mai/Juni 2007: Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheitsurveys.
- 59 Der **soziale Status** wurde anhand von Angaben der Eltern zu ihrer Schulbildung und beruflichen Qualifikation, ihrer beruflichen Stellung sowie dem Haushaltsnettoeinkommen bestimmt. Danach sind 27,5% der Kinder und Jugendlichen der unteren, 45,4% der mittleren und 27,1% der hohen Statusgruppe zuzurechnen (KiGGS 2007, 583 f).

Eine weitere Quelle für die soziale Bedingtheit gesundheitlicher Probleme ist die im Auftrag der **Weltgesundheitsorganisation WHO** im Jahr 2006 durchgeführte zweite internationale Vergleichsstudie⁶⁰, deren Ziel es war, Daten über die Gesundheit und das Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 11 und 15 Jahren zu erheben und die Gesundheit der Heranwachsenden in Beziehung zu ihren Lebensbedingungen zu erforschen (Richter 2008, 25). Der sozioökonomische Status wurde durch eine Reihe von Indikatoren über die Angaben der Jugendlichen erhoben (Ravens-Sieberer/Erhart 2008, 41).

Auch die WHO-Untersuchung konnte die Bedeutung sozialer Ungleichheit für Aspekte der körperlichen und psychosozialen Gesundheit sowie für das Risikoverhalten von Jugendlichen nachweisen. Mit Ausnahme des Aspektes wiederholter Verletzungen fand sich eine fast „gleichsinnige Wirkung“ des sozioökonomischen Status, nämlich eine Risikoerhöhung bei niedrigem sozioökonomischen Status (Ravens-Sieberer/Erhart 2008, 58): „Die vorliegenden Befunde unterstreichen die Bedeutung einer sozioökonomischen Benachteiligung für die gesundheitliche Lage von Kindern und Jugendlichen“ (Ravens-Sieberer/Erhart 2008, 60).⁶¹

1.2.4

Migration: Nirgends zufriedenstellend integriert

„Deutschland ist ein weltoffenes Land. Hier leben rund 15 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien. Die meisten von ihnen haben längst ihren Platz in unserer Gesellschaft gefunden. Dennoch wissen wir aber auch um deutliche Integrationsdefizite bei einer leider noch zu großen Zahl von Menschen ... Integration ist eine Schlüsselaufgabe unserer Zeit ... Deshalb hat die Bundesregierung dieses Thema zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht“ (aus dem Vorwort von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Nationalen Integrationsplan).

Deutschland ist ein Land, das seit langem von Zuwanderung geprägt wird.⁶²

60 „Health Behaviour in School-aged Children (HBSC)“

61 Auf dem **14. Deutschen Präventionstag** werden *Horst von der Hardt* zum Thema „Die Bedeutung von Prävention und frühen Hilfen in der Kinder- und Jugendmedizin“ und *Christina Storck* zum Thema „Erreicht schulische Gesundheitsförderung Kinder aus sozial benachteiligten Gruppen? Verbreitung und Umsetzung des Programms Klasse2000“ referieren.

62 Aus kriminologischer Sicht lässt sich die Nachkriegsgeschichte der Zuwanderung nach Deutschland in vier unterschiedliche Phasen einteilen: **Erstens** in die Wanderungsbewegungen als Folge des Zweiten Weltkrieges, die in den ersten Nachkriegsjahren zu einem massenhaften Zuzug aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches führte, begleitet bis zum Mauerbau 1961 durch einen kontinuierlichen Zustrom aus der DDR in die Bundesrepublik. **Zweitens** in die gezielte Anwerbung von Arbeitskräften, zunächst in Süd- und Südwesteuropa – 1955, also vor mehr als 60 Jahren, wurde mit Italien das erste „Gastarbei-

Aber auch ein Land, das sich traditionell nicht als Einwanderungsland verstanden hat. Das wird etwa an dem im Vergleich zu anderen Staaten immer noch schwierigen Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft deutlich.

Mit der Einführung einer neuen **Staatsbürgerschaftsgesetzgebung** zum 1. Januar 2000, die das alte Gesetz von 1913 ersetzt hat, ist der Staatsbürgerschaftszugang für Nicht-Deutsche zwar erleichtert worden⁶³, stellt sich im europäischen Vergleich aber immer noch als eher restriktiv dar, vor allem was seine konkrete Umsetzung auf der Ebene der für die Einbürgerung zuständigen Bundesländer angeht.⁶⁴

terabkommen“ geschlossen -, später auch in der Türkei und in Jugoslawien. Dieser Zuzug von „Gastarbeitern“ erreichte in den 1960er-Jahren seinen Höhepunkt und wurde 1972 mit dem Anwerbestopp abrupt beendet. **Drittens** in die Phase des Nachzugs von Angehörigen und Ehegatten der „Gastarbeiter“, die faktische Dokumentation des Bleibewillens der Immigranten. **Viertens** führten schließlich die grundlegenden politischen Veränderungen ab 1989 mit dem Fall der Berliner Mauer, der „Öffnung“ der Länder des ehemaligen Ostblocks und dem Bürgerkrieg in Jugoslawien zu einem von Verfolgung und wirtschaftlichen Notlagen geprägten Zustrom von Bürgerkriegsflüchtlingen, (Spät-) Aussiedlern und Asylbewerbern. Ihren Höhepunkt erreichte diese Phase 1992 mit der Zuwanderung von über 1,5 Millionen Menschen, darunter etwa eine halbe Million Asylbewerber; begrenzt wurde diese Zuwanderung durch den sog. Asylkompromiss vom 6. Dezember 1992 (und die entsprechende Änderung des Grundgesetzes zum 1. Juli 1993). Der Anteil der **ausländischen Bevölkerung** an der Gesamtbevölkerung Deutschlands ist durch diese Zuwanderungs-Phasen von rund 1% in den 1960er-Jahren über 6% in den 1970er-Jahren und 7-8% in den 1980er-Jahren auf rund 9% seit 1990 gestiegen (siehe dazu auch Geissler-Frank/Sutterer 2008, 528).

63 Die Staatsbürgerschaft wird seither nicht mehr nur vom Blut – ius sanguinis – abgeleitet, sondern es wurde ein begrenztes ius soli eingeführt.

64 Faktisch können nur sozial gut integrierte Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. **Kinder** ausländischer Eltern werden unter bestimmten Voraussetzungen, die etwa die Hälfte der hier geborenen Kinder erfüllt, seit der Einführung der neuen Staatsbürgerschaftsgesetzgebung mit der Geburt in Deutschland automatisch (auch) Deutsche. Die deutsche bzw. doppelte Staatsbürgerschaft wird allerdings nur befristet verliehen: Im Alter zwischen 18 und 23 Jahren muss sich das Kind für die deutsche oder die ausländische Staatsbürgerschaft entscheiden.

Für aus dem Ausland, vor allem aus Kasachstan und Russland eingereiste ethnisch Deutsche und deren Familienangehörige – die so genannten **Spätaussiedler** - ist der Staatsbürgerschaftszugang dagegen fast bedingungslos: Spätaussiedler erhalten bei der Einreise automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft; nicht einmal ein umfangreiches Vorstrafenregister oder eine Sicherheitsgefährdung können dem im Wege stehen.

Seit 1950 sind rund 4,5 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler einschließlich ihrer Angehörigen vorwiegend aus Ost- und Südosteuropa in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Zentral für die Zuerkennung des rechtlichen Status eines (Spät-) Aussiedlers ist der Nachweis der deutschen Volkszugehörigkeit im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes. Als Volkszugehöriger zählt, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum

Aus der für die Einbürgerung in Deutschland kennzeichnenden Kombination von schwierigem Staatsbürgerschaftszugang für Fremde und nahezu bedingungslosem Zugang für ethnisch Deutsche wird deutlich, dass „Staatsbürgerschaft“ in Deutschland immer noch vor allem ethno-kulturell verstanden wird.⁶⁵

Obwohl die demografische Entwicklung Zuwanderung schon allein aus volkswirtschaftlichen Gründen auch zukünftig erforderlich macht⁶⁶, hat die Politik lange darauf beharrt, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Das hat dazu geführt, dass sich Deutschland auf die Zuwanderung erst sehr spät mit einem **Zuwanderungsgesetz** und einem **Integrationsprogramm** ausdrücklich eingestellt hat.

Zum 1. Januar 2005 trat das „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern“⁶⁷ in Kraft. Erst damit wurde grundsätzlich anerkannt, dass Deutschland tatsächlich schon seit langem ein Einwanderungsland ist und die Integration der Zuwanderer von zentraler Bedeutung. Mit dem Zuwanderungsgesetz werden Integrationsziele gesteckt und wird für Zuwanderer ein gesetzlich verbrieft Anspruch auf Integrationsleistungen geschaffen.⁶⁸

bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird. Seit dem 1. Januar 1993 sind diese Voraussetzungen für die Spätaussiedler – so die seither gültige Bezeichnung - etwas enger gefasst worden.

- 65 Siehe dazu auch Duyvené de Wit/Koopmans 2001. Die Zahl der Einbürgerungen ist seit 2000 (186.688 Einbürgerungen) rückläufig auf 113.030 Einbürgerungen 2007 (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Migrationsbericht 2007, 223).
- 66 Die Größe der Bevölkerung in Deutschland kann nur über den Wanderungssaldo entscheidend beeinflusst werden.
- 67 Bestandteile dieses umfangreichen Gesetzeswerkes sind u.a. das „Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet“ und das „Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern“.
- 68 So werden für die Integration von rechtmäßig auf Dauer im Bundesgebiet lebenden Ausländern **Integrationskurse** angeboten. Sie bestehen aus einem Basis- und Aufbausprachkurs, der ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache vermittelt und aus einem Orientierungskurs, der Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte Deutschlands vermittelt. Ausländer sollen dadurch befähigt werden, selbständig in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens zu handeln. Für alle Ausländer, die erstmals eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, ist die Teilnahme an einem solchen Integrationskurs verpflichtend. Entwickelt werden die Kurse unter Beteiligung der Länder und Kommunen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das dem Bundesministerium des Innern untersteht. Seit dem 1.1.2005 und bis zum 30.6.08 wurden über 30.000 Integrationskurse mit über 400.000 Teilnehmern durchgeführt (Nationaler Integrationsplan, 1. Fortschrittsbericht 2008, 19).

„Integration ist eine .. Aufgabe von nationaler Bedeutung. Grundlage ist neben unseren Wertvorstellungen und unserem kulturellen Selbstverständnis unsere freiheitliche und demokratische Ordnung, wie sie ... im Grundgesetz ihre verfassungsrechtliche Ausprägung findet ... Integration kann nicht verordnet werden. Sie erfordert Anstrengungen von allen, vom Staat, der Gesellschaft ... Maßgebend ist zum einen die Bereitschaft der Zuwandernden, sich auf ein Leben in unserer Gesellschaft einzulassen, unser Grundgesetz und unsere gesamte Rechtsordnung vorbehaltlos zu akzeptieren und insbesondere durch das Erlernen der deutschen Sprache ein sichtbares Zeichen der Zugehörigkeit zu Deutschland zu setzen. Das erfordert Eigeninitiative, Fleiß und Eigenverantwortung. Auf Seiten der Aufnahmegesellschaft benötigen wir dafür Akzeptanz, Toleranz, zivilgesellschaftliches Engagement und die Bereitschaft, Menschen, die rechtmäßig bei uns leben, ehrlich willkommen zu heißen. Von allen Beteiligten werden Veränderungs- und Verantwortungsbereitschaft gefordert“ (Nationaler Integrationsplan 2007, 12 f).

Angaben dazu, wie viele Menschen nach Deutschland zugewandert sind, sind ebenfalls erst seit kurzem möglich: Bekannt war zwar, wie viele **Ausländer** in Deutschland wohnhaft sind, aber nicht, wie viele der in Deutschland lebenden Menschen darüber hinaus einen **Migrationshintergrund** haben, da eingebürgerte Migranten – Spätaussiedler, ein großer Teil der hier geborenen Kinder von Ausländern, sonstige eingebürgerte Ausländer – in den entsprechenden Statistiken als Deutsche erfasst werden.

Erst seit dem **2005** vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Mikrozensus kann der Anteil von „Personen mit Migrationshintergrund“ an der Gesamtbevölkerung in Deutschland quantifiziert werden. Kriterien sind die Staatsangehörigkeit und deren Erwerb, die Geburt im Inland oder im Ausland und ggf. zusätzlich der Migrationsstatus der Eltern. Erfasst werden also nicht nur Personen mit eigener Migrationserfahrung. So zählen Deutsche (mit und ohne einer weiteren Staatsangehörigkeit) dann zu den Personen mit Migrationshintergrund, wenn sie zwar im Inland geboren sind, aber mindestens ein Elternteil ein Ausländer, Eingebürgerter oder Spätaussiedler ist.

Nach dieser Definition hat fast **ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Deutschlands einen Migrationshintergrund**⁶⁹: 19% der Bevölkerung (15,3 Millionen) sind Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund, mehr als die Hälfte von

⁶⁹ Das entspricht den für die PISA-Studien erhobenen Daten, denen zufolge mehr als jeder fünfte 15-Jährige an deutschen Schulen einen Migrationshintergrund hat (weil sie selbst zugewandert sind bzw. ihre Eltern oder ein Elternteil aus dem Ausland stammen) – mit erheblichen Unterschieden zwischen den Ländern: Während in Bremen 35,8% der Schüler diesen Migrationshintergrund haben, gilt das nur für 3,6% der Schüler in Thüringen (Leibold/Kühnel/Heitmeyer 2006,10).

ihnen hat einen deutschen Pass – „sie machen Deutschland zur europäischen Nation mit den meisten Zugewanderten“.⁷⁰

Diese Anteile sind jedoch schon auf der Ebene der Bundesländer, vor allem aber auch auf regionaler Ebene sehr unterschiedlich groß. Bezogen auf die jüngere Bevölkerung (15 Jahre alt und jünger) haben in den neuen Ländern nur etwa 3% einen Migrationshintergrund, in einigen großen westdeutschen Städten – etwa in Frankfurt a. M., Stuttgart, München – jedoch inzwischen mehr als die Hälfte.

Auf ganz Deutschland bezogen sind jedenfalls die Zahl aller Personen mit Migrationshintergrund wie auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung mehr als doppelt so hoch wie die bisher bekannten Ausländerzahlen: 7,3 Millionen oder knapp 9% der Gesamtbevölkerung (oder 48% aller Personen mit Migrationshintergrund) sind **Ausländer**, ein seit Jahren stabiler Wert.⁷¹

Kennzeichnend ist die große **Heterogenität** der etwa 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, seien sie Deutsche oder Ausländer – die „Einführung“ des Migrationshintergrundes in die Integrationsdebatte hat die Unsicherheit darüber, was Migrationshintergrund bzw. Ausländerstatus für die Integration eigentlich bedeuten, eher noch größer gemacht. Soweit ersichtlich besteht nur Einigkeit dahingehend, dass der Besitz eines deutschen Passes nicht zwingend die Integrationsprobleme von Migranten auflöst (Berlin-Institut 2009, 6) – ebenso wenig wie ein nichtdeutscher Pass oder ein Migrationshintergrund zu Integrationsproblemen führen muss. Die „Einführung“ des Migrationshintergrundes vergrößert also keineswegs den Schutz davor, in die so genannte

70 Berlin-Institut 2009, 6; 81% der Bevölkerung (67,1 Millionen) sind Deutsche ohne Migrationshintergrund.

71 Der Ausländeranteil differiert allerdings – wie auch der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund - erheblich zwischen den Ländern und auch innerhalb der Länder: Während in den neuen Bundesländern nur etwa 1 bis 2% der Bevölkerung Ausländer sind, liegt dieser Anteil in den westdeutschen Großstädten, etwa in Frankfurt, Stuttgart oder München, um 25%, bei den jüngeren Altersgruppen sogar über 30%.

5,8 Millionen der Ausländer kommen aus Europa, davon 1,8 Millionen aus Ländern der EU, 1,9 Millionen aus der Türkei; die Gesamtzahl der Türkeistämmigen wird auf etwa 3 Millionen geschätzt.

Dazu kommen noch die Ausländer, die nicht gemeldet und damit auch nicht bevölkerungsstatistisch erfasst sind: Touristen, Durchreisende, unerlaubt eingereiste bzw. aufhältliche (illegale) Ausländer.

Mehr als die Hälfte der bevölkerungsstatistisch erfassten Ausländer hat eine unbefristete **Niederlassungserlaubnis**, die anderen eine für bestimmte Aufenthaltszwecke – Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen, Aufenthalt aus familiären Gründen - befristete Aufenthaltserlaubnis. Etwa 21% aller Ausländer sind in Deutschland geboren; von den unter 18-jährigen Ausländern sogar 69%.

Ethnisierungsfalle zu „tappen“ und die sozialen oder auch individuellen Hintergründe problematischer Lebenslagen unzulässigerweise zu „ethnisieren“.

Die **Lebenslagen** und die sich daraus ergebenden **Integrationsbedürfnisse** von Migranten und ihren Kindern unterscheiden sich nach Kriterien wie Aufenthaltsstatus, Migrationsgeschichte, ethnische und religiöse Zugehörigkeit. Die mit Abstand größte **Gruppe** der Personen mit Migrationshintergrund sind die knapp 4 Millionen Aussiedler, die überwiegend aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion stammen. Die zweitgrößte Gruppe sind mit fast 3 Millionen die türkischstämmigen, von denen die Hälfte bereits in Deutschland geboren wurde, also keine eigene Migrationserfahrung hat. Es folgen die Migranten mit Herkunft aus Ländern der EU-25 (ohne die südeuropäischen „Gastarbeiter“-Nationen), die Südeuropäer aus Griechenland, Italien, Portugal und Spanien, die Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus dem Fernen und Nahen Osten und schließlich die afrikanischstämmigen, die kleinste der hier aufgeführten Gruppen (Berlin-Institut 2009, 6).

Integrationspolitisch spielen vor allem diejenigen Gruppen von Zuwanderern eine Rolle, die auf Dauer im Land verbleiben: Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen UdSSR und im Rahmen des Familiennachzuges ins Land Gekommene stellen andere Anforderungen an die Integrationspolitik als Arbeitsmigranten mit kurzfristiger Beschäftigung (etwa Saisonarbeitnehmer), Asylbewerber, Studenten oder auch EU-Binnenmigranten (Unionsbürger).

Das *Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung* hat auf Grundlage der Mikrozensusdaten einen „Index zur Messung von Integration“ (IMI) entwickelt, der mit Hilfe von 20 Indikatoren⁷² beschreibt, „wie die Herkunftsgruppen in den Bereichen Assimilation, Bildung, Erwerbsleben und soziale Absicherung im Vergleich zur deutschen Mehrheitsgesellschaft abschneiden ... Als **gelungene Integration** wird dabei die Annäherung von Lebensbedingungen von Menschen mit Migrationshintergrund an die der Einheimischen im Sinne gleicher Chancen und gleicher Teilhabe definiert“ (Berlin-Institut 2009, 6).

Für eine erfolgreiche Integration müsste die **Aufnahmegesellschaft** bieten: rechtliche Gleichstellung, gleichberech-

⁷² Diese Indikatoren sind: Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft, bikulturelle Ehen, Personen ohne Bildungsabschluss, Schüler der gymnasialen Oberstufe, Personen mit (Fach-)Hochschulreife, Akademiker, Erwerbslosenquote, Erwerbspersonen, Jugenderwerbslosenquote, Hausfrauenquote, Selbständige, Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Vertrauensberufe, Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen, Individualeinkommen; fünf dieser fünfzehn Faktoren (die Nummern 1, 2, 5, 7, 14) werden zusätzlich auch als „dynamische Indikatoren“ verwandt, um die Änderungsfaktoren zwischen den Lebenslagen der Zugewanderten im Vergleich zu ihren in Deutschland geborenen Kindern zu messen (Berlin-Institut 2009, 28 ff).

tiger Zugang zum Arbeitsmarkt, Förderung von Bildung und Ausbildung, Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Toleranz gegenüber Ungewohntem, Respekt gegenüber Pluralität innerhalb einer demokratischen Gesellschaft. Von den **Migranten** werde gefordert: Lernbereitschaft, Sprache beherrschen, Wille zur ökonomischen Eigenständigkeit, Rechtsordnung akzeptieren, Flexibilität, kulturelle und soziale Normen respektieren (Berlin-Institut 2009, 9 f).⁷³

Im **Integrationsvergleich** schneiden die einzelnen Herkunftsgruppen nach den Ergebnissen der Studie des Berlin-Instituts sehr unterschiedlich erfolgreich ab:

- **Aussiedler:** Auf dem Weg zur Normalität mit erheblichen Erfolgen in der zweiten Generation (Berlin-Institut 2009, 34 f)
- **Türkeistämmige Migranten:** Schon lange im Land – und noch immer nicht angekommen. Türkeistämmige Migranten seien mit Abstand am schlechtesten integriert, das gelte vor allem für den Bildungsbereich und das Erwerbsleben (Berlin-Institut 2009, 36). Einen Grund dafür sieht die Studie in der Größe dieser Migrantengruppe: Weil es vor allem in den Städten so viele seien, falle es ihnen leicht, unter sich zu bleiben (Berlin-Institut 2009, 7). Als „Integrationsmotor“ erweise sich dagegen die Einbürgerung (Berlin-Institut 2009, 37).⁷⁴
- **Weitere Länder der EU-25:** Keine Probleme mit der Integration, bei den meisten Indikatoren näherten sich ihre Ergebnisse denen der Einheimischen an, zum Teil erzielten sie sogar bessere Werte (Berlin-Institut 2009, 38).

73 Welche Leistungen da von beiden Seiten gefordert werden und wie grundlegend unsere Gesellschaften dadurch verändert worden sind, dass ihr Menschen mit ganz unterschiedlichen kulturellen Hintergründen angehören, macht die außerordentlich lesenswerte Analyse von *Paul Scheffer*: *Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt* (2008) deutlich. Einwanderung ist für ihn ein Prozess voller Konflikte, der nicht nur Bereicherung bringen kann, sondern zunächst einmal **Verlusterfahrungen** – und zwar auf beiden Seiten. Für *Scheffer* zeigt sich in der Geschichte der Immigration immer dasselbe Muster: **Erst kommt die Vermeidung oder Ablehnung, dann der Konflikt und schließlich die Akzeptanz**. Immer sei der auszutragende Konflikt ein Teil des gesellschaftlichen Wandels – und Einwanderung sei ein tiefgreifender Wandel. Derzeit lebten wir in einer Phase der Konflikte, nachdem wir die Periode der Vermeidung/Ablehnung Schritt für Schritt hinter uns gelassen hätten. Nur über diese auszutragenden und auszustehenden Konflikte ließe sich, als Teil der Suche nach Gleichbehandlung, wirkliche Akzeptanz herstellen.

74 Eine aktuelle Langzeitstudie der *Universität Würzburg* zeigt eine zunehmende Integrationsbereitschaft bei den Jugendlichen türkischer Herkunft. Die über 1000, in den Jahren 2005 und 2007 befragten jungen Türken integrierten sich zunehmend besser. Vor allem der Wunsch nach Kontakt zu Deutschen und die Bereitschaft, deutsch zu sprechen, seien deutlich gewachsen. Junge Türken seien der „Motor der Integration dieser Migrantengruppe“ (<http://idw-online.de> vom 12.2.2008).

- **Südeuropa:** Integrationsleistungen nur mittelmäßig, hohe Bildungsdefizite, aber dennoch gutes Abschneiden im Erwerbsleben (Berlin-Institut 2009, 40).
- **Ehemaliges Jugoslawien:** Nirgendwo richtig dabei, Integration nur wenig besser als die der Türkeistämmigen. Relativ gute Integration in den Arbeitsmarkt trotz erheblicher Defizite in den Bereichen Assimilation und Bildung (Berlin-Institut 2009, 42).

Fazit der Studie des Berlin-Instituts: Wirklich zufriedenstellend seien Migranten nirgendwo in Deutschland integriert.⁷⁵ Die regionalen und gruppenspezifischen Unterschiede zeigten jedoch nicht nur Defizite, sondern erzählten auch Erfolgsgeschichten. Generell zeige sich, dass die **Bildung** den wichtigsten, stets notwendigen, gleichwohl aber nicht hinreichenden Schlüssel für eine erfolgreiche Integration bilde (Berlin-Institut 2009, 73).⁷⁶

So auch die **Repräsentativuntersuchung** der Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland durch **Sinus Sociovision** (2008). Sie belegt ein „facettenreiches Bild der Migranten-Population und widerlegt viele hierzulande verbreitete Negativ-Klischees über die Einwanderer“. Viele seien längst in dieser Gesellschaft angekommen, wobei ihre erfolgreiche Etablierung „wesentlich bildungsabhängig“ sei: Je höher das Bildungsniveau, je besser die Beherrschung der deutschen Sprache und je urbaner die Herkunftsregion, umso leichter und besser gelinge die Integration.⁷⁷

Die Zwischenbilanz zum Nationalen Integrationsplan, den die Bundesregierung im Oktober 2008 als **Ersten Fortschrittsbericht** vorgelegt hat, betont, „die Integrationschan-

75 Zu einer ähnlich schlechten Bilanz kommt die Expertise von *Dieter Filsinger*: „Die Empirie zeigt, dass gemessen an dem Kriterium der Angleichung von Lebenschancen nach wie vor erhebliche Defizite zu bilanzieren sind. Dies gilt für die Wohnbedingungen, für die Teilhabe an weiterführender Bildung, für die Integration in Ausbildung und in das Beschäftigungssystem bzw. den Arbeitsmarkt. Eine beachtliche Gruppe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist von dauerhafter Marginalisierung bedroht“ (2008, 4).

Nach einem für die **Bertelsmann-Stiftung** erstellten Gutachten „Gesellschaftliche Kosten unzureichender Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Deutschland“ sind 38% der Personen mit Migrationshintergrund als „insgesamt integriert“ zu bezeichnen, darunter die Zuwanderer der 2. Generation zu 75%, die der 1. Generation nur zu 18%. Je nach Modellvariante entstünden durch unzureichende Integration gesellschaftliche Kosten zwischen 11,8 Mrd. € und 15,6 Mrd. € pro Jahr (Fritschl/Jann 2009).

76 Siehe dazu auch die Beiträge in dem von der Bertelsmann Stiftung 2008 herausgegebenen Sammelband „Integration braucht faire Bildungschancen“.

77 Siehe zu den Ergebnissen der Studie Wippermann/Flaig 2009; außerdem auch die anderen Beiträge in Heft 5/2009 Aus Politik und Zeitgeschichte „Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten“.

cen von Menschen aus Zuwandererfamilien stehen oder fallen mit ihrem persönlichen Erfolg bei Bildung und Beschäftigung“. Außerdem könne Integration nur mit einer engagierten Bürgergesellschaft gelingen, mit der Stärkung von Migrantenselbstorganisationen. Integration „ist und bleibt die große Zukunftsaufgabe. Ihr Ziel, die gleichberechtigte wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Teilhabe von Menschen aus Zuwandererfamilien in Deutschland, ist nicht kurzfristig ... erreichbar. Wir brauchen Hartnäckigkeit und Vertrauen in die Wirksamkeit der gemeinsam vereinbarten Maßnahmen“ (Fortschrittsbericht 2008, 11 ff).⁷⁸

1.2.5

Lebenschancen in prekären Lebenslagen

Alle ausgewerteten Berichte und Analysen machen deutlich, dass sich die Lebenslagen in Deutschland verschlechtert haben: Die Gesellschaft driftet immer weiter auseinander, die sozialen Unterschiede werden größer, Integrationsprobleme nehmen zu und die soziale Teilhabe ganzer Bevölkerungsgruppen ist in Frage gestellt.⁷⁹

In seiner Bielefelder Abschiedsvorlesung wies *Hurrelmann*⁸⁰ noch einmal nachdrücklich auf diese **Entwicklung zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen** hin, die in unserer Gesellschaft ohnehin eine Gruppe bildeten, deren Existenz-

78 Auch deshalb sind optimistische Beiträge zur multikulturellen Perspektive, wie der folgende, besonders erfreulich: „Deutschland habe sich daran gewöhnt, ein Einwanderungsland zu sein, schreibt der Schriftsteller Navid Kermani. Das merke er auch daran, dass er seltener gefragt wird, wann er denn zurückgehen werde in seine Heimat. Das wäre in seinem Fall Siegen in Westfalen.“ Kermani ist Autor des 2009 erschienenen Buches „Wer sind wir? Deutschland und seine Muslime“ (www.dradio.de/dkultur/sendungen/kritik/942570/ vom 01.04.2009).

Auf dem **14. Deutschen Präventionstag** werden mehrere Vorträge zum Thema „Migration“ gehalten: *Heidemarie Ballasch* referiert über „Niedersachsen auf dem Weg zum islamischen Religionsunterricht“, *Romy Bartels* zu „Gewalt- und Kriminalitätsprävention bei Jugendlichen durch soziale Integration und Bildung – Vom Bundesamt geförderte Maßnahmen zur Integration jugendlicher Zuwanderer“, *Frank Buchheit*, *Safiye Erdogan* und *Thomas Roos* zu „Heimatland Baden-Württemberg – gemeinsam in Sicherheit leben“, *Kerstin Bunte und Shérif Wouloh Korodowou* zu „Thérapie Sociale – Ein innovativer Ansatz für gelungenes interkulturelles Zusammenleben in der Kommune“ und *Andrea Große-Wiesmann* zu „Präventive Arbeit bei einer Migrantenselbstorganisation/Multikulturelles Forum in Lünen – Ein Projektbeispiel“.

79 Diese Entwicklung wird auch in Auswertungen der „Hilfen zur Erziehung-Statistiken“ durch die Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik des Deutschen Jugendinstitutes (Kom-Dat Heft Nr. 1/09 vom März 2009) deutlich: „Armut, Migration, Alleinerziehend – Hilfen zur Erziehung in prekären Lebenslagen“. Auf dem **14. Deutschen Präventionstag** wird *Inge Kloepfer* zum Thema „Aufstand der Unterschicht – was auf uns zukommt“ referieren.

80 Tagesspiegel vom 22.01.2009 (www.tagesspiegel.de)

rechte und Entfaltungsmöglichkeiten im Zweifelsfall anderen Interessen untergeordnet würden: Dauerhaft strukturell benachteiligt seien etwa ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen. Die Benachteiligung sei am stärksten, wenn ein Kind in einem Elternhaus aufwachse, das wirtschaftlich relativ schwach sei, in dem die Eltern einen geringen Bildungsgrad hätten und nur wenig mit der sozialen Umwelt vernetzt seien. **Finanz-, Bildungs- und Integrationsarmut** führten zu Entwicklungsstörungen und trafen vor allem Kinder mit einem **Migrationshintergrund**. Zeitvergleiche machten deutlich, dass die soziale Ungleichheit seit drei Jahrzehnten immer stärker geworden sei. Die Schere zwischen Arm und Reich sei auch in Deutschland immer weiter auseinander gegangen. Für die gesamte Gesellschaft sei das ein sozial- und allgemeinpolitischer **Sprengsatz**, weil Misstrauen und Unsicherheit sowie Gefühle der Ungerechtigkeit und Diskriminierung anwüchsen, die sich in Depression und Gesundheitsstörungen ebenso wie in **Aggression** und **Kriminalität** niederschlagen könnten.⁸¹

Oder, mit den anklagenden Worten *Meyer-Timpes* (2008): „Arme Kinder sind stark gefährdet auf ihrem Zukunftsweg: Armut macht krank, Armut hält dumm, Armut kann kriminell machen“.⁸²

81 Auch die Shell-Jugendstudien zeigen „ein sehr hohes soziales Gefälle nach sozialer Herkunft im Blick auf Bildungsaspiration, Schulerfolg und persönlicher Zuversicht bei der Gestaltung der Zukunft ... Entsprechend prekär nehmen die etwa 20 Prozent der Jugendlichen ihre Lebenslage wahr, die in ungünstigen Schullaufbahnen stehen und schlechte Berufsperspektiven vor sich sehen ... Dieses Auseinanderfallen in eine große erfolgreiche und eine kleine, aber anwachsende versagende Jugendpopulation ist kennzeichnend für die Ergebnisse der Shell-Jugendstudien“ (Hurrelmann 2008, 203).

Siehe zum Wissen über Kinder auch das **DJI Bulletin 85**, Heft 1/2009, das eine Bilanz empirischer Studien zieht, u.a. zu den Themen „Verarmte Kindheit – Deutschland darf kein Kind fallen lassen“, „Aufwachsen in Deutschland – Gesunde Kinder?“, „Kompetente Kinder“, „Multikulturelle Kindheit“.

82 Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen sind die Programme oder Bausteine der **Initiative Jugend Stärken** des Bundesjugendministeriums (BMFSFJ) zumindest eine Hilfe. Aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF – www.esf.de) wurde jetzt ein Programm für benachteiligte junge Menschen und Jugendliche mit Migrationshintergrund mit einem Gesamtvolumen von mehr als 116 Millionen Euro gestartet: „Wir geben keinen jungen Menschen verloren, nur weil er in Schule und Berufsausbildung schlecht gestartet ist ... Das Programm STÄRKEN vor Ort setzt auf kleine lokale Initiativen, Organisationen und viel zivilgesellschaftliches Engagement, um nur noch schwer erreichbare junge Menschen dort anzusprechen, wo sie leben ... Ziel ist, Jugendliche, die Gefahr laufen, sich langfristig Lebenschancen zu verbauen, aktiv aufzusuchen, sie sozial zu stabilisieren und zu motivieren, weiterführende Angebote zu nutzen“ (aus der Pressemitteilung des BMFSFJ vom 09.04.2009, www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen,did=121606.html).

2

Kriminalität als Modernisierungsrisiko?

Wir erleben ohne jeden Zweifel „unsichere Zeiten“ – das hat die theoretische wie empirische Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungen deutlich gemacht. Jetzt soll der Frage nachgegangen werden, ob die Annahmen zutreffen, dass aufgrund dieser gesellschaftlichen Entwicklungen auch die Kriminalität zunimmt, sich die „Unsicherheiten“ auch in der Sicherheitslage und im Sicherheitsgefühl zeigen.

Dass Armut und soziale Ungerechtigkeit wichtige Ursachen für Kriminalität sind, insbesondere für Gewaltkriminalität, gehört ebenso zu den „klassischen“ Annahmen der Kriminologie (Eisner 1997, 27)⁸³ wie die Vermutung, dass Kriminalität und Kriminalitätsfurcht zu den Modernisierungsrisiken gehören⁸⁴, dass eine „erodierende Gesellschaftsintegration“ zu einem Anstieg des gesellschaftlichen Kriminalitätsniveaus, insbesondere des Gewaltniveaus führt (Münkler/Wassermann 2008, 3).⁸⁵

An diesen Zusammenhängen setzt auch *Heitmeyer* (1997 b, 30) an, für den Gewalt ein zuverlässiger Indikator sozialer Desintegration ist. Mit Desintegration wachse „in der Regel die Gewalt. Sei es die staatliche Gewalt, um soziale Kontrolle und Repression zu erhöhen und an die Stelle integrativ wirksamer Politik zu setzen ... sei es expressive Gewalt durch soziale Gruppen, um über Stärkedemonstration wenigstens symbolisch Ansprüche und Artikulation zu zeigen, oder regressive Gewalt durch politische Parteien oder Grup-

83 Bei *Eisner* (1997) findet sich auch – mit der besonderen Betonung ihrer Bedeutung für die Entstehung städtischer Gewaltprobleme – ein Überblick über die wichtigsten theoretischen Perspektiven zur Erklärung von Gewaltdelinquenz: Spannungstheoretische Erklärungen auf der Basis der Anomietheorie (s.o. FN 18) kontrolltheoretische Ansätze, denen zufolge das Ausmaß gesellschaftlicher Kontrolle die zentrale Variable zur Erklärung von Devianz bildet; kulturtheoretische Modelle, für die Gewalt nicht eine Folge des Mangels an kohäsiven Kräften ist, sondern ein Ergebnis gesellschaftlich vermittelter Lernprozesse. Außerdem die Ansätze, die sich mit den situativen Aspekten von Gewaltdelinquenz befassen: gelegenheitstheoretische Ansätze, interaktionistische und sozialpsychologische Ansätze und solche, die – im Sinne der „environmental criminology“ – die Bedeutung der physischen Umwelt betonen.

84 So schon *Blinkert* 1988. *Boers* (1995) ist dieser Frage am Beispiel des sozialen Umbruchs nach der Wende in Ostdeutschland nachgegangen, wertet die Delinquenzphänomene als typische Erscheinungen der Umbruchsituation und erwartet ihre Verringerung mit der politischen, ökonomischen und sozialen Reorganisation in Ostdeutschland.

85 Interessant ist an dieser Ursachendiskussion auch der Paradigmenwechsel: Wurde früher der Zusammenhang zwischen Armut und Kriminalität vor allem in Hinblick auf die Diebstahlskriminalität diskutiert (s. dazu auch *Schwind* 2009, § 12, Rn 20 ff, insbesondere Rn 27), steht jetzt die Gewaltkriminalität im Fokus des Erklärungsinteresses.

pen, die ethnische Kategorien zur Mobilisierung gegen Minderheiten nutzen.“⁸⁶

Im Folgenden soll durch Längsschnittauswertungen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für die Bundesrepublik Deutschland und der Ergebnisse von Dunkelfeldstudien untersucht werden, ob sich die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte – und hier insbesondere die sozialen Desintegrationserscheinungen – auf die registrierte bzw. erfragte Kriminalität erkennbar ausgewirkt haben.⁸⁷

Der **Schwerpunkt** wird dabei auf der Jugendgewaltkriminalität liegen, da vor allem zwischen diesem Kriminalitätsphänomen und Desintegrationserfahrungen Zusammenhänge angenommen werden⁸⁸ und außerdem dazu Befunde aus Dunkelfeldstudien vorliegen.

86 Empirische Belege für diese Annahmen bringt *Heitmeyer* allerdings weder hier noch an anderer Stelle (etwa *Heitmeyer 1992* oder *Anhut/Heitmeyer 2000*).

Nassehi (1997, 137) sieht die „entscheidende Stärke und gesellschaftstheoretische Anschlussfähigkeit dieser These ... darin, dass *Heitmeyer* keinen unilinearen Zusammenhang zwischen Desintegrationserfahrungen und unmittelbarem Gewalthandeln annimmt, sondern dass er Desintegrationsprozesse gewissermaßen als latente Bedingung für fremdenfeindliche und gewaltbereite Einstellungen betrachtet“.

87 *Albrecht* (1997) geht bei seiner Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Anomie und Kriminalität am Beispiel der alten Länder der Bundesrepublik Deutschland davon aus, dass anomische Tendenzen entweder als plötzlicher Zusammenbruch der normativen Ordnung auftreten und zu einer unvermittelten deutlichen Zunahme der Kriminalität führen oder aber in einem schleichenden Entwicklungsprozess wirksam werden und einen längerfristigen deutlichen Kriminalitätsanstieg verursachen (Auswertungszeitraum: 1953 bis 1995).

Er kommt bei seiner Analyse der Kriminalitätsentwicklung zu der „Deutung“, dass eine bündige Interpretation der Kriminalitätsentwicklung auf der Basis der offiziellen Statistik nicht leicht falle (1997, 534). Die Entwicklungen der Kriminalitätsbelastungsziffern bei Kindern, Jugendlichen, Heranwachsenden und jungen Erwachsenen in den neunziger Jahren seien „vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Situation kaum anders denn als Resultat von Anomie zu interpretieren“ – und statt darauf hysterisch zu reagieren, täte die Gesellschaft „besser daran, die strukturellen Ursachen der Anomie bei der jüngeren Generation gezielt zu beheben“ (1997, 545).

88 So geht etwa auch *Schäfer-Vogel* (2007) in ihrer Analyse gewalttätiger Jugendkulturen – am Beispiel von Hooligans, Skinheads und den Autonomen – davon aus, dass sich die gewalttätigen Jugendkulturen „als Symptom der Erosion kommunikativer Strukturen begreifen und damit analytisch präzise auf gesellschaftliche Strukturveränderungen, nämlich auf den krisenhaften Verlauf gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse ... zurückführen“ lassen (2007, 546). Die Entstehung gewalttätiger Jugendkulturen sei ein Symptom gesellschaftlicher Desintegration. Sie kompensierten Integrationsdefizite, Entfremdungserfahrungen und mangelnde Solidarität und würden daher für Jugendliche zu unentbehrlichen Auffanglebenswelten (2007, 550 f).

2.1

Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik für die Bundesrepublik Deutschland zur Jugendgewaltkriminalität

Für die Beurteilung der längerfristigen Kriminalitätsentwicklung veröffentlicht das Bundeskriminalamt PKS-Zeitreihen für den Zeitraum von 1987 bis 2007.⁸⁹

In **Deutschland**⁹⁰ sind die insgesamt registrierten Straftaten seit 1993 rückläufig: Von 6,75 Millionen Straftaten 1993 auf 6,28 Millionen Straftaten 2007. Delikte der Gewaltkriminalität⁹¹ nehmen allerdings zu: Von 160.680 Fällen 1993 auf 217.923 Fälle 2007 (die Zahl dieser Straftaten pro 100.000 Einwohner – Häufigkeitszahl - erhöht sich von 198,4 auf 264,7).

Die Zahl der ermittelten **Tatverdächtigen** hat sowohl für die Gesamtkriminalität als auch für die Gewaltkriminalität zugenommen. Gründe dafür liegen v. a. in den gestiegenen Aufklärungsquoten und für die Gesamtkriminalität in einer sich ändernden Deliktsstruktur (zu nennen sind insbesondere die Rückgänge bei den Diebstahlsdelikten und die Zunahmen bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten). Auf der Ebene „gesamtes Bundesgebiet“ wurden 1993 insgesamt 2.051.775 Tatverdächtige ermittelt, 2007 2.294.883. Mit Delikten der **Gewaltkriminalität** wurden 1993 129.780 Tatverdächtige erfasst, 2007 210.519.

Die Zahl der insgesamt registrierten jugendlichen - **14- bis 17jährigen** – Tatverdächtigen hat im gesamten Bundesgebiet von 207.944 Tatverdächtigen 1993 auf 277.447 Tatverdächtige 2007 zugenommen; ihr Anteil an allen Tatverdächtigen hat sich dadurch von 10,1% auf 12,1% erhöht. Mit Delikten der **Gewaltkriminalität** wurden 1993 20.534 Tat-

89 1987 bis 1990: alte Bundesländer; 1991-1992: alte Bundesländer mit Gesamt-Berlin; ab 1993: Bundesgebiet insgesamt. Für die alten Bundesländer (ab 1991 mit Gesamt-Berlin) liegen Sonderauswertungen über den gesamten Zeitraum vor.

90 In den **alten Bundesländern** haben die insgesamt registrierten Straftaten von 1987 bis 2007 von 4,44 Millionen auf 5,25 Millionen zugenommen; gegenüber 1993 mit 5,35 insgesamt registrierten Straftaten gehen die Zahlen leicht zurück. Die meisten Straftaten wurden 2004 mit 5,49 Millionen registriert. Delikte der Gewaltkriminalität wurden 2007 fast doppelt so häufig registriert wie 1987: 187.823 Straftaten 2007 gegenüber 100.003 Straftaten 1987; diese Delikte haben über den gesamten Zeitraum hinweg fast kontinuierlich zugenommen und ihren Anteil an allen Straftaten von 2,3% auf 3,6% erhöht.

91 Der Deliktsschlüssel „8920“ Gewaltkriminalität umfasst als sog. „Summenschlüssel“ folgende Straftaten: Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer, Körperverletzung mit Todesfolge, Gefährliche und schwere Körperverletzung, Erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme, Angriff auf den Luft- und Seeverkehr.

Den mit Abstand größten Anteil an der Gewaltkriminalität haben die qualifizierten (=gefährlichen und schweren) Körperverletzungen: 2007 fast drei Viertel, 71%.

verdächtige erfasst; 2007 mehr als doppelt so viel, nämlich 46.165 Tatverdächtige; ihr Anteil an allen Tatverdächtigen dieser Deliktsgruppe hat sich von 15,8% auf 21,9% erhöht. Inzwischen sind also mehr als ein Fünftel aller Tatverdächtigen der Gewaltkriminalität 14 bis 17 Jahre alt.

Das Bundeskriminalamt berechnet **Tatverdächtigenbelastungszahlen**⁹² aus methodischen Gründen nur für die deutsche Bevölkerung. Danach hat zwischen 1993 und 2007 die Belastung der deutschen Bevölkerung von 1.998 Tatverdächtigen/100.000 Einwohner auf 2.586 zugenommen; bei der **Gewaltkriminalität** liegen die Belastungen zwar deutlich niedriger, haben sich im Vergleichszeitraum aber stärker erhöht: von 131 (1993) auf 230 (2007).

Für die deutschen **14- bis 17-Jährigen** liegen die Belastungen mit Tatverdächtigen erwartungsgemäß⁹³ deutlich höher: Insgesamt 1993 bei 5.163 und 2007 bei 7.029⁹⁴, bei der Gewaltkriminalität 1993 bei 487 und 2007 bei 1.086 Tatverdächtigen pro 100.000 Einwohner dieser Altersgruppe, mit nahezu kontinuierlichen Zunahmen innerhalb des Vergleichszeitraumes.

Das **Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen** (KFN) hat in seiner neuesten Dunkelfelduntersuchung⁹⁵ u.a. auch – auf der Basis der PKS-Daten der Jahre 1993 bis 2007 - Tatverdächtigenbelastungszahlen für alle (also nicht nur für die deutschen) Kinder, Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen ab 21 Jahren sowie für verschiedene Gruppen Jugendlicher – Ost (deutsch), West (deutsch), West (nichtdeutsch), weiblich, männlich - berechnet.

Von dem insgesamt günstigen Gesamttrend weiche die „auffällige Ausnahme“ der **Gewaltkriminalität** ab. Für alle Altersgruppen und auch für die anderen Gruppen seien hier Anstiege der Belastungszahlen festzustellen, der prozentual höchste Anstieg für Kinder, bei allerdings niedrigen Ausgangswerten (Baier u.a. 2009, 20). Differenziert nach einzelnen Gewaltdelikten nähmen die Belastungen durch qualifizierte Körperverletzungen, Vergewaltigungen und (vorsätz-

92 TVBZ: Tatverdächtige pro 100.000 Einwohner des entsprechenden Bevölkerungsanteils, jeweils ohne Kinder unter 8 Jahren. Siehe dazu auch FN 116

93 Für grundsätzliche und differenzierte Befunde zur Jugendkriminalität, insbesondere zur Jugendgewalt, wird auf das zum Schwerpunktthema des 12. Deutschen Präventionstages 2007 erstellte Gutachten „Jugendkriminalität und ihre Verhinderung zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden“ verwiesen (Steffen 2007).

94 Der höchste Wert betrug 2001 7.416; bis 2005 gehen die Belastungen mit Tatverdächtigen auf 6.744 zurück, um dann wieder zuzunehmen.

95 Dirk Baier u.a. (2009): Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. Forschungsbericht Nr. 107.

liche leichte) Körperverletzungen⁹⁶ erheblich zu, während die durch Raubdelikte zurückgingen (Baier u.a. 2009, 21 f).⁹⁷

Ohne Frage hat damit sowohl im Hell- wie im Dunkelfeld die Belastung der Jugendlichen mit Delikten der Gewaltkriminalität – das sind bei dieser Altersgruppe ganz überwiegend qualifizierte Körperverletzungen – zugenommen. Auffallend sind jedoch nicht nur die erheblichen regionalen Unterschiede, sondern auch die Interpretation dieser Entwicklung auf der Basis von Dunkelfeldbefragungen (siehe dazu Kap. 2.2).

Regionale Unterschiede werden nicht nur durch die KFN-Studie belegt – „ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle bzw. Nord-Süd-Gefälle der Jugendgewaltbelastung“ (Baier u.a. 2009, 11) –, sondern auch durch die Auswertungen der Bund-Länder-AG „Entwicklung der Gewaltkriminalität junger Menschen mit einem Schwerpunkt auf städtischen Ballungsräumen“, die ihren im Auftrag der Innenministerkonferenz erstellten Bericht im Frühjahr 2008 vorgelegt hat.⁹⁸

Die Bund-Länder-AG hat über ihre bundesweiten Auswertungen hinaus auch die PKS-Daten⁹⁹ für die Länder, Metropolen, Ballungsräume und Städte der Jahre 1997 bis 2006 analysiert: Für den gesamten Zeitraum sei ein deutliches Nord-Süd-Gefälle festzustellen, Unterschiede zwischen den Flächenländern und den Stadtstaaten sowie zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Ländern; auch in den Städten seien keine einheitlichen Entwicklungen erkennbar, sondern sehr unterschiedliche Entwicklungsverläufe – Anstiegen der Gewaltkriminalität um über 60% stehen Rückgänge um über 30% gegenüber. **Fazit** der AG: „Es sind derzeit keine gesicherten Aussagen zu den Fragen möglich, ob die Jugendgewaltkriminalität in den letzten Jahren einen deutlichen Anstieg zeigt oder nicht und wie sich dieser Phänomenbereich zukünftig entwickeln wird“ (Bund-Länder-AG 2008, 54).

Exkurs:

Widerstand gegen die Staatsgewalt

Widerstand gegen die Staatsgewalt, das sind ganz überwiegend Angriffe auf Polizisten – also auf die Menschen, die sich (neben anderen, wie etwa Lehrern) um das Zusammenleben kümmern (Scheffer 2008, 451)–, kann als Anzeichen für Desintegration, hier als Indiz für die Auflösung traditioneller Autoritätsverhältnisse interpretiert werden.

96 Zählen nicht zum Summenschlüssel „Gewaltkriminalität“ der PKS

97 Ebenso die für Tötungsdelikte, aber das sind ohnehin keine „jugendtypischen“ Straftaten.

98 www.berlin.de/imperia/md/content/sen/inneres/index.html

99 Einbezogen wurden Gewaltkriminalität, Raubkriminalität, (vorsätzliche leichte) Körperverletzungen, Widerstand gegen die Staatsgewalt.

So wies etwa die Berliner Gewerkschaft der Polizei (einer Meldung vom 14. 3. 2007 zufolge)¹⁰⁰ darauf hin, dass Angriffe auf Polizisten immer häufiger und brutaler würden und warnte vor einem „totalen Autoritätsverlust des Staates und seiner uniformierten Vertreter in Teilen der Bevölkerung. Die Hemmschwelle sinke immer weiter“. Die Situation scheint sich nicht verbessert zu haben. Denn am 22. 3. 2009 titelte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung „Mehr Gewalt gegen Polizisten. Alkoholeinfluss und fehlender Respekt. Berlin vorn“. Probleme mit nichtdeutschen und deutschen Intensivtätern mit Migrationshintergrund würden immer bedrohlicher. Entsprechende Klagen kommen aber auch aus anderen Ländern – „Gewalt gegen Polizeibeamte ist irgendwo schick geworden“ (Meldung von 10.2.2009).¹⁰¹

Den Daten der **Polizeilichen Kriminalstatistik** zufolge nimmt die Zahl der Widerstände gegen die Staatsgewalt in der Tat zu, wenn auch auf erheblich niedrigerem Niveau und auch keineswegs so stark wie die Delikte der „Gewaltkriminalität“: Wurden 1993 bundesweit 19.734 Tatverdächtige ermittelt, sind es 2007 26.631. Die Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger gingen von 23,4% auf 19,4% zurück.

Den Auswertungen der Bund-Länder-AG für den Zeitraum 1997 bis 2006 zufolge ist die Entwicklung auch in diesem Bereich sehr uneinheitlich: Anstiegen der Fallzahlen und auch des Anteils nichtdeutscher Tatverdächtiger in einigen Ländern ständen Rückgänge in anderen Ländern gegenüber.

Jugendliche Täter haben an dieser Gewalt zwar relativ geringe Anteile, aber auch diese nehmen im Vergleichszeitraum zu: Absolut von 951 Tatverdächtigen 1993 auf 2.312 Tatverdächtige 2007; relativ erhöhte sich dadurch ihr Anteil an allen Tatverdächtigen dieses Deliktes von 4,8% auf 8,7%.

2.2

Befunde von Dunkelfelduntersuchungen zur Jugendgewaltkriminalität

Das oben zitierte Fazit der Bund-Länder-AG, es seien derzeit keine gesicherten Aussagen zu den Fragen möglich, ob die Jugendgewaltkriminalität in den letzten Jahren einen deutlichen Anstieg zeige oder nicht und wie sich dieser Phänomenbereich zukünftig entwickeln werde, stützt sich nicht nur auf die eigenen Auswertungen von PKS-Daten, also auf sog. Hellfelddaten, sondern auch auf kriminologische Forschungsergebnisse, insbesondere auf Ergebnisse der Dunkelfeldforschung.¹⁰²

100 www.focus.de/panorama/welt/gewaltbereitschaft_aid_50645.html

101 www.focus.de/politik/deutschland/gewalt-immer-mehr-angriffe-auf-polizisten_aid_369801.html

102 Dunkelfelduntersuchungen fragen nach Delikten, die zwar verübt, aber aus welchen Gründen auch immer nicht angezeigt worden, also im Dunkelfeld verblieben sind; dabei wird das Dunkel-

Da im Gutachten zum Schwerpunktthema des 12. Deutschen Präventionstages (Steffen 2007) auf die bis 2007 vorliegenden Ergebnisse von Dunkelfelduntersuchungen zur Jugendgewaltkriminalität ausführlich eingegangen worden ist, werden im Folgenden nur Ergebnisse der bereits zitierten Untersuchung des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen (KFN) berichtet, die im März 2009 veröffentlicht worden sind (Baier u.a. 2009).

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern (BMI) hat das KFN erstmals eine für Deutschland repräsentative Befragung zum Thema Jugendgewalt durchgeführt. In den Jahren 2007 und 2008 wurden insgesamt 44.610 im Durchschnitt 15-jährige Schüler (neunter Klassen aus allen Schulformen) aus 61 repräsentativ ausgewählten Landkreisen bzw. kreisfreien Städten befragt, ob sie in den zwölf Monaten vor der Befragung Opfer oder Täter von Gewalttaten waren.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung bestätigen die Befunde der bisher vom KFN und auch von anderen kriminologischen Forschungseinrichtungen durchgeführten Dunkelfelduntersuchungen und erlauben - gerade auch durch den Vergleich mit den früheren KFN-Dunkelfelduntersuchungen - Auswertungen, die „einen für die breite Öffentlichkeit eher überraschenden Befund“ ergeben (Baier u.a. 2009, 10):

- Mehr als **drei Viertel** der befragten Jugendlichen habe **Gewalt** in den zwölf Monaten vor der Befragung **weder erfahren, noch verübt**: 17% seien mindestens einmal Opfer einer Gewalttat geworden, bei 4% seien es fünf und mehr derartige Opfererfahrungen; am häufigsten durch einfache Körperverletzungen. 14% der Jugendlichen gäben an, mindestens eine Gewalttat begangen zu haben, bei 4% waren es fünf und mehr Gewalttaten; auch hier dominierten die einfachen Körperverletzungen. Regionale Unterschiede seien relativ gering und beruhten primär auf Unterschieden in der sozialen Zusammensetzung der Jugendlichen.
- Dem Vergleich mit den Befunden früherer KFN-Untersuchungen (durchgeführt 1998/99 bzw. 2005 bis 2008 in acht Städten und sieben Bundesländern) zufolge habe sich insgesamt **kein drastischer Anstieg der Jugendgewalt ergeben** (Baier u.a. 2009, 10): Die Quote der Jugendlichen, die nach eigenen Angaben mindestens eine Gewalttat begangen hätten, sei in keiner der acht Städte gestiegen und überwiegend sogar beträchtlich gesunken. Nur in zwei der acht Vergleichsstädte sei ein leichter Anstieg der Quoten der Mehrfachtäter festzustellen.
- Diese **überwiegend positiven Trends** fänden ihre Entsprechung im **Anstieg präventiv wirkender Faktoren** und im **Sinken gewaltfördernder Lebensbedingungen** der Jugendlichen: Die Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung von Interessen habe deutlich abgenommen, auch im

feld überwiegend mit dem Instrument der Täter- und Opferbefragung zu erfassen versucht.

- Umfeld der Jugendlichen; gestiegen sei die Bereitschaft, selbst erlebte Gewaltdelikte zur Anzeige zu bringen. Weniger Jugendliche hätten elterliche Gewalt erleben müssen; besonders in den Städten sei die Quote der völlig gewaltfrei erzogenen Kinder deutlich gestiegen.
- Trotz einer deutlichen Zunahme der Anzeigebereitschaft – etwa 24% der Gewaltdelikte kämen zur Anzeige, die Anzeigequoten lägen je nach Delikt zwischen 18% (sexuelle Gewalt) und 40% (Raub) –, könne es, etwa bei den Körperverletzungsdelikten, auch zu einem realen Anstieg der Jugendgewalt gekommen sein (Baier u.a. 2009, 42).
 - Die Anzeigebereitschaft hänge erheblich von der **ethnischen Zugehörigkeit** der Täter ab: Junge Migranten als Täter hätten ein weit höheres Risiko, angezeigt zu werden – es sei denn, ihr Opfer habe denselben Migrationshintergrund.
 - Außerdem gäbe es deutliche **regionale Unterschiede** in der Anzeigebereitschaft: Die vergleichsweise niedrige Gewaltbelastung, die sich nach der PKS für ländliche bzw. süddeutsche Regionen ergäbe, dürfte teilweise darauf beruhen, „dass dort derartige Konflikte offenbar häufiger als in anderen Gebieten informell – also ohne polizeiliche Anzeige – geregelt werden“ (Baier u.a. 2009, 11).
 - Sowohl aus Opfer- wie aus Tätersicht zeigten die Daten, dass Jugendliche mit **Migrationshintergrund** häufiger Gewalttaten begingen als deutsche Jugendliche. Diese insgesamt deutlich höhere Gewalttäterquote beruhe jedoch auf mehreren **Belastungsfaktoren**, die bei ihnen weit stärker ausgeprägt seien als bei deutschen Jugendlichen: Erfahrung innerfamiliärer Gewalt, Alkohol- und Drogenkonsum, Akzeptanz gewaltorientierter Männlichkeitsnormen („Machokultur“), Schulschwänzen, Nutzung gewalthaltiger Medieninhalte.
 - Weit verbreitet sei unter den Jugendlichen der Konsum von **Alkohol** und illegalen Drogen. Dieser Konsum stelle einen eigenständigen Risikofaktor für gewalttätiges Verhalten dar: Mehr als ein Fünftel der Jugendlichen konsumiere mindestens einmal wöchentlich Alkohol; etwa die Hälfte der Jugendlichen berichte über „Rauschtrinken“ (fünf und mehr Gläser Alkohol zu einer Trinkgelegenheit) im zurückliegenden Monat.
 - Von der Zahl **delinquenten Freunde**, mit denen die Jugendlichen in ihrem sozialen Netzwerk verbunden seien, gehe der stärkste Einfluss auf die Jugendgewalt aus. Je höher diese Zahl sei, umso wahrscheinlicher sei es auch, dass die Jugendlichen Mehrfachtäter würden.
 - Dagegen wirke sich die Verbesserung von **Bildungschancen** präventiv aus.

Wertung: Jugendgewaltkriminalität im Hell- und Dunkelfeld

Zwar kommt die KFN-Studie hinsichtlich des **Ausmaßes** der Jugendgewalt zu deutlich höheren Verbreitungsraten als die PKS – 14% der Jugendlichen gaben an, mindestens eine Gewalttat begangen zu haben, während die PKS-Tatverdächtigenbelastungszahl bei Gewaltdelikten für 14- bis unter 18-Jährige 2007 nur bei 1.267 Tatverdächtigen pro 100.000 der Bevölkerungsgruppe liegt¹⁰³, also bei 1,3%. Aber das ist in Anbetracht der nach wie vor keineswegs 100%-igen Anzeigebereitschaft von einer Dunkelfelderhebung methodisch nicht anders zu erwarten. Bekanntlich geben die Kriminalstatistiken immer nur einen – je nach Delikt mehr oder weniger großen – Teil der tatsächlich verübten strafbaren Handlungen wieder.

Hinsichtlich der **Entwicklung** von Gewalthandeln und Gewaltakzeptanz kommt die Studie dagegen - wie schon die früheren KFN-Dunkelfelduntersuchungen – zu positiven und den kriminalstatistischen Entwicklungen widersprechenden Ergebnissen: Die erheblichen Zunahmen der polizeilich registrierten Jugendgewalt zeigen sich nicht im Dunkelfeld. Hier stagniert die selbstberichtete Gewalt entweder oder geht sogar zurück. Die Erklärung dafür wird in einer zunehmenden Anzeigebereitschaft jugendlicher Gewaltopfer gesehen sowie in einer abnehmenden Akzeptanz von Gewalt durch die befragten Jugendlichen und ihr Umfeld.¹⁰⁴

Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklungen, die nicht zuletzt das Heranwachsen in unserer Gesellschaft insgesamt, für alle Kinder und Jugendlichen, nicht gerade leichter gemacht haben und für nicht wenige von ihnen zu erheblichen Beeinträchtigungen ihres Aufwachsens geführt haben – etwa für die von Armut betroffenen Kinder oder auch für solche mit bestimmten Migrationshintergründen – sind diese **Ergebnisse überraschend – und erklärungsbedürftig.**

Eine Erklärung für diese überraschend günstige Ingesamtenantwicklung der Jugendgewaltkriminalität – die selbstverständlich nicht den Blick dafür verstellen darf, dass es intensiv und dauerhaft auffällige junge Menschen gibt sowie in einzelnen Städten und Gemeinden räumlich oder gruppenmäßig umgrenzte besondere Problemlagen – dürfte in

¹⁰³ Berechnung des KFN (Baier u.a. 2009, 20).

¹⁰⁴ An dieser Stelle noch einige ergänzende Informationen aus der 3. Befragungswelle 2005 des vom Deutschen Jugendinstitut durchgeführten repräsentativen DJI-Kinderpanels. Es befragt mehrfach im Abstand von jeweils ca. 1,5 Jahren mehrere Tausend Kinder und ihre Eltern u.a. auch zu aggressivem Verhalten. In der Altersgruppe der 11- bis 13-jährigen Kinder schätzten sich selbst 5,5% als sehr aggressiv ein. Aggressive Störungen liegen bei 2 bis 7% der Kinder vor, psychische Auffälligkeiten finden sich bei etwa 20% (das entspricht den Ergebnissen des KIGGS, s.o.; Wahl 2008, 117 f).

der im allgemeinen deutlichen, aber angemessenen Reaktion auf diese Kriminalität liegen und hier insbesondere in der **sehr positiven Entwicklung, die Programme und Maßnahmen der Kriminalprävention in Deutschland** genommen haben (Kap. 3).

2.3

Junge Gewalttäter mit Migrationshintergrund: Problematische Lebenslagen¹⁰⁵

„Die exemplarische Sozialgruppe, die in eine problembeladene Zukunft zu gehen scheint, setzt sich aus Teilen der dritten Migrantengeneration zusammen. Die Mehrzahl gerät immer häufiger in eine massive Spannung zwischen gestiegenen Aspirationen und abnehmenden Realisierungschancen. Es ist die klassische anomietheoretische Figur ... Angesichts solcher Entwicklungen scheint für bestimmte ethnische Jugendgruppen nur noch ein Ausweg in die ‚Kultur der Gewalt‘ möglich, um Status und Prestige zu erwerben.“¹⁰⁶

In allen vorliegenden Berichten zu „Lebenslagen in Deutschland“ bzw. zu gesellschaftlichen Desintegrations- und Exklusionserscheinungen erweisen sich die Migranten und ihre Kinder als die „Verlierer“: Sie sind häufiger durch Armut betroffen, ihre Bildungserfolge und damit auch ihre Ausbildungs- und Arbeitsplatzchancen sind deutlich geringer, ihre gesundheitlichen Risiken größer – mit der Folge, dass sie nirgendwo in Deutschland wirklich zufriedenstellend integriert sind. Nach fast allen Kriterien sind dabei die türkeistämmigen Migranten besonders benachteiligt und am schlechtesten integriert.

Auch an der **Kriminalität** von Menschen mit einem Migrationshintergrund wird deutlich, dass Integration und Chancengleichheit nicht für alle Zuwanderer und ihre Kinder als selbstverständlich gegeben angenommen werden darf: Wenn Kriminalität als Hinweis auf individuelle und soziale Problemlagen verstanden wird, dann kann die strafrechtlich relevante Auffälligkeit von Menschen mit einem Migrationshintergrund auf eine misslungene oder zumindest problembehaftete Integration in die Aufnahmegesellschaft hinweisen – und sollte der Anlass sein für eine ebenso sachliche wie sachgerechte Analyse der Probleme und angemessene Reaktionen durch Integrations- und Präventionsmaßnahmen.¹⁰⁷

¹⁰⁵ Siehe dazu auch die Ausführungen im Gutachten zum Schwerpunktthema des 12. Deutschen Präventionstages, Kap. 1.1.2.4 „Kriminalität von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ (Steffen 2007).

¹⁰⁶ Heitmeyer 1997a, 646 f.

¹⁰⁷ So schon Steffen 1992. Bereits Ende der 1970er-Jahre hat eine der ersten empirischen Untersuchungen zur „Ausländerkriminalität“ auf besonders hohe Tatverdächtigenanteile vor allem türkischer und jugoslawischer männlicher Jugendlicher und deren in vielerlei Hinsicht benachteiligten Lebenssituationen hingewiesen (Albrecht/Pfeiffer 1979).

Die gesellschaftlichen Risiken betreffen vor allem die **Kinder von Migranten**.¹⁰⁸ Sie sind von sozialer Desintegration, von der Auflösung verbindlicher Werte und Verhaltensweisen, aber auch von Problemen in der Familie, im Ausbildungs- und Arbeitssektor stärker betroffen als ihre vergleichbare (einheimisch) deutsche Altersgruppe.¹⁰⁹ Dazu kommen, insbesondere für türkeistämmige Migranten, gewaltbegünstigende, herkunftskulturelle Risiken wie traditionelle Männlichkeitskonzepte, die Maskulinität stark an Dominanz und körperliche Stärke binden, wodurch sich die Disposition zur Gewalt erhöht. Festzustellen sind außerdem überhöhte, zum Teil unrealistische Ansprüche der Eltern, insbesondere hinsichtlich ihrer Bildungsaspirationen. Nicht zuletzt bildet die Erfahrung von Gewalt im Elternhaus „ein eminent bedeutendes Gewaltrisiko für Jugendliche“ (Uslucan 2008, 158). Von all diesen Belastungsfaktoren und damit verbundenen Desintegrations- und Exklusionserfahrungen her, kann eine höhere Belastung junger Migranten mit Kriminalität und insbesondere mit Gewaltkriminalität nicht überraschen.¹¹⁰

Obwohl Kriminalstatistiken, Dunkelfeldstudien und andere empirische Befunde seit Jahrzehnten auf diese höhere Belastung von Migranten (vor allem von jungen männlichen) mit Kriminalität hinweisen¹¹¹, gleicht die Diskussion um „Migration und Kriminalität“ derjenigen um „Deutschland ein Einwanderungsland?“ – in beiden Fällen haben Tabuisierungen, Skandalisierungen und Bagatellisierungen auch dazu geführt, dass Probleme verdrängt und Interventionsmaßnahmen nicht so früh wie möglich ergriffen worden sind.

Daten zur Kriminalität von Menschen mit einem Migrationshintergrund liefern sowohl die Polizeiliche Kriminalstatistik wie Dunkelfeldstudien. Allerdings sind auf der Ebene der Polizeilichen Kriminalstatistik nur Aussagen zu „nicht-deutschen Tatverdächtigen“ möglich, also zu Migranten ohne

108 Siehe zum Folgenden auch Uslucan 2008, 155 ff.

109 Familie, Schule und Arbeitsplatz sind aber „die Orte, an denen Verantwortlichkeit gelernt wird ... und wir müssen uns fragen, ob die offenen Gesellschaften von heute noch eine ausreichende Zahl von Bürgern hervorbringen ... Vergangene Migrationsbewegungen ... zogen sowohl in Europa wie auch in Amerika eine Zivilisationsoffensive nach sich, die auch vor der Haustür der Familien nicht haltmachte ... Es verwundert nicht, dass in Zeiten neuer Migrationsbewegungen der Ruf nach einer vergleichbaren Betreuung von Problemfamilien wieder zu vernehmen ist“ (Scheffer 2008, 452 f).

110 So auch das Fazit des 2. Periodischen Sicherheitsberichtes (2006, 427); allerdings gab und gibt es auch die Bewertung einiger Kriminologen, die Höherbelastung junger Nichtdeutscher sei ein rein statistisches Phänomen („Artefakt“) und ließe sich sozusagen „wegrechnen“ (so etwa Geißler 1995; kritisch dazu m.w.N. auch Bannenberg 2003).

111 Siehe dazu das umfassende Gutachten von *Bannenberg* (2003) zum Schwerpunktthema des 8. Deutschen Präventionstages „Migration – Integration“; neuere Auswertungen zu diesem Thema haben etwa *Haug u.a.* (2008 b) und *Geißler-Frank/Sutterer* (2008) veröffentlicht.

deutsche Staatsangehörigkeit; in einigen Länderstatistiken über Sondererfassungen auch – eingeschränkt – zu Spätaussiedlern.¹¹² In neueren Dunkelfeldstudien¹¹³ wird nicht mehr nur der Ausländerstatus, sondern der Migrationshintergrund der Befragten erhoben, so dass hier differenziertere Angaben möglich sind.

Die **Daten der PKS** zeigen, dass Nichtdeutsche häufiger polizeilich registriert werden als Deutsche – und das schon seit Jahrzehnten: 2007 wurden von der Polizei insgesamt 2,3 Millionen Tatverdächtige ermittelt; davon hatten 19% (oder 423.288 Personen) keine deutsche Staatsangehörigkeit. Dieser Anteil ist zwar in den letzten Jahren geringer geworden¹¹⁴, liegt aber immer noch deutlich über dem Bevölkerungsanteil der Ausländer von knapp 9%. Bei diesem Vergleich muss allerdings berücksichtigt werden, dass verschiedene Ausländergruppen, wie Touristen oder sich illegal in Deutschland Aufhaltende, die als Tatverdächtige registriert worden sind, nicht zur Wohnbevölkerung gehören und deshalb auch nicht in den Ausländeranteil eingehen.

Unter den 277.447 im Jahr 2007 insgesamt registrierten **tatverdächtigen Jugendlichen** waren 46.028 oder 16,6% nichtdeutsche Jugendliche (1993 lag dieser Anteil bei 27,6%). Die absoluten Tatverdächtigenzahlen gehen für die nichtdeutschen Jugendlichen seit 1993 (57.293 Tatverdächtige) mehr oder weniger kontinuierlich zurück; auch für die deutschen Jugendlichen sind die Tatverdächtigenzahlen nach deutlichen Zunahmen von 1993 (150.651 Tatverdächtige) bis 1998 (240.400 Tatverdächtige) mit kleineren Schwankungen nach oben und unten ebenfalls leicht rückläufig (2007: 231.419 Tatverdächtige).

Ebenso wie die deutschen Jugendlichen¹¹⁵ – und wie dort abweichend von der positiven durchschnittlichen Entwicklung der Tatverdächtigenzahlen – haben die nichtdeutschen Jugendlichen insbesondere bei den **Gewalttaten** deutliche Zu-

112 Siehe dazu z.B. Luff 2000 und die „Bestandsaufnahme“ zur Kriminalität von Aussiedlern durch die Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Haug u.a. 2008 a).

113 So bereits in der vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen 2005 in neun Gebieten Westdeutschlands durchgeführten Befragung von über 14.000 Schülern der 9. Jahrgangsstufe (Baier/Pfeiffer 2007) wie auch in der 2009 veröffentlichten Dunkelfelduntersuchung (Baier u.a. 2009).

114 Den höchsten Anteil hatten nichtdeutsche Tatverdächtige 1993 mit 33,6%; seither ist vor allem die Zuwanderung von Asylbewerbern, (Bürger-)Kriegsflüchtlingen, mit einem Touristenvisum oder illegal Eingereisten deutlich zurückgegangen; nicht zuletzt hat die EU-Osterweiterung die Entwicklung deutlich positiv beeinflusst.

115 Wieweit diese Zunahmen auch durch junge Zuwanderer mit deutscher Staatsangehörigkeit, aber einem Migrationshintergrund – etwa durch hier geborene Kinder ausländischer Eltern oder durch junge Spätaussiedler – beeinflusst werden, kann mit den Daten der PKS nicht analysiert werden; diese Annahme ist aber vor dem Hintergrund der Befunde der KFN-Schülerbefragungen nicht unplausibel.

nahmen der Tatverdächtigenzahlen: Sie werden 2007 etwa dreimal häufiger als Tatverdächtige von Gewaltkriminalität registriert als deutsche Jugendliche (in den 1990er-Jahren waren sie sogar fast viermal so stark belastet).

Das zeigen die Tatverdächtigenbelastungszahlen, die das KFN in seiner jüngsten Dunkelfelduntersuchung auf der Basis der PKS-Daten für die deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen in den alten Bundesländern berechnet hat (Baier u.a. 2009, 22).¹¹⁶ Auch wenn das Risiko, durch Strafanzeigen ins polizeiliche Hellfeld und damit in die Kriminalstatistik zu gelangen, für nichtdeutsche Jugendliche größer ist als für deutsche (s.o.), „bietet die PKS klare Belege dafür, dass nichtdeutsche Jugendliche unter den Gewalttätern erheblich überrepräsentiert sind“ (Baier u.a. 2009, 23).¹¹⁷

Die höhere Belastung nicht nur der jungen Nichtdeutschen, sondern – umfassender - von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, zeigt sich auch im **Dunkelfeld** – jedenfalls nach den Befunden der KFN-Schülerbefragungen.¹¹⁸

Zusammenfassend stellt die KFN-Dunkelfelduntersuchung von 2009 fest: „Sowohl aus Opfer- wie aus Tätersicht zeigen die Daten zur selbstberichteten Jugendgewalt, dass **Jugendliche mit Migrationshintergrund häufiger Gewalttaten begehen als deutsche Jugendliche**“ (Baier u.a. 2009, 11). Allerdings beruhe diese insgesamt deutlich höhere Gewalttäterquote auf mehreren **Belastungsfaktoren**, die bei ihnen weit stärker ausgeprägt seien als bei deutschen Jugendlichen. Von zentraler Bedeutung sei dabei die weitaus häufigere Erfahrung innerfamiliärer Gewalt. Außerdem träten bei diesen Jugendlichen auch weitere, die Gewaltbereitschaft fördernde Belastungsfaktoren wesentlich häufiger auf: Alkohol- und Drogenkonsum, die Akzeptanz gewaltorientierter Männlichkeitsnormen („Machokultur“), Schulschwän-

116 In der PKS für die Bundesrepublik Deutschland wird die TVBZ nur für die deutsche Wohnbevölkerung berechnet: „Reelle Tatverdächtigenbelastungszahlen können für die nichtdeutschen Tatverdächtigen nicht errechnet werden, weil in der Einwohnerstatistik die amtlich nicht gemeldeten Ausländer fehlen, die sich hier legal (z.B. als Touristen ...) oder illegal aufhalten. Außerdem sind selbst die Fortschreibungszahlen für die amtlich gemeldete ausländische Wohnbevölkerung äußerst unzuverlässig ...“ (PKS 2007, 97).

In der PKS für den Freistaat Bayern sind TVBZ-Berechnungen auf der Basis von Sonderauswertungen methodisch vertretbar. Dann zeigt sich – wie in der KFN-Studie von 2009 - für die nichtdeutsche Wohnbevölkerung in allen Altersjahren, vor allem aber bei den jüngeren Altersgruppen, eine deutlich höhere Belastung mit Tatverdächtigen, insbesondere bei der Gewaltkriminalität (Steffen 1992; Geissler-Frank/Sutterer 2008).

117 Siehe zur Kriminalitätsbelastung eingebürgerter Migranten die Analyse, die Mansel (2009) auf der Basis staatsanwaltlicher Ermittlungsakten durchgeführt hat.

118 Baier/Pfeiffer 2007 und Baier u.a. 2009; für die Befunde der früheren KFN-Schülerbefragungen wird auf die entsprechenden Kapitel im Gutachten zum Schwerpunktthema des 12. Deutschen Präventionstages verwiesen (Steffen 2007).

zen, Nutzung gewalthaltiger Medieninhalte. Bei jungen Muslimen falle der Alkohol- und Drogenkonsum zwar schwächer aus, aber dafür seien sie von den anderen Belastungsfaktoren besonders stark betroffen (Baier u.a. 2009, 12).

Fazit

Die Befunde zur Kriminalität von Jugendlichen mit Migrationshintergrund bestätigen die bisherigen Erkenntnisse, wie sie nicht zuletzt im Gutachten zum Schwerpunktthema des 8. Deutschen Präventionstages 2003 – Migration – Integration - aufbereitet worden sind¹¹⁹: Männliche Jugendliche mit einem Migrationshintergrund fallen im Hell- wie im Dunkelfeld häufiger mit Gewalttaten auf als deutsche Jugendliche ohne diesen Hintergrund; insbesondere gilt dies für türkischstämmige Jungen.¹²⁰

Auf die entscheidenden Ursachen für diese höhere Belastung, die **problematischeren Lebenslagen** und die auch dadurch bedingte **Kumulation von Risikofaktoren** bei männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund – wie familiäre Faktoren, insbesondere Gewalterfahrungen, soziale Benachteiligungen und Belastungen, Schwierigkeiten der Integration, Orientierung an gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen und einer Kultur der Ehre – und ihre Konsequenzen gerade für die Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft der „zweiten und dritten Generation“, hat zumindest ein Teil der kriminologischen Forschung seit Jahrzehnten aufmerksam gemacht und entsprechende Interventions- und Integrationsmaßnahmen eingefordert.

2.4

Junge Gewalt-Intensivtäter: Systemverlierer?¹²¹

Wenn sich schon für junge Tatverdächtige mit Migrationshintergrund diese Belastungen aufzeigen lassen, die gleichzeitig Indikatoren für gesellschaftliche Desintegrationserscheinungen und soziale Exklusion sind, dann dürften die Auswirkungen dieser „problematischen Lebenslagen“ bei den jungen Tatverdächtigen noch ausgeprägter zu finden sein,

119 Bannenberg 2003.

120 Ob und inwieweit diese Aussage auch auf die **jungen Spätaussiedler** zutrifft, wird uneinheitlich gesehen. Öffentliche Meinung und Praxisberichte gehen von einer deutlichen Auffälligkeit junger männlicher Spätaussiedler (insbesondere der aus Kasachstan zugereisten) vor allem im Gewaltbereich aus. *Haug u.a.* stellen in ihrer „Bestandsaufnahme“ für männliche jugendliche Aussiedler zwar eine relativ hohe Kriminalitätsbelastung, eine höhere Gewaltbereitschaft oder die häufigere Anwendung von Gewalt fest, plädieren jedoch dafür, dies nicht allein als Hinweis auf die ethnische Herkunft oder persönliche Schwächen zu verstehen, sondern eher als Hinweis auf problematische Lebenslagen (2008 a, 46).

121 Siehe dazu auch die Ausführungen im Gutachten zum Schwerpunktthema des 12. Deutschen Präventionstages, Kap. 1.1.2.6 „Risikogruppe ‚Junge Intensivtäter‘“ (Steffen 2007).

die gut gesicherten kriminologischen Erkenntnissen zufolge als „Intensivtäter“ häufig, (auch) mit schwereren Straftaten, insbesondere mit Gewalttaten und über einen längeren Zeitraum auffallen.¹²²

Denn bei diesem kleinen „harter Kern“ von Tatverdächtigen und Verurteilten – ca. 5% aller jungen Tatverdächtigen, fast ausschließlich männlich und häufig mit einem Migrationshintergrund, die für mindestens die Hälfte der von dieser Altersgruppe verübten Straftaten „verantwortlich“ sind¹²³, - weist die Kriminalität regelmäßig auf (erhebliche) soziale und individuelle Defizite und Mängellagen hin.

Das belegen etwa die **Berliner Intensivtäterstudien**¹²⁴: Zwar wurden 74% der untersuchten Personen in Deutschland geboren und 51% hatten die deutsche Staatsangehörigkeit; dennoch haben etwa 70% einen Migrationshintergrund. Für ihre Lebenssituation sind diese Risikokonstellationen kennzeichnend: Überwiegend Elternhäuser mit einem geringen Bildungs- und Qualifikationsstand, die überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Sie wohnen in Quartieren, in denen Zuwanderer große Anteile haben und deren Sozialstruktur auffallend schwach ist. Sie konsumieren in erheblichem Maße Alkohol und Drogen und orientieren sich stark an delinquenten Cliquen und Peer-Gruppen. Vernachlässigung und Misshandlung durch die Eltern ist zu vermuten, allerdings sind die Akten dafür keine zuverlässige Datenquelle. Die schulische Bildung ist schlecht, Schulprobleme und Schulschwänzen sind häufig. Berufliche Qualifikationen fehlen fast vollständig und damit auch der Zugang in das Erwerbsleben; für die untersuchte Gruppe kann diesbezüglich von einem weitgehenden Ausschluss aus der Gesellschaft gesprochen werden (Ohder/Huck 2006).

Diese Häufung von Problemen bei den intensiv und dauerhaft Auffälligen gehört zu den seit Jahren (Jahrzehnten) gesicherten Befunden der kriminologischen Forschung; sie lassen sich für das Hell- wie für das Dunkelfeld feststellen¹²⁵. Zu nennen sind insbesondere

- Frühauffälligkeit,
- Herkunft aus sozio-ökonomisch belasteten Familien,
- gestörte Erziehungsverhältnisse, insbesondere durch selbst erprobte oder beobachtete familiäre Gewalt,

122 Allerdings muss auch eine Intensivtäterschaft kein lebenslanges Schicksal im Sinne von „einmal Intensivtäter, immer chronisch kriminell“ bedeuten, siehe dazu etwa die Befunde bei Stelly/Thomas 2001 und 2003.

123 Schon weil es bislang keine einheitliche Definition der „Intensivtäter“ gibt, sind nur „ca.“-Angaben möglich.

124 Ohder/Huck 2006 und Ohder 2007; Anfang Juni 2005 wurden bei der Berliner Staatsanwaltschaft insgesamt 331 Personen als Intensivtäter geführt. Ausgewertet werden konnten Akten zu 264 Personen. Vier von fünf Intensivtätern waren unter 21 Jahre alt. 12 Personen waren weiblich.

125 Siehe dazu auch das „Erklärungsmodell der Mehrfachtäterschaft von Jugendgewalt“ bei Baier u.a. 2009, 85.

- materielle Notlagen bis hin zu sozialer Randständigkeit und dauerhafter sozialer Ausgrenzung,
- Schulstörungen und Schulversagen, Schulschwänzen und vorzeitiger Schulabbruch, Scheitern der beruflichen Ausbildung,
- Starke Orientierung an delinquenten Cliques und Peer-Gruppen.

Weitgehende Einigkeit besteht in der kriminologischen Forschung dahingehend, dass nicht die einzelnen Risikofaktoren, sondern ihre **Kumulation** das eigentlich Problematische ist. „Schwerwiegendes und längerfristiges aggressives und delinquentes Verhalten ergibt sich .. erst dann, wenn etliche der biologischen und sozialen Risiken kumulieren. Im Sinne einer Kettenreaktion werden dann die sozialen Erfahrungen und psychischen Dispositionen kanalisiert und verfestigt. Zugleich verringern sich die normativen, nicht-devianten Entwicklungschancen der Jugendlichen“ (Lösel/Bliesener 2003, 10).

Bei den intensiv und dauerhaft auffälligen jungen Menschen häufen sich Risikofaktoren, während Schutzfaktoren bei ihnen entweder gänzlich fehlen oder aber nicht zeitgerecht zur Verfügung stehen. Diese Konstellation kann als der „gemeinsame Nenner“ junger Intensivtäter gelten¹²⁶ - die vor dem Hintergrund der dafür zumindest mit-verantwortlichen gesellschaftlichen Entwicklungen auch als „Systemverlierer“ bezeichnet werden können.

Damit es gar nicht erst zu Desintegration und sozialem Ausschluss kommt, wäre es wichtig, potenziell (oder schon tatsächlich) „chronisch Kriminelle“ möglichst **frühzeitig zu erkennen**, um ebenso frühzeitig intervenieren und reagieren zu können - mit dem Ziel, schon den Beginn einer möglichen „kriminellen Karriere“ zu verhindern. Diese Forderung ist weitgehend unbestritten, aber nur eingeschränkt umzusetzen, da die prognostischen Möglichkeiten nach wie vor unbefriedigend sind, auch wenn durchaus Fortschritte gemacht worden sind.

Zwar lässt sich die relativ kleine Gruppe von „Intensivtätern“ retrospektiv hinsichtlich ihres strafbaren Verhaltens und vor allem ihrer sozio-biografischen Kriterien gut beschreiben – nur eignen sich diese Merkmale und Faktoren nicht oder bestenfalls sehr eingeschränkt zur frühzeitigen Prognose eines „Intensivtäters“ im Einzelfall, „da ein größerer Teil der hochbelasteten Kinder sich als resilient erweist, d.h. trotz widriger Umstände sich gleichwohl positiv entwickelt. Aufgrund von Schutzmechanismen (protektiven Faktoren), die teilweise in schlecht prognostizierbaren Umweltgegebenheiten und deren Veränderung zu lokalisieren sind, realisieren sich

126 Siehe dazu auch die „Wiesbadener Erklärung des 12. Deutschen Präventionstages“ (www.praeventionstag.de).

die angelegten Risiken bei ihnen langfristig glücklicherweise nicht.“¹²⁷

Unbestritten wären frühe Prävention und Intervention von entscheidender Bedeutung, da sich durch die Früherkennung von Gefährdungen die Chance erhöht, „nicht erst zum Zeitpunkt einer akuten Krise zu reagieren, wenn die Folgen bereits gravierend sind ... Psychosozial hoch belastete Familien benötigen langfristige, kontinuierliche Begleitung ... Der Einsatz lohnt sich: Die Wirksamkeit frühpräventiver Programme für Familien mit Risikokonstellationen ist in Langzeitstudien gut belegt“ (Galm 2005, 4 f)¹²⁸. Doch es bleibt das Problem der Prognose. Bei einer frühen Begleitung von „Risikokindern“ müssten sozusagen „Programme auf Verdacht“ durchgeführt werden – und das ist nicht nur eine Frage der Finanzierbarkeit, sondern auch eine Frage der Zulässigkeit, zumindest dann, wenn diese „Begleitung“ mit Eingriffsmaßnahmen verbunden ist.

Wenn deshalb sehr häufig erst „retrospektiv“ reagiert und interveniert werden kann, dann – darin ist sich die Kriminologie weitgehend einig – wirken intensive (strafrechtliche) Maßnahmen nicht besser, sondern wahrscheinlich sogar schlechter, weil sie die weitere Sozialisation dieser Täter belasten, ihre soziale Teilhabe noch weiter beschneiden, Kriminalisierungsprozesse verstärken können – und so künftige Rechtsbrüche wahrscheinlicher machen.¹²⁹

Orientiert an der Komplexität der Problemlagen sind vielfältige und differenzierte, präventiv ausgerichtete Reaktionen erforderlich. Noch am ehesten Erfolg versprechend sind Interventionen, die am Einzelfall orientiert sind, aus mehreren Modulen bestehen, mehrere Veränderungsstrategien umfassen und sich an mehrere Ebenen – Bezugssysteme – richten. Voraussetzung dafür ist ein vernetztes, zumindest aber ein Ressorts und Institutionen übergreifendes Handeln – eine Voraussetzung, die noch keineswegs überall gegeben ist.¹³⁰

2.5

Ethnisch-kulturelle Konflikte: Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Insbesondere *Heitmeyer* weist immer wieder darauf hin, dass die festzustellenden Desintegrationskrisen vor allem durch ihre Überlagerung mit gleichzeitigen ethnisch-kultu-

127 Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht 2006, 403.

128 Auf dem **14. Deutschen Präventionstag** wird *Manuel Eisner* zum Thema „Was bringt universelle Frühprävention von Gewalt? Ergebnisse des Zürcher Projektes zur Sozialen Entwicklung von Kindern“ referieren.

129 Siehe dazu auch *Walter* 2003, 162.

130 Siehe dazu *Ohder* 2007 und die Vorschläge der Bund-Länder-AG 2008 sowie ihren Überblick über die polizeilichen Intensivtäterprogramme, die inzwischen in allen Bundesländern durchgeführt werden.

rellen Konflikten, die aus der hohen Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland resultierten, so gefährlich würden. Für ihn hat die Modernisierung statt zur Einebnung ethnischer Unterschiede zu ihrer Verschärfung beigetragen und könne so zu erhöhter Gewaltbereitschaft und aggressiven Verhaltensweisen bis hin zu wachsender Fremdenfeindlichkeit und Unterstützung von Rechtsextremismus führen.

Seit sieben Jahren erforscht eine Gruppe von Wissenschaftlern um *Wilhelm Heitmeyer* am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld in „Deutsche Zustände“ die Verbreitung von Erscheinungsformen „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ in Deutschland. Darunter wird ein Syndrom von Einstellungen verstanden: Abwertung von Behinderten, von Langzeitarbeitslosen und von Obdachlosen, Antisemitismus, Etabliertenvorrechte, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie, Islamphobie, Rassismus und Sexismus.¹³¹

Der jüngste Band „Deutsche Zustände. Folge 7“ ist 2008 erschienen und konstatiert insgesamt rückläufige Trends bei der Fremdenfeindlichkeit und bei den antisemitischen Einstellungen und ambivalente Entwicklungen bei der Islamphobie (Zunahme im Osten, Rückgang im Westen). Dem Vorwort ist zu entnehmen, dass im Herbst 2008 ein Projekt zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit unter Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund“ startet.

Zu Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus hat auch das **KFN** in seiner jüngsten **Dunkelfelduntersuchung** die deutschen Schüler befragt. Zu den Ergebnissen (Baier u.a. 2009, 113 ff):

- Etwa zwei Drittel der Befragten seien „skeptisch gegenüber der Zahl der hier lebenden Ausländer eingestellt“ (Indikator: sie stimmten der Aussage „In Deutschland gibt es zu viele Ausländer“ ‚eher‘ oder ‚voll und ganz‘ zu). Auffallend sei weiter, dass „die deutschen Jugendlichen lieber von deutschen Personen in ihrer Nachbarschaft umgeben sein möchten als von anderen Nationalitäten bzw. ethnischen Gruppen“. Außerdem würden Aussagen, die ausländerfeindliche Einstellungen erfassten (etwa: „Die in Deutschland lebenden Ausländer sind keine Bereicherung für die Kultur in Deutschland“) von einem beträchtlichen Teil der deutschen Jugendlichen befürwortet (im Fall der Beispielfrage von 45%).
- Antisemitische Einstellungen würden von den Jugendlichen in deutlich geringerem Maße vertreten als ausländer-

¹³¹ Außerdem widmet sich unter der Federführung der Universität Bielefeld (unterstützt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung) seit 2002 ein Forschungsverbund von 17 Universitätsinstituten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen unter anderem Themen wie sozialer Wandel und Gewaltkriminalität, Islambilder in der multikulturellen Bevölkerung oder fremdenfeindliche Diskriminierungen und interethnische Gewalt (www.bmbf.de).

feindliche Einstellungen. (Niedrigschwelliges) rechtsextre-
mes Verhalten, etwa das Hören bestimmter Musikgruppen
oder das Tragen bestimmter Kleidung, werde von 9% der
Befragten regelmäßig praktiziert, von jedem vierten Schü-
ler „mindestens selten“.

- Fast die Hälfte der Personen (46%), die häufig niedrig-
schwellige Verhaltensweisen zeigten, äußerten auch eine
hohe Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen.
- 3,8% der befragten Jugendlichen hätten die Frage nach
einer Mitgliedschaft in einer rechten Gruppe oder Kame-
radschaft bejaht.

Insbesondere diese letzte Aussage hatte bei der Vorstel-
lung der Studie durch das BMI und das KFN am 17.3.2009
für „Wirbel“ und ein reges Medienecho gesorgt.¹³² Allerdings
können die Befunde aus methodischen Gründen nicht über-
zeugen. Es gibt gute Gründe dafür, an der Verlässlichkeit
der Indikatoren für eine rechtsextreme Einstellung zu zwei-
feln – und gute Gründe dafür, eine Ursache für die Faszina-
tion rechtsextremer Ideen in der Tatsache zu sehen, „dass
Rechtssein heute und in diesem Land wie wenig anderes ein
jugendliches Grundbedürfnis befriedigt: das nach Rebellion,
Provokation, ja, Ächtung.“¹³³

Es wäre sicherlich sinnvoll, das im Gutachten zum Schwer-
punktthema des 12. Deutschen Präventionstages ange-
mahnte „Augenmaß“ bei der Betrachtung und Beurteilung
des Gewalthandelns junger Menschen auch bei ihren an-
scheinend „rechtsextremen Einstellungen und Verhaltens-
wesen“ zu zeigen – und auf die Ergebnisse der Shell-Ju-
gendstudien zu verweisen, denen zufolge „auf der Haben-
seite (weiter) die vergleichsweise große Toleranz der jungen
Generation gegenüber anders Denkenden und gegenüber
der internationalen Entwicklung („Globalisierung“) zu erwä-
hen (ist)... Die Ideologieanfälligkeit der jungen Generation ist
vergleichsweise klein“ (Hurrelmann 2008, 307).

3.

Kriminalprävention statt Repression: Inklusion statt Exklusion

Bevor der Beitrag der Kriminalprävention zu Integration und
Solidarität diskutiert wird, soll zunächst festgelegt werden,
von welchem Präventionsverständnis dabei ausgegangen
wird.

3.1

Verständnis von Kriminalprävention

Das in diesem Gutachten vertretene Verständnis von Krimi-
nalprävention entspricht dem – engen – Verständnis, das
schon den Gutachten für den 12. Deutschen Präventionstag

¹³² So „SPIEGEL ONLINE“ am 19. März 2009

¹³³ Marc Felix Serrao in einem Kommentar zur Studie in der Süd-
deutschen Zeitung vom 24. März 2009.

und den 13. Deutschen Präventionstag zugrunde gelegt wurde.¹³⁴ Wieder wird unterschieden zwischen den Strategien und Konzepten, die vorrangig auf die Verhinderung bzw. Verminderung von Kriminalität abzielen und jenen, die im günstigsten Fall auch kriminalpräventiv wirken können:

Als kriminalpräventiv werden jene Strategien, Programme, Maßnahmen bzw. Projekte verstanden, die direkt oder indirekt die Verhinderung bzw. Verminderung von Kriminalität zum Ziel haben und von denen erwartet werden darf, dass sie in einem begründbaren und nachvollziehbaren Zusammenhang darauf gerichtet sind, Kriminalität zu verhindern bzw. zu vermindern – entweder auf der Basis überzeugender empirischer Belege oder an Hand von plausiblen theoretischen Annahmen.

Um Aussicht auf Erfolg zu haben, muss eine so verstandene Kriminalprävention entweder Risikofaktoren reduzieren, die Kriminalität verursachen oder Schutzfaktoren aufbauen, die der Entstehung von Kriminalität entgegenwirken.¹³⁵

Wird der Unterscheidung zwischen universeller, selektiver und indizierter Kriminalprävention gefolgt¹³⁶, dann werden bei der hier vertretenen Definition von Kriminalprävention vor allem die selektiv und indiziert ausgerichteten Konzepte und Maßnahmen als im eigentlichen Sinne kriminalpräventiv verstanden.

Universelle (auch: soziale oder primäre) Prävention

zielt mit allgemein förderlichen Programmen und Maßnahmen auf die Allgemeinheit und/oder Gesamtgruppen, ohne dass in diesen Gruppen besondere Risikofaktoren vorliegen müssen. Sie bietet dieselben Maßnahmen allen Mitgliedern der Gruppe an (Beispiele: Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern, schulbasierte Programme zur Förderung von sozialen Kompetenzen, Sprachkurse für Migranten, Sport und Musik, allgemeine Sozialhilfemaßnahmen, Städte- und Bauplanung u.ä.).

Zweifellos können solche Programme *auch* kriminalpräventive Wirkungen entfalten. Es würde ihrem Anspruch und ihrer Bedeutung jedoch nicht gerecht, würde man sie vorrangig

134 Jugendkriminalität und ihre Verhinderung zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden“ (Steffen 2007) bzw. „Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention“ (Steffen 2008). Das dort vertretene Verständnis von Kriminalprävention basiert auf der Definition des von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention des Deutschen Jugendinstitutes herausgegebenen Berichtes „Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern“ (München 2007).

135 Auf dem **14. Deutschen Präventionstag** wird *Martin Killias* zum Thema „Prävention – was nützt eigentlich wie viel und woher wissen wir das?“ referieren.

136 Begriffe gemäß der Analyse „Prävention von Jugendgewalt“ von Eisner/Ribeaud/Bittel für die Eidgenössische Ausländerkommission EKA (2006).

auf diesen kriminalpräventiven Aspekt reduzieren, sie sozusagen für die Zwecke der Kriminalprävention instrumentalisieren. Auch um dem Risiko einer Entgrenzung der Kriminalitäts- und Präventionsbegriffe entgegenzuwirken, ist Kriminalität nicht der geeignete Bezugsrahmen für Programme und Maßnahmen der universellen (sozialen) Prävention.

Selektive (auch: situative oder sekundäre) Prävention

zielt auf besondere Teilgruppen, Individuen oder auch Situationen, die durch eine erhöhte Belastung mit Risikofaktoren gekennzeichnet sind und somit unter einem gesteigerten Täter- wie Opferwerdungsrisiko stehen („gefährdete Personen als Täter und Opfer“) bzw., bei Situationen, dadurch gefährdet sind, dass sich hier Kriminalität ereignen kann („Tatgelegenheiten“). Selektive Kriminalprävention ist direkt oder indirekt auf die Verhinderung und Verminderung von Kriminalität bzw. auf die Verbesserung von Sicherheitslage und Sicherheitsgefühl gerichtet. Sie zielt darauf ab, persönliche und soziale Defizite als mögliche Kriminalitätsursachen zu beseitigen, Tatgelegenheiten zu verringern und das Entdeckungsrisiko zu erhöhen.

Indizierte (auch: tertiäre) Prävention

sind Programme und Maßnahmen für jene Personen, die bereits straffällig geworden sind und bei denen durch die Maßnahmen eine Verbesserung ihrer zukünftigen Entwicklung angestrebt wird bzw. Programme und Maßnahmen für Situationen, in denen sich gehäuft Straftaten ereignet haben („Kriminalitätsbrennpunkte“). Mit (staatlichen) Kontroll- und Eingriffsmaßnahmen soll Straftaten entgegengewirkt und sollen Kriminalitätsauffällige resozialisiert werden mit dem Ziel einer Verhinderung bzw. Verminderung weiterer Straffälligkeit und Straftaten.

3.2

Allgemein förderliche Maßnahmen und Programme

Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklungen, der Desintegrationserscheinungen, der größer werdenden sozialen Unterschiede, der Verminderung sozialer Teilhabe, des Ausschlusses ganzer Bevölkerungsgruppen von Arbeit, Bildung und Integration, sind natürlich Maßnahmen aller Politikbereiche - etwa von Arbeit und Soziales, Wirtschaft, Jugend, Familie, Gesundheit und Bildung - im Bund, in den Ländern und in den Kommunen erforderlich, um die problematischen Lebenslagen zu verbessern (oder sie wenigstens nicht noch problematischer werden zu lassen), um Belastungen, Risikofaktoren und Risikostrukturen abzubauen und günstige(re) Lebensbedingungen für alle Teile der Bevölkerung zu schaffen. Einige dieser politischen Vorhaben wurden bereits erwähnt, etwa der Nationale Integrationsplan, die Bildungs- und Qualifizierungsoffensiven, das Programm Soziale Stadt oder die Projekte der frühen Förderung.

Ohne Frage können diese Programme und Maßnahmen auch kriminalpräventiv wirken, aber das ist nicht ihr Ziel,

schon gar nicht ihr primäres, und deshalb sollten sie auch nicht für Zwecke der Kriminalprävention instrumentalisiert werden.¹³⁷

3.3

Der Beitrag der Kriminalprävention für Integration und Solidarität

Angesichts der unbestrittenen Bedeutung und Vorrangigkeit allgemein förderlicher Maßnahmen und Programme für gesellschaftliche Integration und soziale Teilhabe mag es überraschen, dass auch im eigentlichen Sinne kriminalpräventive Maßnahmen und Programme dieses bewirken können – und keinen geringen Beitrag dazu leisten.

Kriminalprävention – im hier vertretenen Verständnis als selektive und indizierte Prävention – leistet vor allem wegen dieser Eigenschaften und Strukturmerkmale, die den jeweiligen Maßnahmen und Programmen zugrunde liegen, ihren Beitrag für Integration und Solidarität:

- Kriminalprävention ist eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe** für die alle Politikbereiche, andere staatliche und nichtstaatliche Stellen, die Wirtschaft, die Medien sowie die Bevölkerung selbst Verantwortung tragen und ihre spezifischen Beiträge hierzu leisten müssen.¹³⁸ Dies erfordert zwingend übergreifende Gesamtkonzepte auf den jeweiligen Ebenen der Präventionsarbeit (Bund, Länder, Kommunen, Stadtviertel), also Kooperation, Zusammenarbeit, Abstimmung, Solidarität.¹³⁹
- Kriminalprävention ist ein **intermediäres System**, das bei verschiedenen Handlungsbereichen verortet ist und folglich auch mit verschiedenen Mechanismen „arbeitet“ (etwa mit pädagogischen Vorgehensweisen, die Lerneffekte erreichen wollen oder mit polizeilichen, auf Brennpunkte und Tatgelegenheiten gerichteten Maßnahmen), das aber, wenn es erfolgreich sein will, abgestimmt vorgehen, Netzwerke errichten, die Vielfalt der modernen Gesellschaft koordinieren muss – also auf Integration und Partizipation nicht nur angewiesen ist, sondern diese auch schafft.
- Da es sinnvoller ist, Straftaten gar nicht erst entstehen zu lassen, als sie später mit mehr oder minder großem Aufwand verfolgen zu müssen – zumal auch eine noch so erfolgreiche Strafverfolgung materielle, physische und psychische Schäden nicht wieder gut machen kann – ist **Prävention gegenüber der Repression inhaltlich vorrangig und zeitlich vorgängig**.

137 In diesem Zusammenhang wird gerne die Aussage von Franz von Liszt zitiert, eine gute Sozialpolitik stelle die beste Kriminalpolitik dar – wohlgermerkt Kriminalpolitik, nicht Kriminalprävention!

138 Oder mit den Worten der Systemtheorie: alle gesellschaftlichen Teilsysteme sind gefordert!

139 Oder mit den Worten der Systemtheorie: strukturelle Kopplungen.

Systemisch ist sie vor dem Strafrechtssystem verortet: Kriminalprävention leistet einen Beitrag zur Anerkennung von Regeln, Werten und Normen, bevor diese gebrochen werden – und das hat nicht zu unterschätzende Effekte auf die Integration unserer Gesellschaft und ihren solidarischen Zusammenhalt.

Strafen, Maßnahmen der **Kriminalrepression** dagegen, wirken grundsätzlich ausschließend, auch wenn natürlich ihre jeweilige desintegrierende oder auch integrierende Wirkung von ihrer Intention und Gestaltung abhängt. So bedeutet etwa die kriminalpolitische Strategie in den USA - „three strikes and you are out“ - ohne Zweifel Exklusion. Und auch der Strafvollzug, das Ein- und Wegsperrn, ist eine maximale Form der Exklusion ganz unabhängig davon, welche – etwa resozialisierende - Wirkung diese Exklusion hat.¹⁴⁰

- Kriminalprävention **verdeutlicht die gesellschaftlich verbindlichen Normen und Werte** und trägt dadurch zu deren Geltung bei.¹⁴¹ Dadurch wieder zu Verhaltenssicherheit, insbesondere zu Rechtssicherheit und zur „Würdigung“ und Anerkennung des Rechtssystem.
- Kriminalprävention zielt darauf ab, persönliche und soziale Defizite als mögliche Kriminalitätsursachen zu beseitigen bzw. Schutzfaktoren aufzubauen und **signalisiert** damit gefährdeten Personen, aber auch solchen, die bereits Täter oder Opfer geworden sind, dass sich **die Gesellschaft um sie kümmert**, dass sie nicht aufgegeben, nicht ausgeschlossen werden, sondern dass sie dazu gehören, integriert und inkludiert sind bzw. dass alles getan wird, um dies zu erreichen
- Kriminalprävention zielt darauf ab, Tatgelegenheiten zu verringern und das Entdeckungsrisiko zu erhöhen und **sichert** damit für alle, auch und gerade für die nicht am Kriminalitätsgeschehen Beteiligten, den **öffentlichen Raum**, beseitigt Unsicherheit, verbessert das **Sicherheitsgefühl** und schafft damit Voraussetzungen für Integration und Solidarität.
- Diese Ziele werden auch dadurch erreicht, dass Kriminalprävention überwiegend mit **pädagogischen Strategien** arbeitet und damit signalisiert, dass (Gewalt-)Kriminalität (insbesondere im Kindes- und Jugendalter) vorrangig durch Erziehung, Lernen und Kompetenzerwerb bewältigt werden kann. Diese erzieherische – inkludierende - Grundhaltung der Kriminalprävention hat dazu beigetragen, dass (Gewalt-)Kriminalität in unserer Gesellschaft bislang keine

140 Exkludierende Wirkungen haben beispielsweise auch die Regelungen des Ausländer- und Aufenthaltsrechtes, denen zufolge das Begehen schwerer Straftaten ein Ausweisungsgrund sein kann – selbst wenn der betroffene Ausländer über eine Niederlassungserlaubnis verfügt und/oder in Deutschland geboren ist.

141 Kriminalprävention kann also die „kulturelle Regulationskrise“ *Heitmeyers*, die sich für ihn aus der Pluralisierung von Werten und Normen ergibt, eindämmen.

dramatische Verschärfung erfahren hat.¹⁴²

- Kriminalprävention schafft also **soziales Kapital**: Eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens, der Verlässlichkeit der gemeinsam geteilten Regeln, Normen und Werte und nicht zuletzt des Vertrauens in die Institutionen des Staates (Bericht der Enquete-Kommission 2002, 2).

Kriminalprävention schafft dieses soziale Kapital auch deshalb und dadurch, weil sie – als gesamtgesellschaftliche Aufgabe – nicht nur staatlichen und nicht-staatlichen **Handlungsfeldern** („Präventionsträgern“) zugewiesen ist. Sie ist für die Beteiligung von Bürgern nicht nur offen, sondern darauf angewiesen. Und **bürgerschaftliches Engagement** ist nicht nur ein Bestandteil des Sozialkapitals unserer Gesellschaft, sondern es schafft auch dieses soziale Kapital, indem es die Bindekräfte der Gesellschaft stärkt, Solidarität zum Ausdruck bringt sowie die Bereitschaft, gesellschaftliche (Mit-)Verantwortung zu übernehmen.

3.3.1

Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention

Im Gutachten zum Schwerpunktthema des 13. Deutschen Präventionstages „Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention“ (Steffen 2008) wurde diese Thematik behandelt und deutlich gemacht, dass bürgerschaftliches Engagement als Sozialkapital einer Gesellschaft, einer Gemeinde, eines Stadtteils Kriminalität verhindern und Kriminalitätsfurcht vermindern kann.

Für die Darstellung und Diskussion bürgerschaftlichen Engagements in der Kriminalprävention wurden drei Formen bzw. Bereiche ausgewählt:

1. „Hinsehen, Helfen, Handeln“: Kriminalprävention durch Zivilcourage, Hilfe- und Anzeigebereitschaft
2. „Damit es nicht wieder passiert“: Bürgerschaftliches Engagement in der Opfer-, Straffälligen- und Bewährungshilfe
3. „Netzwerke für Sicherheit“: Bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler Ebene

Für die Einzelheiten, die Vor- und Nachteile, die Erfolge und Schwierigkeiten dieser Formen und Bereiche bürgerschaftlichen Engagements wird auf das Gutachten zum 13. Deutschen Präventionstages verwiesen. Insgesamt wurde als Fazit gezogen:

„Bürgerschaftliches Engagement ... ist in der Kriminalprävention etabliert und hat positive Auswirkungen auf die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl. Ohne engagierte Bürger wäre eine sichere Gesellschaft nicht möglich – umso wichtiger ist es, bürgerschaftliches Engagement in der Kri-

¹⁴² Anders als beispielsweise – wegen ganz anderer kriminalpolitischer Konzepte – in England, Frankreich oder auch den USA.

minalprävention nicht nur zu erhalten, sondern zu fördern, zu stärken und die vorhandenen Engagementpotenziale zu nutzen.“

Diese Aussage gilt auch hinsichtlich des Schwerpunktthemas des diesjährigen Deutschen Präventionstages „Solidarität leben – Vielfalt sichern“. Auch um auf die Probleme und Herausforderungen moderner Gesellschaften so reagieren zu können, dass nicht weitere Desintegrationserscheinungen die Folge sind, sondern Partizipation und soziale Teilhabe, braucht es bürgerschaftliches Engagement – auch und gerade in der Kriminalprävention.

3.3.2

Kriminalpräventive Strategien der Fachpraxis

Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist Kriminalprävention vielen Verantwortungsträgern zugewiesen. Für sechs wichtige **Handlungsfelder** – Familie, Kindertagesbetreuung, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Polizei und Justiz – und deren **Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter** hat der schon erwähnte Bericht der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention des Deutschen Jugendinstitutes 2007 eine „Zwischenbilanz“ gezogen.

Auf die Einzelheiten dieses sehr informativen und lesenswerten Berichtes kann und soll im Rahmen dieses Gutachtens nicht eingegangen werden¹⁴³, wohl aber auf einige Aussagen, die für den Beitrag der Kriminalprävention zu Integration und Solidarität besonders relevant sind:

- Viele der damals¹⁴⁴ gültigen Erklärungsansätze seien nach wie vor relevant, hinzugekommen seien jedoch anders akzentuierte **Aufmerksamkeiten**. Fragen der sozialen Desintegration vor allem in Zusammenhang mit **Migratiónserfahrungen** und **sozialer Benachteiligung** sowie der **Übernahme problematischer Männlichkeitsbilder** nähmen einen erkennbar höheren Stellenwert ein (Arbeitsstelle 2007, 13 f).
- Der überwiegende Teil der in den letzten Jahren entwickelten Strategien lasse sich als **pädagogische Strategien** kennzeichnen.¹⁴⁵ Gewalt im Kindes- und Jugendalter kön-

143 Zumal der Bericht eine wesentliche Grundlage des Gutachtens zum Schwerpunktthema des 12. Deutschen Präventionstages war und dort auch entsprechend ausführlich dargestellt worden ist (Steffen 2007).

144 Die Einschätzung der heutigen Situation erfolgte vor der „historischen Folie“ der 1990 veröffentlichten Berichte der „Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt“ (Schwind/Baumann Hrsg. 1990).

145 Zwar wurden bei der Reaktion auf Jugendgewalt in den letzten Jahren auch repressive, kontrollierende und schützende Maßnahmen vorgehalten, zum Teil weiterentwickelt und angepasst und in notwendigen Fällen auch eingesetzt. Generell jedoch schwand das Vertrauen, in diesen Altersphasen Gewalt mit Hilfe vor allem strafender Maßnahmen nachhaltig eindämmen zu können – zumal in einigen Fällen die nicht-intendierten und problema-

ne vorrangig durch Erziehung, Lernen und Kompetenzerwerb bewältigt werden. Gewalthandeln von Kindern und Jugendlichen werde nur als ein und nicht als der zentrale Aspekt ihres Verhaltens angesehen. Stattdessen werde der Fokus stärker auf ihre **Kompetenzen, Ressourcen sowie die Ausbildung von Schutzfaktoren** gerichtet (Arbeitsstelle 2007, 281 f).

- Ein weiterer wichtiger fachlicher Entwicklungsstrang sei die stärkere Einbeziehung der jeweiligen **sozialen und kulturellen Milieus, der Szenen und Sozialräume**. Dahinter stehe die Überlegung, nicht allein das Verhalten von Personen zu verändern, sondern Einfluss auf die Umgebungen zu nehmen, die solches Verhalten begünstigen bzw. reduzieren (Arbeitsstelle 2007, 282).¹⁴⁶
- Die **Praxis** der mit dem Problem jugendlicher Gewalt befassten und verantwortlichen Akteure auf kommunaler, Länder- und Bundesebene habe sich in vielfältiger Hinsicht **spürbar weiterentwickelt**. So sei z.B. die Einsicht deutlich gewachsen, dass jugendliche Gewalt eine Herausforderung für alle gesellschaftlichen Gruppen darstelle und dementsprechend vor allem **Kooperationen** vonnöten seien (Arbeitsstelle 2007, 14). Im Laufe der Jahre seien Abneigungen und Abgrenzungen abgebaut und neue Formen der Zusammenarbeit und Gremien entstanden. Die Zusammenarbeit und die dadurch herausgeforderte Klärung der jeweils eigenen Aufgaben und Zuständigkeiten habe entscheidend zu einer Verbesserung der Fachpraxis beigetragen (Arbeitsstelle 2007, 283).

Zusammenfassend wird festgehalten, „dass angesichts der dargestellten Gesamtschau gewaltpräventiver Fachpraxis u.E. die zentrale Herausforderung in erster Linie in der Absicherung und weitergehenden qualifikatorischen Fundierung, der Verbreitung und Weiterentwicklung vorhandener Strategien liegt und weniger in der Notwendigkeit, gänzlich neue Ansätze zu entwickeln“ (Arbeitsstelle 2007, 286).

tischen Nebenfolgen, die z.B. häufig mit Jugendstrafen einhergehen, nicht übersehen werden konnten (Arbeitsstelle 2007, 282).

146 Das entspricht auch den Überlegungen von *Hermann/Dölling* (2001), bei kriminalpräventiven Konzepten und Maßnahmen Wertorientierungen, Lebensstile und Milieus zu berücksichtigen.

Literaturverzeichnis

Albrecht, Günter (1997): *Anomie oder Hysterie – oder beides? Die bundesrepublikanische Gesellschaft und ihre Kriminalitätsentwicklung*. In: Heitmeyer (Hrsg.) 1997 a, S. 506-545.

Albrecht, Peter-Alexis/Pfeiffer, Christian (1979): *Die Kriminalisierung junger Ausländer*. München.

Anhut, Reimund/Heitmeyer Wilhelm (2000): *Bedrohte Stadtgesellschaft. Diskussion von Forschungsergebnissen*. In: Heitmeyer/Anhut (Hrsg.) 2000, S. 551-569.

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.) (2007): *Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern*. München.

Armuts- und Reichtumsbericht (2008): *Lebenslagen in Deutschland –Dritter Armuts- und Reichtumsbericht*. Deutscher Bundestag. 16. Wahlperiode. Drucksache 16/9915 (30.06.2008).

Aus Politik und Zeitgeschichte (2009): *Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten*. Heft 5/2009 vom 26. Januar 2009.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): *Bildung in Deutschland 2008*. Bielefeld (www.bildungsbericht.de).

Baecker, Dirk (Hrsg.)(2005): *Schlüsselwerke der Systemtheorie*. Wiesbaden.

Baier, Dirk u.a. (2006): *Schülerbefragung 2005: Gewalterfahrungen, Schulschwänzen und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen*. KFN-Materialien für die Praxis – Nr. 2. Hannover.

Baier, Dirk u.a. (2009): *Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministerium des Innern und des KFN*. Forschungsbericht Nr. 107. Hannover.

Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian (2007): *Gewalttätigkeit bei deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen –Befunde der Schülerbefragung 2005 und Folgerungen für die Prävention*. KFN Forschungsbericht Nr. 100. Hannover.

Balluseck, Hilde von (2001): *Armut als Entwicklungsrisiko für Kinder und ihre Familien*. Soziale Arbeit 2001, S. 170-176

Bannenberg, Britta (2003): *Migration – Kriminalität – Prävention*. Teil I. Gutachten zum 8. Deutschen Präventionstag 28./29. April 2003 in Hannover. Kongresskatalog S. 143-210 und www.praeventionstag.de.

Baumann, Michael (2008): *Zehn Thesen zum Verhältnis von Normen-erkennung, Legitimität und Legalität*. In: Imbusch/Heitmeyer (Hrsg.) 2008, S. 491-511.

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main.

Ders. (1993): *Die Erfindung des Politischen*. Frankfurt am Main.

Ders. (1997): *Weltrisikogesellschaft. Weltöffentlichkeit und globale Subpolitik*. Wien.

Ders. (2008): *Die Neuvermessung der Ungleichheit unter den Menschen: Soziologische Aufklärung im 21. Jahrhundert*. Frankfurt am Main.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): *Ungenutzte Potentiale. Zur Lage der Integration in Deutschland*. Berlin.

Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): *Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*. Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode. Drucksache 14/8900 (03.06.2002).

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)(2008): *Integration braucht faire Bildungschancen*. Gütersloh.

Blinkert, Baldo (1988): *Kriminalität als Globalisierungsrisiko? Soziale Welt* 39 (1988), S. 397-412.

Böhmer, Maria (2006): *Integrationspolitik in Deutschland im Zeichen von demographischer Entwicklung und Globalisierung*. In: *Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (Hrsg.) 2006*. S. 17-22.

Boers, Klaus (1995): *Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland*. In: *Sahner/Schwendtner (Hrsg.) 1995*, S. 374-379.

Boers, Klaus/Reinecke Jost (Hrsg.)(2007): *Delinquenz im Jugendalter. Erkenntnisse einer Münsteraner Längsschnittstudie*. Münster e.a.

Bohle, Hans-Hartwig (1997): *Armut trotz Wohlstand*. In: *Heitmeyer (Hrsg.) 1997 a*, S. 118-149.

Bohle, Hans-Hartwig u.a. (1997): *Anomie in der modernen Gesellschaft*. In: *Heitmeyer (Hrsg.) 1997 a*, S. 29-65.

Bommes, Michael (2008): *Migration und die Veränderung der Gesellschaft*. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Heft 35-36/2008, S. 20-25.

Bos, Wilfried/Wendt, Heike (2008): *Bildungsungerechtigkeit in Deutschland: Zur Situation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund*. In: *Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) 2008*, S. 47-65.

Bude, Heinz (2007): *„Die Überflüssigen“*. In: *Bude/Willisch 2007*, S. 31-49.

Ders. (2008): *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*. *Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung*. Bonn.

Bude, Heinz/Willisch, Andreas (2007): *Exklusion. Die Debatte über die Überflüssigen*. Frankfurt am Main.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2007): *Migrationsbericht 2007 (im Auftrag der Bundesregierung)* Nürnberg.

Bundesgesundheitsblatt (2007): *Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheits surveys*. Band 50. Heft 5/6. Mai/Juni 2007.

Bundeskriminalamt (Hrsg.)(2008): *Polizeiliche Kriminalstatistik 2007*. Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.

Bundesministerium des Innern (Hrsg.)(2008): *Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts. Aktuelle Aspekte der Präventionsdiskussion um Gewalt und Extremismus*. Berlin.

Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2006): *Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht*. Berlin.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2009): *Desintegrationsprozesse - Stärkung von Integrationspotenzialen einer modernen Gesellschaft* ([www.bmbf.de /de/4848.php](http://www.bmbf.de/de/4848.php))

Choi, Frauke (2009): *Leistungsmilieus und Bildungszugang. Zum Zusammenhang von sozialer Herkunft und Verbleib im Bildungssystem*. Wiesbaden.

Christe-Zeyse, Hans-Joachim (2000): *Neue Steuerungsinstrumente – Modell für die Zukunft oder Modeerscheinung? Polizei-heute* 3/2000, S. 91-94.

Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen (2007). Hrsg.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Berlin.

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (Hrsg.)(2006): Globale Migration am Beginn des 21. Jahrhunderts: Eine Welt ohne Grenzen? Dokumentation der internationalen Fachtagung vom 30./31. Mai 2006 in Berlin (www.dgvn.de)

Deutsche Gesellschaft für Soziologie (2008): Unsichere Zeiten. Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen. Themenpapier zum 34. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena, 6. – 10. Oktober 2008 (www.dgs2008.de).

Duyvenè de Wit, Thom/ Koopmans, Ruud (2001): Die politisch kulturelle Integration ethnischer Minderheiten in den Niederlanden und in Deutschland. FJ NSB 1/01, S. 26-41.

DVJJ (Hrsg.)(2008): Fördern, Fordern, Fallenlassen. Aktuelle Entwicklungen im Umgang mit Jugenddelinquenz. Dokumentation des 27. Deutschen Jugendgerichtstages vom 15. – 18. September 2007 in Freiburg. Mönchengladbach.

Ebers, Nicola (1995): „Individualisierung“. Georg Simmel – Norbert Elias – Ulrich Beck. Würzburg.

Eisner, Manuel (1997): Das Ende der zivilisierten Stadt. Frankfurt am Main/New York.

Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stéphanie (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Hrsg. von der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA). Bern-Wabern.

FamilienReport 2009. Leistungen Wirkungen Trends. Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Filsinger, Dieter (2008): Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation. Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

Friedrichs, Jürgen/Triemer, Sascha (2008): Gespaltne Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten. Wiesbaden.

Fritschi, Tobias/Jann, Ben (2009?): Gesellschaftliche Kosten unzureichender Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Deutschland. Bertelsmann Stiftung (www.bertelsmann.stiftung.de).

Galm, Beate (2005): Frühprävention von Gewalt gegen Kinder in psychosozial belasteten Familien. DJI Bulletin 72, Herbst 2005, S. 4-5.

Geissler-Frank, Isolde/Sutterer, Peter (2008): Migration, Integration und Kriminalität. In: DVJJ (Hrsg.) 2008, S. 525-577.

Geißler, Rainer (1995): Das gefährliche Gerücht von der Ausländerkriminalität. APUZ vom 25.8.1995, S. 30-39.

Ders. (2008): Migration und Unterschichtung. Die doppelte Benachteiligung von Migrantenkindern im deutschen Bildungswesen. Versuch einer Forschungsbilanz. Abstract für den 34. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena, 6. – 10. Oktober 2008 (www.dgs2008.de).

Häußermann, Hartmut/Kapphan, Andreas (2008): Integrationspolitik der Städte – ein Paradigmenwechsel. In: Migrationsreport 2008, S. 15-47.

Haug, Sonja u.a. (2008 a): *Kriminalität von Aussiedlern. Eine Bestandsaufnahme.* Hrsg. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.

Dies. (2008 b): *Migranten als Täter und Opfer von Gewalt und Kriminalität.* *BewHi* 3/2008, S. 211-227.

Heitmeyer, Wilhelm (1992): *Desintegration und Gewalt.* *Deutsche Jugend* 3/1992, S. 109-122.

Ders. (1997 a): *Gesellschaftliche Integration, Anomie und ethnisch-kulturelle Konflikte.* In: Heitmeyer (Hrsg.) 1997 a, S. 629-653.

Ders. (1997 b): *Einleitung: Sind individualisierte und ethnisch-kulturell vielfältige Gesellschaften noch integrierbar?* In: Heitmeyer (Hrsg.) 1997 b, S. 9-19.

Ders. (1997 b): *Gibt es eine Radikalisierung des Integrationsproblems?* In: Heitmeyer (Hrsg.) 1997 b, S. 23-65.

Ders. (Hrsg.)(1997 a und b): *Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Band 1 (1997 a): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Band 2 (1997 b): Was hält die Gesellschaft zusammen?* Frankfurt am Main.

Ders. (2008): *Gesellschaft.* In: Imbusch/Heitmeyer 2008, S. 21-26.

Ders. (Hrsg.)(2008): *Deutsche Zustände. Folge 7.* Frankfurt am Main.

Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Raimund (Hrsg.)(2000): *Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen.* Weinheim und München.

Heming, Ralf (2000): *Systemgesellschaften, Lebenswelt und Zivilgesellschaft – Zeitdiagnostische Aspekte der Gesellschaftstheorie von Jürgen Habermas.* In: Schimank/Volkman (Hrsg.) 2000, S. 57-73.

Henning, Eike (1997): *Demokratieunzufriedenheit und Systemgefährdung.* In: Heitmeyer (Hrsg.) 1997 a, S. 156-195.

Hermann, Dieter/Dölling, Dieter (2001): *Kriminalprävention und Wertorientierungen in komplexen Gesellschaften.* Hrsg.: Weisser Ring e.V. *Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsoffern*; Bd. 29. Mainz.

Hurrelmann, Klaus (2007): *Sozial schwache Kinder fühlen sich früh benachteiligt. Ergebnisse der 1. World Vision Kinderstudie (www.unibielefeld.de/gesundhw/ag4/projekte/worldvision.html; Abfragedatum: 13.01.2009)*

Ders. (2008): *Jugendliche 2008. Sind sie auf die Zukunft vorbereitet?* *Deutsche Jugend*, 56, Heft 7-8, S. 301-307.

Imbusch, Peter/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.)(2008): *Integration – Desintegration. Ein Reader zur Ordnungsproblematik moderner Gesellschaften.* Wiesbaden.

Dies. (2008): *Die Problematik gesellschaftlicher Integration und Desintegration.* In: Imbusch/Heitmeyer (hrsg.) 2008, S. 11-15.

Keupp, Heiner (1997): *Die Suche nach Gemeinschaft zwischen Stammesdenken und kommunitärer Individualität.* In: Heitmeyer (Hrsg.) 1997 b, S. 279-312.

Kloepfer, Inge (2008): *Aufstand der Unterschicht. Was auf uns zu kommt.* Hoffmann und Campe.

Lange, Stefan (2000): *Der anomische Schatten der Moderne – Gesellschaftliche Desintegration im Fokus der Forschergruppe um Wilhelm Heitmeyer.* In: Schimank/Volkman (Hrsg.) 2000, S. 109-123.

- Leibold, J./Kühnel, S./Heitmeyer, W. (2006): Abschottung von Muslimen durch generalisierte Islamkritik? In: *APUZ* 1-2/2006, S. 3-10.
- Lösel, Friedrich/Bliesener, Thomas (2003): *Aggression und Delinquenz unter Jugendlichen. Polizei + Forschung Bd. 20.* Hrsg. vom Bundeskriminalamt. München und Neuwied.
- Lokaler Integrationsplan Hannover (2008).
- Luff, Johannes (2000): *Kriminalität von Aussiedlern. Polizeiliche Registrierungen als Hinweis auf misslungene Integration?* München.
- Mansel, Jürgen (2009): *Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit zwischen Integration und Kriminalisierung.* *MschKrim*, 92. Jg. 1/09, S. 54-75.
- Mansel, Jürgen/Kaletta, Barbara (2009): *Desintegrationsprozesse, Anerkennungsprobleme und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein Ost-West-Vergleich.* In: Heitmeyer (Hrsg.) 2009, S. 73-92.
- Mau, Steffen/Verwiebe, Roland (2009): *Die Sozialstruktur Europas.* Stuttgart.
- Meyer-Timpe, Ulrike (2008): *Unsere armen Kinder. Wie Deutschland seine Zukunft verspielt.* München.
- Meyer, Thomas (1997): *Solidarität und kulturelle Differenz.* In: Heitmeyer (Hrsg.) 1997 b, S. 313-333.
- Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven.* Hrsg. von Michael Bommers und Marianne Krüger-Potratz. Frankfurt/New York 2008.
- Münkler, Herfried/Wassermann, Felix: *Was hält eine Gesellschaft zusammen? Sozialmoralische Ressourcen der Demokratie.* In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) 2008, S. 3-22.
- Nassehi, Armin (1997): *Inklusion, Exklusion, Integration, Desintegration. Die Theorie funktionaler Differenzierung und die Desintegrations- these.* In: Heitmeyer (Hrsg.) 1997 b, S. 113-148.
- Ders. (2002): *Dichte Räume. Städte als Synchronisations- und Inklusionsmaschinen.* In: Löw, Martina (Hrsg.): *Differenzierungen des Städtischen.* Opladen, S. 211-232.
- Ders. (2008): *Soziologie. Zehn einführende Vorlesungen.* Wiesbaden.
- Nationaler Integrationsplan. Erster Fortschrittsbericht (2008).* Hrsg.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin.
- Nickel, Jennifer u.a. (2008): *Gesundheitsrelevantes Verhalten und soziale Ungleichheit bei Kindern und Jugendlichen.* In: Richter u.a. (Hrsg.) 2008, S. 63-92.
- Nunner-Winckler, Gertrud (1997): *Zurück zu Durkheim? Geteilte Werte als Basis gesellschaftlichen Zusammenhalts.* In: Heitmeyer (Hrsg.) 1997 b, S. 360-402.
- Radtke, Frank-Olaf/Stosic, Patricia (2008): *Sozialraum und Netzwerk. Semantiken kommunaler Integrationspolitik.* In: *Migrationsreport 2008*, S. 77-112.
- Ravens-Sieberer, Ulrike/Erhart, Michael (2008): *Die Beziehung zwischen sozialer Ungleichheit und Gesundheit im Kindes- und Jugendalter.* In: Richter (Hrsg.) 2008, S. 38-62.
- Richter, Matthias (2008): *Soziale Determinanten der Gesundheit im Spannungsfeld zwischen Ungleichheit und jugendlichen Lebenswelten: Der WHO-Jugendgesundheitsurvey.* In: Richter (Hrsg.) 2008, S. 9-37.

- Richter, Matthias u.a. (Hrsg.)(2008): *Gesundheit, Ungleichheit und jugendliche Lebenswelten*. Weinheim und München 2008.
- Sahner, Heinz/Schwendtner, Stefan (Hrsg.)(1995): 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. *Gesellschaften im Umbruch. Sektionen und Arbeitsgruppen*. Opladen.
- Schäfer-Vogel, Gundula (2007): *Gewalttätige Jugendkulturen. Symptom der Erosion kommunikativer Strukturen*. Berlin.
- Schäfers, Bernhard (1998): *Anomie oder Rückkehr zur Normalität?* *Soziologische Revue* 21/1998, S. 3-12.
- Schäuble, Wolfgang (2006): *Internationale Koordinaten deutscher Zuwanderungs- und Integrationspolitik*. In: *Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (Hrsg.)* 2006, S. 10-16.
- Scheffer, Paul (2008): *Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt*. München.
- Schimank, Uwe (2000): *Ökologische Gefährdungen, Anspruchsinflation und Exklusionsverkettungen – Niklas Luhmanns Beobachtung der Folgeprobleme funktionaler Differenzierung*. In: *Schimank/Volkmann (Hrsg.)* 2000, S. 125-142.
- Schimank, Uwe/Volkmann, Ute (Hrsg.)(2000): *Soziologische Gegenwartsdiagnosen I*. Opladen.
- Schwind, Hans-Dieter (2009): *Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen*. 19., neubearbeitete und erweiterte Auflage. Heidelberg.
- Schwind, Hans-Dieter/Baumann, Jürgen (Hrsg.)(1990): *Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt*. 4 Bde. Berlin.
- Siebter Familienbericht (2006): *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*. Deutscher Bundestag. 16. Wahlperiode. Drucksache 16/1360 (26.04.2006).
- Sinus Sociovision (2008): *Quantifizierung Migranten-Milieus. Repräsentativuntersuchung der Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Basisbericht*. Heidelberg, Dezember 2008.
- Sixt, Michaela/Fuchs, Marek (2008): *Bildungsbenachteiligung von Aussiedler- und Migrantenkindern – als Folge der Entwertung von sozialem und kulturellem Kapital durch Migration*. Abstract für den 34. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena, 6. – 10. Oktober 2008 (www.dgs2008.de).
- Stanaat, Petra/Christensen, Gayle (2006): *Schulerfolg von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im internationalen Vergleich*. Bonn.
- Steffen, Wiebke (1992): *Ausländerkriminalität in Bayern. Eine Analyse der von 1983 bis 1990 polizeilich registrierten Kriminalität ausländischer und deutscher Tatverdächtiger*. München.
- Dies. (2007): *Jugendkriminalität und ihre Verhinderung zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden*. Gutachten zum 12. Deutschen Präventionstag am 18. und 19. Juni 2007 in Wiesbaden. In: *Erich Marks/Wiebke Steffen (Hrsg.): Starke Jugend – starke Zukunft. Ausgewählte Beiträge des 12. Deutschen Präventionstages 2007*. Forum Verlag Godesberg, Mönchengladbach, S. 233-272.
- Dies. (2008): *Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention*. Gutachten für den 13.

Deutschen Präventionstag am 2. und 3. Juni 2008 in Leipzig (www.praeventionstag.de).

Stelly, Wolfgang/Thomas, Jürgen (2001): *Einmal Verbrecher - immer Verbrecher?*. Wiesbaden

Dies. (2003): *Wege aus schwerer Jugendkriminalität. Bewährungshilfe* 1/2003, S. 51-65.

Thome, Helmut (2008): *Einführung zum Kapitel „Spezifische Dimensionen – Anomie“*. In: Imbusch/Heitmeyer (Hrsg.) 2008, S. 225-231.

Uslucan, Haci-Halil (2008): *Gewalt und Gewaltprävention bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund*. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) 2008, S. 153-175.

Volkman, Ute (2000): *Das schwierige Leben in der „Zweiten Moderne“ – Ulrich Becks „Risikogesellschaft“*. In: Schimank/Volkman (Hrsg.) 2000, S. 23-40.

Von der Leyen, Ursula/Schäuble, Wolfgang (2009): *Was die Gesellschaft zusammenhält*. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. Januar 2009.

Wahl, Klaus (2008): *Was führt zu Aggression, was zu Toleranz? Eine Analyse mit dem Schwerpunkt Fremdenfeindlichkeit*. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) 2008, S. 115-136.

Walter, Michael (2003): *Mehrfach-Intensivtäter - kriminologische Tatsache oder Erfindung der Medien?* *ZJJ* 2/2003, S. 159-163.

Wippermann, Carsten/Flaig Berthold Bodo (2009): *Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten*. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5/2009, S. 3-11.

Wößmann, Ludger (2008): *Die Bildungsfinanzierung in Deutschland im Licht der Lebenszyklusperspektive: Gerechtigkeit im Widerstreit mit Effizienz?* *Zeitschrift für Erziehungswissenschaften* 11. Jg. (2008), H. 2, S.214-233.

Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht (2006). Siehe Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) 2006.

Zwölfter Kinder- und Jugendbericht (2005): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Deutscher Bundestag. 15. Wahlperiode. Drucksache 15/6014 (10.10.2005).

Plenen

Eröffnungsplenum

8. Juni 2009 von 11:00 bis 12:45 Uhr

Niedersachsenhalle

Das Eröffnungsplenum wird simultan ins Englische übersetzt



Begrüßung des DPT-Geschäftsführers
Erich Marks



Einführende Bemerkungen der
DPT-Gutachterin zum Schwerpunktthema
Dr. Wiebke Steffen



Grußwort des Vorsitzenden der Deutschen
Stiftung für Verbrechensverhütung und
Straffälligenhilfe
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner



Grußwort des Oberbürgermeisters
der Landeshauptstadt Hannover
Stephan Weil



Grußwort des Niedersächsischen
Ministerpräsidenten und Schirmherrn
Christian Wulff



Festvortrag des Bundesministers des Innern
Dr. Wolfgang Schäuble

Musikalisches Rahmenprogramm

Abschlussplenum

9. Juni 2009 von 15:00 bis 16:00 Uhr

Niedersachsenhalle B

Das Abschlussplenum wird simultan ins Englische übersetzt



Abschlussvortrag des Kongresspräsidenten
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner
Universität Tübingen



„Hannoveraner Erklärung“
des Deutschen Präventionstages
Dr. Wiebke Steffen
Bayerisches Landeskriminalamt, München



Prävention aus wirtschaftsethischer Sicht:
„Verantwortung in der Wirtschaftskrise - Wie
belastbar ist die Soziale Marktwirtschaft?“
Prof. Dr. Dr. Michael Abländer
Universität Kassel



Ausblick & Verabschiedung
Erich Marks
Geschäftsführer des Deutschen
Präventionstages, Hannover

Musikalischer Ausklang

Vorträge

Schwerpunktthema

Inhaltsverzeichnis zu den Vorträgen des Schwerpunktthemas

	Seite
Was bringt universelle Frühprävention von Gewalt? Ergebnisse des Zürcher Projektes zur Sozialen Entwicklung von Kindern	118
Dr. Manuel Eisner	
Spannungsreiche gesellschaftliche Entwicklungen. Was erklärt die Theorie Sozialer Desintegration?	120
Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer	
Prävention durch Bildung - über den Zusammen- hang von Bildung, Integration und Kriminalität aus bildungsökonomischer Sicht	122
Dr. Gabriela Schütz	
Aufstand der Unterschicht - was auf uns zukommt	124
Inge Kloepfer	
Prävention – von der relativen Erfolglosigkeit der Programme zur Wiederentdeckung der Makro-Ebene?	126
Prof. Dr. Martin Killias	
Gewalt- und Kriminalitätsprävention bei Jugend- lichen durch soziale Integration und Bildung - Vom Bundesamt geförderte Maßnahmen zur Integration jugendlicher Zuwanderer	128
Romy Bartels	
Prävention durch Partizipation in der Lebenswelt einer Schule	130
Lüder Bischoff	
Die Bedeutung von Prävention und frühen Hilfen in der Kinder- und Jugendmedizin	132
Prof. Dr. Horst von der Hardt	
Heimatland Baden-Württemberg - gemeinsam in Sicherheit leben	134
Frank Buchheit, Safiye Erdogan, Thomas Roos	

	Seite
Präventive Arbeit bei einer Migrantenselbstorganisation / Multikulturelles Forum in Lünen - Ein Projektbeispiel Andrea Große-Wiesmann	136
Niedersachsen auf dem Weg zum islamischen Religionsunterricht Heidemarie Ballasch	138
Sozialberichterstattung auf Bundesebene als fachliche Grundlage für die Kriminalprävention Dr. Christian Lüders	140
„Nachbarschaftlichkeit“-Solidarität als Faktor der sozialräumlichen Kriminalprävention Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert, Dr. Katja Veil	142
Thérapie Sociale - ein innovativer Ansatz für gelungenes interkulturelles Zusammenleben in der Kommune Kerstin Bunte, Shérif Wouloh Korodowou	144
Erreicht schulische Gesundheitsförderung Kinder aus sozial benachteiligten Gruppen? Verbreitung und Umsetzung des Programms Klasse2000 Dr. Christina Storck	146

Schwerpunktthema



Dr. Manuel Eisner
University of Cambridge

Dr. Manuel Eisner:

ist Reader of Sociological Criminology am kriminologischen Institut der Universität Cambridge. Er leitet außerdem das Zürcher Projekt zur Sozialen Entwicklung von Kindern.

Was bringt universelle Frühprävention von Gewalt? Ergebnisse des Zürcher Projektes zur Sozialen Entwicklung von Kindern

Moderation: Thomas Müller

Viele Untersuchungen über die Wirkungen von Programmen zur Gewaltprävention prüfen, ob man in kleinen, klinisch angelegten Studien kurzfristige Wirkungen erzielen kann. Für die Praxis ist allerdings sehr viel wichtiger zu wissen, ob Programme auch bei alltagsnahen Anwendungen Wirkungen erzielen, und ob diese Wirkungen anhalten. Hierüber weiss man gegenwärtig sehr viel weniger.

Das Zürcher Projekt zur Sozialen Entwicklung von Kindern ist eine Längsschnittstudie mit über 1200 Kindern. Als Teil der Studie wurden im Rahmen eines randomisierten Kontrollgruppendedesigns ein Elterntaining (Triple P) und ein schulisches Sozialkompetenztraining (PFADe) umgesetzt.

Dank des Längsschnittdesigns kann inzwischen die Entwicklung der Kinder vom ersten bis zum fünften Grundschuljahr nachgezeichnet werden. Im Rahmen des Vortrags werden erstmals Ergebnisse über die Langfristwirkungen der beiden Programme gezeigt.

Schwerpunktthema



Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer
Universität Bielefeld

Wilhelm Heitmeyer:

ist Professor für Sozialisation und Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit sozialer Desintegration, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, ethnisch-kulturellen Konflikten, Rechtsextremismus und Gewalt.

Spannungsreiche gesellschaftliche Entwicklungen. Was erklärt die Theorie Sozialer Desintegration?

Moderation: Norbert Seitz

Dass die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung von Spannungen durchsetzt ist und soziale Spaltungen offen liegen, lässt sich an zahlreichen empirischen Indikatoren belegen. Mehrere Fragen sind gleichwohl offen, die in diesem Vortrag analysiert werden sollen.

Was bedeuten diese Entwicklungen für die Integrationsqualität dieser Gesellschaft und damit für Teile der Mehrheit wie Minderheiten? Sind mit diesen Entwicklungen verstärkte Gefahren der sozialen Desintegration und damit auch der Anerkennungsverluste verbunden, die unter bestimmten Bedingungen u. a. zu sozial zerstörerischem Verhalten und Gewalt beitragen?

Was kann die Theorie Sozialer Desintegration dazu als Erklärung beitragen, um Ansätze einer theoriegeleiteten Prävention anzuregen bzw. zu unterstützen?

Schwerpunktthema



Dr. Gabriela Schütz
Bertelsmann Stiftung

Dr. Gabriela Schütz:

Studium der Volkswirtschaftslehre in Saarbrücken und Konstanz. Von 2004 bis 2008 wissenschaftliche Mitarbeiterin am ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München. Arbeitsschwerpunkte: Bildungsökonomie, Chancengleichheit in Bildungssystemen. 2009 Promotion an der Fakultät für Volkswirtschaftslehre der LMU in München. Seit 2009 Projektmanagerin im Projekt „Folgekosten unzureichender Bildung“ der Bertelsmann Stiftung.

Prävention durch Bildung - über den Zusammenhang von Bildung, Integration und Kriminalität aus bildungsökonomischer Sicht

Moderation: Peter Reckling

In modernen pluralistischen Gesellschaften gilt Bildung als ein Instrument zur Herstellung sozialer Mobilität und zur Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe. Menschen aus sozial benachteiligten Familien können durch einen höheren Bildungsabschluss den Grundstein für ihren sozialen Aufstieg legen. Für viele Kinder aus Einwandererfamilien stellt die Schule zudem den ersten Kontakt mit der Sprache und den Werten und Normen der aufnehmenden Gesellschaft her und fördert dadurch die Integration.

Die Aufgaben an das Bildungssystem sind vielfältig und umfassend. Der Vortrag will einen Überblick darüber geben, welche Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens (z.B. Kriminalität, bürgerschaftliches Engagement, Gesundheit, Einkommen & Steuern, wirtschaftliches Wachstum) von Bildung beeinflusst werden und diskutieren, in welchen Bereichen ein empirisch gesicherter Zusammenhang besteht. Insbesondere wird der Stand der bildungsökonomischen Forschung zum Zusammenhang zwischen Bildung und Integration einerseits und zwischen Bildung und Kriminalität andererseits dargestellt werden.



Inge Kloepfer

Autorin der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, Publizistin

Inge Kloepfer:

Am 27. April 1964 in München geboren und im Ruhrgebiet aufgewachsen. Abitur im Sommer 1983. Studium der Sino- und Japanologie in Bonn. Nach vier Semestern einjähriger Studienaufenthalt in der Republik China, Taiwan, an der Shifan-Universität in Taipeh; Beschäftigung mit der modernen chinesischen Literatur. Reisen in alle Regionen der Volksrepublik China und andere Länder Ostasiens. Zurück in Deutschland, Wechsel zur Volkswirtschaftslehre – aus pragmatischen Erwägungen. 1991 Examen an der Universität München als Diplom-Volkswirt; Studienschwerpunkte waren die Wirtschaftssysteme der Staaten Ost- und Südosteuropas und der Volksrepublik China sowie Geld- und Währungstheorie. Seit Januar 1992 Mitglied der Wirtschaftsredaktion, in der sie zunächst über Osteuropa schrieb, sich von 1995 bis 2000 der Geld- und Währungspolitik, den Finanzmärkten und Banken widmete und nun für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung über Wirtschaftspolitik aus Berlin berichtet. 2005 wurde sie unter anderem wegen ihrer im selben Jahr erschienenen Biographie der Verlegerin Friede Springer zur „Wirtschaftsjournalistin des Jahres“ gewählt. Verheiratet. Drei Kinder.

Aufstand der Unterschicht - was auf uns zukommt

Moderation: Bernd Strauch

A – Vorbemerkung:

1. Definition: Gute Gesellschaft
 - marktwirtschaftlich und sozial
 - nicht materiell überall gleich aber mittelschichtszentriert
 - nicht vollkommen partizipatorisch aber solide demokratisch
2. Voraussetzungen für den Zusammenhalt der Gesellschaft
 - Offenheit gegenüber Andersdenkenden
 - Soziale Durchlässigkeit
 - Chancengerechtigkeit für alle unabhängig von der materiellen Ausgangsposition
3. Funktionsweise der Gesellschaft
 - Teilhabe gegen Verhaltenserwartungen
 - Absicherung der großen Lebensrisiken gegen die Erfüllung best. Leistungsstandard

B – Thesen

1. Die deutsche Gesellschaft ist auf dem Weg zu einer Stände-Gesellschaft
2. Die deutsche Gesellschaft funktioniert wie eine große Sortiermaschine
3. Exkurs: Migration ist vorwiegend ein Problem sozialer Schichtung
4. Die deutsche Gesellschaft steuert auf sozialen Unfrieden zu

C – Lösungen

1. Zusammenhalt der Gesellschaft muss für die Jüngsten wieder erfahrbar werden
2. Die Politik muss man den Nachwuchs in den Blick nehmen
3. Sozialpolitik braucht einen Paradigmenwechsel und muss aus der Perspektive der Kinder und Jugendlichen heraus betrieben werden
 - Familien brauchen Netzwerke
 - Schulen brauchen eine radikale Veränderung
 - In Quartieren muss soziale Segregation vermieden werden

D – Schlussbemerkung

Schwerpunktthema



Prof. Dr. Martin Killias
Universität Zürich

Martin Killias:

Schulen und Studium (Jura, 1967-72, Soziologie/Sozialpsychologie 1974-78) an der Universität Zürich (Dr. iur., lic.phil.). Post-doctoral fellow an der State University of New York at Albany (1980-82), Professor an der Universität Lausanne (1982-2006), seither an der Universität Zürich. Gastprofessor/visiting fellow in Montréal, Genua, Tucson, Leiden, Oxford, Cambridge u.a. Autor/Herausgeber von 18 Büchern und über 200 Artikeln/Beiträgen in Sammelwerken. Aktiv vor allem in vergleichender und experimenteller Forschung sowie internationalen Datensammlungen (European Sourcebook of Crime and Criminal Justice Statistics, International Crime Victimization Survey, International Self-reported Delinquency Survey).

Prävention – von der relativen Erfolglosigkeit der Programme zur Wiederentdeckung der Makro-Ebene?

Moderation: Albert van Heek

Schwere Formen der Gewalt haben im Laufe der letzten Jahrzehnte und bis vor kurzem nach offiziellen Daten, teils aber auch nach Dunkelfelddaten stark zugenommen. Stark zugenommen haben Risikofaktoren, namentlich bei der Freizeitgestaltung, weshalb die These von „konstanten Kriminalitätsraten“ auch schwierig zu erklären wäre. Analysen von Trends (und Trendwenden) erlauben das bessere Verständnis der zugrunde liegenden „driving forces“. Sie erweitern den Horizont auf Präventionspotentiale, die über die üblichen individual-therapeutischen Ansätze hinausgehen, wie sie beispielsweise im Rahmen der Gewaltprävention an Schulen favorisiert werden.

Romy Bartels

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Romy Johanna Bartels:

Regierungsdirektorin im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und Würzburg. Seit 1990 im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, jetzt Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Referatsleiterin in verschiedenen Funktionen. 1998 bis 1999 Referentin im Bundesministerium des Innern. Bis 2003 Leiterin des Referates EU-Recht und -Zusammenarbeit. Seit Mitte 2003 Leiterin des Referats Integrationsprojekte für Zuwanderer.

Gewalt- und Kriminalitätsprävention bei Jugendlichen durch soziale Integration und Bildung

Moderation: Peter Reckling

Vom Bundesamt geförderte Maßnahmen zur Integration jugendlicher Zuwanderer

I. Ausgangslage

1. Situationsbeschreibung und aktuelle Entwicklung
2. Handlungsbedarfe

II. Integrationsmaßnahmen des Bundesamtes

1. Allgemeine Eckpunkte der Integrationsförderung des Bundesamtes
 - Ziele: Gesellschaftlicher Zusammenhalt / Akzeptanz, Wechselseitige interkulturelle Öffnung von Zuwanderern, Migrantenorganisationen und der Aufnahmegesellschaft, Partizipation von Zuwanderern allgemein und im Sozialraum
 - Integrationsmaßnahmen des Bundesamtes insbesondere für jugendliche Zuwanderer
2. Projektförderung zur gesellschaftlichen Integration von Zuwanderern
 - Daten und Fakten
 - Förderschwerpunkte / Handlungsfelder (u.a. verstärkte Einbindung von Migranten-organisationen)
 - Vorstellung der Handlungsfelder: Gewalt- und Kriminalitätsprävention und Bildung
 - Allgemeine Daten und Fakten
 - Handlungsansätze
 - Beispielprojekte



Lüder Bischoff

Theodor-Heuss-Schule, Rotenburg

Lüder Bischoff:

- Geboren 1947 in Achim bei Bremen
- Landwirtschaftliche Lehre im elterlichen Betrieb.
- Im Programm der Begabtenförderung der Deutschen Landwirtschaft.
- Studium der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaft.
- 1972 – 1975 Studium an der pädagogischen Hochschule Oldenburg. Fächer: Sport und Geschichte.
- Seit 1975 Lehrer und anschließend Konrektor an der Hauptschule Achim.
- Gleichzeitig Handballspieler und Trainer in der 2. Bundesliga.
- Referent für Übungsleiterausbildung und Lehrerfortbildung im Handballverband Niedersachsen.
- Seit 2001 Rektor an der Theodor-Heuss-Schule Rotenburg.
- 2003 Umwandlung der Schule in eine Ganztagschule. Aufbau eines Präventionskonzeptes an der Schule.

Prävention durch Partizipation in der Lebenswelt einer Schule

Moderation: Peter Reckling

Die Theodor-Heuss-Schule ist eine Ganztags Hauptschule mit 320 Schülern in der nördlichen Region Niedersachsens. Zur Schülerschaft gehören 21% Schüler mit Migrationsintergrund und 26% kommen aus dem russischen Sprachraum.

In unseren Leitlinien ist u.a. festgeschrieben:

- Jedes Kind ist willkommen und wird mit einem Vertrauensvorschuss ausgestattet.
- Wir stärken die Persönlichkeit unserer Schüler und statten sie mit Kompetenzen zum Zusammenleben in der Gemeinschaft aus.
- Wir bemühen uns, unseren Schülern einen respektvollen Umgang miteinander zu vermitteln
- Wir befähigen unsere Schüler Konflikte angemessen zu lösen, aber sie auch zu ertragen,
- Wir bieten den Schülern Freiräume, die Lebenswelt Schule verantwortlich zu gestalten

Integration und Prävention durchläuft den gesamten Schulalltag mit vielfältigen Bewegungsangeboten und Beteiligungsmodellen in einer Schule mit Wohlfühlfaktor.

Der Vortrag soll eine große Bandbreite an guten Beispielen aus der Praxis von Schülerbeteiligung und deren positive Auswirkungen auf das Zusammenleben in der Gemeinschaft aufzeigen. Dabei wird der Vortragende von Schülern unterstützt. Engagierte Schüler identifizieren sich mit ihrer Schule und gestalten sich ihre schulische Lebenswelt durch vielfache Beteiligungsangebote selbst. Durch die Übernahme von Verantwortung in einer Ganztagschule mit Wohlfühlfaktor werden Schüler zu gefestigten Persönlichkeiten und bewusst handelnden Personen der Gesellschaft.

Besonders beleuchtet werden die Projekte:

- Sport- und Spieleassistenten
- Frontcooking
- Konfliktlotsen und Paten
- Relax-Assistenten



Prof. Dr. Horst von der Hardt
Direktor der Abteilung Kinderheil-
kunde i.R. des Zentrums Kinder-
und Jugendmedizin MHH

Prof. Dr. Horst von der Hardt:

Geb. 1940 in Greifswald, verheiratet seit 1966

1960 bis 1966 Studium der Humanmedizin in Freiburg, Heidelberg und Tübingen

1968 Promotion Universität Heidelberg

1971 bis 1976 Facharztausbildung Kinder- und Jugendmedizin an der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH)

1976 Habilitation MHH

1982 bis 2005 Universitätsprofessor und Direktor der Abteilung 1 des Zentrums Kinder- und Jugendmedizin der MHH mit den Schwerpunkten pädiatrische Pneumologie (und Immunologie) sowie Neonatologie (und neonatologische Intensivmedizin).

1999 bis 2004 Rektor der MHH

Seit 2005 im Ruhestand

z.Zt. Vorsitzender des Konvents der ev. Akademie Loccum

Mitglied im Stiftungsrat Kloster Volkenroda

Leitung der bundesweiten Offensive Fit für das Leben mit Mukoviszidose

Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates der Kinder-Reha-Klinik Bad Kösen

Die Bedeutung von Prävention und frühen Hilfen in der Kinder- und Jugendmedizin

Moderation: Albert van Heek

Die evangelische Akademie Loccum führt vom 5. bis 7. Juni 2009 in Kooperation mit dem Deutschen Präventionstag eine Tagung durch mit dem Thema „Frühprävention von Gefährdungslagen bei Kindern“. Zunächst wird über die wichtigsten Tagungsergebnisse berichtet.

Präventionsstrategien sind im Kindes- und Jugendalter nicht nur im Hinblick auf psychosozialen Gefährdungssituationen gefragt, sondern reichen weit darüber hinaus in klassische medizinische Themen wie z.B. die Umsetzung von Impfprogrammen in der Prävention schwerwiegender Infektionen. Das wird am Beispiel der aktueller Masernendemien erläutert.

Aktuell aber ethisch kontrovers sind diejenigen Präventionsstrategien zu diskutieren, die sich aus den modernen molekulargenetischen Methoden ableiten lassen.

Schließlich soll in einem Ausblick die Verzahnungen von Präventionsstrategien und Rehabilitationsmaßnahmen angesprochen werden, ein wichtiges Thema insbesondere für chronische Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter.

Schwerpunktthema



Frank Buchheit
Landeskriminalamt Baden-
Württemberg



Safiye Erdoğan
Bereitschaftspolizei Böblingen



Thomas Roos
Polizei Reutlingen

Frank Buchheit: (Dipl.-Päd., geb. 1970) LKA Baden-Württemberg. Mitarbeiter der „Geschäftsstelle Polizei – Moscheevereine“.

Thomas Roos: (PHK, geb. 1969) stellvertretender Bezirksdienstleiter des Polizeireviers Reutlingen, Koordinator des Netzwerks „Hand in Hand - Für die Zukunft unserer Kinder!“.

Safiye Erdoğan: (PM'in, geb. 1986) bei der 5. Bereitschaftspolizeiabteilung Böblingen und Mitarbeiterin im Netzwerk „Hand in Hand - Für die Zukunft unserer Kinder!“.

Heimatland Baden-Württemberg - gemeinsam in Sicherheit leben

Moderation: Siegfried Bayer

Die Polizei in Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Jahren intensiv um die Förderung interkultureller Kompetenzen bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bemüht. Im Rahmen des bundesweiten Ansatzes „Vertrauensbildende Maßnahmen“ wurden die Kommunikation und Zusammenarbeit vor allem mit Muslimen deutlich verbessert.

So beteiligte sich das Polizeipräsidium der Landeshauptstadt Stuttgart seit 2000 an dem Modellprojekt „Transfer interkultureller Kompetenz“ u.a. der Bundeszentrale für Politische Bildung (BpB). Die Ergebnisse waren die Basis der vom Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) und der BpB herausgegebene Handreichung „Polizei und Moscheevereine – ein Leitfaden zur Förderung der Zusammenarbeit“. Seit 2005 beteiligt sich das LKA Baden-Württemberg an der Arbeitsgemeinschaft „Vertrauensbildende Maßnahmen“ mit dem Ziel den Dialog und die Zusammenarbeit mit muslimischen Verbänden und Vereinen zu intensivieren.

Die Erfahrungen, Chancen und Risiken der Kooperation der Polizei mit migrantischen Vereinen muslimischen Hintergrunds sollen zum einen aus der Sicht der „Geschäftsstelle Polizei – Moscheevereine“ beim Landeskriminalamt, andererseits am Beispiel der Kampagne „Hand in Hand - Für die Zukunft unserer Kinder!“ der Polizeidirektion Reutlingen illustriert werden. Vertiefende Informationen stehen am gleichnamigen Infostand der Polizei Baden-Württemberg zur Verfügung.



Andrea Große-Wiesmann
Multikulturelles Forum e.V.

Andrea Große Wiesmann:

Ich bin geboren 1971, habe - nach dem Abitur, dem Besuch der Höheren Handelsschule für Abiturienten und dem Fachhochschulstudium der Rechtspflege - das Studium als Diplompädagogin in 2002 abgeschlossen. Während des Studiums habe ich bereits durchgängig in der Jugendhilfe und Jugendgerichtshilfe gearbeitet. Hier war ich beschäftigt im Rahmen von ambulanten Maßnahmen (Gruppen- und Einzelangeboten) aber auch bei den Begleitungen zu Gericht.

Von 2002 - 2007 war ich bei der Bildungsinitiative aus Münster beschäftigt, in 2005 zwischenzeitlich für 8 Monate Servicereiseleiterin in der Toscana. Auch bei Kompetenz-Checks im Übergang Schule-Beruf war ich eingesetzt.

Seit Dezember 2007 bin ich nunmehr beim Multikulturellen Forum e.V. tätig. Hier ist mein Schwerpunkt die Arbeit mit jungen Erwachsenen bis 25 Jahre, mit und ohne Migrationshintergrund, mit z.T. erheblichen Vermittlungshemmnissen. Zwischenzeitlich habe ich eine Weiterbildung zur Kompetenzpädagogin bei InNatura/WWU Münster absolviert.

Präventive Arbeit bei einer Migranten- selbstorganisation / Multikulturelles Forum in Lünen - Ein Projektbeispiel

Moderation: Susanne Linz

Das Multikulturelle Forum e.V. ist eine Migrantenselbstorganisation, freier Träger der Jugendhilfe und Träger zweier Bildungseinrichtungen. Hauptaufgaben sind öffentlichkeitswirksame Projekte zum Thema Integration und Migration, national und auf europäischer Ebene, Jugend- und Stadtteilarbeit, berufliche Qualifizierung, Orientierung und Vermittlung. Wir arbeiten daran, die Ressourcen der MigrantInnen zu erkennen, sichtbar zu machen und so Diskriminierung zu verhindern. Wir streben Chancengleichheit und Empowerment, d.h. gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe an. Weitere Fundamente der Arbeit sind demokratische Rechte und Pflichten aller, Akzeptanz und ein tolerantes echtes Miteinander.

Prävention ist für uns Verbesserung der Lebenslagen durch Gehör schenken, Raum geben, sich auf Augenhöhe begegnen, den Dialog suchen, Begleitung und Unterstützung, Gelegenheit zur Selbstbehauptung und Stärken stärken.

Beispielhaft soll hier ein Projekt vorgestellt werden, in dem männliche, jugendliche AIG2-Bezieher mit türkischem Migrationshintergrund und erheblichen Vermittlungshemmnissen, meist mehrfach straffällig und gewalttätig in einer Gruppe über 9 Monate zusammen kamen, begleitet, qualifiziert und unterstützt wurden. Das Programm war erlebnis- und handlungsorientiert angelegt, wichtig war eine wertschätzende Grundhaltung bei gleichzeitig konsequenter Zielverfolgung und Transparenz.



Heidemarie Ballasch

Nds. Kultusministerium

Heidemarie Ballasch:

geb.: 14.10.1952

Familienstand: verheiratet, 2 Kinder

Beruflicher Werdegang:

Studium an der PH Braunschweig: Lehramt für Grund- und Hauptschulen

1975: Einstellung in den Schuldienst

1987: Übernahme von Schulleitungsfunktionen

2002: Dezernentin in der Bezirksregierung

2004: Referentin im Niedersächsischen Kultusministerium
im Referat für Pädagogische Grundsatzangelegenheiten,
Politische Bildung

Derzeitige Arbeitsschwerpunkte:

- Koordinierung des Schulversuchs „Islamischer Religionsunterricht“
- Entwicklung, Implementation und Evaluation von Bildungsstandards und Kerncurricula
- Koordinierung nationaler und internationaler Vergleichsuntersuchungen
- Koordinierung von länderübergreifenden Lernstandserhebungen und länderübergreifenden Modellprojekten

Niedersachsen auf dem Weg zum islamischen Religionsunterricht

Moderation: Albert van Heek

Seit dem 01.08.2003 wird in Niedersachsen „Islamischer Religionsunterricht“ im Rahmen eines Schulversuchs an mittlerweile 29 Grundschulschulstandorten angeboten. Im laufenden Schuljahr 2008/2009 sind über 1600 Schülerinnen und Schüler zum „Islamischen Religionsunterricht“ angemeldet.

Rechtsgrundlage für den Schulversuch „Islamischer Religionsunterricht“ mit dem Ziel, deutschsprachigen „Islamischen Religionsunterricht“ zu erproben, ist § 22 Niedersächsisches Schulgesetz.

Niedersachsen befindet sich noch auf dem Weg zur Einrichtung eines ordentlichem Unterrichtsfaches „Islamischen Religionsunterricht“, da die notwendigen rechtlichen Erfordernisse nach Art. 7 Abs.3 GG bisher nicht erfüllt sind.

In dem Vortrag werden neben allgemeinen Informationen zum Schulversuch die bisherigen Erfahrungen erläutert und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung vorgestellt.

Des Weiteren werden didaktische, rechtliche oder die Ausbildung betreffende Herausforderungen diskutiert und es wird versucht aufzuzeigen, warum sich alle Anstrengungen lohnen.

Schwerpunktthema



Dr. Christian Lüders
Deutsches Jugendinstitut e. V.

Dr. Christian Lüders:

Seit 1994 Leiter der Abteilung Jugend und Jugendhilfe am Deutschen Jugendinstitut in München; stellvertretender Direktor des DJI; aktuell Mitglied der Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags „Jungsein in Bayern“.

Sozialberichterstattung auf Bundes- ebene als fachliche Grundlage für die Kriminalprävention

Moderation: Albert van Heek

Wer Kriminalprävention erfolgreich betreiben möchte, kommt nicht umhin, sich mit den Lebens- und Problemlagen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu befassen. Eine wichtige Quelle hierfür stellen die verschiedenen Berichte der Bundesregierung dar.

In dem Vortrag werden ausgewählte Formen von Berichten und ihre Hintergründe kurz vorgestellt. Etwas ausführlicher wird dabei auf die Armuts- und Migrationsberichterstattung sowie die Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung eingegangen.

Schwerpunktthema



**Prof. Dr. Dr. Herbert
Schubert**
Fachhochschule Köln



Dr. Katja Veil
Fachhochschule Köln

Prof. Dr. Dr Herbert Schubert:

Diplom-Sozialwissenschaftler, Promotion zum Dr. phil. (Soziologie)

Habilitation zum Dr. rer. hort. habil. (Regionalplanung, Raumforschung)

seit 1999 Professor an der Fachhochschule Köln Koordinator des Schwerpunktangebots „Sozialmanagement“ im Studiengang Sozialpädagogik /FH Köln; Leitung des Forschungsschwerpunkts SOZIAL RAUM MANAGEMENT/FH Köln

1995-1998 Leitung des Forschungsbereiches „Wohnung, Siedlung, Umwelt“ / Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover,

1992-1994 Leitung Koordinationsstelle Sozialplanung der Landeshauptstadt Hannover

1980-1991 Projektleiter in den Feldern Wohnungspolitik, Familienförderung, Altenhilfe u.a.

zuvor u.a. Organisation eines Jugendtreffs in Bochum, Medienpädagogische Stadtteilarbeit / VHS Bochum, Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Stadt Herne

Dr. Katja Veil:

Studium Stadt- und Regionalplanung und Städtebau TU Berlin, Oxford Brookes University /UK

Promotion Dr.-Ing Leibniz Universität Hannover

Veröffentlichte Dissertation (2008) Sicherheit im Wohnquartier und Stadtplanung. Herausforderungen und Perspektiven am Beispiel ethnischer Minderheiten in Großbritannien. Lit Verlag.

Seit 2004: Wissenschaftliche Mitarbeiterin Insitut für Sozial-Raum Management FH Köln

zuvor u.a. wissenschaftliche Mitarbeiterin Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung Bonn, freiberufliche Stadtplanerin

„Nachbarschaftlichkeit“-Solidarität als Faktor der sozialräumlichen Kriminalprävention

Moderation: Susanne Wolter

Zwei städtische Quartiere in Deutschland, die in den 80igern als „soziale Brennpunkte“ galten, werden in dem Forschungsprojekt „Wirkungen städtebaulicher Kriminalprävention auf Sicherheit und Integration“ (SAFE) exemplarisch analysiert. Der Ansatz folgt der integrierten ISIS Logik in der der Solidarität der Bewohner im Sinne der „Nachbarschaftlichkeit“ eine besondere Bedeutung für die lokale Sicherheit zugesprochen wird. Die Untersuchung stellt erstmalig in einem deutschen Kontext die Wirkungen der Nachbarschaftlichkeit dar, wobei das Konzept in den Vereinigten Staaten bereits intensiv erforscht wurde. Dabei stellt sich die Frage ob Nachbarschaftlichkeit auch unter Bedingungen von ethnischer und sozialer Vielfalt möglich ist und welche Rahmenbedingungen dafür notwendig sind. In beiden Quartieren wurde deswegen eine Befragung in etwa 250 Haushalten je Quartier mündlich durchgeführt und ausgewertet. Mehr als zwei Drittel der Befragten haben jeweils einen Migrationshintergrund. Die Untersuchung zeigt, dass die demographischen Merkmale für die Nachbarschaftlichkeit nicht entscheidend sind. Die Ausformung stabiler Nachbarschaften hängt in hohem Maße mit der Attraktivität des Wohnumfelds zusammen und sollte im Rahmen integrierter Präventionskonzepte besonders gefördert werden.

Schwerpunktthema



Kerstin Bunte

**Bund für Soziale Verteidigung /
Impuls-Institut**



Shérif Wouloh Korodowou

**Bund für Soziale Verteidigung /
Impuls Institut**

Kerstin Bunte:

Diplom Politologin, Jg. 1969

Als Thérapeute Sociale, Mediatorin und mit Qualifikationen in Gewaltfreier Kommunikation verfügt sie über ein breites Spektrum an methodischen Kenntnissen zur Konstruktiven Konfliktbearbeitung. Kerstin Bunte hat langjährige Erfahrung als Projektleiterin bei der Implementierung von Konfliktlösungsmodellen in Stadtteilen, Schulen und in interkulturellen Kontexten. Vorwiegend ist sie in praxisnahen, anwendungsbezogenen Projekten aktiv.

Sie ist Leiterin von Impuls - Institut für konstruktive Konfliktbearbeitung (www.impuls-marburg.de).

Schwerpunkte ihrer Arbeit: Konzeptentwicklung, Konfliktanalyse, Konstruktive Kommunikation, Interkulturelle Konfliktbearbeitung / Mediation, Integrationsprojekte, Gemeinwesenprojekte, Konfliktkultur in Schule und Jugendarbeit

Shérif W. Korodowou:

Diplom Politologe, Jg. 1970

Als Thérapeute Social und Berater für Integrationsfragen mit langjähriger Erfahrung in interkulturellen Kontexten verfügt er über fundiertes Wissen rund um die Themen Integration, Asyl und Rassismus. Shérif W. Korodowou ist in Togo geboren und lebt seit 1995 in Deutschland. Er ist Mitarbeiter von Impuls - Institut für Konstruktive Konfliktbearbeitung (www.impuls-marburg.de).

Schwerpunkte seiner Arbeit: Interkulturelle Kompetenz, Interkulturelle Konfliktbearbeitung, Abbau von Rassismus und Vorurteilen, Integrationsprojekte, Gemeinwesenprojekte

Das Impuls-Institut für Konstruktive Konfliktbearbeitung hat eine langjährige Kooperation mit dem Bund für Soziale Verteidigung e.V. (www.soziale-verteidigung.de).

Thérapie Sociale - ein innovativer Ansatz für gelungenes interkulturelles Zusammenleben in der Kommune

Moderation: Sebastian Sperber

Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen und Nationen stellt eine Chance und gleichzeitig eine Herausforderung dar. In vielen Städten und Gemeinden fragen sich die Menschen: Wie kann ein konstruktives Zusammenleben vor Ort gelingen? Wie können Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sich begegnen und erfolgreich zusammenarbeiten? Hier setzt die Thérapie Sociale, die von Charles Rojzman (Frankreich) entwickelt wurde, an. Sie ist eine innovative Methode der Konfliktbearbeitung und hat zum Ziel, Menschen mit verschiedenen Wertvorstellungen und kulturellen Hintergründen ein besseres Zusammenleben und -arbeiten zu ermöglichen.

Besonderheiten der Thérapie Sociale sind:

Sie bietet Lösungen in Bezug auf Problematiken von Gewalt, Rassismus und Vorurteilen.

Alle Akteure werden einbezogen: Es wird auch mit den Menschen gearbeitet, die normalerweise nicht kommen (diese haben wichtige Informationen für die Lösung der heutigen Probleme und sind deshalb unverzichtbar).

Vorurteile, Ängste und Zweifel haben ihren Raum. Denn Lösungen, die die Emotionen der Menschen mitberücksichtigen sind ehrlicher und nachhaltiger.

Ziel sind strukturelle Veränderungen in den Institutionen und Kommunen.

Anhand von konkreten Beispielen werden wir in dem Workshop aufzeigen, welchen Beitrag der Ansatz der Thérapie Sociale zum Leben in Vielfalt und zur Sicherung der Solidarität leisten kann.

Schwerpunktthema



Dr. Christina Storck

Verein Programm Klasse2000 e.V.

Dr. Christina Storck:

Diplom Psychologin, geb. 1971 in Coburg. Studium der Psychologie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, ab 1997 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Theoretische Psychologie in Bamberg mit dem Forschungsschwerpunkt Sprache und Denken. Promotion im Jahr 2004 in den Fächern Psychologie, Neurologie und Gesundheitspädagogik.

Seit 2004 verantwortlich für den Bereich Evaluation beim Verein Programm Klasse2000 e.V. in Nürnberg. Forschungs- und Publikationsschwerpunkte in den Bereichen Gesundheitsförderung, Gewalt- und Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen.

Erreicht schulische Gesundheitsförderung Kinder aus sozial benachteiligten Gruppen?

Moderation: Susanne Wolter

Verbreitung und Umsetzung des Programms
Klasse2000

Die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht stellt einen zentralen Erklärungsfaktor für den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen dar. Aktuelle Studien zeigen, dass in Deutschland Kinder und Jugendliche aus sozial schlechter gestellten Familien größere gesundheitliche Probleme haben als Gleichaltrige aus Familien mit höherem sozioökonomischem Status. Im Zentrum von Präventionsbemühungen sollten demzufolge soziale Gruppen stehen, die gesundheitsfördernde Maßnahmen am stärksten benötigen. Diese sind jedoch in der Praxis schwer zu erreichen. Vor dem Hintergrund dieses von Bauer (2007) beschriebenen „Präventionsdilemmas“ wird am Beispiel von Klasse2000 untersucht, in welchem Umfang Grundschulen aus „sozialen Brennpunkten“ am Programm teilnehmen und wie sich dort Akzeptanz und Praktikabilität des Programms darstellen. Datengrundlage bildet eine bundesweite Befragung teilnehmender Lehrkräfte.

24% der Lehrkräfte, die Klasse2000 an ihrer Schule durchführen, geben an, an einer Schule aus einem „sozialen Brennpunkt“ zu unterrichten. Lehrkräfte aus diesen „Brennpunkt-Schulen“ beurteilen das Unterrichtskonzept positiver als ihre Kollegen. Unterschiede hinsichtlich Intensität und Konzepttreue der Programmumsetzung bestehen nicht. Insgesamt zeigt sich, dass Klasse2000 von Lehrern an Grundschulen in sozialen Brennpunkten akzeptiert wird und erfolgreich implementiert werden kann.

Offenes Forum

Inhaltsverzeichnis zu den Vorträgen des Offenen Forums

	Seite
Jugend- Konfliktmanagement: ein Praxisbericht Christiane Grysczyk, Karoline Mischur	152
Kommunale Kriminalprävention – Evaluationen und Weiterentwicklung zum Audit-Konzept für urbane Sicherheit Prof. Dr. Dieter Hermann	154
Auswirkungen regionaler Bevölkerungs- entwicklung auf Risiken sowie Prävention von Gewalt- und Hasskriminalität Wolfgang Kahl	156
Vernetzung präventiver Maßnahmen im Saarland - das Landesinstitut für präventives Handeln Prof. Dr. Günter Dörr	158
Prävention von Gewalt gegen Senioren – Bemerkungen zu rechtlichen und organisatori- schen Rahmenbedingungen Prof. Dr. Arthur Kreuzer	160
Prävention von Partnerschaftsgewalt in Grund- schulen Berlins und Baden-Württembergs Prof. Dr. Barbara Kavemann	162
Solidarität und Ausgrenzung am Beispiel von Mobbing an Schulen Dr. Melanie Wegel	164
Betrug im Gesundheitswesen - Forschungs- befunde und Ansatzpunkte zur Prävention Denise Homann, Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier	166
Modellprojekt Pro Kind - Stand der Umsetzung und Ausblick Anna Maier-Pfeiffer	168

	Seite
Der Täter-Opfer-Ausgleich als geeignete Interventionsmaßnahme bei häuslicher Gewalt?! Nadine Bals	170
Präventionsarbeit in und mit Justizvollzugsanstalten – Best-Practice-Projekte der Zivilgesellschaft Monika Koschany, Dennis Meiser, Volkert Ruhe	172
Erste präventive Erfahrungen mit dem Stalking-Bekämpfungsgesetz Dr. Helmut Fünfsinn	174
Rechtsextremismus im und um den Sport(verein) - was können Vereine und Verbände tun? Angelika Ribler	176
Versorgung kindlicher und jugendlicher Opfer von Kinderpornographie in Deutschland – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung Julia von Weiler	178
Konfliktbearbeitung im öffentlichen Raum: Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Bundesmodellprogramm „Wir kümmern uns selbst“ Sylvia Lustig, Dr. Claudia Olejniczak	180
Soziale Sicherheit und Angst vor Kriminalität. Warum Österreich und andere Wohlfahrtsstaaten im internationalen Vergleich eine geringe Verbrechensfurcht aufweisen. Dr. Helmut Hirtenlehner	182
Zur präventiven (Nicht-) Wirkung von Sexualstraftäterdateien Prof. Dr. Christian Grafl	184
Lokale Sicherheitsaudits Sebastian Sperber	186

Seite

Nationale Präventionskampagne Jugend & Gewalt - Neuaustrichtung der polizeilichen Aufgaben	188
Martin Boess	
Kriminalprävention in Europa	190
Dr. Ireen Friedrich	



Christiane Grysczyk und Karoline Mischur Respekt e.V.

Christiane Grysczyk:

seit 2007 - päd. Mitarbeiterin, psycho. Fachdienst, Bathildisheim
- Vorsitzende Respekt e.V., Kassel
- Schulmediatorin
seit 2004 Lehrauftrag Uni Kassel FB Sozialwesen+Lehramt
seit 2003 Fortbildungen: Kommunikation, Körpersprache, Gewaltprävention, Konfliktmanagement,
seit 2003 Coolness-/Anti-Aggressivitätstrainerin
seit 2002 Trainings für Kinder+Jugendliche: Gewaltprävention, soziale Kompetenzen, Konflikte
2000-07 JWG Wahlershausen, Schwerpunkt Schule
2000 Aufbaustudium Internat. Frauenuni, Hannover
1999 Dipl. Sozialwesen, „Sozialisation deutscher und türkischer Mädchen“
1997 Praktikum in Israel, NGO Ittijah
1996 1. Staatsexamen Lehramt, „Zur Schulsituation Palästinas“
1995 Praktikum Schule Talitha Kumi, Palästina
seit 1994 päd. Arbeit mit Jugendlichen
1993-2001 Referentin IGMetall-Jugend
1987-90 Ausbildung Industriekauffrau

Karoline Mischur:

seit 2008 pädagog. Mitarbeiterin stationäre Heimerziehung, Verbund sozialpäd. Kleingruppen e.V., Kassel
2008 Zusatzqualifikation Anti- Aggressivitäts-/Coolnesstrainerin
2008 Dipl. Sozialwesen ,Positionierung straffällig gewordener Jugendlicher nach einem Anti-Aggressivitätstraining'
seit 2007 Vorsitzende Respekt e.V., Kassel
2006-07 Praktikum Verbund sozialpädagog. Kleingruppen e.V.
2005-06 Praktikum Jugendwohngruppe Wahlershausen
seit 2005 Durchführung von Coolness-/Anti- Aggressivitätstrainings
2003 Dipl.Studium Sozialwesen Uni Kassel
2002 Mag. Erziehungswissenschaften/Soziologie/Politik, Uni Kassel
2002 Praktikum SchülerWG Homberg, Stiftung Beiserhaus
2001-02 Familienhelferin Förderverein Gemeindepflegestation Witzenhausen-Neu- Eichenberg e.V.
2000- 02 Mag. Pädagogik/Deutsche Philologie, Uni Göttingen
1999- 2000 Biologiestudium Christian-Albrechts-Uni Kiel

Jugend-Konfliktmanagement: ein Praxisbericht

Moderation: Nicole Ansorge

Innerhalb des Vortrages wird ein aus EU- Mitteln gefördertes Projekt vorgestellt werden, welches Kriminalprävention und soziale Integration durch ein lebensweltorientiertes Konzept verbindet.

Das Jugendkonfliktmanagement wurde erstmalig vom Verein Respekt e.V. von Februar bis Juli 2008 in Kassel durchgeführt.

Ziel des Projektes war u.a. die Lebensqualität in der Kasseler Nordstadt, einem Stadtteil mit großem Ausländeranteil und hoher Kriminalität, zu verbessern und das Gewaltpotential zu verringern.

Dazu wurden statushohe junge Männer und Frauen mit unterschiedlichen Nationalitäten im Alter von 16-21 Jahre, die ihren Lebensschwerpunkt in der Kasseler Nordstadt haben, zu Konfliktmanagern in den Bereichen Kommunikation, Mediation, Deeskalation und Umgang mit Aggressionen ausgebildet. Die Trainingsinhalte orientierten sich an der Lebenswelt der Teilnehmer und wurden von diesen aktiv mitgestaltet.

Die Teilnehmer waren aufgefordert, ihr Wissen im Alltag anzuwenden und auch an ihr Umfeld weiter zu geben.

Ein Schwerpunkt des Projektes lag darauf, das Verantwortungsgefühl der jungen Menschen für sich und ihre Umgebung zu wecken, ihre sozialen Kompetenzen zu erweitern und Zivilcourage zu fördern.

Seit Beendigung ihrer Ausbildung stehen die Konfliktmanager ihrem Stadtteil als Ansprechpartner, als aktive Unterstützung bei Veranstaltungen und innerhalb verschiedener Jugendeinrichtungen zur Verfügung.

Zurzeit bildet Respekt e.V. in einer zweiten Staffel zwölf junge Männer und Frauen zu Konfliktmanagern aus.



Prof. Dr. Dieter Hermann
Universität Heidelberg und
WEISSER RING e. V.

Prof. Dr. Dieter Hermann:

Die akademischen Abschlüsse umfassen das Diplom in Mathematik, die Promotion in Soziologie und die Habilitation an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Universität Heidelberg. Tätig am Institut für Kriminologie (stellvertretender Direktor) und am Institut für Soziologie der Universität Heidelberg. Die Forschungs- und Publikationsschwerpunkte liegen in den Bereichen Kriminalsoziologie (Kriminalitätstheorien, Präventions- und Evaluationsforschung), Kulturosoziologie (Werte-, Lebensstil- und Sozialkapitalforschung), Methoden empirischer Sozialforschung und Statistik sowie Ethik.

Die zahlreichen Publikationen umfassen 6 Bücher und etwa 120 sonstige Veröffentlichungen. Die Forschungsaktivitäten wurden durch mehrere Drittmittelprojekte ermöglicht. Forschung und Lehre wurden mit Preisen ausgezeichnet.

Kommunale Kriminalprävention – Evaluationen und Weiterentwicklung zum Audit-Konzept für urbane Sicherheit

Moderation: Frederick Groeger-Roth

Im Rhein-Neckar-Kreis und in Heidelberg wird Kommunale Kriminalprävention seit über 10 Jahren praktiziert. In dieser Zeit wurde der Ansatz systematisch zu einem Audit-Konzept für urbane Sicherheit erweitert: Es wird als ursachenorientierter, theoretisch fundierter und empirisch untermauerter Präventionsansatz verstanden, bei dem Polizei, Kommune, Zivilgesellschaft und Wissenschaft vernetzt agieren und die Reduzierung von Kriminalitätsfurcht im Mittelpunkt steht. Durch Bevölkerungsbefragungen und Analysen von Kriminalstatistiken wird der Status einer Gemeinde ermittelt. Die Befragungen werden insbesondere zur Konzeption und Effizienzsteigerung kriminalpräventiver Projekte genutzt; zudem wird ein Marketingkonzept erstellt, das eine Anpassung von Präventionsprojekten an Personengruppen mit hoher Kriminalitätsfurcht ermöglicht.

Die Kommunale Kriminalprävention im Rhein-Neckar-Kreis und in Heidelberg wurde kontinuierlich wissenschaftlich begleitet. Es wurden 14 einschlägige Bevölkerungsbefragungen durchgeführt, und in drei Orten wurden Befragungen wiederholt. Dadurch können die Effekte kriminalpräventiver Maßnahmen in ihrer Gesamtheit erfasst werden, denn mit dieser Evaluationsmethode ist es möglich, auch Synergie- und Diffusionseffekte von Präventionsprojekten einzubeziehen. Die Ergebnisse belegen, dass sich in der Region die Kriminalitätsfurcht erheblich verringert hat und die Kriminalitätsbelastung gesunken ist – im Gegensatz zu Vergleichsregionen. Dies spricht für einen kriminalpräventiven Erfolg dieses Konzepts.



Wolfgang Kahl
Deutsches Forum für
Kriminalprävention

Wolfgang Kahl:

Diplomkaufmann, 1984 Abitur, Offizier bei der Bundeswehr bis 1993, Studium der Wirtschafts- und Organisationswissenschaften an der Universität der Bundeswehr in Hamburg, seit 1995 im höheren Polizeidienst des Bundeskriminalamtes tätig und ab 2003 der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) zur Mitarbeit zugewiesen

Auswirkungen regionaler Bevölkerungsentwicklung auf Risiken sowie Prävention von Gewalt- und Hasskriminalität

Moderation: Susanne Linz

Gegenüber Konstruktionen zukünftiger Lebensverhältnisse und ihrer Auswirkungen auf den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt ist Skepsis geboten. Zu groß sind die Unsicherheitsgrade im Hinblick auf eine Prognose von Entwicklungsmöglichkeiten der zahlreichen Einflussfaktoren. Dennoch werden zukunftsgerichtete Einschätzungen für die heutige Entscheidungsfindung in politischen, zivilgesellschaftlichen und ökonomischen Handlungsfeldern benötigt, die sich etwa aus bereits erkennbaren Trends entwickeln lassen.

Neben den allgemeinen demografischen Veränderungen, die in Deutschland zu erwarten sind (insgesamt abnehmende Bevölkerung, veränderte Relationen zwischen den Altersgruppen / Alterung, veränderte Relationen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund) sowie den denkbaren Folgen (etwa zunehmende Belastungen der Sozialsysteme, zunehmende Altersarmut, steigende Herausforderungen an die Integrationspolitik, sinkende Innovationskraft der Wirtschaft) spielen die regionale Bevölkerungsentwicklung im Zusammenwirken mit anderen sozioökonomischen und kulturellen Veränderungen eine erhebliche Rolle für die Beurteilung der Zukunftsfähigkeit (Potentiale und Risiken) einzelner Kommunen.

Im Vortrag werden

- Fragen zur so genannten Zukunftsforschung,
- sich abzeichnende und verstärkende regionale Disparitäten,
- Risiken der Gewalt- und Vorurteilskriminalität
- sowie – in politische Zusammenhänge gebettet – Erfordernisse gelingender Prävention erörtert.



Prof. Dr. Günter Dörr
**Landesinstitut für Präventives
Handeln**

Prof. Dr. Günter Dörr:

Studium:

1972-1975 Studium an der Pädagogischen Hochschule des Saarlandes in Saarbrücken

1979-1981 Aufbaustudium Sonderpädagogik an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Mainz

1981-1987 Studium der Psychologie an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken

Berufstätigkeit:

1975-1985 Lehrer an verschiedenen Grund-, Haupt- und Sonderschulen des Saarlandes

1985-1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fachrichtung Allgemeine Erziehungswissenschaft der Universität des Saarlandes.

1990-1992 Sonderschullehrer an der Schule für Körperbehinderte in Püttlingen

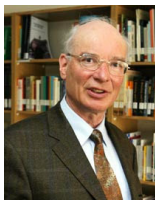
1992 - 2008 Professor für Allgemeine Pädagogik mit dem Schwerpunkt Medienpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Weingarten

seit 01.01.2009 Leiter des Instituts für Präventives Handeln

Vernetzung präventiver Maßnahmen im Saarland – das Landesinstitut für präventives Handeln

Moderation: Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Im Saarland werden seit Jahren eine große Anzahl präventiver Maßnahmen und Projekte durchgeführt. Unterschiedliche, organisatorisch und fachlich voneinander getrennte Institutionen und Einrichtungen stellen, regional oder landesweit, entsprechende Angebote zur Verfügung. Jedoch werden die Themen aus den Bereichen der pädagogischen, der gesundheitlichen und der Kriminalprävention oft mit ähnlicher präventiver Aufgabenstellung angeboten und bearbeitet. Eine Vernetzung der Einrichtungen und Institutionen und eine Abstimmung der Angebote, z.B. an Schulen, erfolgt nur partiell. Im Jahr 2001 wurde von der saarländischen Landesregierung die Initiative „Sport und Prävention“ gestartet, die mit ihrer Arbeitsplattform „wir im Verein mit dir“ in den vergangenen Jahren erfolgreich einen Umdenkungsprozess in Bezug auf die Wichtigkeit und die langfristigen positiven Wirkungen präventiver Maßnahmen für die Gesellschaft eingeleitet hat, den es durch weitere Maßnahmen fortzusetzen gilt. Deshalb hat die Landesregierung des Saarlandes beschlossen, ein Landesinstitut für präventives Handeln zu errichten, das die Themenfelder mit gleicher oder ähnlicher präventiver Aufgabenstellung erfasst, Institutionen und Einrichtungen berät, mögliche Kooperationspartner auf dem Sektor der Prävention zusammenführt und präventive Maßnahmen der saarländischen Landesregierung durchführt bzw. weiterentwickelt.



Prof. Dr. Arthur Kreuzer
Justus-Liebig-Universität Gießen
und WEISSER RING e. V.

Prof. Dr. Arthur Kreuzer:

Geb. 1938; 1962 Erste, 1968 Große Juristische Staatsprüfung in Hamburg; 1965 Promotion; 1968-1971 Richter und Dozent; 1975 Habilitation für Kriminologie und Strafrecht Universität Hamburg; 1976 bis zur Emeritierung 2006 Professor für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug und Direktor des Instituts für Kriminologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen; langjährig Mitglied des Wiss. Kuratoriums der DHS, des Wiss. Beirats des KfN in Hannover; Mitarbeit im Landespräventionsrat Hessen und Fachbeirat Vorbeugung des Weißen Rings; kriminalpolitische Beratung; über 300 wissenschaftliche Publikationen und zahlreiche Beiträge in Tages- und Wochenzeitungen (u. a. FAZ, ZEIT, ZEIT online); Arbeitsschwerpunkte: Arztstrafrecht, Grenzfragen von Verfassungs-, Strafverfahrens- und Strafvollzugsrecht, Jugendstrafrecht und Kriminologie, Drogen- und Dunkelfeldforschung, empirische Strafverfahrens-, Institutionen- und Sanktionsforschung.

Prävention von Gewalt gegen Senioren – Bemerkungen zu rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen

Moderation: Dagmar Freudenberg

Für den strafrechtlichen Bereich von Gewaltprävention bei Senioren sind enge, auf geltendes Recht bezogene Begriffe angebracht (Gewalt- vs. Eigentums- und Vermögensdelikte). Für die allgemeine, soziale und pflegerische Diskussion empfiehlt sich der weitere Begriff von „Vernachlässigung und Misshandlung“. Relevante Felder: 1. der öffentliche Raum, 2. Familie (Nahraum) und häusliche Pflege, 3. Wohnheime für Senioren und Heimpflege.

Zum strafrechtlichen Schutz werden exemplarisch gesetzgeberische Ausweitungen oder Präzisierungen in der Anwendung der Straftatbestände von Körperverletzung, Nötigung und Betrug diskutiert. In der Strafverfolgung geht es um Aus- und Fortbildung, Sensibilisierung und Spezialisierung bei Polizei und Staatsanwaltschaft, ferner um eine Verbesserung der Todesursachenfeststellung im Blick vor allem auf Serientötungen in der Altenpflege. Zivil- bzw. familienrechtlich werden u. a. gesetzliche Ansprüche auf gewaltfreie Pflege und auf Pflegeberatung erörtert. Verwaltungsrechtlich ist die Bedeutung funktionsgerechter staatlich-kommunaler Heimaufsicht zu betonen. In der gesamten Präventionsarbeit kommt Ärzten eine Schlüsselrolle zu. Aspekte der Schweige-, Fürsorge-, Beratungs- und Aufklärungspflichten, der freien Arztwahl auch in der Pflege, der persönlichen Untersuchung vor Ort sind zu prüfen. Bei den öffentlichen und privaten sozialen Diensten sind „Hotlines“ in der Seniorenarbeit aufeinander abzustimmen. Handel und Wirtschaft sollten innovativ altengerechte Angebote entwickeln. Selbsthilfe-, Angehörigengruppen und ehrenamtliche Hilfen sind als bedeutsame Stützen der Altenpflege durch Beratungs- und Supervisionsmöglichkeiten zu fördern.



Prof. Dr. Barbara Kavemann
SoFFI.F Berlin -
Sozialwissenschaftliches Frauen-
Forschungsinstitut Freiburg

Prof. Dr. Barbara Kavemann:

Dipl. Soziologin, Berlin, Honorarprofessorin an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin. Seit 1978 Arbeit zu Fragen der Gewalt im Geschlechterverhältnis und der (sexualisierten) Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, vorwiegend in der Praxisevaluation und der Fortbildung. Mitarbeit an der wissenschaftlichen Begleitung der Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt (www.wibig.uni-osnabrueck.de) und im Anschluss daran in der Evaluation der Berliner BIG-Hotline gegen häusliche Gewalt. Evaluation des Prostitutionsgesetzes (www.auswirkungen-prostitutions-gesetz.de). In Kooperation mit der Universität Zürich Evaluation von 14 Modellprojekten zur Unterstützung von Kindern bei häuslicher Gewalt und im Anschluss Evaluation von 11 schulischen Präventionsprojekten zu häuslicher Gewalt im Auftrag der Landesstiftung (<http://www.landesstiftung-bw.de/publikationen/arbeitspapiere.php?subkategorie=sc>). Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts der Berliner Interventionszentrale bei häuslicher Gewalt zur Prävention von häuslicher Gewalt in Grundschulen <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/big-projekt-langfassung,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf>. Zurzeit im Auftrag des Bundeskriminalamtes Durchführung einer Studie zu Determinanten der Aussagebereitschaft von Betroffenen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, angebunden an das Sozialwissenschaftliche FrauenForschungsinstitut Freiburg. Mitarbeit bei CAHRV – Coordination Action on Human Rights Violations (www.cahrv.uni-osnabrueck.de) und im „European Network on Gender, Conflict and Violence“.

Prävention von Partnerschaftsgewalt in Grundschulen Berlins und Baden- Württembergs

Moderation: Andrea Buskotte

Der Vortrag präsentiert die aktuellen Ergebnisse von zwei Forschungsarbeiten zur Prävention von Partnergewalt in Schulen: Ein Modellprojekt an Berliner Grundschulen sowie 11 Präventionsprojekte in Baden-Württemberg im Rahmen eines Förderprogramms der Landesstiftung Baden-Württemberg. Befragt wurden Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte, Mitarbeiter/innen von Jugendämtern, Schulsozialarbeiter/innen. In Berlin wurde vor allem die Akzeptanz dieser Angebote durch die Kinder, die Eltern und die Schule erhoben, Erkenntnisse über die Umsetzung und Implementierung der Präventionsarbeit an Schulen gewonnen und die Kooperation mit der Jugendhilfe thematisiert. In Baden-Württemberg wurde zudem eine umfangreiche Vorher-nachher-Befragung von SchülerInnen durchgeführt und Aussagen über die Wirksamkeit der Präventionsarbeit gewonnen. Beide Forschungsprojekte legten den Schwerpunkt auf 3. bzw. 4. Klassen und auf Schulen in Brennpunkten bzw. mit einem hohen Anteil an Kindern aus eingewanderten Familien.



Dr. Melanie Wegel
Universität Tübingen

Dr. rer. soc. Melanie Wegel:

Soziologin, Pädagogin und Kriminologin. Seit 1998 wissenschaftliche Angestellte am Institut für Kriminologie der Universität Tübingen. Arbeitsschwerpunkte: Qualitative und Quantitative Studien im Bereich Werteforschung und Sozialisationsforschung, Migrationsforschung sowie Reintegration von jugendlichen Straftätern. Zentrale Fragestellungen: Abweichendes Verhalten, Primärsozialisation und Wertevermittlung. Religiosität und normkonformes/deviantes Verhalten.

Seit 2003 Lehrbeauftragte an der Berufsakademie Stuttgart im Arbeitsfeld Sozialwesen.

Solidarität und Ausgrenzung am Beispiel von Mobbing an Schulen

Moderation: Horst Roselieb

Mit Mobbing wird ein Phänomen bezeichnet, welches in allen Organisationen vorhanden ist und mehr oder weniger augenscheinlich auftritt. Die Folgen sind nicht nur für den Betroffenen weitreichend sondern auch volkswirtschaftlich beträchtlich. So sind im Schülerbereich Probleme wie Schulversagen, Schulangst, Schlaflosigkeit, Essstörungen etc. zu nennen, die zu Folgeproblemen wie fehlende Abschlüsse und Jugendarbeitslosigkeit bis hin zur Jugendkriminalität führen können. Die Opfer werden meist nicht ernst genommen sind ausgegrenzt und auf sich gestellt. Häufig muß letztendlich das Opfer die Schule verlassen. In einem laufenden Forschungsprojekt des IfK werden einerseits individuelle Bedingungen der Opferwerdung bei Mobbing untersucht, wobei der Schwerpunkt des Forschungsprojektes auf den individuellen Verhaltensweisen sowie Sozialisationsstilen der Opfer liegt. Andererseits wird die Reaktion der „Außenstehenden“ mit beleuchtet. So besteht die Annahme, dass Mobbing nur möglich ist, wenn die „Gemeinschaft“ dies toleriert und sich eher dem Täter als dem Opfer solidarisch zeigt. Die Gründe hierfür sollen sowohl Täter als auch Opfer zur Selbstreflexion aufordern.

Vorgestellt werden nicht nur Daten zum Ausmass von Mobbing, sondern Gründe, die zu Mobbing führen und Möglichkeiten zur Prävention.



Denise Homann
Leibniz Universität Hannover



Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier
Leibniz Universität Hannover

Dr. Denise Homann:

Rechtsreferendarin, Jahrgang 1982, langjährige Mitarbeiterin am Kriminalwissenschaftlichen Institut der Leibniz Universität Hannover.

Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier:

Hochschullehrer für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie, Jahrgang 1955, Geschäftsführender Direktor des Kriminalwissenschaftlichen Instituts.

Betrug im Gesundheitswesen - Forschungsbefunde und Ansatzpunkte zur Prävention

Moderation: Theresia Höynck

Berichtet werden soll über die Ergebnisse eines Forschungsprojekts zum Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen. Dargestellt wird zunächst die Phänomenologie des Betrugs aus der Sicht der Krankenkassen (Fallaufkommen, Tatverdächtige, Vorgehensweisen, Schadenshöhen etc.). Hieran schließt sich die Erörterung einzelner Problemfelder an, denen unter Präventionsgesichtspunkten zentrale Bedeutung zukommt: die Ausstattung und die Arbeitsweise der bei den Krankenkassen eingerichteten Fehlverhaltensbekämpfungstellen, die Kooperation der verschiedenen Akteure im Gesundheitswesen, die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden und die Erledigungsstrukturen der Justiz. Abgeschlossen wird der Vortrag mit Überlegungen zur Verbesserung der Prävention.



Anna Maier-Pfeiffer
Stiftung Pro Kind

Anna Maier-Pfeiffer:

Oberregierungsrätin, verheiratet, 2 Kinder

27. 04. 1956 Geboren in Saulgau/ Baden-Württemberg

1975 Abitur in Stuttgart; Aufnahme in die Studienstiftung des Dt. Volkes

1976 – 1980 Jura-Studium in München und Hamburg;

1. Staatsexamen

1980 – 1981 Auslandsjahr an der Universität Florenz

1981- 1984 Referendariat in Bayern; 2. Staatsexamen

1985 – 1986 Tätigkeit im Bayerischen Staatsministerium des Innern

1986 – 1995 Familienzeit; Geburt der beiden Kinder; ehrenamtliche Tätigkeit als Vorsitzende eines Elterninitiativkindergartens

1995 – 2005 Referentin am Nds. Frauenministerium, am Nds. Sozialministerium und beim Nds. Landesrechnungshof; ehrenamtliche Tätigkeit: Aufbau eines Pfadfinderstammes

seit 2005 Projektleiterin des Projektes Pro Kind Niedersachsen

Modellprojekt Pro Kind - Stand der Umsetzung und Ausblick

Moderation: Günther Ebenschweiger

Das Modellprojekt Pro Kind führt ein Hausbesuchsprogramm für erstgebärende Schwangere und ihre Familien durch zur frühen Förderung und zur Prävention familiärer und kindlicher Probleme. Das Konzept basiert auf dem amerikanischen Nurse family partnership Programm. Pro Kind ist Bestandteil des Bundesaktionsprogramms „Frühe Hilfen und soziale Frühwarnsysteme“. Die Wirksamkeit des Hausbesuchsprogramms wird von einer umfangreichen Begleitforschung evaluiert.

Die Projekte Pro Kind Niedersachsen und Bremen haben ihre Aufnahmephase beendet, Sachsen nimmt noch weitere Teilnehmerinnen auf bis Ende des Jahres. Im Rahmen meines Vortrags zum Stand der Umsetzung und den weiteren Perspektiven wird es um folgende Themen gehen:

- Der Zugang zur Zielgruppe der Schwangeren in schwierigen sozialen Lebenslagen: Wie sind die Vermittlungswege? In welchen Kooperationen liegen gute Chancen für einen Zugang zur Zielgruppe?

- Das Hausbesuchsprogramm

Wie ist der Stand der Umsetzung? Lässt sich ein Konzept aus USA hierher übernehmen? Wie sehen die Erfahrungen aus mit den beiden Begleitungsmodellen – Begleitung durch die Hebamme bis zum zweiten Geburtstag und Begleitung durch das Team aus Hebamme und Sozialpädagogin?

- Vernetzung

Wie ein roter Faden zieht sich das Thema „Vernetzung“ durch die Arbeit von Pro Kind. Dabei geht es um Vernetzung auf verschiedenen Ebenen: Auf konzeptioneller Ebene, auf der Ebene der Familie, auf kommunaler, Landes-, Bundes- und internationaler Ebene und im Hinblick auf die Vernetzung von Forschung und Praxis.

- Perspektiven

Welche Perspektiven hat Pro Kind nach der Modellphase? Wie sollten die frühen Hilfen künftig finanziert werden?



Nadine Bals

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)

Nadine Bals:

Jahrgang 1976, Diplomsoziologin. Von März 2002 bis März 2008 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Rechtstatausforschung und Kriminalpolitik der Universität Bielefeld sowie am Lehrstuhl für Kriminologie, Strafrecht und Strafverfahrensrecht an der Universität Bielefeld. Unter anderem verantwortliche Koordination eines Forschungsprojekts zum Täter-Opfer-Ausgleich im Erwachsenenbereich in Nordrhein-Westfalen, Durchführung einer Untersuchung zur Integration jugendlicher Spätaussiedler und Mitarbeit an einem von der Deutschen Hochschule der Polizei koordinierten Forschungsprojekt zu Tötungsdelikten in (Ex-)Paarbeziehungen. Promotion zum Thema „Täter-Opfer-Ausgleich und häusliche Gewalt“. Forschungsinteressen: Täter-Opfer-Ausgleich, häusliche Gewalt, Tötungsdelikte in (Ex-)Intimbeziehungen, Jugendkriminalität und Jugendkriminalrechtspflege, Kriminalität von Migranten, Viktimologie. Seit April 2008 Geschäftsführerin der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ).

Der Täter-Opfer-Ausgleich als geeignete Interventionsmaßnahme bei häuslicher Gewalt?!

Moderation: Kati Zenk

Die Anwendung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Fällen häuslicher Gewalt ist heftig umstritten und wird kontrovers diskutiert. Insbesondere feministisch geprägte AutorInnen wenden ein, der TOA bedeute eine Bagatellisierung und „Re-Privatisierung“ häuslicher Gewalt und sei aufgrund seiner punktuellen Natur nicht zur Bearbeitung häuslicher Gewalt geeignet, die regelmäßig durch lang anhaltende, tief liegende Konflikte gekennzeichnet sei. Zentrale Voraussetzungen zur Durchführung eines TOA – Freiwilligkeit der Teilnahme und Ressourcengleichheit der Parteien – seien nicht gegeben, vielmehr würden die Opfer häuslicher Gewalt durch die Täter zur Teilnahme am TOA gedrängt und es bestehe ein extremes Machtgefälle, das auch im TOA nicht auszugleichen sei.

Doch wie berechtigt sind diese Einwände tatsächlich? Kann ein TOA in Fällen häuslicher Gewalt gelingen und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen?

Im Rahmen des Vortrags werden Befunde einer aktuellen Studie zur Eignung des TOA in Fällen von Beziehungsgewalt vorgestellt. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere Fragen der Vorbereitung und Durchführung des TOA sowie Fragen der Effizienz: Kann ein TOA (auch) in Fällen von Beziehungsgewalt erfolgreich eingesetzt werden? Gelingt es, die Verfahren zu einem positiven Abschluss zu bringen? Werden die Erwartungen der Opfer und Täter häuslicher Gewalt erfüllt?

Offenes Forum



Monika Koschany

RESOHELP Hameln



Dennis Meiser

Bündnis für Demokratie und
Toleranz - gegen Extremismus und
Gewalt



Volkert Ruhe

Gefangene helfen Jugendlichen
e.V. Hamburg

Monika Koschany: Dipl. Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin in der Anlaufstelle für Straffällige RESOHELP Hameln, Initiatorin und Projektleiterin des Projektes „Knast ist uncool“.

Dennis Meiser: Dipl. Politikwissenschaftler, seit Oktober 2007 beim Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) tätig und dort für die Themenbereiche Antisemitismus und Gewaltprävention verantwortlich.

Volkert Ruhe: Anti-Gewalt und Coolnestrainer, Geschäftsführer des Vereins „Gefangene helfen Jugendlichen“ e.V., 10 jährige Erfahrung in der Präventionsarbeit mit Jugendlichen. Koordinierung und Durchführung von Projekten in Schulen und Justizvollzugsanstalten.

Präventionsarbeit in und mit Justizvollzugsanstalten – Best-Practice-Projekte der Zivilgesellschaft

Moderation: Dennis Meiser

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz führt jährlich den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ durch, darin werden gelungene zivilgesellschaftliche Projekte ausgezeichnet. Im Mittelpunkt steht der „Best-Practice-Gedanke“, also ob sich zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Projekte auf andere Regionen, Kontexte und Verhältnisse in Deutschland übertragen lassen.

Im Jahr 2008 hatte der Wettbewerb den Schwerpunkt Gewaltprävention. Zwei Preisträger sollen vorgestellt werden und ihre Erfahrungen auf dem bundesweiten Kongress weiter vermitteln:

Die Arbeit des Vereins „Gefangene helfen Jugendliche e.V.“ richtet sich an straffällig gewordene Jugendliche. Sie sollen mit den Auswirkungen von Gewalt und Kriminalität konfrontiert werden. Der Schwerpunkt liegt im Gespräch zwischen delinquenten Jugendlichen und ausgewählten und geschulten Insassen der JVA Fuhlsbüttel. Der Besuch in der JVA mit Vor- und Nachbereitung soll die Gedanken und Lebensplanungen der Jugendlichen erreichen und die Stereotype der Jugendlichen von Kriminalität, Gefängnis und Gewalt beseitigen.

Das Projekt „Knast ist Uncool“ hat das Ziel, potenziellen jugendlichen Straftätern Alternativen zur Gewalt aufzuzeigen und durch sinnvolle Freizeitgestaltung und gezielte Integration künftige Straftaten zu vermeiden, die aus Frust und Langeweile entstehen. Dieses Ziel wird durch die freiwillige Einbindung von jungen Inhaftierten des Offenen Vollzugs der Jugendanstalt Hameln und in Kooperation mit aus der Haft entlassenen Jugendlichen, die von RESOHELP Hameln begleitet und betreut werden, umgesetzt. Kriminalität und Jugendstrafe soll als „uncool“ verinnerlicht und neue bessere Wege gefunden werden



Dr. Helmut Fünfsinn

**Landespräventionsrat Hessen -
Hessisches Ministerium der Justiz**

Dr. Helmut Fünfsinn:

Geb. 1954 in Frankfurt am Main, Studium der Rechtswissenschaft, Betriebswirtschaft und Soziologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität. 1983 bis 1986 wissenschaftlicher Assistent. 1986 Richter, seit 1989 Mitarbeiter im Hessischen Ministerium der Justiz, seit 2002 Leiter der Abteilung Strafrecht und Gnadenwesen, im Nebenamt seit 1992 Geschäftsführer der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat); Veröffentlichungen vor allem im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts, der Rechtspolitik und Kriminalprävention, Lehrbeauftragter der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Erste präventive Erfahrungen mit dem Stalking-Bekämpfungsgesetz

Moderation: Dagmar Freudenberg

Das Stalking-Bekämpfungsgesetz ist seit dem 1. April 2007 in Kraft. Die Aufnahme des Straftatbestandes in das Kernstrafrecht hat zu einer Vielzahl von Strafanzeigen geführt, die aber nicht mit einer entsprechenden Anzahl von Verurteilungen einhergeht. Der Beitrag versucht sowohl die Erfahrungen der Strafjustiz, aber auch vor allem die ersten präventiven Erfahrungen, die sich aus dem Anwendungsbereich der Norm ergeben, zu beleuchten.

Erste, noch wenig abgesicherte Erkenntnisse zeigen, dass die durchaus bestehenden Schwierigkeiten in der strafrechtlichen Aufarbeitung der Thematik sich nicht zwingend auf die präventiven Wirkungen der neuen Strafnorm durchschlagen. Zumindest bei den kriminalpräventiven Akteuren scheint sich die Handlungssicherheit durch die Strafnorm gesteigert zu haben.



Angelika Ribler
Sportjugend Hessen

Angelika Ribler:

- 46 Jahre, ledig, wohnhaft in der Nähe von Frankfurt/M.
- Dipl. Sportwissenschaftlerin und Dipl. Psychologin (Universität Hamburg).
- Weiterbildung zur Sportmediatorin. (2004).
- Seit 1994 tätig als Referentin für Jugend- und Sportpolitik bei der Sportjugend Hessen. Leiterin des Projektes „Mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus im Sport“ der Sportjugend Hessen
- Projekt-Begleitung in verschiedenen Sportorganisationen des Bundesgebietes durch das Institut für SportMediation und KonfliktManagement (Hanau). Zurzeit fachliche Begleitung des Projektes „Interkulturelles Konfliktmanagement im Fußball“ im Auftrag des Hessischen Fußballverbandes.

Rechtsextremismus im und um den Sport(verein) - was können Vereine und Verbände tun?

Moderation: Gerd Bucker

Sport ist nicht nur die schönste Nebensache der Welt, im organisierten Sport der Vereine und Verbände spiegeln sich alle gesellschaftlichen Probleme wider, so auch Rechtsextremismus. Die Phänomene sind unterschiedlich und reichen vom Tragen der Trikotnummer 88 über rechtsextreme Fan-Ausschreitungen, die Übernahme von Ämtern wie Jugendtrainer und Vorstandsvorsitz in Vereinen, Sportkreisen und Verbänden durch hohe NPD-Funktionäre bis zur Gründung von „nationalen Fußballvereinen“.

Da jeder dritte Bundesbürger in Westdeutschland und jeder vierte Bundesbürger in Ostdeutschland Mitglied in einem Sportverein ist und es in fast jedem Dorf mindestens einen Sportverein gibt, ist die Inanspruchnahme der Sportangebote sowie die Nutzung der Kontakte und Netzwerke im Sport durch Rechtsextreme und Unterstützer aus „der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft“ nicht unwahrscheinlich.

In der Regel scheuen Vereine jedoch die Öffentlichkeit und befürchten einen Imageverlust, wenn sie einen Vorfall „anzeigen“. Daher bedarf es spezifischer Ansatzpunkte, um Sportvereine und Sportverbände als zivilgesellschaftliche Akteure zu aktivieren.

Im Vortrag werden zum einen Ansätze der Prävention von Rechtsextremismus im Sport und zum anderen konkrete Fallbearbeitungen vorgestellt. Den Rahmen der Aktivitäten bietet das Projekt „Mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus im Sport“ der Sportjugend Hessen, das als Teil des Beratungsnetzwerkes Hessen fungiert.



Julia von Weiler
Innocence in Danger e.V.

Julia von Weiler:

Diplom Psychologin

Geschäftsführerin Innocence in Danger e.V.

- Studium der Psychologie an der New York University und der Freien Universität Berlin.
- Arbeit mit missbrauchten Mädchen und Jungen seit 1991.
- 1991 – 1992 studentische Mitarbeiterin beim „Children's Safety Project“ New York City – u.a. Begleitung missbrauchter Kinder, Selbstbehauptungswrkshops, etc..
- 1992 – 1994 pädagogische Fachkraft in „Der Mädchenvilla“
- Wohngruppe für missbrauchte Mädchen im Alter von vier bis 14 Jahren in Beckum (der ersten solchen Einrichtung bundesweit damals).
- 1993 - 2000 Arbeit im Vorstand des Trägervereins der Mädchenvilla, davon 5 Jahre als 1. Vorsitzende.
- 1999 – 2002 Beratung von sexuellem Missbrauch betroffener Mädchen und Jungen sowie deren Bezugspersonen in einer Kölner Beratungsstelle.
- 2003 – 2007 psychologische Fachleitung bei „Kind in Düsseldorf“ gGmbH, - stationäre Facheinrichtung für Diagnostik für gewaltgeschädigte Kindern im Alter von 3 bis 12 (www.kid-facheinrichtung.de).
- Seit 2003 Geschäftsführerin von „Innocence in Danger e.V.“ – internationales Netzwerk gegen sexuellen Missbrauch, insbesondere die Verbreitung von Kinderpornographie im und über das Internet (www.innocenceindanger.de).

Versorgung kindlicher und jugendlicher Opfer von Kinderpornographie in Deutschland

Moderation: Susanne Linz

Ergebnisse einer empirischen Untersuchung“

2004 - 2007 führte Innocence in Danger e.V. - gefördert von Aktion Mensch - eine empirische Untersuchung zur „Versorgung kindlicher und jugendlicher Opfer von Kinderpornographie in Deutschland“ durch. Diese bisher weltweit einmalige Untersuchung bietet einen Einblick in die derzeitige Versorgungslage der Opfer in Deutschland und weist Wege zur weiteren notwendigen Auseinandersetzung mit diesem Themengebiet für Institutionen der Jugendhilfe wie auch angrenzende Institutionen - Strafverfolgung, Justiz, etc. auf.

Im Rahmen der Studie wurde auch das Thema der „sexuellen Übergriffe“ von Jugendlichen durch die neuen Medien (Handy & Co.) eruiert und mögliche Wege des Umgangs erörtert. Diese Auseinandersetzung führte zu einem - wiederum von Aktion Mensch unterstützten - „Interaktiven Präventionsmodellprojekt mit Jugendlichen gegen die Verbreitung von (sexualisierter) Gewalt via Internet, Handy, iPod und Co.“ (mehr unter: www.innocenceindanger.de oder www.smart-user.eu).

Dieser Vortrag bietet einen Einblick in die Studienergebnisse, die weltweit auf großes Interesse stießen und in das „Europäische Themenpapier“ für den „3. Weltkongress gegen die kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern“ in Brasilien 2008 einfließen. Darüber hinaus werden dringend notwendige Handlungsschritte im Hinblick auf Prävention, Intervention und Vernetzung aufgezeigt.



Sylvia Lustig

Deutsches Jugendinstitut e. V.



Dr. Claudia Olejniczak

Institut für Entwicklungsplanung
und Strukturforshung GmbH
Hannover

Sylvia Lustig:

ist Diplom-Soziologin. Sie beschäftigt sich in Forschung und Lehre mit den Themenbereichen Kriminalprävention und Konfliktbearbeitung. Als wissenschaftliche Referentin im Deutschen Jugendinstitut leitet sie das Projekt zur wissenschaftlichen Begleitung des Modellprogramms „Wir kümmern uns selbst“.

Dr. Claudia Olejniczak:

ist Kommunikations- und Sozialwissenschaftlerin. Sie entwickelt und managt im ies Hannover Programme und Projekte in den Themenfeldern Demographischer Wandel, Kinder- und Jugendpolitik, Konfliktbearbeitung, Migration und integrierte Stadtteilentwicklung. „Wir kümmern uns selbst“ hat sie im Team mit Marit Kukat und Beate Seusing (beide ies Hannover) sowie der Trainerin Kerstin Lück umgesetzt.

Konfliktbearbeitung im öffentlichen Raum:

Moderation: Bernd Strauch

Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Bundesmodellprogramm „Wir kümmern uns selbst“

Konfliktbearbeitung wird seit einigen Jahren in unterschiedlichen institutionellen Kontexten praktisch umgesetzt und auch wissenschaftlich untersucht. Anders gestaltet sich dies mit der Konfliktbearbeitung im öffentlichen Raum, die besonderen Gesetzmäßigkeiten folgt, andere Zuständigkeiten betrifft und neue Herangehensweisen braucht.

In dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanzierten Bundesmodellprogramm wurde von 2005 bis heute eine neuartige Methode zur Bearbeitung von Konflikten im öffentlichen Raum, an denen Jugendliche beteiligt sind, entwickelt, erprobt und wissenschaftlich begleitet. Die beteiligten Akteure – die Standorte, die Programmagentur (ies Hannover) und die wissenschaftliche Begleitung (DJI München) – stellen Ihnen Erfahrungen, die Vorgehensweise und wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Modellphase vor.

„Wir kümmern uns selbst“ zielt darauf ab, Konflikte im öffentlichen Raum frühzeitig und niedrigschwellig unter Einbeziehung der beteiligten Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen sowie der vor Ort tätigen professionellen Akteure (aus den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Polizei, Soziale Dienste, Politik usw.) zu bearbeiten. Dabei ist die Vernetzung relevanter Institutionen und Behörden vor Ort ebenso notwendig wie die genaue Analyse des Konflikts und die systematische Einbeziehung bzw. Weiterentwicklung der vor Ort zur Verfügung stehenden Kompetenzen und Ressourcen.

Nach dem Vortrag stehen auf dem Podium auch Vertreterinnen und Vertreter aus den Modellstandorten mit ihren Erfahrungen und Erkenntnissen zur Verfügung.



Dr. Helmut Hirtenlehner
Johannes-Kepler-Universität Linz

PD Mag. Dr. Helmut Hirtenlehner:

Tätigkeit:

Universitätsassistent am Institut für Strafrechtswissenschaften sowie am Zentrum für Rechtspsychologie und Kriminologie der Johannes Kepler Universität Linz

Kurzbiographie:

2000 Promotion zum Doktor der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Soziologie)

2008 Habilitation für Kriminalsoziologie und Kriminologie an der Universität Linz

Arbeitsgebiete:

Kriminologie, Soziologie des abweichenden Verhaltens

Lehre: Kriminologie, Soziologie des abweichenden Verhaltens, Methoden der quantitativen Sozialforschung

Forschungsschwerpunkte:

Kriminalitätsfurchtforschung, Rückfallsforschung Empirische Sanktionsforschung, Rechtstatsachenforschung, Kriminologische Theorieprüfung

**Soziale Sicherheit und Angst vor Kriminalität.
Warum Österreich und andere Wohlfahrtsstaaten im
internationalen Vergleich eine geringe Verbrechens-
furcht aufweisen.**

Moderation: Werner Brall

In jüngerer Zeit mehren sich die Hinweise, dass es sich bei Kriminalitätsfurcht nicht um eine spezifische Reaktion auf Kriminalitätsrisiken handelt, sondern um eine Projektion sozialer und existenzieller Ängste, die aus gesellschaftlichen Transformationsprozessen gespeist werden. Kriminalität dient dabei als Metapher, um diffuse spätmoderne Unsicherheitslagen artikulierbar zu machen. Mit einer solchen Einsicht wird gegenwärtigen Tendenzen, das Sicherheitsgefühl der Bürger zur Legitimationsfolie repressiver kriminalrechtlicher Interventionsprogramme zu erheben, der Boden entzogen. Erfolgversprechende Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen sich dagegen im Bereich der institutionellen Absicherung gegen soziale und existenzielle Risiken, die aus den Umbrüchen der europäischen Gegenwartsgesellschaften resultieren.

Basierend auf im Rahmen des European Social Survey 2004/05 erhobenen länderübergreifenden Befragungsdaten wird die Frage gestellt, ob das Niveau sozialer Sicherheit und das Ausmaß kriminalitätsbezogener Ängste in europäischen Staaten miteinander verknüpft sind. Es wird eine Serie von Mehrebenenanalysen vorgestellt, in denen verschiedene Indikatoren sozialer Absicherung auf ihre furchtreduzierenden Effekte geprüft werden. Die Ergebnisse zeigen, dass unabhängig vom soziodemographischen Hintergrund und der Viktimisierungsbioographie der Untersuchungspersonen sowie vom Umfang der Dunkelfeldkriminalität in ausgeprägten wohlfahrtsstaatlichen Settings weniger kriminalitätsbezogene Sicherheitsbedenken geäußert werden.



Prof. Dr. Christian Grafl
Universität Wien

Christian Grafl:

wurde am 29.10.1959 in Wien geboren. Nach der Matura im Jahr 1978 begann er im WS 1979/80 das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien, das er 1983 mit der Promotion zum Dr.iur. abschließen konnte.

Seit 1981 ist er mit zwei kurzen Unterbrechungen wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strafrecht und Kriminologie der Universität Wien. Christian Grafl hat sich 1999 an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien habilitiert und die Lehrbefugnis für Kriminologie und Kriminalistik erhalten.

Seit 1.12.2003 ist er Leiter der Abteilung Kriminologie des Instituts für Strafrecht und Kriminologie der Universität Wien und seit 2004 Koordinator des Wahlfachkorbes „Strafjustiz und Kriminalwissenschaften“.

Seit 2001 ist Christian Grafl auch Lehrbeauftragter an der Universität Graz.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Sanktionenforschung, Kriminalprävention, Jugendkriminalität und die naturwissenschaftliche Kriminalistik.

Institut für Strafrecht und Kriminologie

Abteilung für Kriminologie

1010 Wien, Schenkenstraße 8-10

Tel.: +43 1 4277/34622

e-Mail: christian.grafl@univie.ac.at

Homepage: <http://www.univie.ac.at/kriminologie/>

Zur präventiven (Nicht-) Wirkung von Sexualstraftäterdateien

Moderation: Susanne Linz

Mit dem 2. Gewaltschutzgesetz wurde in Österreich die Einführung einer Sexualstraftäterdatei rechtlich verankert. Der Vortrag versucht der Frage nachzugehen, welche Ziele mit der Einführung von Straftäterdateien erreicht werden sollen und ob derartige Maßnahmen eine präventive Wirkung entfalten können.

Verschärfte Registrierungspflichten von Sexualstraftätern sind auch unter dem Aspekt bisheriger Forschungsergebnisse zur Rückfälligkeit und Gefährlichkeit gerade von Sexualstraftätern zu sehen. Die hier jedenfalls teilweise bestehende Diskrepanz zwischen empirischer Erfahrung und veröffentlichter Meinung trägt unzweifelhaft zur Popularität von Straftäterdateien bei.

Der Vortrag will nicht nur die Ergebnisse einschlägiger Studien zur präventiven Wirkung - insbesondere zur Rückfälligkeit - durch die besondere Registrierung von Sexualstraftätern beleuchten, sondern daneben auch auf die Frage eingehen, welche möglicherweise ungewollten oder unbedachten Auswirkungen Sexualstraftäterdateien haben können.



Sebastian Sperber

**European Forum for Urban Safety
EFUS**

Sebastian Sperber:

ist seit September 2008 Projektmanager beim Europäischen Forum für Urbane Sicherheit. Mit Abschlüssen in Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre des Institut d'Etudes Politiques de Paris und der Universität Mannheim hat er zuvor für viereinhalb Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektmanager in den Bereichen sozialer Zusammenhalt und lokale Demokratie am Europarat gearbeitet. Verantwortlich für die Konzeption und Durchführung von Programmen des EFUS und die Entwicklung des Netzwerkes beschäftigt er sich insbesondere mit lokalen Sicherheitsaudits und Fragen der Videoüberwachung.

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) ist ein Zusammenschluss von über 300 europäischen Städten, die gemeinsam zum Thema Sicherheit und Prävention arbeiten. Das Forum dient dem Austausch von Erfahrungen und Fachwissen zwischen den Mitgliedsstädten, und fördert die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene anhand konkreter Projekte. Nach langjähriger Partnerschaft zählt EFUS seit 2009 auch den Deutschen Präventionstag offiziell zu seinen (assoziierten) Mitgliedern.

Lokale Sicherheitsaudits

Moderation: Oliver Mengershausen

Vorbeugung ist besser als Heilung! Dies gilt für Krankheiten, Unfälle und Naturkatastrophen. Und es gilt für Kriminalität.

In der Tat sind Maßnahmen zur Verhinderung von Straftaten und Viktimisierung die kostengünstigste Methode zur Schaffung sichererer Gemeinwesen (communities). In unserem Umgang mit solchen Problemen müssen sie - neben Strafverfolgung, Gerichten und Strafanstalten - eine Schlüsselrolle spielen. Die Kriminalprävention ist dann am erfolgreichsten, wenn sie Teil eines strategischen und umfassenden Prozesses ist, der starke Unterstützung erfährt durch Führungskräfte der Stadtverwaltung, die Verantwortung tragen für die Sicherheit des Gemeinwesens.

Ein klares Bild von Kriminalität und Viktimisierung ist die Grundlage für gezieltes Handeln zur Verringerung von Kriminalität und Erhöhung der individuellen und kollektiven Sicherheit. Die Sicherheitsanalyse ist ein Instrument zur Erlangung des erforderlichen Wissens und zur Einbindung der verschiedenen Partner, deren Mitarbeit für den Erfolg notwendig ist.

Im Vortrag wird das Konzept der lokalen Sicherheitsanalyse anhand eines Leitfadens vorgestellt, der mit Beispielen aus verschiedenen Ländern in die Thematik einführt. Dank des Landespräventionsrates Niedersachsen steht dieser Leitfaden des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit nun auch auf Deutsch zur Verfügung.



Martin Boess
Schweizerische
Kriminalprävention

Martin Boess:

Jahrgang 1965, lic. rer. pol., Human Resource Manager NDS FH, ist Geschäftsleiter der Schweizerischen Kriminalprävention SKP (www.skppsc.ch), einer Fachstelle der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren (KKJPD) im «Haus der Kantone» in Bern (CH). Er leitet die Stelle seit dem 1. Januar 2005. Im Auftrag der politischen Ebene der Kantone koordiniert er die Präventionsbotschaften in der Schweiz über drei Kulturen und drei Sprachen hinweg, bei der Umsetzung wird er durch die kantonalen Polizeikorps unterstützt. Er begann seine Tätigkeit als Geschäftsleiter mit der Umsetzung einer nationalen Informations-Kampagne gegen Pädokriminalität im Internet. Seit 2007 setzt er eine Informations-Kampagne zum Thema «Jugend & Gewalt» um. Vor der Anstellung bei der SKP war er Leiter des nationalen Dokumentationszentrums zu HIV und AIDS, wo er Erfahrung in der Umsetzung von Präventionskampagnen im Gesundheitsbereich gesammelt hat. Zu seinen Aufgaben gehörte der Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis, u.a. durch Publikation der Zeitschrift «AIDS INFOTHEK». Nach seinem Studium als Betriebsökonom an der Universität Bern arbeitete er während fünf Jahren in der Forschung zum Thema «Freizeit und Tourismus». Er ist Autor und Co-Autor verschiedener Artikel zum Fachthema.

Nationale Präventionskampagne Jugend & Gewalt - Neuausrichtung der polizeilichen Aufgaben

Moderation: Albert van Heek

Die Schweizerische Kriminalprävention (SKP) hat im Auftrag der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) einen Massnahmenplan Jugend und Gewalt für die Jahre 2008/2009 erarbeitet. Der Massnahmenplan enthält die Grundlagen zur polizeilichen Prävention von Jugendgewalt in der Schweiz. Die Präsentation des Geschäftsleiters am Deutschen Präventionstag 2009 umfasst einen Überblick über die im Massnahmenplan zusammengestellten Informationen, die erarbeiteten und geplanten Massnahmen und die Neuausrichtung der polizeilichen Präventionsarbeit. Vorge stellt werden nicht nur die Resultate der einzigen Umfrage zur Präventionsarbeit der öffentlichen Hand in der Schweiz, sondern auch die online-Datenbank mit den Präventionsprojekten der kantonalen Polizeikorps (eine der geplanten Massnahmen). Der Vortrag informiert auch über die umfangreichen Koordinationsarbeiten, welche in der Schweiz zum Umsetzen von Präventionsprojekten im Bereich Jugend & Gewalt notwendig sind, nicht nur innerhalb der Polizei sondern auch unter den anderen kantonalen Direktionen und den Bundesämtern.



Dr. Ireen Friedrich
Bundesministerium für Inneres
Wien

Dr. Ireen Christine Friedrich:

geb. 1974

- Studium der Rechtswissenschaften, Georg-August-Universität Göttingen
- 1999 1. jur. Staatsexamen
- 2003 2. jur. Staatsexamen (Hamburg)
- 2003-2004 Stadt Frankfurt a.M., Jugend- und Sozialamt (Abt. Gefährdete Personen und Auswärtige)
- 2004-2008 Universität Wien, Abteilung für Kriminologie (Wissenschaftliche Assistentin bei Prof. Christian Graf)
- 2007 Promotion mit Auszeichnung (Modernisierungsprozesse im österreichischen Strafvollzug (...))
- 2007 bis dato EUCPN Research Assistant/Officer
- Seit 2008 Bundesministerium für Inneres, Bundeskriminalamt Wien, Kriminalprävention und Opferhilfe
- Forschungsschwerpunkte:Kriminalprävention, Strafvollzug

Kriminalprävention in Europa

Moderation: Stephan Voß

Der Vortrag richtet sich insbesondere an kommunale VerantwortungsträgerInnen, MitarbeiterInnen der Polizei und Justiz, an soziale Dienste bzw. NGOs, an die Wissenschaft sowie am Thema interessierte BürgerInnen.

Im Vordergrund stehen Grundfragen und Strategien der Kriminalprävention im euro-päischen Vergleich, die beispielhaft aus der Sicht der Polizei, der Kommunen und NGOs erörtert werden. Ein besonderes Augenmerk richtet sich dabei zum einen auf die strukturelle Arbeit der europäischen Fachinstitutionen und multidisziplinären Netzwerke, die regelmäßig Präventionsmodelle und Forschungsprogramme im internationalen Raum analysieren.

Andererseits sollen auch praxisbezogene Projekte/Programme einiger europäischer Staaten, u.a. aus den Bereichen Kriminalprävention im Städtebau, Gewalt im sozialen Nahraum und Gewalt bei Sportgroßveranstaltungen, vorgestellt werden.

Internetforum

Inhaltsverzeichnis zu den Vorträgen des Internetforums

	Seite
Internetkriminalität 2009 - Gefahren-Maßnahmen-Anlaufstellen Rolf Grimmer	194
www.den-trick-kenne-ich.ch: Eine innovative Internetkampagne gegen Betrug Martin Boess, Hajo Michels	196
Medienkompetenz für Eltern, Lehrer, Polizei und sozialpädagogische Fachkräfte – ein Erfolgsmodell der Zusammenarbeit im hessischen Netzwerk gegen Gewalt Marco Weller	198
Onlineberatung von Eltern und Jugendlichen als präventive Maßnahme der Jugendhilfe Heinz Thiery	200
Was macht mein Kind im Internet? Aktuelle Entwicklungen und Gefährdungen – Tipps zur Medienerziehung und zu Hilfsangeboten Walter Staufer	202



Rolf Grimmer
nanodesign

Rolf Grimmer:

Höhere Handelsschule, Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann und

Mediengestalter für Digital- und Printmedien.

Inhaber von „nanodesign“.

Internetkriminalität 2009 - Gefahren- Maßnahmen-Anlaufstellen

Der Vortrag gibt einen aktuellen Überblick der Gefahren im Internet, informiert über die Besonderheiten von „digitalen Angriffen“, zeigt Gegenmaßnahmen auf und gibt Auskunft über vorhandene Anlaufstellen.

Eine Betrachtung der Polizeilichen Kriminalstatistik der vergangenen Jahre informiert über den Stand und die Entwicklung der Straftaten mit dem Tatmittel Internet.



Martin Boess
Schweizerische
Kriminalprävention



Hajo Michels
Evolutionet GmbH

Martin Boess: Jg 1965, lic. rer. pol., Human Resource Manager NDS FH, ist Gesch.häftsleiter der Schweizerischen Kriminalprävention SKP (www.skppsc.ch), einer Fachstelle der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) im «Haus der Kantone» in Bern (CH). Er leitet die Stelle seit dem 1. Januar 2005. Im Auftrag der politischen Ebene der Kantone koordiniert er die Präventionsbotschaften in der Schweiz über drei Kulturen und drei Sprachen hinweg, bei der Umsetzung wird er durch die kantonalen Polizeikörper unterstützt. Er begann seine Tätigkeit als Geschäftsleiter mit der Umsetzung einer nationalen Informations-Kampagne gegen Pädokriminalität im Internet. Seit 2007 setzt er eine Informations-Kampagne zum Thema «Jugend & Gewalt» um. Vor der Anstellung bei der SKP war er Leiter des nationalen Dokumentationszentrums zu HIV und AIDS, wo er Erfahrung in der Umsetzung von Präventionskampagnen im Gesundheitsbereich gesammelt hat. Zu seinen Aufgaben gehörte der Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis, u.a. durch Publikation der Zeitschrift «AIDS INFOTHEK». Nach seinem Studium als Betriebsökonom an der Universität Bern arbeitete er während fünf Jahren in der Forschung zum Thema «Freizeit und Tourismus».

Herr Hajo Michels: Jg. 1962, ist Geschäftsleiter der EvolutionNET GmbH (www.evolutionet.ch) in Bern (CH). Er hat seine berufliche Laufbahn im Einzelhandel begonnen und war zum Schluss Geschäftsführer eines Warenhauses. 1991/92 hat er eine Ausbildung zum Business Master in Neuro-Linguistischem Programmieren absolviert und das Wissen als Leiter von Kommunikations- und Selbstcoachingseminaren genutzt. Seit 1996 arbeitet er vor allem im Non Profit-Bereich, wo er sich speziell in der Prävention weitergebildet hat. 1999 erstellte er die erste schweizerische «STOP AIDS»-Webseite für die Kampagne des Bundesamtes für Gesundheit. 2005 hat er das Internetangebot der Schweizerischen Kriminalprävention aufgebaut (www.skppsc.ch).

www.den-trick-kenne-ich.ch: Eine innovative Internetkampagne gegen Betrug

Moderation: Rolf Grimmer

Die Kampagne der Schweizerischen Kriminalprävention SKP

- beschreibt in einmaliger Weise neben den Delikten vor allem auch die Tätersignale, die Opfermerkmale und bestimmte Situationen, in denen sich ein Betrug ereignen kann.
- hat mit über 60 selbst entwickelten Illustrationen und vielen Bildern von optischen Täuschungen eine eigene Bildsprache geschaffen um das Thema zu vermitteln.
- nutzt auf kreative Weise die Kraft von Zitaten und Fabeln um die Besucher zum Nachdenken anzuregen und eigene Handlungen zu reflektieren.
- ist das einzige derartig umfassende Informationsangebot zum Thema Betrug in allen drei Landessprachen.
- macht auf sinnvolle Weise Gebrauch von den Möglichkeiten des Web 2.0 und dessen Weiterempfehlungsmöglichkeiten.
- stellt einzelnen Elemente oder Webseiten zur Verfügung, die mit einigen Klicks in die eigene Webseite, das eigene Blog oder das Profil einer Social Community eingebunden werden können.
- bietet ein unterhaltsames Quiz, um sich mit den Themen der Kampagne vertraut zu machen
- kann als 240-seitiges Buch in Form einer PDF-Datei gratis auf der Webseite heruntergeladen werden.

Der Vortrag bietet einen Überblick über die Inhalte der Webseite.



Marco Weller
Netzwerk gegen Gewalt

Marco Weller:

Polizeiberrat, ist seit 1991 im Polizeidienst des Landes Hessen tätig. Seit Dezember 2006 ist er einer der beiden Geschäftsführer des ressortübergreifenden Netzwerks gegen Gewalt der Hessischen Landesregierung.

Medienkompetenz für Eltern, Lehrer, Polizei und sozialpädagogische Fachkräfte – ein Erfolgsmodell der Zusammenarbeit im hessischen Netzwerk gegen Gewalt

Moderation: Rolf Grimmer

Die Website www.medienkompetenz-hessen.de entstand im Rahmen eines Projektes des hessischen Netzwerks gegen Gewalt (www.netzwerk-gegen-gewalt.de) unter dem Titel „Computerspiele, Internet, Neue Medien - Medienkompetenz für Eltern, Lehrer, Polizei und sozialpädagogische Fachkräfte“.

Sie soll all denjenigen als Anlaufstelle dienen, die privat oder beruflich mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben und deren mediale Sozialisation nicht dem Zufall, dem Freundeskreis oder allein modischen Trends überlassen wollen.

Die Website sammelt Ressourcen und bündelt diese in praxisorientierten Themen. Diese thematische Aufteilung erleichtert die Navigation auf der Seite, so dass relevante Informationen schnell gefunden werden: Welche Inhalte, Werkzeuge und Kommunikationsmöglichkeiten gibt es im Internet? Was kann ein Handy? Welche guten Computerspiele sind zu empfehlen, bei welchen sollte man lieber Vorsicht walten lassen? Wie kann ein positiver, kritischer Umgang mit Computerspielen und neuen Medien erreicht werden? Kann man Musik mit anderen im Internet eigentlich tauschen?

Ergänzt wird das Angebot durch Arbeitsblätter und Unterrichtsvorschläge für die Schule, aktuelle Nachrichten und viele Verweise auf weitere Quellen.



Heinz Thiery
Bundeskonzferenz für
Erziehungsberatung

Heinz Thiery:

- Grund- und Hauptschullehrer (1978)
- Diplom-Pädagoge (1981)
- seit 1984 Erziehungsberater (Schwerpunkt Neuropsychologie)
- seit 1995 Referent für psychologische Beratung bei einem kirchlichen Träger
- seit 2004 Leiter der virtuellen Beratungsstelle der bke

Onlineberatung von Eltern und Jugendlichen als präventive Maßnahme der Jugendhilfe

Moderation: Rolf Grimmer

Eine Vielzahl von Eltern und eine noch größere Zahl von Jugendlichen machen von Ihrem Recht auf Beratung zu Familie und Erziehung keinen Gebrauch. Individuelle Hemmschwellen behindern die Kontaktaufnahme mit einer örtlichen Beratungsstelle, obwohl diese Hilfen grundsätzlich niedrigschwellig erreichbar sind. Jugendliche sind mit einem Anteil von ca. 12 % der Ratsuchenden deutlich unterrepräsentiert.

Mit dem von der Jugendministerkonferenz im Jahr 2003 beschlossenen bundesweiten Onlineberatung gelingt es seitdem erfolgreich, beide Gruppen anzusprechen. Erfreulich ist, dass insbesondere Jugendliche das Medium annehmen, um über ihre Sorgen und Ängste zu sprechen, Beratung im Vier-Augen-Kontakt anzunehmen oder im Forum an einer moderierten Selbsthilfe zu partizipieren. Die Onlineberatung erreicht jenen Teil der Population, der die vor Ort vorgehaltenen Hilfen nicht in Anspruch nehmen will.

Den Ratsuchenden wird Anonymität zugesichert, ein Umstand, der es insbesondere Opfern sexueller Gewalt leicht macht, das Geschehene zu thematisieren und - u.a. von anderen Betroffenen - zu erfahren, welche Schritte helfen können, das Trauma zu bearbeiten.

Zugleich liefert das Projekt wertvolle Erkenntnisse über die Bedarfe dieser Zielgruppe und die Art und Weise, wie mit ihr kommuniziert werden muss.



Walter Staufer **Bundesprüfstelle für jugend- gefährdende Medien (BPjM)**

Walter R. W. Staufer:

studierte in Regensburg und München Germanistik, Politik, Soziologie, Geografie und öffentliches Recht. 1985 Dozent für politische Bildung mit den Schwerpunkten Europa, Extremismus, Islamismus und Medien.

Seit 2005 Referent an der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien in Bonn.

Aufbau des neuen Bereichs „Pädagogischer Jugendmedienschutz: Medienerziehung“. Arbeitsschwerpunkte: Rechtsextremismus, Musik (Hip-Hop, Rechtsrock), Handy/Internet, Computerspiele, Medienkompetenz, Jugendprojekte

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien in Bonn wurde 2005 um einen medienpädagogischen Bereich erweitert. Der Medienkompetenzbereich will Chancen und Risiken der Nutzung von Medien (Computerspiele, Internet, Handy, Hörmedien u.a.) aufzeigen, für die Gefahren sensibilisieren sowie Hilfen bei der Medienerziehung geben. Die BPjM unterstützt Eltern, Erziehende und pädagogisch Tätige mit Informationen und Tipps in ihrer Aufgabe, Heranwachsende zu einer verantwortungsbewussten, aktiv verarbeitenden und gestaltenden Mediennutzung zu erziehen.

Publikationen:

aktuelle Broschüren und Online-Publikationen zu:

- Gewalt- und Pornovideos auf Schülerhandys
- Hip-Hop-Musik
- Jugendgefährdende Medien im Rechtsextremismus

auf www.bundespruefstelle.de unter „Publikationen“ und „Jugendmedienschutz: Medienerziehung“

Was macht mein Kind im Internet? Aktuelle Entwicklungen und Gefährdungen – Tipps zur Medienerziehung und zu Hilfsangeboten

Moderation: Rolf Grimmer

Kinder und Jugendliche sind bei der Internetnutzung, insbesondere bei der Teilnahme an Communities und Chats vielen Gefahren ausgesetzt. Ebenso rasant wie die Entwicklung im Netz fortschreitet, wachsen wissenschaftliche Erkenntnisse und konkrete Hilfsmöglichkeiten. In dem Vortrag informiert die Bundesprüfstelle über aktuelle Entwicklungen und zeigt anhand vielfältiger Materialien bewährte und neue Hilfsmöglichkeiten auf.

Die „Generation Online“ erschließt sich die Medienwelt eigenständig – durch Internet, Handy und Computerspiele. Dabei reichen die Gefahren von Cyber-Mobbing und Persönlichkeitsrechtsverletzungen in Communities bis hin zu sexueller Belästigung in Chaträumen oder gar Kontaktanbahnung mit dem Ziel des sexuellen Missbrauchs (Grooming). Auch die Medienabhängigkeit verlangt nach qualifizierter Behandlung. Zudem werden die Web 2.0-Nutzer immer jünger.

Der Ruf nach Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen und Medienerziehungskompetenz der Eltern sowie nach verstärkter Prävention begleitet jeden bekannt gewordenen Fall derartiger Übergriffe. Medienkompetenz aber muss erlernt werden.

Folgenden Themen wird nachgegangen:

- Aktuelle Faktoren der Jugendgefährdung im Internet
- Communities – Freundschaften mit Risiko
- Kampagne und Konzepte zur Sensibilisierung von Jugendlichen im Umgang mit persönlichen Daten im Netz
- Cyber-Mobbing: Europäisches Problem und erfolgreiche Reaktionen
- Medienabhängigkeit/Computerspielsucht: Neues Netzwerk der Hilfsmöglichkeiten
- Wo Eltern und Erziehende selbst gefordert sind
- Was ich als pädagogische Fachkraft meinen Kindern und Jugendlichen für einen kompetenten Umgang mit den Medien vermitteln sollte

Internationales Forum

Inhaltsverzeichnis zu den Vorträgen des Internationalen Forums

- Alle Vorträge in englischer Sprache -

	Seite
Overview of Crime Prevention in Germany Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner	206
Overview of Crime Prevention in Europe Detlef Otto Bönke, Monika Olsson	208
Overview of Crime Prevention in the World Dr. Oliver Stolpe	210
Overview of Crime Prevention in Regions and Communities. The Example of Lower Saxony Dr. Marc Coester, Dr. Burkhard Hasenpusch	212
Violence Prevention through Urban Upgrading in Khayelitsha – Social, Situational and Institutional Crime Prevention Chris Giles, Alastair Graham, Michael Krause, Udo Lange	214



**Prof. Dr. Hans-Jürgen
Kerner**

Universität Tübingen

Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner:

is full Professor at the Faculty of Law, University of Tuebingen, with special responsibility for the fields of criminology, juvenile (penal) law, corrections (including prison law), and penal procedure. Also he is director of the Institute of Criminology, University of Tuebingen, Germany.

Overview of Crime Prevention in Germany

Moderation: Jürgen Mutz

The lecture gives an overview of crime prevention on the federal level of Germany meaning all measures that either address the federal structures and/or are carried out or financed by federal ministries.



Detlef Otto Bönke
Bundesministerium der Justiz



Monika Olsson
Ministry of Justice, Sweden

Detlef Otto Bönke:

is Head of Division in the Division for International Crime Prevention and the Criminal Law relating to Traffic Offences at the German Federal Ministry of Justice, Berlin, where he has been working since 1987 on issues relating to the judicial system and the criminal law after working as a prosecutor at the Hamburg Regional Court. He has been nominated as German “National Representative” in the European Crime Prevention Network (EUCPN) since 2001 and represents the German Government at the “Crime Commission” of the United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC).

Monika Olsson:

is Director, Division for Crime Policy, at the Swedish Ministry of Justice where she has been working since 1998 with issues relating to crime prevention, crime victims, crime statistics and other horizontal issues in the field. Before joining the Ministry, she was head of the Unit for analysis of crime trends at the National Council for Crime Prevention (Brå), a governmental expert body on crime and criminal justice. With a Ph.lic. degree in Criminology, she has also lectured at the University. She was the first chair of the EUCPN and the Swedish national representative to the EUCPN until 2003. Between 2003 and 2006 she was seconded to the European Commission, with a responsibility for elaborating, developing and monitoring legislative and policy initiatives related to crime statistics and research at European level.

Overview of Crime Prevention in Europe

Moderation: Jürgen Mutz

Overview of Crime Prevention at European level

The presentation will give an overview of major activities in the field of crime prevention at the European level. It will provide information about events, conferences and developments within European bodies, especially the European Crime Prevention Network (EUCPN).

At the 12 th Congress in Wiesbaden there was an opportunity for giving a presentation about the EUCPN, its structure and work. In the meantime, the EUCPN has undergone an evaluation process. In fact the EUCPN is currently undergoing an effective reform process initiated by the Member States. The workshop presents an opportunity for giving information on the development and the activities of the EUCPN.

The incoming Swedish Presidency will present its plans and the action to be taken in the field of crime prevention during its presidency of the European council. Furthermore, the contributions aim to provide an overview of other European crime prevention activities.

Discussion should focus on the questions of whether, and how, European and national bodies should foster crime prevention activities, and the cooperation amongst them.



Dr. Oliver Stolpe
**United Nations Office on Drugs
and Crime UNODC**

Oliver Stolpe:

born in 1968 in Munich, holds a PhD in Law and Criminology of the University of Würzburg. In his academic research, carried out in Italy, he mainly focused on studying the economics of Mafia organisations, and the legislative and law enforcement approaches of the Italian authorities in combating this phenomenon. Since 1999 he has been working in various functions for the United Nations Office on Drugs and Crime, including as the Chief of its Justice and Integrity Unit and as the Senior Project Manager of one of UNODC's largest projects in the area of anti-corruption and criminal justice reform. During his career, Mr. Stolpe has designed and supported the implementation of a large number of technical assistance projects aimed to assist United Nations Member States in the prevention of corruption and criminal justice reform. He also helped facilitating a large number of intergovernmental negotiations, including of the United Nations Convention against Corruption.

Overview of Crime Prevention in the World

Moderation: Mutz

Since 2000 the United Nations has been promoting the “culture of prevention”, to which Member States made an advance contribution already in 1995, when the Economic and Social Council adopted first “Guidelines for cooperation and technical assistance in the field of urban crime prevention”(ECOSOC resolution 1995/9, Annex). With the follow-up adoption of “Guidelines for the Prevention of Crime” (ECOSOC resolution 2002/13, Annex), the United Nations Office on Drugs and Crime, which implements them in the United Nations system, has made a review of crime prevention trends in the world. The paper first informs on those trends captured in the report of the United Nations Secretary-General, and on the UNODC’s practical action to promote crime prevention globally and locally. Next, emphasizing as a major strategy to prevent youth delinquency and crime the trend toward the inclusion of youth-at-risk and to facilitate the reintegration of sentenced offenders, the paper informs about the respective UNODC crime prevention technical assistance projects and activities, also in the context of the preparations for two workshops at the Twelfth United Nations Congress on Crime Prevention and Criminal Justice (Salvador, Brazil, 12-19 April 2010), namely on “Practical approaches to preventing urban crime” and “International criminal justice education for the rule of law”. The paper concludes with proposals for further international crime prevention action.



Dr. Marc Coester
Landespräventionsrat
Niedersachsen



Dr. Burkhard Hasenpusch
Niedersächsisches
Justizministerium

Dr. Burkhard Hasenpusch: recently joined the Crime Prevention Council in Hanover to develop a databank on promising crime-prevention programmes for a „Communities that care“ project. He studied psychology in Kiel and criminology in Ottawa and Montréal. His dissertation dealt with “Future trends in crime and crime control in Canada”. He worked in Montréal on the evaluation of crime prevention programmes (1978), in New York (1979 - UN Secretariat) on capital punishment and designed an interdepartmental crime-prevention policy for the Lower Saxony Department of Justice in Hanover (1980/82) before joining the prison division there. His responsibilities included research and statistics in the prison service, the treatment of sexual offenders, academic and vocational training of prisoners, prison labour and chaplaincy services.

Dr. Marc Coester: studied educational science at the University of Tübingen and worked for the Institutes of Criminology at the Universities of Tübingen and Marburg. His dissertation focused on the comparison of hate crimes in Germany and the USA. Currently he is working for the State Crime Prevention Council of Lower Saxony in Hanover within the „Beccaria-Project: Knowledge Transfer in Crime Prevention“ (www.beccaria.de) and the „competent. for Democracy - Counselling Networks against Right-Wing Extremism“ (www.kompetent-fuer-demokratie.de) project. He is also affiliated to a project of recidivism evaluation of youth prisons in the state of Hesse as well as the youth work organisation Kulturwerkstatt e.V. Reutlingen (www.kulturwerkstatt.de). His key aspects of activity are crime prevention, youth delinquency and hate crimes.

Overview of Crime Prevention in Regions and Communities. The Example of Lower Saxony

Moderation: Dr. Marc Coester

In Germany, crime prevention efforts are organized by all three levels of government: Federal, state and local. Local communities rarely possess the resources necessary for state-of-the-art policy development in this field and therefore often cooperate closely by exchanging local experience and rely on consultative and administrative support from the state level. In Lower Saxony, this support is provided by the State Crime Prevention Council (Landespräventionsrat), which is primarily an association of local crime prevention councils and NGOs working in this field, and by its Secretariat, which is part of the Lower Saxony Ministry of Justice. At the local level, some communities have conducted regional criminological analyses to assess the specific needs for prevention programmes and are conducting strategies aiming at the prevention of hate crimes, improving the development of children and youths, dealing with violence in the family and reducing truancy from school, to name but a few examples. The Secretariat supports these activities by serving the Council's Board of Directors, by providing liaison to the relevant ministries (Justice, Interior, Education, Social Affairs) and by developing and administering training programmes for local officials as well as special pilot projects such as introducing the „Communities that care“-approach. The presentation highlights the structures and outcomes of these crime prevention measures on the local level in the regions and communities in the state of Lower Saxony.



Chris Giles, VPUU

Born 1951 in George, South Africa. Clinical and community research psychologist. Worked for 10 years in child protection. 1990 to 2002 founder and director of NGO Selfhelp Manenberg. Since 2003 involved in crime prevention programmes of the provincial Department of Community Safety. Joined VPUU in 2006.



Alastair Graham, VPUU

Born 1964 in Chester, UK, South African urban planner. Long-term experience in implementation of public facilities for the urban upgrading of latent violent townships. Facilitator for the local cooperation of national, provincial and municipal initiatives for nodal development like Urban Renewal Programme, Neighbourhood Development Partnership Grant. VPUU PMU Manager, Governance and Interface Department, City of Cape Town.



Michael Krause, VPUU

Born 1970 in Erlabrunn, Germany, Diploma in Urban Design from Bauhaus University of Weimar. Since 1995 Urban Designer for integrated upgrading of informal settlements in South Africa. Mediation in latent political-violent environments. Worked for DED and InWEnt in field of SMME Skills Development. Since March 2006 AHT GROUP AG team leader for VPUU in Khayelitsha.



Udo Lange, AHT Group AG

Born 1959 in Essen, Germany. 1986 diploma in Urban and Regional Planning, University of Dortmund, Germany. 1992 Project Manager for GTZ in Brasilia, and Porto Alegre PRORENDA urban upgrading project of informal settlements 1995 to 1999. Since 2000 Project Manager at AHT GROUP AG, Essen. Backstopper for VPUU since the project Feasibility Study in 2002. Support to the Monitoring and Evaluation framework of VPUU.

Violence Prevention through Urban Upgrading in Khayelitsha – Social, Situational and Institutional Crime Prevention:

Moderation: Dr. Marc Coester

Achievements and Trends of a Bilateral Financial Cooperation Programme

“VPUU: Violence Prevention through Urban Upgrading in Khayelitsha”

The programme is a partnership between the City of Cape Town, the German Ministry for Economic Cooperation through the Development Bank KfW and the local community. As part of the South African-German bilateral Development Cooperation it has been implemented since 2005.

VPUU tackles violence on 3 levels: several social, situational and institutional crime prevention measures are combined with infrastructure and local economic development projects in four Safe Node Areas of Cape Town’s large predominantly African township. Khayelitsha means “New Home” for an estimated still growing population of 600,000 suffering from one of the highest crime rates in South Africa.

The area-based approach is centred around so called “Active Boxes”, a type of safe places along pedestrian desire lines. They consist of caretaker flats, assembly points for neighbourhood patrols and offices for local initiatives, e.g. on gender-based violence. Participatory baseline, household, business surveys, and crime mapping inform the VPUU management on the planning and construction of safer public spaces. New approaches for community based Operation and Maintenance of facilities are established, so that positive changes can be sustained.

A monitoring and evaluation framework with a set of indicators has been prepared to describe the impacts achieved towards improved safety and quality of life of the population by 2010.

DPT-Universität

Inhaltsverzeichnis zu den Vorträgen der DPT-Universität

	Seite
Schüleruniversität	
Eröffnung und Begrüßung Niedersächsische Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann	
Musik als Kraftfutter für das Gehirn? - Prävention durch Musik - Prof. Dr. Stefan Koelsch	218
Rechtsextremismus unter Jugendlichen in Deutschland. Prof. Dr. Christian Pfeiffer	220
Warum werden Jugendliche kriminell? Prof. Dr. Ruth Linssen	222
Elternuniversität	
Eröffnung und Begrüßung Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit Mechthild Ross-Luttmann	
Wer weiß schon, was „Vorglühen“ ist? - Neue Formen des Alkohol-Konsums in der Jugendkultur Prof. Dr. Wolfgang Heckmann	224



Prof. Dr. Stefan Koelsch

Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Stefan Koelsch:

Ph.D. (Dr. rer. nat. habil., Psychology), M.Sc. (Psychology), M.Sc. (Sociology), M.A. (Music)

Personal information:

July 7th, 1968 born in Wichita Falls, Texas, USA. Citizenship: German and US

Degrees:

2004 - Habilitation in Psychology, University of Leipzig, Germany

2000 - Ph.D. in Psychology (Dr. rer. nat.), Max Planck Institute for Human Cognitive and Brain Sciences

2000 - M.Sc. in Sociology (Dipl.-Soz.), University of Leipzig, Germany

1998 - M.Sc. in Psychology (Dipl.-Psych.), University of Leipzig, Germany

1994 - M.A. in Instrumental and Vocal Music (Künstlerische Reifeprüfung), University of Music and Arts, Bremen, Germany

Academic experience

April 2009 Guest Prof. Cluster of Excellence "Language of Emotion" at the Freie University Berlin

2006 – pres. Senior Lecturer / Assistant Prof. in Psychology, University of Sussex, UK

2003 – 2008 Leader of the Independent Junior Research Group "Neurocognition of Music" (Forschungsprofessur / Assistant Professor), Max Planck Institute for Human Cognitive and Brain Sciences, Leipzig, Germany

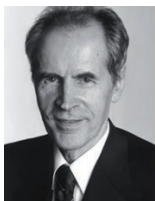
2001 – 2002 Postdoctoral Research Fellow, Department of Neurology / Neuroimaging, Harvard Medical School, Massachusetts, USA

2000 – 2001 Postdoctoral Research Fellow, Max Planck Institute of Cognitive Neuroscience, Leipzig, Germany

Musik als Kraftfutter für das Gehirn? - Prävention durch Musik -

Gehirne entwickeln sich nicht ohne Umgang mit der Umwelt. Indem Menschen gleichzeitig mit sich selbst, mit anderen Menschen und dem, was sie umgibt, in Beziehung treten, stellt das Gehirn Beziehungen zwischen sich und der Umwelt her. Die Gelegenheiten, bei denen Menschen dies ohne Gewalt und Aggression gelingt, sind Sternstunden für das Gehirn. Im gemeinsamen, spielerischen Muskmachen kann man z.B. solche Sternstunden erleben. Sie sind Kraftfutter für das Gehirn, in denen sich die Seele entfalten kann.

Dieser Vortrag stellt sozialpsychologische Experimente zum Einfluss von Musik auf pro-soziales (helfendes) Verhalten vor, sowie neurophysiologische Studien, die untersuchen, wie angenehme und unangenehme Emotionen beim Hören von Musik im Gehirn evoziert und verarbeitet werden. Musik kann prosoziales (oder auch aggressives) Verhalten durch unterschiedliche Mechanismen beeinflussen, z.B. durch den Klang der Musik selber (der z.B. sanft, weich, hart, bedrohlich, aggressiv, etc. sein kann), durch Rhythmus und Melodie der Musik (Rhythmus und Melodie können z.B. eine fröhliche oder eine aggressive Sprechweise imitieren, aber auch direkt bedeutungstragende Information übermitteln), durch den Text bei gesungener Musik, und durch die Aktivierung von Strukturen, die in Empathie involviert sind. Im Hinblick auf Muskmachen ist gemeinschaftliches Muskmachen nur als kooperatives Handeln möglich, was die Wahrscheinlichkeit weiteren kooperativen Verhaltens erhöhen kann. Aggressive Musik kann jedoch möglicherweise auch helfen, Aggressionen abzubauen, z.B. dadurch, dass Menschen in der Musik erkennen, dass sie mit ihren Problemen nicht allein sind und sich auch dadurch verstanden fühlen



Prof. Dr. Christian Pfeiffer
Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) e. V.

Prof. Dr. Cristian Pfeiffer

Geboren 1944 in Frankfurt/Oder; nach Schule und Bundeswehr (Leutn. d. Res.) Studium der Rechtswissenschaften und Kriminologie an der Universität München und der London School of Economics and Political Science, Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes; Wissenschaftlicher Assistent bei Prof. Dr. Schüler-Springorum (Universität München), während dieser Zeit Gründer und 1. Vorsitzender des Vereins BRÜCKE e.V. München, dessen Modellversuch zur Erprobung ambulanter Maßnahmen nach dem JGG bundesweit große Ausstrahlungswirkung entfaltet; Heisenberg Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft; seit 1988 Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V.; 1987 bis 2000 Universitätsprofessor für Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug am Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Hannover; 1986 bis 1997 1. Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V.; 1997 bis 2000 Gründer und 1. Vorsitzender der Bürgerstiftung Hannover, nach deren Vorbild inzwischen bundesweit mehr als 80 weitere Bürgerstiftungen gegründet wurden; Dezember 2000 bis März 2003 niedersächsischer Justizminister; seitdem wieder Direktor des KFN.

Rechtsextremismus unter Jugendlichen in Deutschland.

Aktuelle Ergebnisse und Folgerungen aus einer bundesweiten repräsentativen Schülerbefragung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) von 2007/2008

Rechtsextremismus ist unter Jugendlichen weiter verbreitet als viele denken. In dem Vortrag sollen zunächst aktuelle Forschungsergebnisse dargestellt werden. Danach geht es um die Frage, welche Möglichkeiten für Schule, Jugendhilfe und Zivilgesellschaft bestehen, dem Rechtsextremismus junger Menschen entgegen zu wirken.



Prof. Dr. Ruth Linssen
Fachhochschule für öffentliche
Verwaltung NRW

Ruth Linssen:

ist Professorin für Polizeiwissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Dortmund. Bis 2008 hat sie als Dozentin für Psychologie und Soziologie an der Fachhochschule des Bundes gearbeitet, bis 2006 war sie Projektmitarbeiterin im Landespräventionsrat Niedersachsen. Forschungsinteressen sind Kriminalprävention, Jugendgewalt, Polizei und Medien sowie Korruption.

Warum werden Jugendliche kriminell?

Einen Lippenstift im Drogeriemarkt klauen, in der U-Bahn die Sitze aufschlitzen, ein Graffiti an die Wand sprühen, kiffen oder in der Schule die Markenklamotten oder das Handy des Mitschülers „abziehen“. All das gilt als „jugendtypische Delikte“. Statistische Zahlen weisen beispielsweise darauf hin, dass Jugendliche und junge Männer gewalttätiger sind als alle anderen Altersgruppen.

Warum ist das so? Muss das so sein? Warum werden Jugendliche kriminell? Wie kann man ihr Handeln verstehen? Und heißt es, dass jeder, der schon mal geklaut hat, auch auf die „schiefe Bahn“ gerät?

Wissenschaftler haben spezielle Erklärungen für die Kriminalität von Jugendlichen. An ihnen orientiert sich sogar die Bestrafung, denn Jugendliche werden für die gleiche Tat anders bestraft als Erwachsene. In der Veranstaltung werden verschiedene theoretische Erklärungen für Jugendkriminalität vorgestellt und an praktischen Fällen überprüft: Passt die wissenschaftliche Sicht zur Wirklichkeit? Erklärt die Theorie eine ganz bestimmte Tat? Und was heißt das für Straftaten von Jugendlichen allgemein?

Die Veranstaltung ist für Jugendliche der 8.-10. Jahrgangsstufe.



**Prof. Dr. Wolfgang
Heckmann**

Hochschule Magdeburg-Stendal

Prof. Dr. Wolfgang Heckmann:

- Jahrgang 1946
- seit 1972 Diplom-Psychologe
- seit 1971 therapeutische Arbeit mit Drogenabhängigen
- 1978–1986 Drogenbeauftragter des Landes Berlin
- 1981/82 Gastprofessor für Entwicklungs-Psychologie und Drogenprobleme in Kassel
- seit 1986 sozialwissenschaftliche Gesundheits-Forschung zu Fragen der Morbidität, der Versorgung und der Wirksamkeit von Modellen, Leiter der Abt. AIDS- und Sucht-Forschung am Sozialpädagogischen Institut Berlin
- Juni 1987 bis Juli 1993 Leiter des Fachgebietes Psycho-soziale Forschung im AIDS-Zentrum des Bundesgesundheitsamtes
- 1992/93 Global Program on AIDS, WHO-Regionalbüro Europa, Kopenhagen
- seit August 1993 Professor für Sozial-Psychologie an Hochschule Magdeburg-Stendal, beteiligt an Planung und Weiterentwicklung von Strategien im Sozial- und Gesundheitswesen Sachsen-Anhalts (Schwerpunkte: Sozialpsychiatrie, Sucht)
- Herausgeber der Reihen „Suchtprobleme in Pädagogik und Therapie“ und „Arbeitsergebnisse aus der Suchtforschung“ Beltz, Weinheim/Basel, Mit-Herausgeber der Reihe „Ergebnisse sozialwissenschaftlicher AIDS-Forschung“, Sigma, Berlin

Wer weiß schon, was „Vorglühen“ ist? - Neue Formen des Alkohol-Konsums in der Jugendkultur

Der Konsum von Alkohol und insbesondere exzessive Formen des Konsums sind an bestimmte Lebensphasen, an bestimmte Rituale, an bestimmte soziale und kulturelle Bedingungen gebunden.

Wenn mit Sorge über Alkohol- bzw. Drogen-Exzesse gesprochen wird, dann geht es immer um Kinder und Jugendliche. Es sind wir Erwachsenen, in unserer Kapazität als Eltern, Lehrer/innen oder Präventionsfachleute, die besorgt sind. Die Jugendlichen selbst sind – als eins der beneidenswertesten Kennzeichen ihres Lebensalters – sorgenfrei bis sorglos.

Wenn wir unsere Besorgnis qualifizieren, gar in präventive Absichten überleiten wollen, müssen wir die Hinsicht verbessern: Wir müssen genauer wahrnehmen, sensible Antennen in die verschiedenen Jugendkulturen ausfahren und vergleichen – mit unserer eigenen Jugend, was wir besonders gern und allzu leicht verklärend tun, und mit Jugendentwicklungen anderer Zeiten und anderer Regionen.

Der Beitrag will Antworten auf diese Fragen versuchen:

Steigt oder sinkt der Alkohol-Konsum im Jugendalter?

Gab es/gibt es jugendlichen Alkoholkonsum als „Durchgangsphänomen“?

Was ist „neu“ an den neuen Formen des jugendlichen Alkoholkonsums?

Worauf sollten Eltern achten, was sollten Eltern wissen?

Was lässt sich sinnvollerweise zur Prävention unternehmen?

Sind wir schon am Limit oder kann es noch schlimmer kommen?

Projektspots

Inhaltsverzeichnis zu den Projektspots

	Seite
Jugendmoderatoren für Partizipation David Dinges	232
Integrationslotsen für Toleranz und interkult... Marianne Winkler	233
Chancen nutzen - Perspektiven schaffen Eckhardt Lotze	234
Fußball und Sicherheit – Ein Spielfeld für... Dr. Ireen Friedrich	235
Selbsthauptung und Selbstschutz Bettina Kainz	236
Arbeitsgruppe „Restorative Justice in Nieders... Dr. Burkhard Hasenpusch	237
Eine ganze Stadt macht Prävention Gerd Koop	238
Das Prognosezentrum im niedersächsischen... Thomas Villmar	239
Gewaltfrei Lernen - Konfliktfähigkeit in Bewe... Sibylle Wanders	240
Sport, Spiel und Bewegung im Erziehungskonz... Klaus Jürgen Tolksdorf	241
Sexualstraftäter Betreuung mit K.U.R.S. Stefan Bock	242
Medienprojekte zu Integration und Freiwillige... Gregor Dehmel	243
Fachstelle Jugendschutz im Internet Robert Reichstein	244
PAPILIO – Primärprävention durch Förderung... Heidrun Mayer	245

	Seite
Was Hänschen und Gretchen nicht lernen,... Andrea Sieverding	246
Mama singt - Mütter singen Kinderlieder ihrer... Svenja Schlüter	247
„Die Abenteuer des Merkur“ – Musik und Tanz i... Corinna Gobrecht	248
„Respekt- Songs für Toleranz und Verständigun... Vera Lüdeck	249
Klasse! Wir singen - Singschulprojekt für die... Gerd-Peter Münden	250
Prävention gegen Rechtsextremismus - Nds. Ver... Maren Brandenburger	251
FuN - Elternbildung auch für belastete Famili... Birgit Piltman	252
Das Kind ist das Spiegelbild der Familie Udo Bertram	253
virtuelle Kriminalität - reale Opfer Klaus Jansen	254
Trainingscamp Lothar Kannenberg - Konzept... Prof. Dr. Michael Galuske	255
Europäische Zusammenarbeit zur Verminderung... Prof. Dr. Wolfgang Heckmann	256
Theater und Prävention Thomas Flocken	257
Mutmachkampagne: „Und welches Ziel hast Du?“ Jürgen Krusch	258
Untersuchungshaftreduzierungshilfe und Krimin... Christian Fissenebert	259

	Seite
Redet mit Ihnen - Plädoyer für eine Präventio... Rolf Hoppe	260
Der neue Ambulante Justizsozialdienst in Nied... Dr. Stefan von der Beck	261
Kurzvorstellung der AussteigerhilfeRechts Nie... Dennis	262
Öffentlichkeitsarbeit in der Kriminalpräventi... Prof. Dr. Ruth Linssen	263
Verkehrsprävention in Kooperation mit Migrant... Kurt Horst	264
Sozialarbeit an Schulen: Auf dem Weg zum... Merle Siedenburg	265
„Ein Blick? -- Einblick!“ Kriminalprävent... Franz Nowak-Sylla	266
Praxis der Primärprävention in Schule und Kit... Stefan Behr	267
Beccaria-Qualifizierungsprogramm Kriminalprä... Hermann Lampen	268
Soziales Lernen entwickelt Lebenskompetenzen Michael Niggemann	269
Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei und... Klaus Hackmann	270
Gefahren des Chattens Franz Niebauer	271
Der Überlebens-Code - Auswirkungen auf junge... Albert Krüger	272
Erziehung und soziale Werte Dr. Melanie Wegel	273

	Seite
SROI-Messmethodik: Rendite öffentlicher Inves... Viktor Hermeler	274
Zweikampfverhalten - Coolnesstraining im... Rebekka Salome Henrich	275
Inzest - Auswirkungen auf Gesellschaft und In... Ulrike M. Dierkes	276
Betreuung im Wohnraum - eingebunden in die... Siegfried Kämmerer	277
Therapie für Täter ist ein Beitrag zum Opfers... Heinz-Jürgen Pitzing	278
Kinder besuchen das Amtsgericht (ein Erfahrun... Tina Neubauer	279
NERO Netzwerk engagierter Rechtsanwälte für... Dr. Bettina Grözinger	280
Gewaltpräventive Gruppe für Jungen, die Gewal... Cathrin Adler	281
CTC - Neue Instrumente für die Steuerung der ... Frederick Groeger-Roth	282
Das Leipziger Netzwerk für Kinderschutz Dr. Siegfried Haller	283
Demographie und Kriminalität in Mecklenburg... Prof. Dr. Manfred Bornewasser	284
Auswirkungen der Demographie auf die Prävent... Prof. Ingmar Weitemeier	285
Sicheres Motorradfahren in Schleswig-Holstein Olaf Weddern	286
Handlungsfelder der Straffälligenhilfe Dr. Reiner Hollmann	287

	Seite
Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz - Eine Be... Julia A. Jäger	288
Entlassungstraining - Erziehung zur Selbständi... Susann Reinheckel	289
Demokratie, Städte und Drogen Sebastian Sperber	290
Biografiearbeit mit dem Lebensbuch Klaus ter Horst	291
Prävention mit Spaß:Deutschlands größte Stelz... Dankwart Terörde	292
Freiräume - Angebote für Kinder von inhaftier... Thomas Wendland	293

Jugendmoderatoren für Partizipation

David Dinges

Def. „Jugendmoderator für Partizipation“

Ein Jugendmoderator ist eine Person, die Gespräche, Arbeits- und Lerngruppen, Projekte und Problemlösungen in Partizipationsprozessen unterstützt und begleitet, sowie solche Prozesse initiiert. Die begleitende Tätigkeit bezeichnet man als Moderation. Der „Peer to Peer- Ansatz“ (Jugendliche beteiligen Jugendliche) bildet die Grundlage des Gesamtcurriculums.

Kurzbeschreibung:

In Zusammenarbeit mit Herrn Professor Waldemar Stange (Leuphana Universität Lüneburg) wurde ein Programm für Jugendliche und junge Heranwachsende entwickelt, welches diese zu „Jugendmoderatoren für Partizipation“ qualifiziert. Aspekte verschiedener Programme wie Buddy, TRAINEE, Konfliktlotsen, Schülermentoren etc. werden aufgegriffen und ausgebaut. Die Jugendlichen erhalten eine Ausbildung, die es ihnen ermöglichen soll, das bereits vorhandene Wissen und die bereits erworbenen Kompetenzen (aus den aufgeführten Programmen und daraus resultierenden Aufgaben) auszubauen und möglichst großflächig, sektorenübergreifend anzuwenden.

Zielgruppe:

Alle engagierten „Jugendlichen“ im Alter von 14 bis 21 Jahren. Dabei ist die Durchführung nicht davon abhängig, in welchem Lebensbereich sich die Akteure aufhalten bzw. bewegen. Überall da, wo Kinder bzw. Jugendliche beteiligt werden können/wollen, und bisher nicht die Möglichkeit hatten, ist der Einsatz eines Jugendmoderators möglich.

Kontakt:

Stadt Schneverdingen

Schulstr.3

29640 Schneverdingen

Tel.: 015228805629

E-Mail: dingesdavid1984@web.de

Integrationslotsen für Toleranz und interkulturelle Verständigung

Marianne Winkler

Das Projekt „Integrationslotsen in Niedersachsen“ fährt auf der Erfolgsspur. Orientiert an einem in Osnabrück erprobten Modellprojekt hat es innerhalb kürzester Zeit in vielen Kommunen Fuß gefaßt. Mit finanzieller Förderung des Landes Niedersachsen wurden seit Mai 2007 über 1.000 Interessierte durch verschiedene Bildungseinrichtungen zu Integrationslotsen qualifiziert. Viele von ihnen sind jetzt ehrenamtlich tätig. Sie helfen Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderern bei der Orientierung in einer für sie fremden Umgebung oder sie unterstützen schon länger hier lebende Migrantinnen und Migranten bzw. deren Kinder bei der sprachlichen, schulischen, beruflichen oder gesellschaftlichen Integration. Sie begleiten Einzelne, betreuen Gruppen oder unterstützen Institutionen. Viele von ihnen haben selbst einen Migrationshintergrund.

Neben der Qualifizierung zu allgemeinen Integrationslotsen werden auch Spezialisierungskonzepte durchgeführt, die von verschiedenen Institutionen in Absprache mit dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Integration entwickelt werden. Eines davon ist das Konzept „Integrationslotsen für Toleranz und interkulturelle Verständigung“ (Toleranzlotsen), das von der Landesarbeitsgemeinschaft der Jugendsozialarbeit in Niedersachsen (LAG JAW) gestartet wurde. Dieses Projekt setzt auf Prävention. Eine Gruppe engagierter Schülerinnen und Schüler der IGS Mühlenberg, Hannover, wurde zu Toleranzlotsen qualifiziert. Sie bieten jetzt als Peer-Trainerinnen und Peer-Trainer Jugendlichen in Schulen, Jugendwerkstätten und anderen Institutionen Workshops z.B. zum Thema Rassismus an.

Kontakt:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration

Clemensstraße 17, 30169 Hannover

Tel.: 0511-1204654

E-Mail: marianne.winkler@mi.niedersachsen.de

Webseite: http://www.mi.niedersachsen.de/master/C42039409_N33330850_L

Chancen nutzen - Perspektiven schaffen**Eckhardt Lotze**

Modellprojekt „Chancen nutzen, Perspektiven schaffen – Berufsorientierung und Sprachförderung für Jugendliche mit Migrationshintergrund“ Ziel des gemeinsamen Modellprojektes des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration (MI) und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist die Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungschancen von benachteiligten Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Das niedersächsische Modellprojekt bietet Chancen auf einen erfolgreichen Schulabschluss und Perspektiven für den Berufseinstieg. Das Projekt richtet sich an Jugendliche mit Migrationshintergrund (einschließlich Spätaussiedler), die in den letzten Jahrgängen der Haupt- oder Realschule sind und noch nicht oder nur unzureichend von den frühkindlichen bzw. schulischen Deutschförderangeboten profitieren konnten sowie bildungssprachliche Defizite aufweisen. Die Jugendlichen werden über einen Zeitraum von zwei Jahren in Ergänzung zum Regelunterricht und über den Schulabschluss hinaus gefördert. Das Projekt ist zunächst an sieben Standorten in Niedersachsen – Stadtoldendorf, Seesen, Peine, Delmenhorst, Vechta, Hameln und Bremervörde – modellhaft in der Erprobung.

Die Eckpunkte des Projektes sind

- schulergänzende Förderung Deutsch als Zweitsprache;
- Berufsorientierung;
- Berufspraktika;
- Unterstützung bei der Ausbildungsplatzsuche;
- Coaching in der Anfangsphase der beruflichen Ausbildung;
- wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung des Projektes.

Das BAMF entwickelt ein auf die Zielgruppe ausgerichtetes Konzept zur schulergänzenden Sprachförderung. Weiter begleitet es die Umsetzung und fördert das Projekt

Kontakt:

Nds. Ministerium für Inneres, Sport und Integration
Clemensstraße 17, 30169 Hannover

Tel.: 0511 1204865

E-Mail: Eckhardt.Lotze@mi.niedersachsen.de

Webseite: [http://www.mi.niedersachsen.de/master/
C42039409_N33330850_L](http://www.mi.niedersachsen.de/master/C42039409_N33330850_L)

Fußball und Sicherheit – Ein Spielfeld für die Prävention

Dr. Ireen Friedrich

Beschreibung der Schwerpunkte:

- Fußballspiele als Sicherheitsveranstaltungen
- Verhalten konflikt- u. gewaltbereiter Fans
- Zusammenspiel der Sicherheitsverantwortlichen im Sicherheitsgeschehen (Vereine, Bundesliga, Polizei)
- Sicherheitsmaßnahmen zur Eindämmung von Zuschauergewalt
- Möglichkeiten der präventiven Fanarbeit

(gemeinsam mit Bernhard Klob, Universität Wien)

Kontakt:

Bundeskriminalamt Wien

Schlickplatz 6

1090 Wien

Tel.: 0049-24836/85184

E-Mail: ireen.friedrich@bmi.gv.at

Webseite: <http://www.bmi.gv.at/praevention>

Selbsthauptung und Selbstschutz

Bettina Kainz

Erstellung landesweiter Richtlinien und Qualitätsstandards für Selbstbehauptungs- und Selbstschutzkurse für Kinder, Jugendliche und Frauen gegen sexuelle Gewalt und Missbrauch.

Fundierte Ausarbeitung von Modulen betreffend einer einheitlichen Selbstbehauptungs- und Selbstschutz-Trainerausbildung aus den Bereichen

- Polizei (Präventionsbeamte)
- Sportvereine (v.a. Kampfsportverbände, Selbstbehauptungstrainer)
- Schulen (Lehrer, Pädagogen)
- Zusätzliche Kooperationspartner:
- Präventionsvereine
- Kinderschutzeinrichtungen
- sonstige Hilfseinrichtungen

Professionelle Vernetzung aller Kooperationspartner durch Festlegung einheitlicher Qualitätsstandards und Richtlinien:

- Zielgruppe: Kinder, Jugendliche und Frauen
- Stärkung des Selbstbewusstseins
- Vermeidung von Gefahren- und Konfliktsituationen
- Vermittlung verhaltensorientierter Maßnahmen

Angebot:

- Selbstbehauptungs- und Selbstschutztraining in Kindergärten, Schulen und Vereinen (abgestimmt auf Altersklassen)
- Informationsveranstaltungen durch ausgebildete Sexualdeliktpräventionsbeamte (Polizei), speziell geschulte Selbstbehauptungs- und Selbstschutztrainer

Konkret:

- Vorgehensweise bei Verdachtsfällen
- transparente Hilfsangebote und Ansprechpartner (Informationsstellen)
- Sensibilisierung der Eltern und Pädagogen
- Erstellung von Booklets für Eltern, Lehrer und Kindergartenpädagoginnen

Kontakt:

Bundeskriminalamt

Schlickplatz 6, 1090 Wien

Tel.: 0043-1-24836/85437

E-Mail: bettina.kainz@polizei.gv.at

Webseite: <http://www.bmi.gv.at/praevention>

Arbeitsgruppe „Restorative Justice in Niedersachsen“

Dr. Burkhard Hasenpusch

Arbeitsgruppe aus Angehörigen der Justiz und der Gefängnisseelsorge.

Versuch der Einrichtung eines Runden Tisches „Restorative Justice“ (Wiederherstellung ungestörter Beziehungen zwischen Tätern, Opfern und der sie umfassenden Gemeinschaft).

Ziel: Initiieren von Pilotprojekten auf diesem Gebiet in Niedersachsen.

Kontakt:

Nieders. Justizministerium
Am Waterlooplatz 5 a
30169 Hannover

Tel.: 0511-120 5247

E-Mail: Burkhard.Hasenpusch@mj.niedersachsen.de

Eine ganze Stadt macht Prävention**Gerd Koop**

Vorstellung der Struktur, Ziele und Aufgaben des Präventionsrates Oldenburg, ausgezeichnet mit dem Deutschen Städtepreis für Prävention für 2007/2008. Der Präventionsrat Oldenburg ist ein freiwilliger Zusammenschluss von über 50 Organisationen, Behörden und Unternehmen. Über 300 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in zahlreichen Projekten aktiv mit. Ziel ist, die ganze Stadt für Präventionsaufgaben zu gewinnen.

Kontakt:

Präventionsrat Oldenburg

Schlossplatz 26

26122 Oldenburg

Tel.: 0441-2353611

Fax.: 0441-2353612

E-Mail: praeventionsrat@stadt-oldenburg.deWebseite: www.praeventionsrat-oldenburg.de

Das Prognosezentrum im niedersächsischen Justizvollzug

Thomas Villmar

Das Prognosezentrum (ProgZ) des Landes Niedersachsen ist eine mit landesweiter Zuständigkeit versehene Einrichtung des niedersächsischen Justizvollzuges. Ihr obliegt die forensische Begutachtung von Straftätern, die wegen Sexual- und/oder Gewaltstraftaten sowie schwerer Eigentumsdelikte verurteilt sind und in einer der niedersächsischen Justizvollzugsanstalten einsitzen. Darüber hinaus ist das ProgZ für die Erstellung von Risikoprofilen von zur Haftentlassung anstehenden Sexualstraftätern gemäß K.U.R.S (Konzeption zum Umgang mit rückfallgefährdeten Sexualstraftätern und Sexualstraftäterinnen in Niedersachsen) zuständig.

Die von den GutachterInnen des Prognosezentrums erstellten Erst-, Behandlungs- und Lockerungsgutachten entsprechen den definierten Mindestanforderungen für (Prognose-) Gutachten.

Als wesentlicher Bestandteil einer jeden forensisch-gutachterlichen Expertise ist eine fundierte legalprognostische Einschätzung anzusehen, deren Herleitung verschiedene Facetten der Täterpersönlichkeit und seines (Tat-)Handelns sowie situative Aspekte des Tatkontextes berücksichtigt sowie nachvollziehbar darzulegen hat; auf ihr ruht die gutachterliche Empfehlung zum weiteren (vollzuglichen) Vorgehen.

Der Vortrag beschreibt die Arbeitsweise des Prognosezentrums; die unterschiedlichen Methodiken der Legalprognose sowie deren Möglichkeiten und Begrenzungen sollen skizziert und diskutiert werden.

Kontakt:

Justizvollzugsanstalt Hannover
Schulenburg Landstrasse 145
30165 Hannover

Tel.: 0511-6796543

E-Mail: Thomas.Villmar@jva-h.niedersachsen.de

Gewaltfrei Lernen - Konfliktfähigkeit in Bewegung trainieren

Sibylle Wanders

Menschen lernen am besten in Bewegung! Auf dieser Erkenntnis basiert die Gewaltfrei Lernen Konfliktschulung, die Schülern, Eltern, Lehrern und Betreuern den Umgang mit den alltäglichen Konflikten unter Schülern erleichtert.

Das Konzept - federführend entwickelt von der Diplomsportpädagogin und Fachautorin für Bewegtes Lernen Sibylle Wanders - setzt sowohl in den Schülerkursen wie auch in den Fortbildungen der Lehrer und Betreuer auf bewegungsreiche Unterrichtseinheiten. Durch spezifische Spiele und Übungen verbessern Schüler ihre Teamfähigkeit, Selbstbehauptung und Sprachfertigkeiten. Sie lernen, die häufigsten Konflikte ohne jegliche Form der Gewaltanwendung zu lösen - körperlich gewandt und wortstark! Auch Eltern werden in Ihrer Erziehung mit zahlreichen Tipps unterstützt.

Der Unterricht baut immer auf drei Säulen auf:

1. Bewegungsspiele: Spielerisch werden Kräfte gemessen, Fairness-Regeln eingeübt und Werte vermittelt, eine selbstsichere Körperhaltung geschult, Teamfähigkeit und Empathie gefördert.
2. Spezifische Körperreaktionen: Viele Übungen zeigen Schülern, wie sie sich gewaltfrei einer Situation körperlicher Bedrängnis entziehen und sich wortstark schützen.
3. Zwischen den einzelnen Phasen spielerischer Bewegung erarbeiten die Schüler in Rollenspielen und Gesprächskreisen ein Handlungsrepertoire, mit dem es gelingt, ihre typischen Konflikte des Schulalltags zu lösen

Kontakt:

Förderverein Gewaltfrei Lernen e.V.

Jordeweg 10

50259 Pulheim

Tel.: 02238-838879

E-Mail: info@gewaltfreilernen.de

Webseite: <http://www.gewaltfreilernen.de>

Sport, Spiel und Bewegung im Erziehungskonzept des Jugendstrafvollzuges

Klaus Jürgen Tolksdorf

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 31. Mai 2006 den Bundesländern aufgegeben, eigene Regelungen für den Jugendstrafvollzug in Form eigenständiger Jugendstrafvollzugsgesetze bis zum 01.01.2008 zu schaffen.

Die Auskopplung des Jugendbereichs aus den für Erwachsene vorgesehenen Regelungen, beinhaltet Auftrag und Chance jugendaltersgemäß Erziehungs- und Bildungsaspekte ins Zentrum des Vollzugauftrages zu stellen.

Das Erziehungsziel ist die Befähigung in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Hierzu sind Fähigkeiten und Fertigkeiten, sowie die Bereitschaft zu eigenverantwortlichem und sozialem Verhalten zu entwickeln und zu fördern.

Der neu zu gestaltende Jugendvollzug muss die wahrscheinlich letzte Chance einer positiven Einflussnahme auf delinquente Jugendliche nutzen. Dabei bieten sportliche Angebote, da sie der körperlichen Entwicklung und dem Interesse von Jugendlichen an ehesten entsprechen, gute Zugangsmöglichkeiten und darauf basierend Erziehungschancen bei gleichzeitigem Kompetenzerwerb.

In dem Vortrag werden die besonderen Chancen eines Erziehungseinflusses durch Sport, Spiel und Bewegung auf überwiegend männliche Jugendliche in einer entscheidenden Lebens- und Orientierungsphase (Adoleszenz) unter Berücksichtigung der körperlich besonders einschränkenden Strafvollzugsbedingungen aufgezeigt. Wie die Elemente des Sports unter erzieherischen und behandlerischen Aspekten systematisch Eingang finden können in eine moderne Jugendstrafvollzugsplanung, zeigt eine modellhafte Darstellung eines Behandlungskonzeptes durch Sport.

Kontakt:

Sportjugend Hessen

Friedenstraße 99

35578 Wetzlar

Tel.: 06441-97960

E-Mail: bildungsstaette-wetzlar@sportjugend-hessen.de

Webseite: www.sportjugend-hessen.de

Sexualstraftäter Betreuung mit K.U.R.S.**Stefan Bock**

Das Land Niedersachsen setzt mit der Konzeption zum Umgang mit rückfallgefährdeten Sexualstraftätern (KURS) das Ziel eines stärkeren Opferschutzes um. Ziel der Konzeption ist die Verhinderung von Rückfällen von Sexualstraftätern, die aus der Haft entlassen wurden und unter Führungsaufsicht stehen. Dazu leisten die Sozialen Dienste der Justiz einen besonderen Beitrag. In Abstimmung mit der Polizei und mit einem engmaschigen Konzept werden Probanden speziell betreut.

Kontakt:

Niedersächsisches Justizministerium

Am Waterlooplatz 1

30169 Hannover

Tel.: 05111205095

E-Mail: stefan.bock@mj.niedersachsen.de

Webseite: http://www.mj.niedersachsen.de/master/C26429623_N26425144_L

Medienprojekte zu Integration und Freiwilligenarbeit

Gregor Dehmel

Filme, Webseiten, Umfragen, Planspiele - der Verein Politik zum Anfassen e.V. steht für handlungsorientierten Unterricht und Projektarbeit mit Schulen, unter anderem zu den Themen Integration und ehrenamtliches Engagement.

Zusammen mit dem Medienbus der Landeshauptstadt Hannover entstanden dabei unter anderem eine DVD über die politische Vertretung von Migranten, ein Film über das schwierige Verfahren der Einbürgerung und Werbeclips für gemeinnützige Einrichtungen, in denen junge Menschen sich engagieren können.

Welche Chancen die praktische Arbeit den Schulen bietet, wie professionell Ergebnisse aussehen können, welche neuen Erkenntnisse aus der Lebenswelt junger Menschen man mittels innovativer Projektideen erlangen kann, soll Inhalt des Projektspots sein.

Dabei werden auch Filmausschnitte aus den unterschiedlichen Produktionen gezeigt, so dass ein multimedialer Vortrag mit vielen Anregungen für die Praxis entsteht.

Kontakt:

Politik zum Anfassen e.V.

Königsberger Str. 18 b

30916 Isernhagen

Tel.: (0511) 89 89 94 73

E-Mail: politik@zumanfassen.de

Webseite: www.politikzumanfassen.de

Fachstelle Jugendschutz im Internet**Robert Reichstein**

Auf Initiative des Präventionsrates und des Jugendhilfeausschusses der Stadt Bremerhaven ist beim Amt für Jugend, Familie und Frauen die Fachstelle Jugendschutz im Internet eingerichtet worden.

Die Angebote der Fachstelle richten sich an Eltern, MultiplikatorInnen, Kinder und Jugendliche aus Bremerhaven.

Ziel ist es medienpädagogische Präventionsarbeit zu leisten, dazu werden die verschiedenen Zielgruppen informiert, beraten und unterstützt, um ihnen den kompetenten Umgang mit dem Medium Internet zu vermitteln und die Risiken der Nutzung für Kinder und Jugendliche zu minimieren.

Die Fachstelle ist eines der ersten kommunalen Angebote dieser Art, primär gibt es Landesstellen, die sich mit dieser Thematik befassen.

Die Fachstelle profitiert, durch die nachhaltige Institutionalisierung, von der Möglichkeit Netzwerke aufzubauen. Zeitlich befristete Projekte können diese Nachhaltigkeit nur schwer erzielen.

Die Angebote der Fachstelle sind für Institutionen der Stadt Bremerhaven kostenfrei, so dass es keine finanziellen Hemmnisse gibt das Thema zu behandeln.

Im Projektspot werden durch den Geschäftsführer des Präventionsrates der Stadt Bremerhaven, Herrn Jörg Seedorf und den Vertretern der Fachstelle, Herrn Dipl. Päd. Jörg Warras und Herrn Dipl. Soz. Päd. Robert Reichstein, die Entstehung, die Umsetzung und die Erfahrungen mit der Fachstelle für Jugendschutz im Internet darstellen.

Weitere Informationen unter:
www.jugendschutz-bremerhaven.de

Kontakt:

Magistrat der Stadt Bremerhaven

Auf der Bult 5

27574 Bremerhaven

Tel.: 0471-3087823

Fax.: 0471-3087829

E-Mail: warras@dlz-gruenhoeft.deWebseite: <http://www.jugendschutz-bremerhaven.de>

PAPILIO® – Primärprävention durch Förderung sozial-emotionaler Kompetenz im Kindergarten

Heidrun Mayer

PAPILIO® – Ein Projekt zur frühzeitigen Vorbeugung gegen die Entwicklung von Sucht und Gewalt

PAPILIO ist ein Programm für Kinder von drei bis sieben Jahren zur Primärprävention von Verhaltensproblemen und zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenz.

PAPILIO wurde auf der Grundlage entwicklungspsychologischer Erkenntnisse vom beta Institut in Augsburg gemeinsam mit Wissenschaftlern entwickelt. Eine mehrjährige Studie in der Modellregion Augsburg (ALLEP) belegte die Machbarkeit und Wirksamkeit des Programms.

Die Maßnahmen des Programms

Papilio wirkt auf drei Ebenen: Erzieher/innen, Eltern und Kinder.

Erzieher/innen

Die Erzieherin wird durch zertifizierte Trainer qualifiziert, Papilio im Kindergarten einzuführen und den Eltern zu vermitteln. Kern ist das Entwicklungsfördernde Erziehungsverhalten im Umgang mit dem Kind und der Gruppe.

Kinder

- Spielzeug-macht-Ferien-Tag: Kinder spielen einmal wöchentlich ohne herkömmliches Spielmaterial und lernen, sich kreativ mit sich selbst und anderen Kindern zu beschäftigen.
- Paula und die Kistenkoblode: Kinder lernen den Umgang mit den vier Basisemotionen Traurigkeit, Wut, Angst und Freude.
- Meins-deinsdeins-unser Spiel: Kinder erlernen spielerisch das Aufstellen und Einhalten sozialer Regeln.

Eltern

Die Eltern werden als Erziehungspartner einbezogen, in Elternabenden informiert und in Erziehungsfragen unterstützt.

Kontakt:

beta Institut gemeinnützige GmbH - Projekt PAPILIO®

Kobelweg 95, 86156 Augsburg

Tel.: 0821-45054215

Fax.: 0821-450549152

E-Mail: heidrun.mayer@beta-institut.de

Webseite: <http://www.papilio.de>

**Was Hänchen und Gretchen nicht
lernen,...****Andrea Sieverding**

Nachhaltig sind Maßnahmen der Prävention dort, wo durch Sozialisation und Erziehung noch tiefgreifende Effekte erzielt werden können. Für niedrigschwellige Präventionsarbeit gegen häusliche Gewalt spielt daher die Schule eine zentrale Rolle. Das LKA Niedersachsen möchte durch das Präventionsprojekt „Gegen Gewalt in Paarbeziehungen“ insbesondere interdisziplinär arbeitende kommunale Netzwerke gegen häusliche Gewalt sowie Lehrkräfte bei dieser Arbeit mit Jugendlichen unterstützen. Das Projekt soll Initialzündung für effektive Maßnahmenkonzepte vor Ort und den Aufbau neuer Partnerschaften bei der Verhütung von Gewalt in Paarbeziehungen sein, die insbesondere Kinder misshandelter Mütter und die ersten Paarbeziehungen von Teenagern in den Fokus nehmen. Es soll auch dazu beitragen, Kinder misshandelter Mütter aus ihrer isolierten Außenseiterrolle in der Peergroup zu holen, in die sie häufig durch das elterliche Schweigegebot sowie aus Scham über die zu Hause (mit-) erlebte Gewalt geraten. Ein weiteres Ziel ist es, Jugendliche für ihre eigenen ersten Paarbeziehungen zu sensibilisieren und sie anzuregen, diese kritisch hinsichtlich Macht- und Dominanzstrukturen zu hinterfragen, damit sie schon frühzeitig lernen, gleichberechtigte und gewaltfreie Partnerschaften zu leben. Wie mit der Ausstellung „Gegen Gewalt in Paarbeziehungen“ in den Netzwerken gearbeitet wurde und welche Erfahrungen gemacht wurden, wird in diesem Projektspot vorgestellt und zur Diskussion gestellt.

Kontakt:

Landeskriminalamt Niedersachsen

Schützenstraße 25

30161 Hannover

Tel.: 0511-262623203

Fax.: 0511-262623250

E-Mail: andrea.sieverding@polizei.niedersachsen.deWebseite: <http://www.lka.niedersachsen.de>

Mama singt - Mütter singen Kinderlieder ihrer Heimat

Svenja Schlüter

Im Rahmen des Projektes MUSIK IN HAINHOLZ entstand im Kulturtreff Hainholz mit Müttern mit Migrationshintergrund die CD/DVD „Mama singt“.

Auf der CD befinden sich 16 Kinderlieder, die von Müttern eingesungen und professionell produziert wurden. Zudem befinden sich die Melodien als Playbacks und die gesprochenen Texte zum Lernen und Mitsingen auf der CD. Auf der DVD sind Fingerspiele aus sieben Ländern mit unterschiedlichen Untertiteln zu sehen. Die CD und die DVD richten sich an Mütter mit und ohne Migrationshintergrund, die gern mit Ihren Kindern singen und eignen sich ideal für den Einsatz in Kindertagesstätten.

Die CD lädt ein mit den Müttern auf die Reise durch ihre Heimatländer zu gehen. Die Stationen der musikalischen Reise führen von Italien über Bosnien, Türkei, Kasachstan, Libanon, Iran bis nach Sri Lanka. Am Ende der CD singen alle Mütter gemeinsam „Bruder Jakob“, denn dies Lied kannten sogar die Tamilinnen in ihrer Muttersprache. Auch Fingerspiele werde für die Kleinsten überall auf der Welt gespielt, weshalb auch eine DVD erstellt wurde. Durch die Untertitel können die Texte mitgesprochen, gelernt oder auf Deutsch mitgelesen werden.

Kontakt:

Musik in Hainholz, Frau Svenja Schlüter

Emil-Meyer-Str. 28

30165 Hannover

Tel.: 0511-3504588

E-Mail: hainhoelzer-kulturgemeinschaft@htp-tel.net

Webseite: www.musikin.de

**„Die Abenteuer des Merkur“ – Musik
und Tanz in der Schule****Corinna Gobrecht****MOTS-Moderner Tanz in Schulen**

Die lustvolle Tanzkunstvermittlung an Kinder und Jugendliche ist integraler Bestandteil der künstlerischen Arbeit der Compagnie Fredeweß. Professionelle Tänzer vermitteln Tanz. MOTS fördert den Erwerb von sozialen und kreativen Schlüsselkompetenzen, indem der Prozess künstlerischen Schaffens gemeinsam durchlebt wird. Moderner zeitgenössischer Tanz wird durch seine Nonverbalität zum Kommunikations- und Integrationsmittel für Kinder jeden sozialen Status und jeder kulturellen Prägung. MOTS wirkt der Gewaltbereitschaft an Schulen aktiv entgegen. Es werden Emotionen, auch aggressive, im Tanz unmittelbar ausgedrückt. Sie können verstanden und verarbeitet werden. Die Konfliktfähigkeit des Einzelnen wird entwickelt und eingeübt. In den alltäglichen Konflikten kann auf diese Erfahrung der gewaltfreien Konfliktlösung zurückgegriffen werden.

MOTSbasic“ macht mehrere Klassen der Anne-Frank-Hauptschule (Hannover-Stöcken) und der Johannes-Keppler-Realschule (Hannover-Ricklingen) über drei Jahre lang nachhaltig mit Modernem Tanz vertraut. Als Abschluss des gesamten Projekts im Herbst 2010 führen ca. 170 Schüler aus insgesamt 7 Klassen beider Schulen gemeinsam eine Choreografie mit Live-Orchester auf.

„Abenteuer mit Eric Satie“: Erik Saties Komposition „Die Abenteuer des Merkur“ wird von SchülerInnen der Musikklasse der 11. Jahrgangsstufe der IGS Franzshes Feld (Braunschweig) durch Eigenkomposition und eigenes Musizieren überarbeitet und als Collage neu arrangiert. 25 SchülerInnen derselben Jahrgangsstufe erarbeiten gleichzeitig über ein Schulhalbjahr hinweg eine Choreografie des modernen Tanzes zu diesem musikalischen Abenteuer mit Saties Musik.

Kontakt:

Compagnie Fredewess, Frau Corinna Gobrecht

Ilse-ter-Meer Weg 7, 30449 Hannover

Tel.: 0511-45001084

E-Mail: info@compagnie-fredewess.deWebseite: www.compagnie-fredewess.de

„Respekt- Songs für Toleranz und Verständigung“ und „Musik in Hainholz; Musikalisierung eines Stadtteils“

Vera Lüdeck

„Respekt -Songs für Toleranz und Verständigung“ im Rahmen des Aktionsprogramms Hauptsache Musik

Respekt ist ein Projekt, das in Zusammenarbeit mit der schulischen Gewaltprävention konzipiert wurde. Es handelt sich dabei um Musikworkshops, die von Profi-Musikern und Musikpädagogen mit Erfahrungen in der offenen Jugendarbeit sowie der Arbeit mit Jugendlichen ohne musikalische Vorerfahrung durchgeführt wurden.

Ziel ist die Entwicklung eigener Songs, die sich mit den Themen Toleranz und Verständigung beschäftigen. Dabei ist das musikalische Material nicht vorgegeben und geht auf die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen ein.

Bei der Entwicklung von Texten wird die Rezeptionserfahrung der Jugendlichen mit deutschen Texten und Reimen aus der Hip Hop-, Break Dance- und Rap-Szene, aber auch aus dem Umfeld von deutschen Songwritern und Liedermachern berücksichtigt und bewusst mit einbezogen.

Die Projektidee resultiert aus einem gemeinsam mit dem Landeskriminalamt entwickelten Konzept mit dem Titel „Prä-GeRex“ zur Prävention gegen rechte Gewalt. Das Teilprojekt „Farbe bekennen! - Songs für Toleranz und Verständigung“ wurde in der Modell-Region Wiesmoor im Juni 2002 begonnen und bis Juli 2003 durchgeführt. Dabei stand die inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen im Vordergrund. In der gemeinsamen Arbeit in multikulturellen Musikgruppen unter der Anleitung eines deutsch-türkischen Dozententeams wurden Toleranz und Verständigung als positive Werte hervorgehoben.

Kontakt:

Landesarbeitsgemeinschaft Rock , Frau Vera Lüdeck
Emil-Meyer-Str. 26-28
30165 Hannover
Tel.: 0511-351609
E-Mail: luedeck@lag-rock.de
Webseite: www.hauptsachemusik.nibis.de

**Klasse! Wir singen - Singschulprojekt
für die Klassen 1-7****Gerd-Peter Münden**

Klasse! Wir singen ist ein zunächst in der Region Braunschweig umgesetztes Schulprojekt für die Klassen 1-7, mit dem es gelungen ist, 28.000 Kinder und Lehrer zum täglichen Singen zu bewegen. Im Nachhinein zeichnet sich ab, dass es wirklich gelungen ist, Kinder nachhaltig zum Singen zu bewegen. Es sind neue Chöre entstanden, Klassen und ganze Schulen singen gemeinsam, da sie wieder über ein gemeinsames Repertoire verfügen. Familien singen im Auto oder zuhause die Lieder, da sich die Kinder stark mit „Ihrem“ Konzert identifizieren. Sogar in Kindertagesstätten finden die Lieder Anwendung.

Es ist geplant, das Projekt 2011 landesweit in Niedersachsen durchzuführen. Teilnehmende Klassen verpflichten sich nach einer verbindlichen Anmeldung, sechs Wochen lang täglich mindestens ein Lied zu singen. Dafür erhält jedes Kind ein Liederbuch und ein T-Shirt sowie eine CD. Das Singen geschieht dabei nicht ausschließlich mit den Musiklehrern, sondern die Klassenlehrer binden das gemeinschaftliche Singen in ihren Regelunterricht ein. Dazu werden sie mit Literatur und praktischen Fortbildungen niederschwellig geschult.

Die Auswahl der Lieder des Projektes ist verbindlich und bei allen Liederfesten gleich, um den Kindern einer Generation wieder ein gemeinsames Liedgut zu vermitteln. Nach den sechs Wochen treffen sich die teilnehmenden Kinder zu einem großen Chor, um zusammen ein Liederfest zu gestalten.

Kontakt:

Singen e. V. , Herr Gerd-Peter Münden
Domplatz 5
38100 Braunschweig
Tel.: 0531-1218747
E-Mail: info@klasse-wir-singen.de
Webseite: www.klasse-wir-singen.de

Prävention gegen Rechtsextremismus - Nds. Verfassungsschutz

Maren Brandenburger

Im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages klärt das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport – Abt. 6 Verfassungsschutz – die Öffentlichkeit u.a. über verfassungsfeindliche Bestrebungen auf und erfüllt insoweit auch präventive Aufgaben bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Die einzelnen präventiven Maßnahmen sind eingebettet in ein integriertes Gesamtkonzept des Nds. Verfassungsschutzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, das die Maßnahmen aufeinander abstimmt und mit den vielfältigen in Niedersachsen im Bereich der Prävention tätigen Institutionen vernetzt. Wesentliche Bestandteile dieses Gesamtkonzeptes des Nds. Verfassungsschutzes sind:

- Erstellung und Präsentation der Wanderausstellung „Unsere Demokratie schützen – Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus“
- Fortlaufende zielgruppenorientierte Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen
- Zentrale niedersachsenweite Lehrerfortbildung in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium
- Entwicklung von Unterrichtsmaterialien: Multiplikatoren-CD zum Rechtsextremismus
- Informationsbroschüre „Neonazistische Kameradschaften - Rechtsextremistische Skinheads – Rechtsextremistische Musik“
- Enge Kooperation mit dem Niedersächsischen Landespräventionsrat - Mitgliedschaft im Fachbeirat der „Clearingstelle Rechtsextremismus“
- Förderung der politischen Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus in den Kommunen

Kontakt:

Nds. Ministerium f. Inneres, Sport und Integration

Büttnerstraße 28

30165 Hannover

Tel.: 0511-6709217

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@abt6.mi.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de>

FuN - Elternbildung auch für belastete Familien**Birgit Piltman**

Während die meisten präventiven Programme für Eltern eine Zielgruppe ansprechen, die grundsätzlich interessiert ist sich mit Familienleben und Kindererziehung auseinander zu setzen, geht FuN einen anderen Weg. Es steht für Familie und Nachbarschaft und ist in seinem Aufbau und seiner Gestaltung insbesondere für die Arbeit mit sozial benachteiligten, bildungsungeübten Familien und Familien mit Migrationshintergrund konzipiert. FuN ist ein interaktives Familienprogramm an dem Eltern und Kinder gemeinsam teilnehmen. Das Lernen durch Erfahrung steht im Vordergrund. FuN lebt von einem spielerischen Charakter und verzichtet auf pädagogische Zeigefinger. Eltern und Kinder erleben sich im gemeinsamen Tun und durch Coaching, eine positive Atmosphäre und viel Wertschätzung werden die Eltern ermutigt neue Erziehungshaltungen zu erproben. Hauptziele sind:

- Elternkompetenzen und Elternverantwortung stärken
- Aufbau und Stärkung der Bindungen und Beziehungen in der Familie
- Zusammenhalt und Strukturbildung in Familien entwickeln
- Kommunikation und Konfliktfähigkeit innerhalb der Familie fördern
- Kontakt, Selbsthilfe und Netzwerke von Familien aufbauen
- Integration und Mitwirkung von Familien in pädagogischen Einrichtungen unterstützen
- Kooperation und Vernetzung von familienorientierten Diensten im Sozialraum ausbauen

FuN – Familie ist das Programm für Eltern mit Kindern im Kindergarten und Grundschulalter, FuN Baby die Variante für Eltern/ Mütter mit Säuglingen und Kleinkindern bis 1,5 Jahren, Fun Berufs- und Lebensplanung für Eltern mit Kindern von 13-17 J. Die wissenschaftliche Evaluation bestätigt die Wirkungsweise und die Zielgenauigkeit des Programms.

Kontakt:

Institut für präventive Pädagogik

Blombergerstr.137c

32760 Detmold

Tel.: 05231-569123

E-Mail: birgit.piltman@praepaed.de

Webseite: <http://www.praepaed.de>

Das Kind ist das Spiegelbild der Familie

Udo Bertram

„Das Kind ist das Spiegelbild der Familie“

unter diesem Titel wurden im Rahmen einer Projektarbeit von Studierenden der FH ö.V. Köln FB Polizei, in Zusammenarbeit mit der Polizei Aachen KK 44/Vorbeugung, auf Grundlage der KfN-Studie von Prof. Dr. Christian Pfeiffer „Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen“ eine PowerPoint-Präsentation, ein zweisprachiger Flyer und Filmsequenzen in türkischer Sprache mit deutschen Untertiteln zur Unterstützung der PPT-Präsentation erstellt.

Dieses Projekt soll jungen Familien, insbesondere türkischer Herkunft, beispielhaft anhand positiv und negativ dargestellter Lebenswege den Wert verantwortungsbewusster Erziehung verdeutlichen. Dabei wird insbesondere herausgestellt, dass eine verständnisvolle, gewaltfreie Erziehung einer der Garantien ist, damit Kinder später nicht selbst durch Gewaltbereitschaft zu Straftätern werden.

Kontakt:

Polizeipräsidium Aachen

Jesuitenstraße 5

52062 Aachen

Tel.: 0241-957734412

Fax.: 0241-957734405

E-Mail: udo.bertram@polizei.nrw.de

virtuelle Kriminalität - reale Opfer**Klaus Jansen**

Web Patrol - die „110“ des Internets

Das Internet wird dabei zunehmend als Medium für die Vorbereitung und die Ausführung abweichenden Verhaltens, bis hin zu kriminellen Taten genutzt. Durch den Umfang der Möglichkeiten (ganz neue Tatgelegenheitsstrukturen) und der fehlenden Begrenzbarkeit der Inhalte und der Verfügbarkeit, sind sowohl Prävention, Kontrolle als auch Strafverfolgung nur erschwert möglich. Nicht sensibilisierte Personen werden ein leichtes Opfer für Internetkriminelle oder selbst zu kriminellen Taten angeregt.

Es fehlt an einer Aufklärungskampagne, die jeden in die Lage versetzt, die Chancen des Web sicher zu nutzen. Zusätzlich ist es unbedingt notwendig, dem Nutzer durch entsprechende technische Mittel zu ermöglichen, sich bei auftretenden Problemen an eine kompetente Stelle zu wenden, die sich zeitnah kümmert, dem Nutzer dadurch das Gefühl gibt: Mein Staat lässt mich hier nicht allein bzw. im Stich.

Im Falle des Findens von Webangeboten mit suspektem Inhalt (z.B. Kinderpornografie, rechtsradikales Gedankengut, Chatinhalte mit Ankündigung Suizid/Amoklauf, verbale/sexuelle Belästigung innerhalb von Chatrooms usw.) kann der User durch einfaches Anklicken eines zusätzlichen Buttons im Browser eine automatisch generierte Meldung an eine noch zu schaffende Clearing-Stelle absetzen, die sich dann um die Sache unmittelbar kümmert (Modus 24/7). Weiterhin wird ein Web Portal geschaffen, über das zielgruppenorientiert bestehende und künftige Angebote zu Fragen der Sicherheit sowie des Verhaltens im Internet findbar gemacht werden. Über dieses Portal besteht die Möglichkeit der dir. Kontaktaufnahme mit der o.a. Clearingstelle („Hotline-Button“, „Notruf-Nummer“ o.ä.).

Kontakt:

Bund Deutscher Kriminalbeamter
Poststr. 4-5, 10178 Berlin
Tel.: 030-246 30 45 0
Fax.: 030-246 30 45 29
E-Mail: web.patrol@bdk.de
Webseite: <http://www.bdk.de>

**Trainingscamp Lothar Kannenberg -
Konzept und erste Ergebnisse der
prozessbegleitenden Evaluation****Prof. Dr. Michael Galuske**

Seit dem 01.07.2008 wird die Arbeit des Trainingscamps Lothar Kannenberg an der Schnittstelle von Jugendhilfe und Justiz durch die Universität Kassel evaluiert. Im Rahmen des Kurzvortrages wird das prozessbegleitende Konzept der Evaluation vorgestellt, das neben den Wirkungen auch die Wirkungsweisen und Entwicklungsverläufe der Klienten zu erfassen beabsichtigt. Darüber hinaus werden erste Ergebnisse der Evaluation präsentiert, insbesondere auf der Basis der Analyse der Fallakten und der Daten des Bundeszentralregisters/Erziehungsregisters.

Kontakt:

Universität Kassel
Arnold-Bode-Str 10 (WISO C)
34127 Kassel
Tel.: 0561-8042966
E-Mail: galuske@aol.com

Europäische Zusammenarbeit zur Verminderung von Rauschfahrten durch Fahranfänger/innen

Prof. Dr. Wolfgang Heckmann

PEER-Projekt an Fahrschulen

„PEER-Drive Clean!“

Im Jahr 2000 wurde in Sachsen-Anhalt mit einem Schnittstellenprojekt zur Suchtprävention und Verkehrssicherheitsarbeit erstmals der Peer-Education-Ansatz angewendet, um junge Menschen gezielt über die Gefahren des Alkohol- und Drogenkonsums in Verbindung mit motorisierter Teilnahme am Straßenverkehr aufzuklären.

Junge Fahranfänger/innen gehen in Fahrschulen und sprechen dort mit Fahrlehrer/innen über Alkohol- und Drogenkonsum. Die Fahrlehrer/innen setzen sich vor Erhalt der Fahrerlaubnis intensiv mit der Thematik auseinander und sind so auf Situationen, in denen Suchtmittelkonsum und Fahren zusammentreffen können, vorbereitet. 2006 wurde im Auftrag der Europäischen Kommission mit „PEER-Drive Clean!“ begonnen, diesen Ansatz in insgesamt 10 EU Staaten zu erproben. Die Ergebnisse sind erfreulich, in allen Regionen konnte das PEER-Projekt etabliert werden. Die Europäische Fahrlehrervereinigung befürwortet die Umsetzung des PEER-Projektes an Fahrschulen als Standards-Angebot. Der Referent stellt das Konzept vor und stellt den Stand der europäischen Zusammenarbeit dar. (www.peer-projekt.de)

Kontakt:

Hochschule Magdeburg-Stendal

Breitscheidstr. 2

39114 Magdeburg

Tel.: 0391-8864310

E-Mail: wolfgang.heckmann@hs-magdeburg.de

Webseite: www.hs-magdeburg.de

Theater und Prävention

Thomas Flocken

„Von der Unmöglichkeit Menschen überreden zu können“

Theater und Prävention - Über das Schauspielkollektiv-Neues Schauspiel Lüneburg.

Präventionstheater, was ist das eigentlich?

Welche Voraussetzungen und Gelingensbedingungen braucht das oft unfreiwillige Theatererlebnis? Theater als starker Impulsgeber für Präventionsarbeit.

Thomas Flocken und Julia v. Thoen stellen das Schauspielkollektiv- Neues Schauspiel Lüneburg vor und berichten über 4 Jahre erfolgreiche Präventionsarbeit mittels Theater.

Thomas Flocken: Schauspieler, Regisseur und Fachkraft für Kriminalprävention

Julia v. Thoen: Regisseurin und Fachkraft für Kriminalprävention

Weitere Infos unter www.schauspielkollektiv.de oder www.theater-praevention.de

Kontakt:

Schauspielkollektiv- Neues Schauspiel Lüneburg

Waagestr. 1 b

21335 Lüneburg

Tel.: 04131-989875

E-Mail: schauspielkollektiv@arcor.de

Webseite: www.theater-praevention.de

Mutmachkampagne: „Und welches Ziel hast Du?“

Jürgen Krusch

Ziel: Motivation zur aktiven Planung der eigenen Zukunft

Die Kampagne „Und welches Ziel hast Du?“ zeigt prominente Personen aus unterschiedlichen Kulturkreisen, die mit Stetigkeit und persönlichem Engagement ihre Ausbildung abgeschlossen und wesentliche Lebensziele erreicht haben. Die Plakate zeigen aber auch ganz „normale“ erfolgreiche Jugendliche, wie eine Zahnarzthelferin und einen Restaurantfachmann während ihrer Ausbildung. Alle „Vorbilder“ auf den Plakaten haben unterschiedliche kulturelle und soziale Hintergründe.

Die Vorbilder der Kampagne sollen junge Menschen dafür gewinnen, dass sie Eigeninitiative ergreifen und persönliche Ziele verwirklichen. Wenn man sich engagiert, eine Berufsausbildung mit Fleiß in Angriff nimmt, dann sind die wichtigsten Schritte für eine eigene Zukunft unternommen.

Jeder muss seinen eigenen Weg gehen- ein Schulabschluss und eine Ausbildung sind wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zukunft. Jeder individuelle Erfolg junger Frankfurterinnen und Frankfurter ist gleichzeitig ein Gewinn für die Stadt insgesamt. Frankfurt a. M. hilft und unterstützt die Jugendlichen dabei in vielfältiger Weise bei der schulischen und außerschulischen Bildung.

Die Kampagne wurde von der Geschäftsstelle des Präventionsrates in Kooperation mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt a.M. 2008 entwickelt und wird mit neuen Modulen und Ideen 2009 fortgeführt.

Die Kampagne wird von einer eigenen Homepage unterstützt: www.welcheszielhastdu.de

Kontakt:

Präventionsrat Frankfurt am Main - Geschäftsstelle

Kurt-Schumacher-Str. 45

60313 Frankfurt am Main

Tel.: 069-21235443

Fax.: 069-21231455

E-Mail: frank.goldberg@stadt-frankfurt.de

Webseite: <http://www.gewalt-sehen-helfen.de>

Untersuchungshaftreduzierungshilfe und Kriminalprävention

Christian Fissenebert

Bei rund ein Drittel der Untersuchungshaftgefangenen in der JVA Bielefeld-Brackwede I wird der Haftbefehl während der ersten hundert Tage nach Inhaftierung ausgesetzt. Dies ist der Fall, wenn weniger einschneidende Maßnahmen den Zweck der Untersuchungshaft erreichen.

Zu diesem Zweck kooperieren seit 2003 im Auftrag des Justizministeriums NRW die freien Träger (KIM - Soziale Arbeit e.V., Paderborn; Stiftungsbereich Integrationshilfen der v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel) und die JVA Bielefeld-Brackwede I.

Die Fachkräfte der freien Träger ermitteln die psychosoziale Situation der/ des Inhaftierten und führen ggf. Gespräche mit den zuständigen Richtern, Staatsanwälten, Bewährungshelfern, Rechtsbeiständen und Angehörigen.

Durch die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der freien Straffälligenhilfe in den Großräumen Bielefeld und Paderborn können den betroffenen Personen weitergehende sozialpädagogische Hilfeangebote gemacht werden, welche die persönliche und soziale Situation der/ des Inhaftierten verbessern kann.

Durch die im Beratungsprozess entwickelten alternativen Lebensperspektiven wird im günstigsten Fall der Haftbefehl ausgesetzt und einer erneuten Straffälligkeit vorgebeugt. Damit trägt dieses Projekt entscheidend zur Tertiärprävention bei.

Außerdem werden durch dieses Projekt die dem Land Nordrhein Westfalen entstehenden Kosten im Strafvollzug deutlich reduziert.

Kontakt:

von Bodelschwingsche Anstalten, Stiftungsbereich Integrationshilfen

Herbergsweg 10, 33617 Bielefeld

Tel.: 0521-1441338

Fax.: 0521-1441663

E-Mail: christian.fissenebert@bethel.de

<http://www.integrationshilfen-bethel.de/index.php?a=35>

**Redet mit Ihnen - Plädoyer für eine
Präventionspädagogik****Rolf Hoppe**

Die Verkehrsunfälle von Kindern und Jugendlichen legitimieren nach wie vor die Verkehrsunfallprävention. Den jeweils neuesten kommerziellen Trends hinterherlaufend werden jährlich vermeintlich neue Programme aufgelegt, und insbes. an Schulen verteilt, deren übergeordnetes Ziel in der Förderung von Handlungs- und Risikokompetenzen besteht. Dabei konkurrieren die verschiedenen Präventionsbereiche untereinander um materielle und Zugangsressourcen. Kein Wunder, dass sich die Schulen mehr und mehr überfordert sehen und zunehmend den Rückzug auf ihren Bildungsauftrag reklamieren.

Eine Neuorientierung postuliert zum einen die integrative und kooperative Prävention sowohl zwischen den verschiedenen Präventionsbereichen als auch mit den Schulen und zum anderen die Rückbesinnung auf originär pädagogische Interventionen als essenzielle Bestandteile des schulischen Bildungsauftrags.

Insofern gilt es, präventionspädagogisches Handwerkszeug zu vermitteln, mit dem in Schulen kontinuierlich Prävention betrieben werden kann. Die präventionsrelevanten Themen lassen sich nahezu universell im Lebensraum Straßenverkehr verorten. Im Rahmen der Präventionsprogramme EVA, Sicherfahren, XpertTalks, RiSk werden seit 2003 Pädagogen, betriebliche Ausbilder und Präventionsbeamte der Polizei in der Ansprache-Methodik ausgebildet und motiviert, im o.g. Sinne tätig zu werden.

Kontakt:

Planungsgesellschaft Verkehr Köln

Buchheimer Str. 46

51063 Köln

Tel.: 0221-9625430

E-Mail: info@pgv-koeln.deWebseite: <http://www.pgv-koeln.de>

Der neue Ambulante Justizsozialdienst in Niedersachsen

Dr. Stefan von der Beck

Nach der Umstrukturierung hat der Ambulante Justizsozialdienst Niedersachsens seine Arbeit aufgenommen. Die 11 Bewährungshilfestellen bei den Landgerichten und die 11 Gerichtshilfestellen bei den Staatsanwaltschaften wurden zu einem neuen leistungsstarken Ambulanten Justizsozialdienst zusammengefasst und mit Wirkung zum 01.01.2009 dem Oberlandesgericht Oldenburg zugeordnet. An der Verwaltung der landesweit etwa 300 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Bewährungshilfe und der Gerichtshilfe waren zuvor 29 Behörden beteiligt. Durch die Neuordnung werden Gerichte und Staatsanwaltschaften nun von der Nebenaufgabe der Verwaltung der sozialen Dienste entlastet. Mit dem neuen zweistufigen Verwaltungsaufbau entstanden für die Justizsozialarbeit kürzere Entscheidungs- und Lenkungswege. Das bedeutet mehr Effizienz, mehr Eigenständigkeit und mehr Identität. Der neue Leiter der Abteilung Ambulanter Justizsozialdienst, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Dr. Stefan von der Beck, ist zugleich auch Geschäftsführer der Stiftung Opferhilfe. Er stellt die neu geschaffenen Strukturen vor.

Kontakt:

Oberlandesgericht Oldenburg
Richard-Wagner-Platz 1
26135 Oldenburg

Tel.: 0441/220-1119

E-Mail: stefan.vonderbeck@justiz.niedersachsen.de

**Kurzvorstellung der Aussteigerhilfe-
Rechts Niedersachsen****Dennis**

Die AussteigerhilfeRechts ist im Jahre 2002 durch das Niedersächsische Ministerium der Justiz eingerichtet worden und ein Aufgabengebiet des Ambulanten Justizsozialdienstes (AJSD) Niedersachsen. Sie ist Ansprechpartner für rechtsorientierte Personen, die sich aus rechtsextremistischen Bezügen lösen möchten. Wer aussteigen will benötigt Hilfe; sich ein neues Leben aufzubauen oder sich vor Racheakten der alten Kameraden zu schützen.

Zum eine soll die AussteigerhilfeRechts präventiv den Rückfall rechtsextremer Straftaten verhindern, zum anderen Ausstiegswilligen Hilfestellung bei der Neuorientierung - hin zu demokratischen Werten - bieten. Die Neuorientierung erfordert neben Einsicht und dem lebhaften Wunsch nach Veränderung auch Geduld und Ausdauer, da es sich um einen längerfristigen Prozess handelt. Die ideologische Auseinandersetzung ist ein Arbeitsschwerpunkt der AussteigerhilfeRechts. Sie orientiert sich an individuellen Problemlagen, dem Grad der ideologischen Verfestigung sowie den intellektuellen Fähigkeiten der Betroffenen. Das Hilfsangebot umfasst neben der ideologischen Auseinandersetzung, der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit, praktische Sozialarbeit und ggf. Hilfe bei der notwendigen Entfernung szenetypischer Tattoos.

Kontakt:

AussteigerhilfeRechts

Postfach 452

30004 Hannover

Tel.: 0178-74 74 720

E-Mail: info@aussteigerhilferechts.niedersachsen.de<http://info@aussteigerhilferechts.niedersachsen.de>

Öffentlichkeitsarbeit in der Kriminalprävention

Prof. Dr. Ruth Linssen

Während Kriminalität und die Begehung von Straftaten hohen Nachrichtenwert haben und per se öffentliches Interesse garantieren, ist es für Präventionsprojekte und –organisationen weitaus schwieriger, Aufmerksamkeit zu erzeugen. Nicht nur angesichts der zunehmenden Notwendigkeit von Social Sponsoring oder Fundraising (Einwerben von Fördergeldern), macht es durchaus Sinn, eine gute Zusammenarbeit mit den Medien zu pflegen und sich um Präsenz in den Massenmedien zu bemühen. Für das Thema Prävention ist dies kein Selbstläufer.

Der Projektspot stellt ein Forschungsprojekt zu polizeilicher Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit vor. Dabei werden kurz Interessen und Funktionsweise der Medien erläutert und aufgezeigt, wie diese Mechanismen genutzt werden können, um das Thema Prävention in die Medien und damit in die öffentliche Diskussion zu bringen. So kann gezielt auf das eigene Präventionsprojekt aufmerksam gemacht werden. Die gezeigten Strategien sind insbesondere für die lokale und regionale Ebene nutzbar. Referentinnen sind Nicole Albrechts, M.A., Universität Hamburg, und Prof. Dr. Ruth Linssen, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.

Kontakt:

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung
Hauert 9
44227 Dortmund
Tel.: 0231-79307615
E-Mail: ruth.linssen@fhoev.nrw.de

Verkehrsprävention in Kooperation mit Migranten

Kurt Horst

Der Anteil der bei Verkehrsunfällen verletzten Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. mit Migrationshintergrund ist überproportional groß. Ziel ist es, die türkischen Gemeinden für dieses Problem zu sensibilisieren und in einem gemeinsamen Projekt die besonderen Problemstellungen zu vermitteln. Hierbei werden sogenannte Multiplikatoren durch Verkehrssicherheitsberater besonders geschult, so dass anschließend die physischen und psychischen Entwicklungsstadien der Kinder im Kontext zu der Gefahren des Straßenverkehrs dargestellt werden können. Intention ist es, die Eltern für eine effektive Verkehrserziehung ihrer Kinder zu befähigen. Die besondere Wichtigkeit der Kinderrückhaltesysteme werden schwerpunktmäßig behandelt.

Mit diesem Projekt werden erstmals Eltern mit Migrationshintergrund einbezogen, damit sie die Gefahren des Straßenverkehrs für ihre Kinder besser beurteilen können und darüber hinaus eine Vorstellung haben, welche Fähigkeiten Kinder in Relation zu ihrem Alter im Straßenverkehr besitzen. Anders als bei Veranstaltungen in Kindertagesstätten war es damit auch möglich, die Väter einzubeziehen.

Kontakt:

Präventionsrat Gelsenkirchen

Rathausplatz 4

45894 Gelsenkirchen

Tel.: 0209-3652211

Fax.: 0209-3652219

E-Mail: kurt.horst@polizei.nrw.de

Webseite: <http://www.praeventionsrat-gelsenkirchen.de>

Sozialarbeit an Schulen: Auf dem Weg zum Lebensort Schule

Merle Siedenburg

Unter dem Leitmotiv „Schule ist nicht nur Lern- sondern auch Lebensort“ richtete die Stadt Delmenhorst im September 2007 das Projekt Sozialarbeit an Schulen in Trägerschaft der Delmenhorster-Jugendhilfe-Stiftung an neun Delmenhorster Schulen ein. Die Delmenhorster-Jugendhilfe-Stiftung fungiert in diesem Projekt als Partner des öffentlichen Jugendhilfe-Trägers. Sozialarbeit an Schulen ist eine präventive Form der Jugendhilfe zur Förderung von Kindern im schulpflichtigen Alter und ihren Familien. Sämtliche Aktivitäten und Ansätze einer verbindlich vereinbarten, dauerhaften und gleichberechtigten Kooperation von Jugendhilfe und Schule sind Grundlage eines Selbstverständnisses, in dem die gemeinsame Arbeit von Lehrkräften und Fachkräften der Jugendhilfe umgesetzt wird. Grundlage der pädagogischen Arbeit an den Schulen ist ein Kooperationsvertrag und Zielvereinbarungen, in denen gemeinsam festgelegt wurde, wie und mit welchen Zielen die Arbeit an den Schulen stattfindet. Wichtigste Standbeine der Kooperation sind eine gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten und Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe. In diesem Kurzreferat sollen die Grundsätze des Projektes sowie diverse erfolgreiche Beispiele aus der Praxis als Beispiel für gelungene Präventionsarbeit dargestellt werden.

Kontakt:

Delmenhorster-Jugendhilfe-Stiftung

Winterweg 12

27751 Delmenhorst

Tel.: 04221-50151

Fax.: 04221-52251

E-Mail: siedenburg@sozialarbeit-an-schulen.de

Webseite: <http://www.sozialarbeit-an-schulen.de>

**„Ein Blick? - Einblick!“
Kriminalprävention durch Täter****Franz Nowak-Sylla**

Empowerment statt Defizitkompensation! Die Behandlung Strafgefangener ist durch Vollzugspläne systematisiert und damit defizitorientiert. Vollzugsplanung bedeutet meist Priorisierung und Vernachlässigung der für weniger gravierend erachteten Defizite. Das Projekt Ein Blick? - Einblick! setzt bei den Stärken der Gefangenen an. Viele haben gelernt, dass soziales Handeln gerade unter schwierigen Bedingungen notwendig ist.

Maßnahmen zur Kriminalitätsprävention haben in der Öffentlichkeit, auch in der JVA, größere Beachtung erhalten. Für manche Gefangene ist aus der Auseinandersetzung mit dieser Thematik und der eigenen Biographie der Wunsch entstanden selbst etwas zu tun. Die Gefangenen haben Familien und können aktiv kaum etwas für ihre Angehörigen tun. Gedanken an die Tat, die Inhaftierung und die Folgen für die Familie sind oft mit negativen Gefühlen verbunden. Sie sind Straftäter mit unterschiedlichen Delikten. Sie sind in Sachen Kriminalität Experten. Sie haben mit ihrer Kriminalität Karriere gemacht; haben Erziehungshilfen usw. durchlaufen. Nun wollen sie ihre Erfahrungen, die sie bislang nur in Haft gebracht haben, sinnvoll einsetzen und mit gefährdeten Jugendlichen ins Gespräch kommen! Unternehmen ist besser als unterlassen! Es geht nicht um abschreckenden Vorstellungen oder guten Ratschläge! Die Gefangenen wollen den Jugendlichen ehrlich gegenüber treten. An Stationen wie z. B. der Kammer wollen sie den Jugendlichen die Abläufe im Vollzug nahebringen.

Die Abläufe der Besuche werden sich weiterentwickeln. Bleiben wird jedoch das Ziel, den jungen Menschen deutlich zu machen, was dieses Eingesperrtsein für die Betroffenen bedeutet.

Kontakt:

JVA Bielefeld-Brackwede I

Umlostr. 100

22649 Bielefeld

Tel.: 0521-4896244

E-Mail: peter.beckmann@jva-bielefeld-brackwede1.nrw.de

Webseite: <http://jva-bielefeld-brackwede1.nrw.de>

Praxis der Primärprävention in Schule und Kita

Stefan Behr

Ausgangssituation: Teilweise enormer Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Jugendkriminalität im Saarland Mitte der 90-er Jahre. Ziel: Anzahl der Verurteilten im Bereich der Jugendkriminalität in Wallerfangen auf unter 5 % der Gesamtzahl der Jugendlichen (14 - 21 Jahre) senken und dieses Niveau dauerhaft halten. Maßnahmen: Einführung und Verwurzelung von Primär-Präventions-Programmen in allen Kindergärten und Schulen wie: „Freunde“ und „Kindergarten plus“ (Kindergärten), „Klasse 2000“ und „Eigenständig werden“ (Grundschulen) und „Lions Quest“ (Erweiterte Realschule). Darüber hinaus: a) gezielte Sozialkompetenztrainings mit Risikogruppen, b) flächendeckendes Angebot von Erziehungskursen, geschlechtsspezifischer Kindergruppen, Väterarbeit und Trennungs- und Scheidungsgruppen, c) Projekt „Soziale Jungs“ und d) offene Sprechstunden für SchülerInnen an Schulen. Kontrolle: Entwicklungsverlauf der Anzahl der Verurteilten (Quelle: Jugendgerichtshilfe). Zwischenergebnis: Im Zeitraum 2000 - 2007: Rückgang der Anzahl der Verurteilten Jugendlichen (14 - 21 Jahre) in Wallerfangen um 63,8 %. Im Vergleich dazu ist die Zahl im gesamten Landkreis Saarlouis lediglich um 12,6 % zurückgegangen. Das heißt also, dass der Rückgang in Wallerfangen erheblich stärker war als im Durchschnitt des gesamten Landkreises. In keiner anderen Kommune im Landkreis war der Rückgang so drastisch wie in Wallerfangen. Berechnet man den Anteil der Verurteilten Jugendlichen an der Gesamtzahl der Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren in dem Zeitraum von 2000 - 2007 ist der Rückgang mit 67,7 % sogar noch höher, weil die Zahl der Jugendlichen in dieser Altersspanne leicht gestiegen ist.

Kontakt:

Gemeinde Wallerfangen

Fabrikplatz

66798 Wallerfangen

Tel.: 06831-680911

Fax.: 06831-680950

E-Mail: stefan.behr@wallerfangen.de

Webseite: <http://www.wallerfangen.de>

**Beccaria-Qualifizierungsprogramm
Kriminalprävention des Landespräventionsrates Nds. aus Sicht der Teilnehmer****Hermann Lampen**

Der Landespräventionsrat Niedersachsen / Niedersächsisches Justizministerium hat 2008 erstmals das „Beccaria - Qualifizierungsprogramm Kriminalprävention“ angeboten.

Zielsetzung ist es, die berufliche Kompetenzerweiterung der Mitarbeiter in der Kriminalprävention durch Etablierung eines Qualifizierungsangebotes im Rahmen der Aus- und Fortbildung. Mit dieser speziellen arbeitsfeld- und ressortübergreifenden Weiterbildung wird eine entscheidende Lücke in der Kriminalprävention geschlossen.

Das Qualifizierungsprogramm richtet sich an all diejenigen, die in kriminalpräventiv relevanten Bereichen tätig sind. Die erste Ausbildungsreihe, in der das umfangreiche Basiswissen in Kriminologie, Kriminalprävention, Projekt- und Qualitätsmanagement vermittelt wurden, endete Anfang 2009.

Hermann Lampen, Angehöriger der Bundespolizeiinspektion Bad Bentheim und dortiger Präventionsbeauftragter sowie Carola Gustedt, Angehörige beim Landeskriminalamt Niedersachsen, haben erfolgreich das Qualifizierungsprogramm absolviert und werden, gemeinsam diese Beccaria-Qualifizierungsprogramm in der Kriminalprävention aus der Perspektive der Teilnehmer vorstellen.

Kontakt:

Bundespolizeiinspektion Bad Bentheim / Dienstort Bunde
Schliekenweg 6
26831 Bunde

Tel.: 04953 - 91990-17

Fax.: 04953 - 91990-44

E-Mail: hermann.lampen@polizei.bund.de

Soziales Lernen entwickelt Lebenskompetenzen

Michael Niggemann

Soziales Lernen entwickelt Lebenskompetenzen!

Die Entwicklung und Förderung von sozialen, emotionalen und individuellen Kompetenzen in Erziehung und Bildung ist für Lebenstüchtigkeit, Erfolg, Zufriedenheit und Selbstkontrolle unerlässlich. Das frühzeitige Üben, Festigen und Stabilisieren von Lebenskompetenzen stärkt und stabilisiert Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und Lebensplanung. Darüber hinaus verbessern Lebenskompetenzen das Lern- und Leistungsklima. Sie reduzieren Stress und (innere) Anspannungen.

Hierzu erhalten Sie Gelegenheit, unser Programm-, Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot kennenzulernen.

Kontakt:

Power for Peace (PfP) e. V.

Postfach 201643

80016 München

Tel.: 08158 - 993872

Fax.: 08158 - 993871

E-Mail: info@powerforpeace.de

Webseite: <http://www.powerforpeace.de>

**Sicherheitspartnerschaft zwischen
Polizei und Handwerk -
Ein Werkstattbericht****Klaus Hackmann**

Die Kooperation zwischen Polizei und Handwerk in den Landkreisen Emsland und Grafschaft Bentheim stellt einen Teilbereich der Neuausrichtung der polizeilichen bzw. kommunalen Kriminalprävention dar. Erstmals in Deutschland können Bauherren bzw. Verantwortliche systematisch und bedarfsgerecht bereits bei der Hausplanung mit wichtigen Informationen und dem Angebot geeigneter Bauelemente zu ihrer Sicherheit gezielt über ein Kooperationsnetzwerk zwischen Handwerk, Polizei und Kommunen versorgt werden. Problematiken, wie schlechte Erreichbarkeiten von Bauherren, mangelnde Umsetzung empfohlener polizeilicher Standards, fehlende Mindeststandards in den Angeboten der Unternehmen und Zurückhaltung örtlicher Unternehmen innerhalb der Beteiligung an der Einbruchsprävention sollen damit u. a. wirksam begegnet werden. Ohne einen Rückzug der Polizei aus der polizeilichen Einbruchsprävention beraten künftig qualifizierte Tischlereibetriebe mit dem Schwerpunkt Fenster-/Türenbau – im weiteren Verlauf auch andere Gewerke – für und im Sinne der Polizei systematisch zur Einbruchsprävention sowie zum Brandschutz und verpflichtet sich zu einheitlichen Mindeststandards. Ressourcenaufwendige klassische polizeiliche Individual-vor-Ort-Beratungen durch die Polizei lassen sich dadurch regelmäßig vermeiden. Ferner soll möglichen Defiziten in der bisherigen Einbruchspräventionssystematik unter Einbindung geeigneter Unternehmen systematisch begegnet werden.

Kontakt:

Polizeiinspektion Emsland / Grafschaft Bentheim, Präventionsteam

Georgstraße 16

49809 Lingen

Tel.: 0591 / 87 - 108

E-Mail: klaus.hackmann@polizei.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.polizei-emsland.de>

Gefahren des Chattens

Franz Niebauer

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe anhand der Möglichkeit, das Chatten sicherer zu machen, ein Projekt entwickelt, das einfach und simpel ist; jedoch, so denke ich aber auch wirksam sein kann, wenn man es intensiv und wirksam einsetzt:

Mein Bestreben ist eine sichere „Chat-Welt“ in der Art und Weise zu schaffen, dass der Einzelne sich sicher sein kann, dass er nicht belogen bzw. betrogen wird.

Das von mir geschaffene Projekt „Pro-Chat“ basiert auf der Freeware Chatters XP. Es ermöglicht das interne Chatten z.B. in einem Computer vernetzten Chatroom.

Für mich entscheidend ist, dass der Einzelne erkennt, nicht leichtfertig mit persönlichen Daten im Netz freizügig umzugehen.

Weiter möchte ich mit einem von meiner Tochter geschaffenen Logo, das einen individuellen Erkennungswert hat, auf die Gefahren des Internets und der Gefahr der PC-Sucht hinweisen.

Wenn man sich heute vor Augen hält, dass eine enorme Menge von Daten im Internet die „Runde“ dreht, dann sollte hier schon etwas unternommen werden. Ich möchte den Benutzern, Schülerinnen und Schüler

deren Eltern Hinweise auf die Gefahren, die teilweise unbeachtet bleiben, hinzuweisen. Es sind die Daten, Bilder von sich und freizügige Antworten, die das unbekannte Gegenüber mutig machen könnten.

Die Sensibilisierung ist hier das Entscheidendste und Wichtigste. Sehr wichtig finde ich auch die abschließende Diskussion.

Kontakt:

Polizei z.Z.d. Dienstverrichtung

Frankenstraße 59

93128 Regenstauf

Tel.: 0171 7948288

E-Mail: franz-niebauer@t-online.de

Webseite: <http://...noch in Arbeit...>

Der Überlebens-Code - Auswirkungen auf junge Männer

Albert Krüger

Seit vielen Jahren sind Jungs und junge Männer in den entsprechenden Gesundheits- und Kriminalitätsstatistiken überrepräsentiert. Die Aufmerksamkeit auf das männliche Geschlecht im Bildungsbereich ist in jüngster Zeit dazugekommen. Offensichtlich haben vor allem sie große Schwierigkeiten sich anzupassen oder ist es nicht doch eher so, dass sie nicht ausreichend mit ihren spezifischen Belangen und Fähigkeiten gewürdigt und gefördert werden? Welche Rolle spielt dabei ihre neurologische Disposition? Wieso geraten Jungs und junge Männer häufiger in den Überlebens-Modus und was müssen sie und ihr Umfeld tun, damit das erst gar nicht passiert?

Kontakt:

for! (ju:) Ausbildung, Seminare & mehr
Groner-Tor-Straße 16
37073 Göttingen
Tel.: 0551-45143
E-Mail: info@forju.de
Webseite: <http://www.forju.de>

Erziehung und soziale Werte

Dr. Melanie Wegel

Im Rahmen eines Tübinger Jugend-Surveys wurden rund 3600 Jugendliche in unterschiedlichen Lebenslagen (Schüler und junge Inhaftierte) zu ihren Sozialisationserfahrungen und Wertorientierungen befragt. In diversen Veröffentlichungen konnten Zusammenhänge zwischen elterlichen Erziehungsstilen, sozialen Milieus und jugendlichen Wertorientierungen aufgezeigt werden. So zeigten Jugendliche die sich im Strafvollzug befanden weitaus stärkere Opfererfahrungen bezüglich ihrer Primärsozialisation und äusserten verstärkt sogenannte „subkulturellen“ bzw. kriminogenen Wertorientierungen, wohingegen Jugendliche, die einen fürsorglich/kontrollierten Erziehungsstil erfahren hatten verstärkt sozialintegrative Wertorientierungen äusserten. Wertorientierungen stehen laut diesen Befunden in einem Zusammenhang mit sozialen Milieus und vor allem elterlichem Erziehungsverhalten. Familiäre Defizite, vor allem punitive und nachlässige Erziehungsstile, stellen somit unmittelbar eine Anforderung an mögliche sozialpädagogische Interventionen dar. Im Hinblick auf die Herausbildung sozialer Werte und der Norminternalisierung können spezifische Präventionprojekte vor allem im schulischen Bereich entwickelt bzw. angewandt werden.

Kontakt:

Universität Tübingen

Sand 7

72076 Tübingen

Tel.: 07071-2972026

E-Mail: melanie.wegel@uni-tuebingen.de

**SROI-Messmethodik: Rendite
öffentlicher Investitionen****Viktor Hermeler**

SROI steht für Social Return on Investment, eine in den Vereinigten Staaten entwickelte Methode, die die gesellschaftliche Rendite öffentlicher Investitionen bemisst. SROI geht von der Annahme aus, dass jeder Beitrag eines Subventionsgebers, einer Stiftung oder der öffentlichen Hand für ein soziales Projekt letztendlich eine Investition darstellt und als solche auch evaluiert werden kann. SROI richtet sich zum einen an Projektleiter, Unternehmer, Manager und alle anderen, die ein Interesse daran haben, die sozialen Auswirkungen ihres Unternehmens oder ihres Projektes sichtbar zu machen. Zum anderen zielt SROI auf Investoren, Stiftungen, Behörden, Kredit- und Subventionsgeber für soziale Projekte, die die wirtschaftliche und soziale Rendite ihrer Investitionen überprüfen möchten. Im Rahmen eines INTEREG-III-Projektes mit Unterstützung der EUREGIO haben 2007 die Stadt Münster, die Gemeinde Belm und die Gemeinde Almelo zusammen mit dem Bildungsträger ROC van Twente SROI im „weichen Feld“ der Arbeitsmarktqualifikation für Migranten eingesetzt. Ziel des Projektes war es, die Anwendbarkeit der Methode in der Praxis zu testen. Im Vortrag werden die Erfahrungen des Projektpartners Belm vorgestellt. Dort wurde die Arbeit einer Jugendwerkstatt mit SROI evaluiert, indem die in die Werkstatt fließenden Fördergelder den erzeugten Rückflüssen gegenübergestellt wurden. Dazu wurden in einer umfangreichen Befragung die langfristigen Ergebnisse und Erwartungen von Geldgebern und Teilnehmern ermittelt und in Geldwerten ausgedrückt. So ergaben sich z.B. für die öffentl. Hand Kosteneinsparungen bei ALG-II-Empfängern, die durch die Maßnahme in Ausbildung bzw. Arbeit vermittelt werden konnten.

Kontakt:

Gemeinde Belm

Marktring 13

49191 Belm

Tel.: 05406-50526

E-Mail: hermeler@belm.deWebseite: <http://www.belm.de>

Zweikampfverhalten - Coolnesstraining im Jugendfußball

Rebekka Salome Henrich

Im Projektspot „Zweikampfverhalten - Coolnesstraining im Jugendfußball“ stellt die Referentin anhand der Hamburger Kurse I bis III Idee, Zielsetzung, Rahmenbedingungen und konzeptionelle Umsetzung des Präventions- und Fußballprojekts dar.

Zielgruppe der zweimonatigen Intensivkurse sind 13- bis 18-jährige Spieler/innen des Jugendfußballs, die auf dem Platz oder im Alltag durch mangelnde soziale Kompetenzen, Unsportlichkeiten oder Gewaltbereitschaft auffallen. Dieser negativen Entwicklung wirkt ein interdisziplinäres Team durch eine Kombination von Konfrontativer Pädagogik, Sozialem Lernen an positiven Vorbildern und Fußballtraining entgegen. Lernziele sind u.a. die Erarbeitung gewaltfreier Handlungsalternativen in Konflikten oder die Förderung alltagspraktischer Kompetenzen, z.B. ein respektvolles Miteinander oder rhetorisches Geschick. Die ehrenamtliche Unterstützung von Profis (HSV-Spieler der 1. Bundesliga, ehemalige Gefängnisinsassen, Rhetorik- und Benimmtrainer/innen etc.) begünstigt die Kriminalprävention bei und Integration von sozial benachteiligten Jugendlichen.

„Der Hamburger Weg“ und der „Hamburger Sport-Verein“ unterstützen „Zweikampfverhalten“ ideell und finanziell. Ziel von „Zweikampfverhalten e.V.“ sind zusätzliche Projektstandorte innerhalb Deutschlands.

Detaillierte Projektinformationen finden Sie auf www.zweikampfverhalten.de

Kontakt:

Zweikampfverhalten e.V.

Professor-Brix-Weg 8

22767 Hamburg

Tel.: 040 - 37086403

E-Mail: r.s.henrich@zweikampfverhalten.de

Webseite: <http://www.zweikampfverhalten.de>

Inzest - Auswirkungen auf Gesellschaft und Individuum

Ulrike M. Dierkes

Ulrike M. Dierkes, Autorin/Journalistin, Vorsitzende des IGC & M.E.L.I.N.A Inzestkinder e.V. und selbst Vater-Tochter-Inzestkind, sowie Referentin in kirchlichen, kriminalpolizeilichen und sozialen Einrichtungen wird einen Einblick zur Dunkelziffer der Inzestverbrechen in Deutschland und die Arbeit des seit mehr als zwölf Jahren gemeinnützig anerkannt eingetragenen Vereines geben. Bei Interesse an einer Zusammenarbeit ist dieses eine gute Möglichkeit zur Kontaktaufnahme.

Kontakt:

M.E.L.I.N.A Inzestkinder/Menschen aus VerGEWALTigung
e.V.

Paul-Lincke-Straße 28

70195 Stuttgart

Tel.: 0711-3580571

E-Mail: IGCundMelina.eV@t-online.de

Webseite: <http://www.melinaev.de>

**Betreuung im Wohnraum - eingebunden
in die Nachbarschaft****Siegfried Kämmerer**

Existenzielle Unterstützungen für Probanden der Bewährungshilfe können nachhaltig dadurch erreicht werden, wenn diesen Wohnraum mit qualifizierter Betreuung angeboten wird. Die Konzeption für die Betreuung im Wohnraum, insbesondere in kleinen betreuten Wohngruppen besteht seit 1978 und wurde fortgeschrieben. Inzwischen können wir in sieben Einrichtungen 40 und 29 Personen in deren eigenen Wohnraum bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind - §§ 67 bis 69 SGB XII - betreuen.

Vortrag von Siegfried Kämmerer, Dipl- Soz. Päd.(FH).

Kontakt:

PräventSozial gGmbH

Uhlandstr. 16

70182 Stuttgart

Tel.: 0711-2398842

Fax.: 0711-2398850

E-Mail: kaemmerer@sd-stgt.deWebseite: <http://www.sd-stgt.de>

Therapie für Täter ist ein Beitrag zum Opferschutz

Heinz-Jürgen Pitzing

Der Leiter der seit zehn Jahren bestehenden Stuttgarter Ambulanz zur Behandlung von Sexualstraftätern, H. Jürgen Pitzing, stellt die Besonderheiten der Konzeption vor und berichtet über die bisherigen Erfahrungen.

Kontakt:

Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Uhlandstr. 16

70182 Stuttgart

Tel.: 0711-2398842

Fax.: 0711-2398850

E-Mail: pitzing@sd-stgt.de

Webseite: <http://www.sd-stgt.de>

**Kinder besuchen das Amtsgericht (ein
Erfahrungsbericht)****Tina Neubauer**

Im Rahmen der Kinderferienprogramme der Kommunen besuchen seit 4 Jahren mit Kindergruppen, im Alter zwischen 8 und 12 Jahren das jeweils ortsnahe Amtsgericht im Landgerichtsbezirk Stuttgart.

Ziel ist es alternativ zu den Gerichtsshows im Fernsehen Kindern Informationen zum Gericht zu vermitteln. Organisiert und durchgeführt wird das Angebot von Frau Diplompädagogin Tina Neubauer, der Koordinatorin für die Zeugenbegleitung Stuttgart. Die dokumentierte Presseberichterstattung vervollständigt eine erfolgreiche Außendarstellung.

Kontakt:

Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Uhlandstr. 16

70182 Stuttgart

Tel.: 0711-2398842

Fax.: 0711-2398850

E-Mail: neubauer@sd-stgt.deWebseite: <http://www.sd-stgt.de>

NERO Netzwerk engagierter Rechtsanwälte für Opferschutz

Dr. Bettina Grözinger

NERO-Rechtsanwälte beraten ehrenamtlich Opfer von Sexualdelikten oder bei anderen Gewaltstraftaten. Ergänzend hierzu bietet „NEROkidz“ als Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche Beratung bei rechtlichen Problemen und Konflikten an. Vortrag von Rechtsanwältin Dr. Bettina Grözinger .

Kontakt:

PraventSozial gGmbH

Uhlandstr. 16

70182 Stuttgart

Tel.: 0711-2398842

Fax.: 0711-2398850

E-Mail: bettina.groezinger@web.de

Webseite: <http://www.sd-stgt.de>

Gewaltpräventive Gruppe für Jungen, die Gewalt erlebt haben

Cathrin Adler

Das Frauenhaus Norderstedt bietet seit fünf Jahren eine Gruppe für Jungen im Alter von 5-10 Jahren an, die Gewalt erlebt haben. Die Jungen haben unterschiedliche Formen der Gewalt erlebt. Sie sind entweder selbst verbal oder körperlich angegriffen worden oder haben häusliche Gewalt innerhalb der Familie oder während des Trennungsprozesses der Eltern als Zeugen miterlebt. Ein anderer Teil der Gruppe besteht aus Jungen, die in Kindergarten und/oder Schule häufig von Mitschülern angegriffen werden und in gewalttätige Auseinandersetzungen verwickelt sind. Manche Jungen sind aus dem Frauenhaus, andere von Außerhalb. Die Jungen haben unterschiedliche Nationalitäten. Der Trainer der Jungen ist Sportpädagoge mit Migrationshintergrund und bietet den Jungen als Mann und als Migrant Möglichkeiten zur Identifikation. Ziel ist, dass die Jungen lernen, sich selbst zu verteidigen und Fähigkeiten zur gewaltlosen Konfliktlösung erwerben. Das gewaltpräventive Gruppenangebot findet wöchentlich 2 Stunden statt. Begleitet wird es durch ein parallel stattfindendes niedrigschwelliges Beratungsangebot für die Eltern. Dieses führt eine Mitarbeiterin aus dem Frauenhaus durch. Zudem findet monatlich ein einstündiger Elternabend statt, der dem Informationsaustausch zwischen Trainer und Eltern dient.

Im Projektspot bieten Frau Cathrin Adler und Herr Ghasem Spili Einblick in die Organisation, Umsetzung und bisherige Erfahrung in der Jungengruppe.

Kontakt:

Frauenhaus Norderstedt

Postfach 3570

22828 Norderstedt

Tel.: 040-5296677

E-Mail: frauenhaus.norderstedt@diakonie-hhsh.de

Webseite: <http://www.dwniendorf.de/frauenhaus/index.htm>

CTC - Neue Instrumente für die Steuerung der Prävention?

Frederick Groeger-Roth

Im Rahmen des Projektes „SPIN – Sozialräumliche Prävention in Netzwerken“ adaptiert der Landespräventionsrat Niedersachsen in Kooperation mit der LAG Soziale Brennpunkte Nds. e. V. das in den USA entwickelte Steuerungsinstrument für die Präventionsarbeit „Communities That Care - CTC“ und setzt dies erstmals im deutschen Sprachraum in Niedersachsen modellhaft ein.

CTC hat die sozialräumliche Steuerung der Prävention von jugendlichem Problemverhalten in den Bereichen Gewalt, Kriminalität, Alkohol- und Drogenmissbrauch, Schulabbruch und frühe Schwangerschaften zum Gegenstand. Das Programm geht von neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Wirkung und das Zusammenspiel verschiedener Risiko- und Schutzfaktoren in den vier Bereichen Familie, Schule, Wohnumfeld, sowie den Peer-Groups der Jugendlichen aus.

CTC beinhaltet eine Langzeitstrategie, um die lokalen Aktivitäten im Bereich der Prävention verstärkt

- auf den tatsächlichen Bedarf zu lenken (Analyse mittels eines repräsentativen Schülersurvey)
- aufeinander abzustimmen (Entwicklung eines Sozialraumprofils und lokaler Aktionspläne)
- in der Qualität der Maßnahmen zu verbessern (Verwendung geprüfter Präventionsprogramme im Rahmen der Aktionspläne).

In der Projektlaufzeit von SPIN von 2009 – 2011 wird CTC in drei Modellstandorten in Niedersachsen erprobt und im Rahmen einer wissenschaftlichen Begleitung evaluiert. In dem Referat wird das hinter dem Programm stehende Konzept vorgestellt und dargelegt, welcher Nutzen für die Prävention zu erwarten ist.

Kontakt:

Landespräventionsrat Niedersachsen
Am Waterloopplatz 5a, 30169 Hannover

Tel.: 0511-1205268

Fax.: 0511-1205272

E-Mail: frederick.groeger-roth@mj.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.lpr.niedersachsen.de>

Das Leipziger Netzwerk für Kinderschutz

Dr. Siegfried Haller

Vorstellung der Netzwerkstrukturen sowie der Einbindung in das Landesmodellprojekt „Netzwerke für Kinderschutz in Sachsen“

Schwerpunkte:

- Zielstellungen
- die Rolle des ASD im Netzwerk Kinderschutz
- Arbeitsgremien und Arbeitsinstrumente
- Erfahrungen und erste Ergebnisse
- Hürden und Grenzen der Netzwerkkoordination

Kontakt:

Jugendamt Leipzig
Naumburger Str. 26
04229 Leipzig
Tel.: 0341 123-4640
Fax.: 0341 123-4484
E-Mail: jugendamt@leipzig.de

**Demographie und Kriminalität in
Mecklenburg-Vorpommern****Prof. Dr. Manfred Bornewasser**

Prognosen zählen zum modernen Alltag. Dennoch stellt sich innerhalb der Polizei immer wieder Frage, ob Kriminalitätsprognosen möglich sind. Diese Fragestellung wird affirmativ bearbeitet und aufgezeigt, wie eine landesspezifische Prognose des Kriminalitätsaufkommens für Mecklenburg-Vorpommern auf der Grundlage von statistischen Angaben zur demografischen Entwicklung und Häufigkeitszahlen der PKS für verschiedene Deliktsbereiche methodisch angegangen wurde. Ferner werden wenige zentrale Befunde dieser Prognose vorgestellt, die allesamt einen deutlichen Rückgang der Kriminalitätsbelastung für die kommenden Jahre anzeigen. Dies gilt besonders für die Deliktsbereiche, in denen vornehmlich jugendliche Straftäter aktiv sind. Aus den Befunden sind spezifische Konsequenzen für die Organisation der Polizeiarbeit abzuleiten

Kontakt:

Institut f. Psychologie der E.-Moritz-Arndt-Universität
Greifswald

Franz-Mehring-Straße 47
17487 Greifswald

Tel.: 03834 - 863756

Fax.: 03845 - 863763

E-Mail: punkt@uni-greifswald.de

Webseite: www.psychologie.uni-greifswald.de

Auswirkungen der Demographie auf die Prävention

Prof. Ingmar Weitemeier

Experten der Landespolizei M-V und Wissenschaftler der Uni Greifswald und Rostock haben in einer mehrjährigen Untersuchung die Wirkung der demographischen Entwicklung u. der zu erwartenden gesellschaftlichen Veränderungen prognostiziert. Im Ergebnis ist u.a. die Abnahme des Anteils der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung, das Wachstum des Segmentes der Älteren und durch die zunehmende Technisierung der Gesellschaft neu geschaffenen Tatgelegenheitsstrukturen für Kriminelle zu erwarten. Aus der prognostizierten Entwicklung kann u.a. abgeleitet werden, dass das subjektive Sicherheitsempfinden durch die stärkeren Ängste der älteren Menschen negativ beeinflusst wird; diese dadurch verstärkt öffentliche Plätze meiden; Pflegeeinrichtungen bzw. Pflegedienste weiter anwachsen werden und sich neue Tatgelegenheitsstrukturen für Kriminelle ergeben (bspw. Gewalt in der Pflege). Steigende Bevölkerungsanteile der Senioren u. anwachsende Täter- und Opferanteile erfordern neue zielgerichtete und an den Bedürfnissen dieser Bevölkerungsgruppe ausgerichtete Präventionsstrategien. Die technische Entwicklung und der prognostizierte Anstieg von Betrugsdelikten im Zusammenhang mit der zunehmenden Internetnutzung erfordern verstärkt nutzerorientierte Beratungsangebote. Aufgrund des hohen Spezialisierungsgrades wird die Notwendigkeit gesehen, zukünftig mehr externe „Spezialisten“ in die Präventionsarbeit einzubinden. Bei einer zu erwartenden anhaltenden „sozialen Schiefelage“ vieler Jugendliche zeigt die Untersuchung Gründe dafür auf, die verhaltensorientierte Präventionsmaßnahmen weiter aufrecht zu erhalten bzw. zu fördern.

Kontakt:

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern
Retgendorfer Straße 9
19067 Ramepe
Tel.: 03866 64 8001
Fax.: 03866 64 8002
E-Mail: direktionsbuero@lka-mv.de
Webseite: <http://www.praevention-in-mv.de>

Sicheres Motorradfahren in Schleswig-Holstein

Olaf Weddern

„Raser kommen zu früh! ...in den Himmel“ – ein Konzept zur Sicherheit für Motorradfahrer der Landespolizei Schleswig-Holstein

Mit diesem Impuls entwickelte die Landespolizei Schleswig-Holstein das Präventionskonzept „Raser kommen zu früh!... in den Himmel“ Ein hochhackiger roter Damenstiefel zieht sich wie ein roter Faden durch die Kampagne. Am Heck des Motorrades stemmt sich ein Schutzengel gegen die atemberaubende Geschwindigkeit des Motorrades. „Komm nicht zu früh...in den Himmel!“, so die Botschaft der flügelschlagenden Erscheinung, „runter vom Gas...“ Diese Botschaft wurde offensichtlich von unseren Bikern gehört. Entgegen des Bundestrends kamen in Schleswig Holstein weniger Biker ums Leben als in den Vorjahren. Seit Beginn der Kampagne im Frühjahr 2007 sind die Zahlen der bei Verkehrsunfällen unter Beteiligung von motorisierten Zweiradfahrern Getöteten deutlich rückläufig. Nach 41 Toten im Jahr 2006 folgten 29 im Jahr 2007.

2008 starben 23 Motorradfahrer auf den Straßen Schleswig-Holsteins; noch immer zu viele, aber dennoch deutlich weniger Tote.

Im Rahmen des 14. DPT möchte die Landespolizei Schleswig-Holstein dieses Präventionskonzept mit einem Projektspot vorstellen.

Kontakt:

Landespolizeiamt Schleswig-Holstein - SG 141

Mühlenweg 166

24116 Kiel

Tel.: 0431-16061416

Fax.: 0431-16061419

E-Mail: klaus.grikscheit@polizei.landsh.de

Webseite: <http://www.polizei.schleswig-holstein.de>

Handlungsfelder der Straffälligenhilfe

Dr. Reiner Hollmann

Der Vortrag wendet das Tagungsthema „Solidarität leben – Vielfalt sichern“, indem er auf die Vielfalt der Einrichtungen in der Straffälligenhilfe fokussiert.

Diese Vielfalt ist schon bei der Trägerschaft der Einrichtungen, ihren Organisationsstrukturen, ihrer Tradition, ihrer Vernetzung oder ihren äußeren Rahmenbedingungen bemerkenswert. Nimmt man aber die klientenbezogenen Beratungs- und Unterstützungsleistungen ins Visier, die vor allem im Rahmen der Entlassungsvorbereitung oder des Übergangsmangements angeboten werden, dann verliert man schnell den Überblick, wenn es um die Frage geht, welche konkreten Themenfelder (Wohnen, Finanzen, Arbeit ...) von den Einrichtungen besetzt und in welcher Tiefe sie bearbeitet werden.

Um diese Unübersichtlichkeit zu reduzieren, werden am Beispiel der Freien Straffälligenhilfe vier klientenbezogene Handlungsfelder definiert: „Offener Bereich und Bereitstellung von Infrastruktur“, „Routinehilfen“, „Krisenintervention“ und „Spezifische Intensivmaßnahmen“. Der Clou ist, dass jede Einrichtung, relativ problemlos ihr typisches Profil erstellen kann, indem sie sich mit ihren Tätigkeitsschwerpunkten in diesen Feldern verortet.

Der Nutzen eines solchen Profils für die Einrichtungen liegt auf der Hand. Es dient

- der eigenen Standortbestimmung (Ist-Analyse).
- als Basis für die Profilschärfung und Sondierung von Entwicklungsmöglichkeiten.
- als Planungsinstrument zum Aufbau regionaler Netzwerke oder zur Präzisierung der Zuständigkeiten und Kooperationsbeziehungen.
- als Instrument zur Außendarstellung der eigenen Aktivitäten.

Kontakt:

Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
Salzdahlumer Str. 46/48
38302 Wolfenbüttel
Tel.: 0511-16998883
E-Mail: r.hollmann@fh-wolfenbuettel.de
Webseite: <http://www.fh-wolfenbuettel.de>

Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz - Eine Bestandsaufnahme

Julia A. Jäger

In Rheinland-Pfalz gibt es vielfältige politische Anstrengungen, Gewaltprävention zu betreiben. Auch zivilgesellschaftliche Kräfte engagieren sich auf Landesebene und in den Kommunen.

In dem Projekt Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz haben sich zwei dieser Akteure - die Leitstelle Kriminalprävention des Ministeriums des Innern und für Sport und die Klaus Jensen Stiftung - zusammengetan, mit dem Ziel, die Präventionsarbeit im Bundesland zu fördern.

Denn: Insbesondere auf kommunaler Ebene gibt es eine Vielzahl an Aktivitäten und Akteuren im Bereich der Gewaltprävention, häufig im Rahmen so genannter kriminalpräventiver Gremien. Diese leisten zum Teil sehr engagierte Arbeit; allerdings gibt es auch wenig aktive Kommunen oder solche, die sich der Gewaltprävention überhaupt nicht annehmen.

Vor diesem Hintergrund führte die Klaus Jensen Stiftung 2006 Workshops, Befragungen und Gespräche durch und legte Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz vor.

Im Vortrag werden die wesentlichen Ergebnisse der Bestandsaufnahme dargestellt, die darauf basierenden Empfehlungen diskutiert.

Kontakt:

Klaus Jensen Stiftung
Matthiasstr. 89
54290 Trier

Tel.: 0651-99 454 62

E-Mail: jj@julia-jaeger.de

Webseite: www.julia-jaeger.de

Entlassungstraining - Erziehung zur Selbstständigkeit

Susann Reinheckel

Das Ziel des Jugendstrafvollzugs besteht in der sozialen Integration der Strafgefangenen. Damit dieses Vollzugsziel erreicht werden kann, hat der Jugendstrafvollzug einen Erziehungsauftrag. Dieser Erziehungsauftrag soll u.a. durch die Vorbereitung des jungen Strafgefangenen auf die Entlassung realisiert werden. In der JVA Rockenberg (Hessen) wird ein Entlassungstraining durchgeführt, welches hierzu einen Beitrag leisten möchte. Der Grund für die Entwicklung eines solchen Trainings basiert auf der Erkenntnis, dass Haftentlassene ihr Leben nach der Entlassung selbstständig meistern müssen. Damit dies gelingt und es ihnen dadurch leichter fällt den Integrationsprozess erfolgreich zu bewältigen, sollten sie, so die Hypothese, zur Selbstständigkeit erzogen werden. Diese Hypothese soll in den nächsten Jahren nicht nur für das Entlassungstraining im Speziellen, sondern auch für den Jugendstrafvollzug im Allgemeinen wissenschaftlich überprüft werden. Das Entlassungstrainingskonzept und dessen praktische Umsetzung sowie erste Ergebnisse aus der Evaluation werden im Projektspot vorgestellt.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei den Kostenträgern bedanken. Ohne den Fliedner-Verein Rockenberg e.V. (<http://www.fliednerverein-rockenberg.de/>) wäre die Entwicklung dieses Entlassungstrainingskonzeptes nicht möglich gewesen und ohne die Stiftung Anstoß (<http://www.stiftung-anstoss.de/>) würde es keine Übergangsbegleitung und Evaluation geben.

Dipl.-Päd. Susann Reinheckel (Justus-Liebig-Universität Gießen)

Weitere Informationen: <http://www.uni-giessen.de/graduierenzentrum/home/profil-sreinheckel.htm>

Kontakt:

Justus-Liebig-Universität Gießen

Karl-Glöckner-Straße 21B

35394 Gießen

Tel.: 0641-99-24154

E-Mail: Susann.Reinheckel@erziehung.uni-giessen.de

Webseite: www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb03/institute/lfHSP

Demokratie, Städte und Drogen**Sebastian Sperber**

Drogenprobleme betreffen alle. Städte stehen hierbei an vorderster Front. Zur Vorbeugung, Risikoreduzierung, Verminderung von Beschaffungskriminalität, Behandlung von Abhängigen ist die Zusammenarbeit von sozialen Einrichtungen, Selbsthilfeprojekte, Polizei, Justiz, aber auch Anwohnervereinigungen, Clubbesitzern und die Organisatoren großer Veranstaltungen und anderer lokaler Akteure gefordert.

Das Projekt „Demokratie, Städte und Drogen“ (DC&D) ist ein Projekt zur Förderung lokaler und partizipativer Antworten auf die Phänomene des Drogenkonsums.

In einem ersten Projekt (DC&D 2005-2007) haben europäische Städte des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit und eine Allianz von 7 europäischen Netzwerken Praktiken für eine effektivere Drogenpolitik ausgetauscht. Das Anschlussprojekt DC&D II (2008-2010) konzentriert sich nun stärker auf die Rolle der Städte und versucht sie in ihren Politikgestaltung und der Gründung lokaler Partnerschaften zu unterstützen. Um auf die nationalen Besonderheiten eingehen zu können, wurden nun nationale Arbeitsplattformen eingerichtet. Thematisch stehen fünf Themen im Mittelpunkt: Gesundheitsaufklärung, sicheres Nachtleben, Straßenkinder, drogenabhängige Frauen, Herausforderungen in der Suchtbehandlung.

Der Projektspot stellt die bisher erzielten Ergebnisse vor und beleuchtet die gegenwärtig diskutierten Fragestellungen.

Kontakt:

European Forum for Urban Safety EFUS

38 Rue Liancourt

75014 Paris

Tel.: +33 1 40 64 49 00

Fax.: +33 1 40 64 49 10

E-Mail: sperber@urbansecurity.orgWebseite: www.democitydrug.org

Biografiearbeit mit dem Lebensbuch

Klaus ter Horst

Das Lebensbuch für Kinder in der stationären Jugendhilfe und das neue Lebensbuch für Pflege- oder Adoptivkinder werden im Kontext der Biografiearbeit mit Kinder und Jugendlichen vorgestellt. Der konkrete Einsatz des Lebensbuches wird aus der Praxis für die Praxis veranschaulicht.

Kontakt:

Eylarduswerk

Teichkamp 34

48455 Bad Bentheim Gildehaus

Tel.: 05924781230

E-Mail: k.ter.horst@eylarduswerk.de

Webseite: <http://www.eylarduswerk.de>

**Prävention mit Spaß:Deutschlands
größte Stelzenläufergruppe****Dankwart Terörde**

„Wir zaubern den Menschen ein Lächeln ins Gesicht!“ Das ist sicher die größte Wirkung auf die Zuschauer, aber auch im Erleben der „Highwalkers“, der größten Stelzengruppe Deutschlands. Zum ersten Mal größer als die Erwachsenen sein, als „Künstler“ wahrgenommen und anerkannt werden, eine Rolle ausprobieren und spielen können mit (fast) ausschließlich positiver Wirkung - hier verwirklicht sich sichtbar: „Kinder und Jugendliche stark machen“! Schon über 300 Jugendliche lernten in 12 Jahren Stelzenlaufen beim TSV Korbach und traten u.a. bei Hessentagen und Fußball-Länderspielen vor Tausenden von Zuschauern auf. - Wir stellen die „Freizeitbefähigung“ in den Mittelpunkt unserer präventiven Arbeit. Dabei bauen wir außerdem auf altersgemäß sich steigernde Freizeiten und die konsequente Förderung des Jungen Ehrenamts, in dem wir eine Win-Win-Situation herstellen: Wir erhalten junge engagierte Mitarbeiter mit neuen Ideen, die Jugendlichen üben „soft-skills“ für ihr (Berufs-) Leben ein. - Aus neuerer Hirnforschung wissen wir, dass dauerhaftes Wiederholen verbunden mit positiven Emotionen stabile Lernbrücken im Hirn herstellt, also auch suchtpreventiv wirkt. - Gegen den „Teflon-Effekt“ (nichts bleibt hängen) bei unseren Jugendlichen!

Kontakt:

TSV Korbach

Strother Str.58b

34497 Korbach

Tel.: 05631-1748

Fax.: 05631-66643

E-Mail: teroerde.korbach@t-online.deWebseite: <http://tsvkorbach-badminton>

Freiräume - Angebote für Kinder von inhaftierten Eltern

Thomas Wendland

„Freiräume“ - Unterstützung für Kinder und Jugendliche von inhaftierten oder haftentlassenen Eltern

Wenn Eltern sich trennen, haben vor allem Kinder das Nachsehen. Ihr Leben stellt sich auf den Kopf, und es fällt ihnen schwer, mit der neuen Situation zurecht zu kommen. Wenn der Vater/die Mutter allerdings straffällig geworden ist und inhaftiert wird, sind die Kinder ganz besonders betroffen. Plötzlich getrennt von einem Elternteil sind sie konfrontiert mit einer unfassbaren Situation, die nicht selten traumatische Auswirkungen hat. Sie müssen sich mit Ausgrenzung und Stigmatisierung, Unsicherheit, Zweifel und Angst auseinandersetzen.

Dass Kinder trotzdem wieder eine Beziehung zu ihrem inhaftierten Elternteil aufbauen können, zeigt ein von der Aktion Mensch finanziertes Projekt des Ev. Gemeindedienstes Bielefeld e.V.. Dies ist das erste Hilfsangebot dieser Art in Ostwestfalen und das dritte in ganz Deutschland. Freiräume bildet hier eine Schnittstelle zwischen Straffälligenhilfe und Erziehungshilfen.

Freiräume richtet sich an Kinder und Jugendliche von inhaftierten und haftentlassenen Eltern, Eltern die von Straffälligkeit und Inhaftierung betroffen sind, Familienmitglieder sowie Mitarbeitende in Einrichtungen, die mit dieser Zielgruppe zu tun haben.

Freiräume steht für emotionale und soziale Stabilisierung der Kinder und Jugendlichen, die Förderung der Eltern-Kind-Beziehung sowie für Lobbyarbeit für Betroffene.

Freiräume bietet Angebote für Kinder innerhalb und außerhalb des Vollzugs, Angebote für Familien innerhalb und außerhalb des Vollzugs, Angebote für Eltern innerhalb und außerhalb des Vollzugs sowie Informationsveranstaltungen zum Thema. Weitere Referentin: Frau Melanie Mohme.

Kontakt:

Ev. Gemeindedienst e.V.

Schildescher Str. 101, 33611 Bielefeld

Tel.: 0521-8012727

Fax.: 0521-8012799

E-Mail: melanie.mohme@johanneswerk.de

Webseite: <http://www.johanneswerk.de>

Englische Projektpots

Inhaltsverzeichnis zu den englischen Projektpots

- Alle Projektpots in englischer Sprache -

	Seite
The Reality of Crime Prevention in Morocco Prof. Dr. Ali Rame	296
Criminal Policy in Sweden – from rehabilitati... Annalena Yngborn	297
Klasse2000 - an elementary school-based prog... Dr. Christina Storck	298
Papilio® - Program in kindergartens for prim... Heidrun Mayer	299

The Reality of Crime Prevention in Morocco

Dr. Ali Rame

Crimes in Morocco are varied and multiple: multi statistics expressed formally (in 2007 registered more than 323,813 lawsuit criminal, compared to the year 2003 which registered over 336,462 lawsuit criminal).

And diverse in terms of the nature of the crime committed, for the coverage of various traditional crimes (theft, murder, fraud,...), and some modern types of crime (terrorism, corruption, crime,...).

Faced with this reality of crime in Morocco, the government has taken a great importance to fight against crime since the fifties of last century on the basis of the development of criminal legislation (Criminal law, law of Criminal Procedure), as fundamental principles of the Moroccan criminal policy.

Despite the importance of intervention of the Moroccan authorities by means of criminal legislation, criminal policy remains committed to its restrictive approach which reflects the treatment of crime in the criminal element.

This approach has the disadvantage of the criminal policy in Morocco, and especially a lack of prevention practices in the fight against crime.

But this fact does not preclude another reality of current law in Morocco, which reflects a significant and positive change in recent years by the update and revision of numerous laws related to criminal justice policy toward repressive policy a little preventive criminal.

Kontakt:

University Mohamed V Agdal
Boulevard Des nations unies
10000 Rabat

Tel.: 00212 5 61914656

E-Mail: rame.droit@gmail.com

Criminal Policy in Sweden – from rehabilitation to prison?

Annalena Yngborn

While taking a highly liberal position on this matter during the second half of the 20th century, the Swedish criminal policy is today on its way back to a view which is comparatively much more conservative. Signs of this change can be clearly seen if you look at the Swedish prison system: the data about people sitting in prison has risen continuously since the end of 1990 and parallel to that the statistics show that these people are sentenced to a much longer imprisonment than before. Due to an amendment of the Swedish penal law in 2006 and 2007 there had been changes in the prisons themselves, too: when the Swedish Parliament had passed in a first step partly new forms of releases, the delegates enacted in a second step new rules relating to the organization of the Swedish prison system. These clauses imply restrictions for the prison inmates rather explicitly.

The presentation tries to give an overview of this change inside the Swedish criminal policy during the last ten years. Furthermore the contribution attempts to give some possible explanations for this turnabout. In the end it could be interesting to discuss to which extent these explanations – which mostly reach over the field of mere criminal policy – are appropriate. Another question is, if it is possible to draw conclusions out of the Swedish situation which could be applied to the German system.

Kontakt:

German Youth Institute - Centre for the Prevention of Youth Crime

Nockherstr. 2, 81541 München

Tel.: +49 (0)-89-62306-404

Fax.: +49 (0)-89-62306-162

E-Mail: yngborn@dji.de

Webseite: www.dji.de/youthcrime

Klasse2000 - an elementary school-based program for health promotion and prevention of violence and substance-abuse

Dr. Christina Storck

Klasse2000 is the most widely spread program of health promotion and the prevention of violence and substance abuse aimed at elementary school children from the age of 5 to the age of 10. In 2008 more than 290,000 children from 12,350 classes participated.

Klasse2000 consists of detailed teachers' manuals and attractive material for children. It starts in 1st grade and is implemented for four years of elementary school time.

Implementation is based on a co-operation between teachers and external experts, the "Klasse2000 health experts". The health experts contribute two or three interactive lessons per year and assist the teachers in the coverage of the main part of the program.

Parents are informed by regular letters, an annual magazine and thematic parent-teacher-conferences. The program combines life skill training with teaching knowledge about health, healthy eating and body functions as well as emphasising the importance of physical activity. It helps children to develop greater self-esteem and self-confidence: the most promising way of substance abuse prevention.

Klasse2000 was developed in 1991 and has been continuously evaluated and updated. Every year pupils, parents, teachers or health providers answer questionnaires about their satisfaction with the program and program implementation. These studies confirm a high compliance. Results of longitudinal studies suggest positive effects of participating Klasse2000 on individual, class and school level.

Kontakt:

Verein Programm Klasse2000 e.V.

Feldgasse 37

90489 Nürnberg

Tel.: +49 (0)911-8912118

E-Mail: info@klasse2000.de

Webseite: <http://www.klasse2000.de>

Papilio® - Program in kindergartens for primary prevention of behavioural problems and support in social-emotional competence for kindergarten children.

Heidrun Mayer

A contribution for primary prevention of the risk for violence and addiction.

PAPILIO is a programme for children at the age 3 till 7 for primary prevention of behavioural problems and promotion of social-emotional competence. PAPILIO contributes to primary prevention against the risk of violence and addiction.

PAPILIO was developed on the basis of knowledge gained from Developmental Psychology from the beta institute and its scientists. A longitudinal study in the model region Augsburg (ALLEP) proved the evidence of feasibility and effectiveness of the programme.

The measures of the programme: PAPILIO works on multi levels: kindergarten teachers, parents and children.

Kindergarten Teachers: The kindergarten teachers will be qualified through certified trainers to implement PAPILIO into the kindergartens and to communicate its contents to parents.

Children

- Toys-go on-holiday-day: Children play once a week without conventional toys and learn to engage themselves and other creatively.
- Paula and the trunk pixies: Children learn to deal with the four basic emotions such as sadness, angeriness, fear and happiness.
- Mine-yoursyours-our-game: Children learn playfully to lay down rules and to comply with social rules.

Parents: Parents are considered as partner of education who will be informed and supported in their demanding task of helping children to advance.

Kontakt:

beta Institut gem. GmbH – Project Papilio® Institute for applied Health Care Management, Sociomedical Research and Development

Kobelweg 95, 86156 Augsburg

Tel.: +49 (0)821- 45054- 152

Fax.: +49 (0)821/ 450 54- 9152

E-Mail: heidrun.mayer@beta-institut.de

Webseite: <http://www.papilio.de>

Ausstellung

Infostände

Alphabetische Liste der ausstellenden Institutionen mit Infoständen

Ausstellende Institutionen	Seite
ADHS Selbsthilfegruppe Neubrandenburg	308
AK „Häusliche Gewalt Cuxhaven“ / Förderverein Kriminalprävention Cuxhaven	309
Aktion „Kraft gegen Gewalt - Sportler setzen Zeichen“ - WEISSER RING e. V.	310
Aktion Schutzbengel aktiv e.V.	311
Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) NRW e.V.	313
Arbeitskreis Jugendschutz NO-Niedersachsen, verantwortlich Team Jugend-arbeit Uelzen/ Lüchow-Dannenberg	314
Arbeitskreis Prävention Winsen (Luhe)	315
Archiv der Jugendkulturen e. V.	316
Berufsbildungswerk des DGB	317
beta Institut gemeinnützige GmbH	318
Bildungsinstitut des niedersächsischen Justizvollzuges	319
BilSE-Institut für Bildung und Forschung	320
Bund Deutscher Kriminalbeamter	321
Bund für Soziale Verteidigung	322
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	323
Bundesministerium der Justiz/Bundesamt für Justiz	324
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.“	325
Bundespolizei	326
Bundesverwaltungsamt	327
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung - „Na toll!“ Kampagne zur Alkoholprävention	328

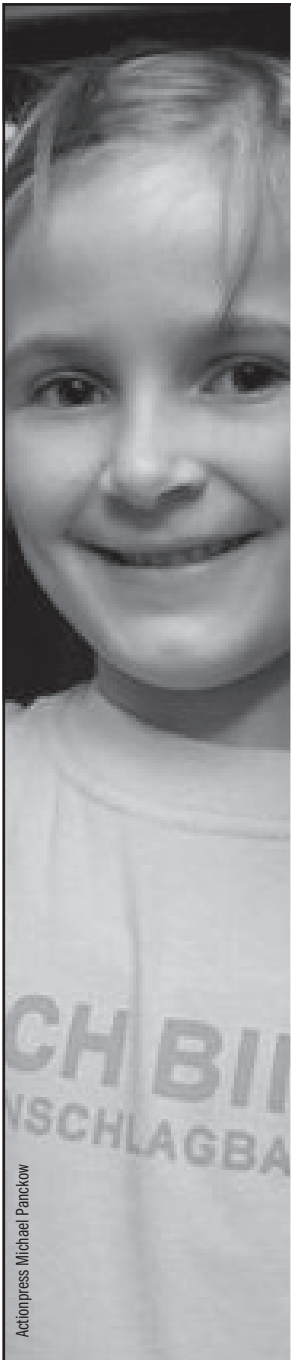
Ausstellende Institutionen	Seite
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung / Deutsches Jugendinstitut e. V. / Nationales Zentrum Frühe Hilfen	329
Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)	330
Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt	331
Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt.	332
DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik	333
Delmenhorster-Jugendhilfe-Stiftung	334
Deutsche Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung und -vernachlässigung (DGfPI) e.V.	335
Deutsche Gesellschaft für Supervision e.V.	336
Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V.	337
Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)	338
Deutscher Behindertensportverband e.V. / NPC Germany	339
Deutscher Ju-Jutsu Verband (DJJV e.V.)	340
Deutsches Forum für Kriminalprävention	341
Deutsches Jugendinstitut e.V.	342
Deutsch-Russisches Zentrum Sachsen e.V.	343
Donna Vita - pädagogisch- therapeutischer Fachhandel	344
donum vitae Regionalverband Hildesheim Hannover e.V.	345
EJF-Lazarus gemeinnützige AG	346
euline	347
European Forum for Urban Safety EFUS	348

Ausstellende Institutionen	Seite
Ev. Gemeindedienst e.V. Bielefeld	349
Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe	350
for! (ju:) Ausbildung, Seminare & mehr	351
Förderverein Gewaltfrei Lernen e.V.	352
gegen-missbrauch e.V.	353
gemeinnützige Gesellschaft für Integrative Sozialdienste mbH	354
Gewalt Akademie Villigst	355
Gewerkschaft der Polizei	356
Glen Mills Academie Deutschland e. V.	357
Hamburger Gewaltschutz-Zentrum	358
Heidelberger Präventionszentrum	359
Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa - Landespräventionsrat Hessen/ Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt/ Stiftung Resozialisierungsfonds für Straffällige	360
Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.	361
InStep Weiterbildungsinstitut (Düsseldorf)	362
Institut für Entwicklungsplanung und Struktur- forschung Hannover	363
Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH)	364
Jugendamt Dortmund	365
Jugendhilfe Göttingen e.V.	366
Jugendhilfeeinrichtung Trainingscamp Lothar Kannenberg	367
Justizministerium Nordrhein-Westfalen	368
Justizvollzugsanstalt Hannover	369
Justizvollzugsanstalt Wiesbaden	370

Ausstellende Institutionen	Seite
Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe	371
Klasse2000 e.V.	372
Kommunaler Kriminalpräventionsrat Hannover	373
Kommunaler Präventionsrat der Stadt Rödermark	374
Kommunaler Präventionsrat Hemmingen	375
kompetent. für Demokratie	376
Kooperative Migrationsarbeit Niedersachsen (KMN)	377
LAG Nds. für Ambulante Sozialpädagogische Angebote nach dem Jugendrecht e.V.	378
Landeshauptstadt Düsseldorf	379
Landeshauptstadt Potsdam	380
Landeskommission Berlin gegen Gewalt	381
Landeskriminalamt Brandenburg	382
Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern	383
Landespolizeiamt Schleswig-Holstein	384
Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen	385
Landespräventionsrat Niedersachsen	386
Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg	387
Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK)	388
LandesSportBund Niedersachsen e. V.	389
Landkreise Vechta u. Cloppenburg - Schutzengelprojekt	390
Magni-Deutschland	391
Männer gegen MännerGewalt	392
N.I.N.A. e.V.	393
Netzwerk gegen Gewalt	394

Ausstellende Institutionen	Seite
Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen	395
Niedersächsisches Justizministerium	396
Niedersächsisches Kultusministerium	397
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	398
PiT- Hessen	399
Polizei Baden-Württemberg	400
Polizei Hamburg	401
Polizei Hessen	402
Polizei Niedersachsen	403
Polizeidirektion Hannover	404
Polizeidirektion Waiblingen und Jugendfeuerwehr Rems-Murr	405
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	406
Power for Peace (PFP) München e.V	407
Präventionsrat der Stadt Rotenburg (Wümme)	408
Präventionsrat Gelsenkirchen	409
Präventionsrat Hildesheim	410
Präventionsrat Oldenburg	411
Präventionsrat Seevetal e. V.	412
Präventionsräte in der Region Hannover	413
PräventSozial Justiznahe Soziale Dienste gemeinnützige GmbH	414
Respekt e.V.	415
Schauspielkollektiv - Neues Schauspiel Lüneburg	416
Staatliches Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg	417
Staatsanwaltschaft Gera	418

Ausstellende Institutionen	Seite
Stadt Hannover, FB Jugend und Familie - Täter-Opfer-Ausgleich	419
Stadt Leipzig	420
Stiftung Opferhilfe Niedersachsen	421
Straffälligenhilfe der freien Wohlfahrt in Niedersachsen	422
Streetlife	423
Theater Requisit (SiT e.V.)	424
theaterpädagogische werkstatt gGmbH	425
TIE-Break	426
TSV Korbach	427
Universität Erlangen	428
Verbund der Frauen- und Mädchen- beratungsstellen gegen Gewalt	429
Verein für Bildungsmaßnahmen im Arbeits- und Freizeitbereich (BAF) e.V.	430
Waage Hannover	431
WEISSER RING e.V.	432
WSD Pro Child e.V.	433



Actionpress Michael Panckow

KINDER SIND UNSCHLAGBAR!

Jedes 5. Kind in Deutschland ist Opfer von Gewalt. Helfen Sie uns, Kindern eine gewaltfreie Zukunft zu ermöglichen.

*Prof. Dr. Roman Herzog
Sabine Christiansen
Dr. Maria Furtwängler*

**Spendenkonto
Bayerische Landesbank
Konto-Nr. 88 000
BLZ 700 500 00**



**Bündnis für Kinder.
Gegen Gewalt.**

www.buendnis-fuer-kinder.de

ADHS Selbsthilfegruppe Neubrandenburg

Informations - und Beratungsstand zum Thema ADHS.

Wir bieten reichlich Informationsmaterial zu ADHS (Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Syndrom)

Kontakt:

ADHS Selbsthilfegruppe Neubrandenburg

Edvard-Grieg-Weg 6

17033 Neubrandenburg

Tel.: 0395-3682341

Fax.: 0395-3682330

E-Mail: fredfreese@ads-gruppe.de

Webseite: <http://www.ads-gruppe.de>

AK „Häusliche Gewalt Cuxhaven“ / Förderverein Kriminalprävention Cuxhaven

Der AK „Häusliche Gewalt Cuxhaven“ und der Förderverein Kriminalprävention Cuxhaven bewerben seit mehreren Monaten die Frauennotrufnummer im Landkreis Cuxhaven.

Auf mobilen Großplakaten, DIN A 3 Plakaten und Visitenkarten wird mit dem Slogan „Marmor, Stein und Eisen bricht...“ auf die Notrufnummer aufmerksam gemacht.

Auf dem Infostand wollen wir anderen Präventionsgremien das Angebot machen, unsere Idee zu übernehmen

Kontakt:

Förderverein Kriminalprävention Cuxhaven
Westerwischweg 85-87
27474 Cuxhaven

Tel.: 04721/573305

E-Mail: ruediger.kurmann@polizei.niedersachsen.de

Aktion „Kraft gegen Gewalt - Sportler setzen Zeichen“ - WEISSER RING e. V.

Der Gedanke „Lieber heute Jugendfreizeitstätten einrichten als morgen Jugendstrafanstalten bauen“ steht Pate bei der bundesweiten Präventionskampagne des WEISSEN RINGS, in der es darum geht, Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung aufzuzeigen.

Die Errichtung stationärer oder mobiler Streetball-Anlagen an Schulen, Rampen und Hockeystadien für Inline-Skater sowie die Einrichtung von Fitness-Räumen sind nur drei Beispiele dafür, wie die Aktion vor Ort bereits umgesetzt werden konnte. Bekannte Sportler, die die Aktion unterstützen, wollen bei Kindern und Jugendlichen für einen gewaltpräventiven Weg werben.

Es ist wichtig, Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung anzubieten. Vielerorts fehlen jedoch Angebote und Perspektiven, um auch ohne Aggression und Gewalt Probleme bewältigen zu können und Frustrationen abzubauen.

Genau hier setzt die Initiative des WEISSEN RINGS an. Die bundesweite Aktion „Kraft gegen Gewalt - Sportler setzen Zeichen“ des WEISSEN RINGS bietet engagierten Sponsoren ebenso wie Schulen und Jugendeinrichtungen den Rahmen für die praktische Umsetzung einer der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben: Jungen Menschen müssen mehr Chancen und Wege einer sinnvollen Freizeitgestaltung eröffnet werden, um damit zugleich kriminellem Handeln wirksam vorzubeugen.

Kontakt:

WEISSER RING e.V.

Weberstr. 16

55130 Mainz

Tel.: 06131-8303-0

Fax.: 06131-8303-45

E-Mail: info@weisser-ring.de

Webseite: <http://www.weisser-ring.de>

Aktion Schutzbengel

Die Aktion Schutzbengel ist ein Projekt der Rummelsberger Dienste für junge Menschen gGmbH. Die Aktion setzt sich als Fürsprecher junger Menschen für eine bessere Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen ein.

Ziel der Aktion ist, aufzuzeigen, dass das Engagement für junge Menschen – besonders für solche, die als „Problemkinder“ keinen Platz in unserer Gesellschaft finden – eine zukunftsweisende Aufgabe ist. Dazu setzt die Aktion Schutzbengel eigene Projekte um und initiiert den Aufbau eines bundesweiten Netzwerks an Schutzbengeln.

Was macht die Aktion Schutzbengel genau?

- Die Aktion Schutzbengel zeichnet das Engagement für benachteiligte junge Menschen mit dem Schutzbengel-Award aus.
- Die Aktion Schutzbengel macht sich in der Öffentlichkeit für Kinder und Jugendliche stark.
- Die Aktion Schutzbengel unterstützt Kinder- und Jugendhilfeprojekte

Kontakt:

Aktion Schutzbengel

Rummelsberg 20a

90592 Schwarzenbruck

Tel.: 09128-502782

Fax.: 09128-502669

E-Mail: aktion-schutzbengel@rummelsberger.net

Webseite: <http://www.aktion-schutzbengel.de>

aktiv e.V.

Projektarbeit in der Bewährungshilfe Hannover.

Vorgestellt werden die laufenden Projekte:

- Ehrenamtliche Mitarbeit in der Bewährungshilfe
- Anti-Gewalt-Training
- Wohnprojekt
- Schadenswiedergutmachung

Kontakt:

aktiv e.V.

Bödekerstr. 1

30161 Hannover

Tel.: 0511-3876427

Fax.: 0511-3876414

E-Mail: aktiv-ev@gmx.de

Webseite: <http://www.aktiv-ev.de>

Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) NRW e.V.

Gewaltprävention, Jugendschutz und Medienkompetenz in NRW

Die Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) Landesstelle NRW e.V. ist eine Servicestelle, die den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe, Schulen, Polizei, Gesundheitswesen, aber auch Eltern und interessierten Bürger/innen mit Förderung des Landes NRW vielfältige Unterstützung bei der Prävention von Jugendkriminalität, Mobbing, Gewalt, sexueller Gewalt anbietet. Dazu gehören Fortbildungen, Informationsmaterialien/Broschüren, Hinweise auf erfolgreiche Präventionsprogramme, Vorträge, und Praxisberatung. Weitere Kinder- und Jugendschutzthemen der AJS NRW: Jugendschutzrecht, Jugendmedienschutz, Suchtprävention u.a.

Neben diesen Themen fördert das Land NRW auch die Entwicklung von Medienkompetenz. Eltern, Kinder und Jugendliche und pädagogische Fachkräfte brauchen Unterstützung im Hinblick auf den verantwortlichen Umgang mit Medien. In NRW gibt es mehrere Institutionen, die wichtige Impulse für die Entwicklung von Medienkompetenz und den Jugendmedienschutz geben. Dazu gehören neben der AJS das ComputerProjekt Köln, das zusammen mit Kindern und Jugendlichen Computerspiele testet und im Spielratgeber NRW veröffentlicht, sowie die Initiative Spielraum/Fachhochschule Köln, die Eltern und Pädagogen/innen mit Informationen und Arbeitsmaterial unterstützt.

Kontakt:

Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) NRW e.V.

Poststraße 15 - 23

50676 Köln

Tel.: 0221/921392-0

Fax.: 0221/921392-20

E-Mail: info@mail.ajs.nrw.de

Webseite: <http://www.ajs.nrw.de>

Arbeitskreis Jugendschutz NO-Niedersachsen, verantwortlich Team Jugendarbeit Uelzen/Lüchow-Dannenberg

1. Infostand Comics zum Thema Handygewalt
2. Infowand zum Arbeitskreis Jugendschutz NO-Niedersachsen
3. Videopräsentation mit 7 Clips zum Thema Happy Slapping

Die Arbeiten sind im Rahmen von Workshops mit Jugendlichen aus Schulen und offener Jugendarbeit entstanden, Begleitung durch Mobired Lüneburg

Kontakt:

Team Jugendarbeit Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Veerßer Str. 53
29525 Uelzen
Tel.: 05841-120-355
E-Mail: m.jucks@luechow-dannenberg.de
Webseite: <http://www.team-jugendarbeit.de>

Arbeitskreis Prävention Winsen (Luhe)

DO THE RIGHT THING

ist ein Projekt zur Förderung von Zivilcourage unter jungen Leuten. Es geht darum, solche Jugendlichen in den Focus der Öffentlichkeit zu stellen, welche sich in Schule oder Freizeit ehrenamtlich engagieren, also wie selbstverständlich „das richtige tun“.

Entwickelt wurde das Projekt in den USA, Winsen (Luhe) ist die erste deutsche und (nach London) zweite europäische Stadt, welche dieses Modell übernahm.

Träger ist der Arbeitskreis Prävention unserer Stadt. DO THE RIGHT THING! gilt auch als gutes Beispiel für eine gelungene Kooperation zwischen Polizei und Jugendpflege.

Die zweite Ehrung von verdienten jungen Menschen unserer Stadt fand im Rahmen des Tages der Niedersachsen im Juli 2008 statt und wurde von Herrn Ministerpräsidenten Wulff vorgenommen. Mehr Infos auf unserer Homepage:

www.dtrt-winsen.de

Kontakt:

Arbeitskreis Prävention c/o Stadt Winsen (Luhe)

Schloßplatz 1

21423 Winsen (Luhe)

Tel.: 04171-781307

Fax.: 04171-781339

E-Mail: Macke@egons-winsen.de

Webseite: <http://www.dtrt-winsen.de>

Archiv der Jugendkulturen e. V.

Jugendkulturen sind aufregend, kreativ und bunt, nicht braun – auch wenn immer häufiger rechtsextreme und rassistische Einsprengsel sichtbar werden.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich seit 2001 ein Projekt des Archivs: Culture on the Road.

Es verbindet politische Bildung für Jugendliche und MultiplikatorInnen über Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Migration, Sexismus, Gewalt und Homophobie mit lebendig und authentisch vermittelten Informationen zu Geschichte und Entwicklungen der Jugendszenen.

Culture on the Road setzt bei dem an, was Jugendliche interessiert: Musik, Mode, Freizeitwelt. Für ein paar Stunden oder Tage können sie an der Faszination der Szenen teilhaben und das eigene kreative Potential austesten, aber auch mehr über deren kritische Seiten erfahren.

Die im Archiv kostenfrei nutzbare Bibliothek verfügt über einen umfassenden Bestand an Büchern, wissenschaftlichen Arbeiten, Tonträgern, Videos, Flyern, Fanzines und Zeitschriften.

Darüber hinaus veröffentlicht das Archiv mit dem Journal der Jugendkulturen eine Fachzeitschrift und bringt im hauseigenen Verlag eine Buchreihe heraus.

Das Projekt wird gefördert im Rahmen des Programms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, vom Integrationsbeauftragten des Berliner Senats und von der Bundeszentrale für politische Bildung.

Alle Infos unter www.culture-on-the-road.de

Kontakt:

Archiv der Jugendkulturen e. V.

Fidicinstr. 3

10965 Berlin

Tel.: 030-6942934

Fax.: 030-6913016

E-Mail: info@culture-on-the-road.de

Webseite: <http://www.jugendkulturen.de>

Berufsbildungswerk des DGB

Das Berufsbildungswerk des DGB mit seinen Tochtergesellschaften inab und weitblick ist der bundesweit größte Anbieter von beruflichen Fortbildungsmaßnahmen, Resozialisierungsprojekten und Übergangsmangement in deutschen Justizvollzugsanstalten.

Auf der Basis von mehr als 30 Jahren Erfahrung in der Resozialisierung von Strafgefangenen erarbeiten wir Strategien und Konzepte, entwickeln Projekte und setzen sie zielorientiert um.

Wir fördern – und fordern – Teilnehmer/innen von Qualifizierungen nach den persönlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten.

Wir vermitteln, beraten und betreuen in einem bundesweiten Netzwerk und tauschen uns mit unseren Partnern im europäischen Bereich aus.

Die Konzeptionierung, Antragstellung und Umsetzung EU-geförderter Projekte ist ein wesentlicher Kompetenzbereich des bfw.

Im Strafvollzug betreut das bfw aktuell an mehr als 50 Justizvollzugsanstalten in Deutschland über 2.400 Personen, mit rund 200 verschiedenen Angeboten zur Qualifizierung, beruflichen Wiedereingliederung und Übergangsmangement.

Kein anderes externes Bildungsunternehmen bereitet in deutschen Justizvollzugsanstalten mehr Strafgefangene auf eine Zukunft im ersten Arbeitsmarkt vor.

Perspektiven entwickeln mit dem bfw – im Strafvollzug und generell für die berufliche Qualifizierung:

Gerne sagen wir Ihnen mehr dazu. Nehmen Sie einfach Kontakt mit uns auf !

Kontakt:

Berufsbildungswerk des DGB

Schimmelbuschstr. 55

40699 Erkrath

Tel.: 02104 499-0

E-Mail: gaertner@bfw.eu.com

Webseite: <http://bfw.de>

beta Institut gemeinnützige GmbH**PAPILIO® – Ein Beitrag zur Sucht- und Gewaltprävention**

PAPILIO ist ein pädagogisch-psychologisches Programm in Kindergärten zur Primärprävention von Verhaltensproblemen und zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenz.

Ziel ist es, die psychosoziale Gesundheit der Kinder zu fördern, damit sie später den Risiken, die zu Sucht- und Gewaltverhalten führen können, selbstbewusst begegnen können.

PAPILIO wird nicht von externen Kräften, sondern von Erzieher/innen, die eine entsprechende Fortbildung bei zertifizierten PAPILIO-Trainer/innen durchlaufen haben, in den Kindergartenalltag integriert. Das entwicklungsorientierte Programm umfasst Maßnahmen zur Verminderung bzw. Prävention von Verhaltensproblemen (z.B. aggressives Verhalten, soziales Rückzugsverhalten), zur Förderung prosozialen Verhaltens und zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenz.

PAPILIO erreicht Kinder, Eltern und Erzieher/innen gleichermaßen. Das beta Institut hat in einer Studie mit 700 Kindern, deren Eltern und Erzieher/innen die Wirksamkeit und Machbarkeit des Programms überprüft. Die Augsburger Längsschnittstudie (ALEPP) wurde in Kooperation mit der FU Berlin durchgeführt und weist nach, dass Kinder, die PAPILIO durchlaufen haben, signifikant höhere sozial-emotionale Kompetenzen zeigen und Verhaltensprobleme signifikant reduziert werden konnten. Bundesweit sind zur Zeit 2.480 Erzieher/innen aus 638 Einrichtungen in 10 Bundesländern geschult. Damit erreichen wir hochgerechnet 44.640 Kinder. Nähere Informationen zu den Programminhalten: siehe Projektspot.

Kontakt:

beta Institut gemeinnützige GmbH - Projekt PAPILIO®

Kobelweg 95

86156 Augsburg

Tel.: 0821-45054215

Fax.: 0821-450549152

E-Mail: heidrun.mayer@beta-institut.de

Webseite: <http://www.papilio.de>

Bildungsinstitut des niedersächsischen Justizvollzuges

Das Bildungsinstitut des nds. Justizvollzuges ist die Dienstleistungsbehörde der nds. Justizvollzugseinrichtungen mit folgenden Kernaufgaben:

Unsere zentrale Aufgabe im Standort Wolfenbüttel ist die 2jährige Ausbildung der Anwärter/innen im mittleren Dienst und die abschließende Laufbahnprüfung. Daneben steuern wir auch das Studium des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes. Weiterer Schwerpunkt ist die Personalauswahl in Kooperation mit den Justizvollzugsanstalten für den mittleren allgemeinen Justizvollzugsdienst sowie den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst. Die Fortbildung für alle nds. Justizvollzugsbediensteten wird zentral von uns konzipiert, organisiert und umgesetzt. Hauseigen können 80 Personen gleichzeitig aus- und fortgebildet, untergebracht und verpflegt werden. Im Standort Celle arbeiten wir in Führungsakademie, Kriminologischen Dienst und Gesundheitszentrum in einer einmaligen Einrichtung zur Qualitätssteigerung des Justizvollzuges. Im Gesundheitszentrum bieten wir speziell auf den Justizvollzug abgestimmte präventive und intervenierende betriebliche Gesundheitsförderung an. Coaching, Beratung und Weiterbildung von Führungskräften ist Aufgabe der Führungsakademie, in der wir zudem Vollzugsanstalten bei der Auswahl von Führungspersonal beraten. Bindeglied zwischen Praxis und Wissenschaft ist der Kriminologische Dienst. Wir führen u. a. eigenständige Forschungsprojekte durch. Unsere Erkenntnisse liefern wichtige Grundlagen für die Entscheidungsträger des Justizvollzuges und den kriminologischen Diskurs. Primär richten sich unsere Dienste an den nds. Justizvollzug. Verstärkt werden sie aber auch von anderen Institutionen und Bundesländern angefragt.

Kontakt:

Bildungsinstitut des niedersächsischen Justizvollzuges
Philosophenweg 49
38300 Wolfenbüttel
Tel.: 05331- 96383-26
Fax.: 05331- 96383-66
E-Mail: Guenter.Schroven@justiz.niedersachsen.de
Webseite: <http://www.bi-jv.niedersachsen.de>

BilSE-Institut für Bildung und Forschung

Das BilSE-Institut wird sich im Rahmen des 14. Deutschen Präventionstags mit dem Projekt „Ein Me(h)er von Toleranz in M-V“ präsentieren. Die Projektkonzeption wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Justizministerium, den Justizvollzugsanstalten des Landes Mecklenburg-Vorpommern und den Sozialen Diensten der Justiz erarbeitet.

Zielgruppe sind Strafgefangene mit extremistischen Verhaltensweisen bzw. Gedankengut. Das vorgeschlagene Projekt soll dazu beitragen, dass Demokratieverständnis und Toleranz entwickelt sowie Gewaltprävention und die konsequente Abkehr von Rechtsextremismus als Querschnittsbestandteil aller Aktivitäten in den Behandlungs- Qualifizierungs- und Integrationsprozessen implementiert werden. Zur Zielerreichung werden spezifische Teilprojekte in der Jugendanstalt Neustrelitz und den Justizvollzugsanstalten in Mecklenburg-Vorpommern angeboten. Hierzu werden beispielsweise Diskussionsrunden zu tagespolitischen Themen mit Gästen wie Politiker, Vertreter der Regionalzentren für Demokratie in M-V in den Anstalten durchgeführt. Andere Schwerpunkte liegen auf: Kultur- und Religionsarbeit, Angebot von Expositionen, Förderung von Ehrenamt u.v.m.

Bei der Umsetzung der einzelnen Teilprojekte werden die Projektmitarbeiter von einer Vielzahl von Kooperationspartnern unterstützt.

Das Projekt wird durch das Programm „XENOS - Integration und Vielfalt“ vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

Kontakt:

BilSE-Institut für Bildung und Forschung GmbH
Kerstingstraße 2
18273 Güstrow
Tel.: 03843-7736-0
Fax.: 03843-7736-199
E-Mail: andrea.buchholz@bilse.de
Webseite: <http://www.bilse.de>

Bund Deutscher Kriminalbeamter

Gemeinsam mit der Informations- und Verlagsgesellschaft mbH, aus Unterhaching bei München, hat der BDK eine Reihe von Broschüren zu Themen der Kriminalprävention entwickelt und aufgelegt. Unter dem Namen „Kripo-Tipps“ werden die BürgerInnen über unterschiedliche Kriminalitätserscheinungen informiert. 2 Broschüren mit den Titeln „Drogen und Sucht“ und „Schutz vor Einbruch und Diebstahl“ sind bereits erschienen. Weitere Themen z.B. „Sichere Kindheit“ und „Kriminalprävention für Senioren“ sind in Vorbereitung.

Zum letzt genannten Thema hat der BDK unter seinen pensionierten Mitgliedern, erfahrene Kriminalisten gewinnen können, die ihr großes Fachwissen über Kriminalprävention in Vorträgen an Seniorengruppen weitergeben. Diese Tätigkeit findet mit Unterstützung von ProPK und örtlichen Polizeidienststellen statt.

Kontakt:

Bund Deutscher Kriminalbeamter
Poststr. 4-5
10178 Berlin
Tel.: 030-24630450
Fax.: 030-246304529
E-Mail: Thorsten.Beck@bdk.de
Webseite: <http://www.bdk.de>

Bund für Soziale Verteidigung

Der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) entwickelt, fördert und verbreitet konstruktive und gewaltfreie Konzepte ziviler Konfliktbearbeitung.

Schwerpunkt der Bildungsarbeit in Deutschland ist die Entwicklung und Realisierung von Konzeptionen und Initiativen zur Förderung einer zivilen Konfliktkultur. Hierzu gehört beispielsweise der Streitschlichtungskongress 2009. Seit 2003 organisieren wir jährlich einen bundesweiten Kongress abwechselnd für die streitschlichtenden Schülerinnen und Schüler und für die erwachsenen Betreuungspersonen. Die 100 bis 200 Teilnehmenden aus allen Bundesländern können sich untereinander austauschen, sich in Trainingsgruppen fortbilden und gemeinsam beraten wie sie die Mediation an ihren Schulen verbessern können. Der Kongress wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert (www.streitschlichtungskongress.de).

Ein weiteres Beispiel ist der „No Blame Approach“ gegen Mobbing. Der No-Blame Approach bietet SchülerInnen und LehrerInnen einfache Schritte, Mobbing zu beenden. Auf Nachfrage führen wir Fortbildungen für LehrerInnen, SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen und zur Implementierung des Ansatzes in der Schule durch. www.no-blame-approach.de

Kontakt:

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8

32423 Minden

Tel.: 0571-29456

Fax.: 0571-23019

E-Mail: info@soziale-verteidigung.de

Webseite: <http://www.soziale-verteidigung.de>

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat ein breites Spektrum an Aufgaben. Damit hat es sich als Kompetenzzentrum für Migration und Integration in Deutschland etabliert. Herzstück im Bereich Integration sind die Integrationskurse für Zuwanderer, die das BAMF organisiert. Außerdem ist das BAMF, das seine Zentrale in Nürnberg hat sowie mit 23 Regionalstellen in allen Bundesländern präsent ist, verantwortlich für die Neuausrichtung der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer und fördert jährlich rund 500 Projekte zur sozialen und gesellschaftlichen Eingliederung dauerhaft in Deutschland lebender Zuwanderer. Als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern entwickelt das BAMF ein bundesweites Integrationsprogramm und arbeitet der Bundesregierung auf dem Gebiet der Integrationsförderung fachlich zu. Auch die Geschäftsstelle der Deutschen Islam-Konferenz ist beim BAMF angesiedelt. Zusätzlich führt es das Ausländerzentralregister, verwaltet EU-Fonds und betreibt wissenschaftliche Forschung zu Migrationsfragen, um analytische Aussagen zur Steuerung der Zuwanderung zu gewinnen. Das BAMF entscheidet auch über Asylanträge und Abschiebeschutz von Flüchtlingen.

Mit dem Info-Stand wird die bundesweite vielfältige Arbeit des BAMF vor allem auf dem Sektor der Integration und Migration von Zuwanderern präsentiert. Umfangreiche Informationsmaterialien (Broschüren, Flyer, Projektjahrbücher etc.) zu den Integrationskursen, zur Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer, zu den Integrationsprojekten, zu Fragen im Asyl- und Migrationsbereich sowie zu spezifischen Präventionsmaßnahmen des BAMF werden zur Verfügung gestellt.

Kontakt:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg
Tel.: 0911-9436600
Fax.: 0911-9436699
E-Mail: romy.bartels@bamf.bund.de
Webseite: www.bamf.de

Bundesministerium der Justiz/Bundesamt für Justiz

Auf dem Info-Stand der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“ des Bundes (IMA) liegt kostenloses Informationsmaterial zur Mitnahme aus. Angeboten werden Unterlagen mit kriminalpräventivem Bezug, aber auch allgemeines Material zur Arbeit der Bundesressorts.

Die IMA wurde 1996 auf Initiative des Bundesministeriums der Justiz gegründet. Der Informationsstand auf dem 14. DPT wird vom Bundesministerium der Justiz gemeinsam mit dem Bundesamt für Justiz betreut.

Kontakt:

Bundesministerium der Justiz/Bundesamt für Justiz

Adenauerallee 99-103

53113 Bonn

Tel.: 0228-99 580 9217

Fax.: 0228-99 580 8325

E-Mail: poststelle@bmj.bund.de

Webseite: www.bmj.bund.de/www.bfj.bund.de

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – Bundes- programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.“

Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ des BMFSFJ

Zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie und zur nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Deutschland hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zum 1. Januar 2007 das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ aufgelegt. Ziel des Bundesprogramms ist es, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Achtung der Menschenwürde zu fördern und jede Form von Extremismus, insbesondere den Rechtsextremismus, zu bekämpfen. Das Programm ist im präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt. Jährlich stehen dafür Bundesmittel in Höhe von insgesamt 19 Millionen Euro zur Verfügung. Die erste Förderphase läuft bis 2010.

Mit dem Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“ sollen insbesondere Kinder und Jugendliche, rechtsextremistisch gefährdete junge Menschen, Migrantinnen und Migranten sowie Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte und die lokalen Meinungsbildnerinnen und Meinungsbildner vor Ort angesprochen werden.

Das Programm hat zwei Umsetzungsschwerpunkte:

1. Förderung Lokaler Aktionspläne in kommunaler Verantwortung zur Stärkung der Demokratieentwicklung vor Ort
2. Förderung von Modellprojekten, die innovative Ansätze zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verfolgen.

Kontakt:

Regiestelle Vielfalt c/o gsub - Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH

Oranienburger Str. 65

10117 Berlin

Tel.: 030-284 09 306

Fax.: 030-284 09 130

E-Mail: andrea.keppke@gsub.de

Webseite: www.vielfalt-tut-gut.de

Bundespolizei

Die Bundespolizei präsentiert:

Die Bundespolizeidirektion Hannover stellt unter dem Thema „Eltern zwischen Achtung jugendlicher Intimsphäre und Fürsorgepflicht - So erkennen Sie, ob Ihr Kind gefährdet sein könnte“ - ein typisches Jugendzimmer den Besuchern dar. Das auf den ersten Blick harmlos wirkende Jugendzimmer enthält nicht sofort erkennbare verbotene, strafrechtlich relevante oder szenetypische Ausstattungsgegenstände, die den Themenfeldern Gewalt, Vandalismus/Graffiti und Drogen- und Alkoholmissbrauch zuzuordnen sind.

Kontakt:

Bundespolizeidirektion Hannover, PHK Carsten Burmester
Möckernstraße 30, 30163 Hannover
Tel.: 0511/67675-1506, carsten.burmester@polizei.bund.de

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt präsentiert unter dem Thema „Wer gewinnt gegen den Zug? – Sicheres Verhalten an Bahnanlagen“ den Besuchern einen Präventionsfilm.

1. Sequenz: Jugendliche balancieren auf den Gleisen.
2. Sequenz: Randalierende Jugendliche nach einem Fußballspiel.
3. Sequenz: Ein Streit unter Jugendlichen nimmt einen tödlichen Ausgang.
4. Sequenz: Interview mit jungem Unfallopfer.

Kontakt:

Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt
PHK Martin Stelling, Raaberg 6, 24576 Bad Bramstedt
Tel.: 04192/502-1502; martin.stelling@polizei.bund.de

Kontakt:

Bundespolizei
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
Tel.: + 49 (0) 331/97997-0
E-Mail: bpolp@polizei.bund.de
Webseite: <http://www.bundespolizei.de>

Bundesverwaltungsamt

Das Bundesverwaltungsamt (BVA) ist der zentrale Dienstleister des Bundes. Es nimmt über 100 verschiedene Aufgaben für die Bundesministerien und ihre Geschäftsbereiche wahr. Dazu gehören Fachaufgaben, zentralisierte Querschnittsaufgaben und Modernisierungshilfen. Zu den großen Fachaufgaben zählt die Gewährung von Zuwendungen. Im Bereich der Zuwendungen ist das BVA auch mit der Abwicklung von Programmen, die mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden, befasst.

In Kooperation mit dem verantwortlichen Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) wird das ESF-Programm „XENOS - Integration und Vielfalt“ vorgestellt.

XENOS verfolgt das Ziel, präventive und nachhaltige Aktivitäten zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu fördern. Dabei geht es vor allem um Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft in den Bereichen Betrieb, Verwaltung, Ausbildung, Schule und Qualifizierung.

In Zusammenarbeit mit dem verantwortlichen Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) wird das ESF-Programm „Soziale Stadt - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ vorgestellt.

BIWAQ möchte durch gezielte Maßnahmen (in Ergänzung des Städtebauprogramms „Soziale Stadt“ des BMVBS) benachteiligte Quartiere ganzheitlich stabilisieren und aufwerten. Durch das Programm sollen passgenaue Projekte zur Beschäftigung, Bildung und Qualifizierung von Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen gefördert sowie die lokale Ökonomie gestärkt werden und somit präventiv wirken.

Kontakt:

Bundesverwaltungsamt

Arbeitsgruppe ESF und Kommunal-Kombi

50728 Köln

Tel.: 022899 358-4130

E-Mail: ralf.ticheloven@bva.bund.de

Webseite: <http://www.bundesverwaltungsamt.de/esf-projekte>

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung - „Na toll!“ Kampagne zur Alkoholprävention

„NA TOLL!“ - Alkoholprävention der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

„NA TOLL!“ ist die Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zur Alkoholprävention bei Jugendlichen. Ziel ist es, 12 – 18 jährige Jugendliche über die gesundheitlichen Risiken eines übermäßigen Alkoholkonsums zu informieren und ihnen Wege zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol aufzuzeigen.

Ein Hauptbestandteil der „NA TOLL!“-Kampagne sind Peer-Aktionen, bei denen speziell geschulte Jugendliche Gleichaltrige auf den Alkoholkonsum ansprechen.

Peer-Einsätze finden vor allem in den Ferienregionen der Nord- und Ostsee, in Jugendherbergen, bei Musikfestivals und bei Jugendveranstaltungen statt. „Denn gerade in der Freizeit gehört Alkohol heute für viele junge Leute einfach dazu“, erläutert Prof. Dr. Elisabeth Pott, Direktorin der BZgA. „Die Erfahrungen der vergangenen Aktionen zeigen, dass Peers den besten Zugang zu den Jugendlichen finden und ihre Angebote wirklich angenommen werden“, so Prof. Dr. Pott weiter.

Im letzten Jahr wurden nach diesem Konzept 170 Einsatztage durchgeführt. Die Peers haben intensiv mit vielen Jugendlichen aus dem ganzen Bundesgebiet über das Thema Alkohol gesprochen. Im Jahr 2009 sind insgesamt 200 Einsatztage geplant.

Kontakt:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Ostmerheimer Str. 20

51109 Köln

Tel.: 0221 – 89 92 0 (Zentrale)

Fax.: 0221 – 89 92 300

E-Mail: poststelle@bzga.de

Webseite: www.bzga.de

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung / Deutsches Jugendinstitut e. V. / Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZFH)

Das Nationale Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) wurde Mitte 2007 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Aktionsprogramms „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ eingerichtet. Träger des NZFH sind die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und das Deutsche Jugendinstitut (DJI). Durch das NZFH soll der Ausbau von Unterstützungssystemen der Jugendhilfe und des Gesundheitswesens für werdende Eltern sowie Eltern von Säuglingen und Kleinkindern gefördert werden.

Frühe Hilfen sind gemäß Aktionsprogramm präventiv ausgerichtete Unterstützungsangebote für Eltern ab Beginn einer Schwangerschaft bis etwa zum dritten Lebensjahr eines Kindes. Sie richten sich vorwiegend an Familien in belastenden Lebenslagen mit geringen Bewältigungsressourcen. Eltern sollen zur Inanspruchnahme passender Angebote zur Stärkung ihrer Erziehungskompetenz motiviert werden. Somit soll präventiv einer möglichen späteren Vernachlässigung oder Misshandlung entgegengewirkt werden.

Das NZFH baut eine Wissensplattform zu Frühen Hilfen auf, transferiert dieses Wissen in die Praxis und informiert die (Fach-)Öffentlichkeit über Frühe Hilfen. Neben einer Vielzahl von Aktivitäten gehört zu den zentralen Aufgaben die Förderung und Koordination der wissenschaftlichen Begleitung von Modellprojekten in den Bundesländern.

Kontakt:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Ostmerheimer Str 220

51109 Köln

Tel.: 0221 – 89 92 0 (Zentrale)

Fax.: 0221 – 89 92 300

E-Mail: poststelle@bzga.de

Webseite: www.bzga.de

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Die Bundeszentrale für politische Bildung /bpb stärkt die Demokratie und fördert die Zivilgesellschaft. Die Prävention und Verhinderung von Gewalt ist in diesem Zusammenhang gleichermaßen Aufgabe der politischen Bildungsarbeit.

Im Rahmen des 14. Deutschen Präventionstages stellt die bpb Publikationen, Aktionen und Onlineangebote aus Ihrem Programm vor.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bpb freuen sich auf zahlreiche Besucherinnen und Besucher. Schauen Sie doch einmal bei uns vorbei, am Stand oder online unter www.bpb.de.

Kontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung /bpb

Adenauerallee 86

53113 Bonn

Tel.: Tel +49 (0)228- 99515-200

Fax.: Tel +49 (0)228- 99515-293

E-Mail: kommunikation@bpb.de

Webseite: <http://www.bpb.de>

Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt wurde am 23.05.2000 von den Bundesministerien des Innern und der Justiz gegründet. Es ist der zentrale Ansprechpartner und Impulsgeber der Zivilgesellschaft in den unterschiedlichen Themenfeldern der praktischen Demokratie- und Toleranzförderung.

Die Kernaufgabe des BfDT ist, das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt zu sammeln, zu bündeln, zu vernetzen und ihm eine größere Resonanz in der Öffentlichkeit zu verschaffen.

Der Infostand des BfDT informiert über dessen Aktivitäten und Projekte. Der „Best-Practice-Gedanke“, d.h. ob sich konkrete zivilgesellschaftliche Projekte und Lösungsansätze auf andere Regionen, Kontexte und Verhältnisse in Deutschland übertragen lassen, steht im Mittelpunkt. Dazu werden beispielhafte Projekte vorgestellt.

Wir freuen uns auf zahlreiche Besucherinnen und Besucher. Schauen Sie doch einfach mal vorbei!

Kontakt:

Bündnis für Demokratie und Toleranz - Gegen Extremismus
und Gewalt

Friedrichstr. 50

10117 Berlin

Tel.: 030/2363408-0

Fax.: 030/2363408-88

E-Mail: buendnis@bfdt.de

Webseite: www.buendnis-toleranz.de

Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt.

Kinder brauchen ein geschütztes Umfeld, um zu eigenständigen und selbstbewussten Persönlichkeiten heranzuwachsen. Die gemeinnützige Stiftung „Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt“ will alle gesellschaftlichen Kräfte bündeln und dazu beitragen, dass junge Menschen in einer kinderfreundlichen Gesellschaft gewaltfrei aufwachsen können. Das Bündnis für Kinder unterstützt deshalb Projekte in Deutschland, die Gewalt gegen Kinder bereits im Vorfeld verhindern. Dazu gehören Projekte, die helfen, die Persönlichkeit von Kindern zu stärken, wie beispielsweise das Gewaltpräventionsprojekt Faustlos. Faustlos ist ein Projekt für Kindergärten und Grundschulen, durch das Kinder frühzeitig lernen, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Die Stiftung will zudem Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen, da starke Eltern und eine verlässlich-liebevolle Eltern-Kind-Bindung die beste Prävention gegen Gewalt und eine gute Basis für eine gesunde psychische und emotionale Entwicklung unserer Kinder darstellen. Daher fördert das Bündnis für Kinder Projekte wie beispielsweise die Elternkurse „SAFE - Sichere Ausbildung für Eltern“, „FamilienTeam“ und „Starke Eltern - starke Kinder“.

Wenn sich Eltern gerade nach der Geburt ihres Kindes entkräftet und erschöpft fühlen, bietet ihnen die Stiftung Entlastung durch das wellcome-Projekt an. Mit wellcome erhalten diese Familien individuelle, praktische und unbürokratische Unterstützung von Ehrenamtlichen, die ihnen helfen, den stressigen Alltag nach der Geburt zu bewältigen.

Engagieren auch Sie sich mit uns für ein gewaltfreies Aufwachsen junger Menschen in einer kinderfreundlichen Gesellschaft.

Kontakt:

Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt

Winzererstr.9

80797 München

Tel.: 089 - 1261 1200

Fax.: 089 - 1261 1625

E-Mail: info@buendnis-fuer-kinder.de

Webseite: <http://www.buendnis-fuer-kinder.com>

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik

Der DBH-Fachverband ist ein bundesweit und international aktiver Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik. In ihm sind Verbände und Vereinigungen mit insgesamt über 10 000 Mitgliedern zusammengeschlossen, die landesweit, regional und lokal in der Straffälligen-, Bewährungs- und Opferhilfe arbeiten.

Hervorgegangen ist der DBH aus dem Verein „Deutsche Bewährungshilfe“, der 1951 gegründet wurde und Träger von Pilotprojekten zur Einführung der Bewährungshilfe in das deutsche Strafrecht war.

Der DBH

- fördert die Praxis und Reform einer rechtsstaatlichen, sozialen Strafrechtspflege und eine humane Straffälligenhilfe,
- leistet einen Beitrag zur Kriminalprävention,
- arbeitet an der Beseitigung und Minderung von Ursachen, Erscheinungsformen und Folgeproblemen von Kriminalität,
- setzt sich ein für Schadenswiedergutmachung und für den Täter-Opfer-Ausgleich
- unterstützt die Wiedereingliederung von Strafgefangenen.

Der DBH-Fachverband fördert die Kooperation zwischen Angehörigen der Strafrechtsberufe, der Sozialen Dienste der Justiz und der nichtstaatlichen Straffälligenhilfe. Er trägt dazu bei, die Gegensätze zwischen Theorie und Praxis im Bereich der Sozialen Arbeit und im Strafrecht zu überbrücken und setzt sich dafür ein, die Anliegen von Kriminal- und Sozialpolitik zu koordinieren.

Präsident des DBH: Prof. Hans-Jürgen Kerner

Kontakt:

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und
Kriminalpolitik

Aachener Str. 1064

50858 Köln

Tel.: 0221 - 94865120

Fax.: 0221 - 94865121

E-Mail: kontakt@dbh-online.de

Webseite: www.dbh-online.de

Delmenhorster-Jugendhilfe-Stiftung

Die Delmenhorster-Jugendhilfe-Stiftung ist Träger des Projektes „Sozialarbeit an Schulen“, das auf Initiative der Stadt Delmenhorst im September 2007 an neun Schulen (3 Hauptschulen, 3 Grundschulen, 2 Förderschulen, 1 BBS) ins Leben gerufen wurde.

Sozialarbeit an Schulen ist eine präventive Form der Jugendhilfe zur Förderung von Kindern im schulpflichtigen Alter und ihren Familien. Sämtliche Aktivitäten und Ansätze einer verbindlich vereinbarten, dauerhaften und gleichberechtigten Kooperation von Jugendhilfe und Schule sind Basis eines Selbstverständnisses, in dem die gemeinsame Arbeit von Lehrkräften und Fachkräften der Jugendhilfe umgesetzt wird. Grundlage der pädagogischen Arbeit an den Schulen ist ein Kooperationsvertrag und Zielvereinbarungen, in denen gemeinsam festgelegt wurde, wie und mit welchen Zielen die Arbeit an den Schulen stattfindet. Wichtigste Standbeine der Kooperation sind eine gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten und Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe. Unter dem Leitmotiv „Schule ist nicht nur Lernort sondern auch Lebensort“ ist das Hauptziel der Sozialarbeit an Schulen die gezielte Unterstützung der Schüler und deren Familien. Kinder und Jugendliche werden in ihrer Lebenswirklichkeit abgeholt, sie wird im Schulalltag berücksichtigt und integriert. Schwerpunkte der pädagogischen Arbeit sind Hilfen bei individuellen Problemen, der Aufbau präventiver Projekte, die Unterstützung im Übergang Schule/Beruf, die Koordination der Zusammenarbeit zwischen Schule und außerschulischen Einrichtungen, eine intensive Netzwerkarbeit sowie eine stadtteilorientierte Arbeit und Öffnung der Schule nach außen, um den gesamten Lebensraum der Schüler einzubeziehen.

Kontakt:

Delmenhorster-Jugendhilfe-Stiftung

Winterweg 12

27751 Delmenhorst

Tel.: 0172-4149397

Fax.: 04221-52251

E-Mail: siedenburg@sozialarbeit-an-schulen.de

Webseite: <http://www.sozialarbeit-an-schulen.de>

Deutsche Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung und -vernachlässigung (DGfPI) e.V.

Wir sind ein gemeinnütziger Verein und anerkannter Träger der freien Jugendhilfe, der ca. 700 privaten Mitgliedern und Trägerinstitutionen aus dem gesamten Bundesgebiet ein Forum zum Austausch, zur Vernetzung und zur Weiterbildung bietet. Wir verstehen uns als Interessenvertretung aller Berufsgruppen, die in ihrer täglichen Arbeit mit allen Formen von Vernachlässigung sowie emotionaler, körperlicher und sexueller Misshandlung von Kindern und Jugendlichen gesellschaftliche Verantwortung tragen. Wir setzen und in der Öffentlichkeit und der Politik aktiv für die Verbesserung des Kinder- und Jugendschutzes ein. Als nationale Partnerorganisation der ISPCAN (International Society For Prevention of Child Abuse and Neglect) fördern wir die nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation von Mädchen und Jungen in einem internationalen Kooperationsbündnis.

Unsere Tätigkeitsschwerpunkte:

- Professionalisierung von Fachkräften durch die Konzeption und Umsetzung wirkungsorientierter Fort- und Weiterbildungen – in Kooperation mit regionalen Mitgliedsinstitutionen.
- Etablierung multiprofessioneller Kooperationsbündnisse auf regionaler und überregionaler Ebene sowie zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Stellen durch die Installation und Unterstützung interdisziplinärer Arbeitsgruppen.

Werden auch Sie Mitglied bei der DGfPI und unterstützen Sie unsere Arbeit! Eine Mitgliedschaft schließt den Bezug unserer Fachzeitschrift und die ermäßigte Teilnahme an Fortbildungen ein!

Der Geschäftssitz der DGfPI befindet sich ab dem 01.07.2009 in Düsseldorf. Detaillierte Adressangaben lagen zum Zeitpunkt des Drucks nicht vor. Kontakt über ehemalige DGgKV

Kontakt:

Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung (DGgKV) e.V.

Königsweg 9

24103 Kiel

E-Mail: klees@dggkv.de

Webseite: <http://www.dggkv.de>

Deutsche Gesellschaft für Supervision e.V.

Seit 1989 ist die Deutsche Gesellschaft für Supervision e.V. (DGSv) der führende Berufs- und Fachverband für arbeitsweltbezogene Beratung, dem über 30 Ausbildungsstätten angeschlossen sind.

3.600 Berater/innen stehen gemeinsam für professionelle Beratung in der Arbeitswelt. Supervision ist ihr Konzept. Ihre Leistungsangebote sind vielfältig. Coaching gehört dazu.

Unsere Berater/innendatenbank finden Sie unter www.dgsv.de. Sie ermöglicht die gezielte Suche nach passender Unterstützung rund um Ihre Anliegen aus Arbeitswelt und Beruf.

Die DGSv setzt sich für die Qualitätsentwicklung von Supervision und Beratung ein und führt verschiedene Projekte zur Entwicklung von Unterstützungsangeboten in einzelnen Branchen durch.

Geschäftsführer: Jörg Fellermann

Ansprechpartnerin für den 14. Deutschen Präventionstag ist Annette Lentze, Fachreferentin für Qualität und Projekte

Kontakt:

Deutsche Gesellschaft für Supervision e.V.

Lütticher Str. 1-3

50674 Köln

Tel.: 0221-92004-0

Fax.: 0221-92004-29

E-Mail: annetelentze@dgsv.de

Webseite: <http://www.dgsv.de>

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V.

Leitprojekt Sport! Jugend! Agiert! / Soziale Offensive

Die Integrationskraft der Gesellschaft hängt vor allem von zivilgesellschaftlichem Engagement ab. Der organisierte Sport ist wie kaum ein anderer gesellschaftlicher Bereich in der Lage, die Bereitschaft zum Engagement zu wecken und Engagierte langfristig zu binden.

Dem „Sportverein um die Ecke“ wächst gerade in dieser Frage als wichtigem sozialen Raum und Ort der Begegnung eine zentrale Bedeutung zu. Die Deutsche Sportjugend hat sich zur Aufgabe gemacht, die Angebote der Sportvereine und der Mitgliedsorganisationen mit expliziter sozialer Zielsetzung systematisch und chancenorientiert weiter auszubauen. Sie hat das Potenzial, vorhandene Kräfte zu verbinden und zielgerichtet weiter zu entwickeln, um so Vielfalt, Toleranz und Demokratie zu fördern.

Im Leitprojekt Sport! Jugend! Agiert! bündelt die dsj ihre sozialen und präventiven Aktivitäten und Projekte in der Arbeit gegen Kriminalität, Gewalt, Rassismus und Drogenmissbrauch.

Projekt „Am Ball bleiben – Fußball gegen Rassismus und Diskriminierung“

Aufgrund der Tatsache, dass sich Gewalt und Rassismus in die unteren Fußball-Ligen vermehrt verlagert haben, ist es ein wichtiges Ziel des Projektes, die derzeitigen Geschehnisse zu analysieren und im Sinne einer Bestandsaufnahme vorhandener Aktivitäten und Initiativen im Fußballumfeld realistisch einzuordnen. Darauf aufbauend ist es Aufgabe des Projektes, mögliche Gegenstrategien zu entwickeln und lokale Netzwerke gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußballsport zu aktivieren, um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entschlossen entgegen zu treten bzw. vorzubeugen.

Kontakt:

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V.

Otto-Fleck-Schneise 12, 60528 Frankfurt am Main

Tel.: 069 / 6700-287 od. - 391

E-Mail: weber@dsj.de

www.sport-jugend-agiert.de // www.amballbleiben.org

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)

Ausgestellt werden:

- Verschiedene Veröffentlichungen der Schriftenreihe der DVJJ
- Informationen zur DVJJ
- Fortbildungskalender

Kontakt:

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)

Lützerodestraße 11

30161 Hannover

Tel.: 0511-3483640

Fax.: 0511-3180660

E-Mail: bals@dvjj.de

Webseite: <http://www.dvjj.de>

**Deutscher Behindertensportverband
e.V. / NPC Germany**

DBS-Bewegung leben

Unter diesem Motto bietet der Deutsche Behindertensportverband e.V. / NPC Germany, als einer der weltweit größten Behindertensportverbände und als zuständiger Spitzenverband im Deutschen Olympischen Sportbund, Bewegung und Sport in den Bereichen Rehabilitation, Breiten- und Leistungssport an.

Kontakt:

Deutscher Behindertensportverband e.V. / NPC Germany
Friedrich-Alfred-Str. 10
47055 Duisburg
Tel.: 0203-7174-170
E-Mail: meier@dbs-npc.de
Webseite: <http://www.dbs-npc.de>

Deutscher Ju-Jutsu Verband (DJJV e.V.)

Ju-Jutsu stellt vor

- Das Projekt „Nicht mit Mir“ Selbstbehauptung und Selbstverteidigung für Kids
- Das Projekt „Fit und Sicher“ Kooperationsangebot für Schule und Verein

Ju-Jutsu ist mehr als Sport: Ju-Jutsu ist eine der vielseitigsten Sportarten und fördert die harmonische Körperentwicklung. Der Deutsche Ju-Jutsu Verband leistet über die vielfältigen Bewegungsangebote seiner Vereine einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheit seiner Mitglieder. Ju-Jutsu ist Sicherheit: Die besondere gesellschaftliche Leistung des Ju-Jutsu liegt in der Ausrichtung seiner Übungsformen auf die Selbstverteidigung. Der Verband erbringt hiermit einen unverwechselbaren Beitrag zur Erfüllung des menschlichen Grundbedürfnisses nach Sicherheit und Unversehrtheit. Ju-Jutsu ist Chancengleichheit: Ju-Jutsu ist wegen seiner defensiven Ausrichtung eine Sportart, die Frauen in besonderer Weise ansprechen kann. Der Deutsche Ju-Jutsu Verband verfolgt dabei ausdrücklich das Prinzip der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen – Gender Mainstreaming. Er reduziert dieses Anliegen nicht auf statistische Paritäten. Ju-Jutsu ist Modernität: Trotz seines Bemühens um die Bewahrung traditioneller Werte bekennt sich der Deutsche Ju-Jutsu Verband zur Strategie eines permanenten und geplanten Wandels. Er verbindet auf diese Weise Erfahrungen und Erkenntnisse mit Zukunftsorientierung und stellt die Aktualität seiner Angebote sicher.

Kontakt:

Deutscher Ju-Jutsu Verband (DJJV e.V.)

Gerichtsstraße 17

32791 Lage

Tel.: 05232 - 691522

Fax.: 05232 - 691522

E-Mail: mue3020@onlinehome.de

Webseite: <http://www.djjv.de>

Deutsches Forum für Kriminalprävention

Das Deutsche Forum für Kriminalprävention wurde 2001 auf Initiative der Innenministerkonferenz (IMK) als gemeinnützige privatrechtliche Stiftung von Bund und Ländern gegründet. Ziel des Forums ist es, der Entstehung von Risiken für abweichendes Verhalten zuvorzukommen, der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zu gebieten, die durch Kriminalität entstehenden Schäden zu verringern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Die Stiftung sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Ihr Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen in Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren. Das DFK versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert mit einem hauptamtlichen Mitarbeiter (Herrn Wolfgang Kahl) die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.

Das DFK setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein und möchte dazu beitragen, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen. Wissensbasierte Präventionsarbeit in den unterschiedlichen Handlungsfeldern und -ebenen wird durch die Informationsangebote der Datenbank „PrävIS-Web“ sowie des Internetportals „Wissen gegen Gewalt“ - beide erreichbar über die Website www.kriminalpraevention.de - gefördert.

Kontakt:

Deutsches Forum für Kriminalprävention
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn
Tel.: 0228-99681-3190
E-Mail: wolfgang.kahl@bmi.bund.de
Webseite: www.kriminalpraevention.de

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Forschung zu Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern und Familien

Das Deutsche Jugendinstitut e. V. (DJI) ist ein sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Es untersucht die Lebenslagen und die Entwicklung von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern und Familien sowie darauf bezogene öffentliche Angebote zu ihrer Unterstützung und Förderung.

Schwerpunkte seiner Arbeit in den o. g. Bereichen sind unter anderem:

- Dauerbeobachtung zum Wandel von Lebensverhältnissen,
- Studien zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen,
- Praxisbegleitung und Evaluation von Modellprojekten,
- Beratung von Politik und Praxis der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe,
- Unterstützung bei der Erstellung von Berichten der Bundesregierung.

Das Deutsche Jugendinstitut hat seinen Sitz in München und eine Dependence in Halle/Saale. Mit derzeit rund 140 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist das DJI im Bereich der Forschung zu Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern und Familien das größte nicht universitäre Forschungsinstitut in Deutschland. Träger des 1963 gegründeten Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Politik, Wissenschaft, Verbänden und Institutionen der Jugend- und Familienhilfe. Der institutionelle Etat wird überwiegend aus Mitteln des Bundes finanziert.

Aktuelle Informationen und Projekte finden Sie im Internet unter www.dji.de

Kontakt:

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Nockherstr. 2

81541 München

Tel.: 089-62306-0

Fax.: 089-62306-162

E-Mail: heins@dji.de

Webseite: <http://www.dji.de>

Deutsch-Russisches Zentrum Sachsen e.V.

„In Leipzig haben Bürgerinnen und Bürger die verwischten Spuren jüdischen Lebens in ihrer Stadt wieder sichtbar gemacht, durch eine Ausstellung, im Internet und mit einer CD, die man auch als Stadtführer nutzen kann“ (Bundespräsident Köhler in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27.01.2009).

Unter dem Motto „Gemeinsame Arbeit für die Durchsetzung des Nationalen Integrationsplanes der Bundesregierung – gemeinsamer Kampf gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit – zwei Seiten einer Medaille“ präsentieren wir Projekte der gemeinsamen Arbeit des Deutsch-Russischen Zentrums Sachsen e. V., des Jüdischen Forums beim DRZ, der Internetredaktion www.juden-in-sachsen.de und des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden - von Juden, von Spätaussiedlern und von Angehörigen der Stammbbevölkerung im Ehrenamt.

Mit unserer Internetpräsentation www.juden-in-sachsen.de („Journal Juden in Sachsen“, ISSN-Nr. 1866-5853) erreichen wir unterdessen monatlich weltweit mehr als 45 000 Zugriffe, darunter auch aus Israel und der Russischen Föderation.

Kontakt:

Deutsch-Russisches Zentrum Sachsen e.V.

Bernhard-Göring-Str. 152

04277 Leipzig

Tel.: 0341 - 3065 225

E-Mail: drz-schmidt@primacom.net

Webseite: <http://www.juden-in-sachsen.de>

Donna Vita - pädagogisch-therapeutischer Fachhandel

Wir verstehen unsere Arbeit als aktives Handeln gegen Gewalt. Donna Vita ist ein einmaliges Angebot. Seit Gründung sind wir einem pädagogisch-therapeutischen Ansatz verpflichtet, der stärkt, ressourcenorientiert arbeitet und zu einem selbst bestimmten Leben von Mädchen, Jungen, Frauen und Männern beiträgt. Wir verkaufen Bücher und Materialien, die wir mit Fachkompetenz und im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis zusammentragen.

Unser Ziel ist es, Wissen und Werte weiterzugeben, die es ermöglichen, Schwächere zu stärken, sie zu schützen und bei Übergriffen zu intervenieren. Vernetzung begreifen wir als Grundvoraussetzung für solche Ziele. Prävention, Intervention und Beratung bei (sexueller) Gewalt gegen Mädchen, Jungen und Frauen sind wesentliche Schwerpunkte. Das Spektrum wurde im Laufe der Jahre erweitert, folgen dabei dem Prinzip, Bücher und Materialien Qualitätsmaßstäben für die pädagogisch-therapeutische Praxis auszuwählen, die bestimmten Prinzipien standhalten, z.B. denen des Bundesverein zur Prävention von sexuellem Missbrauch an Mädchen und Jungen e.V.

Wir fungieren gleichzeitig als Informations- und Schaltstelle zwischen vielen, die in diesem Gebiet arbeiten.

Kontakt:

Donna Vita - pädagogisch-therapeutischer Fachhandel

Steenbeker Weg 151

24106 Kiel

Tel.: 0431-8888058

Fax.: 0431-8888045

E-Mail: noack@donnavita.de

Webseite: <http://www.donnavita.de>

**donum vitae Regionalverband
Hildesheim Hannover e.V.**

Mädchenworkshop von donum vitae e.V.

donum vitae e.V. ist eine Schwangeren-Konflikt-Beratungsstelle in Hannover-Linden. Wir führen allgemeine Beratungen nach §2 des SCHKG und Konfliktberatungen nach §219 StGB für schwangere Frauen und deren Familien durch.

Im Rahmen unserer Präventionsarbeit bieten wir einen Mädchenworkshop für Mädchen im Alter von 10-13 Jahren an und wollen diese Arbeit präsentieren: im Mittelpunkt des Workshops steht die Geheimsprache des weiblichen Körpers und die Story von den spannenden Ereignissen während des Zyklus einer Frau. Mit unterhaltsamen Spielen und Musik werden dabei jede Menge Neuigkeiten erfahren, über das, was jeden Monat in uns Mädchen/ Frauen abläuft wenn wir die Tage bekommen und wie wir die oft seltsame Sprache unseres Körpers verstehen können. Nach dem Motto: Was ich schätze kann ich schützen, ist es uns ein Anliegen, den Mädchen die Themen: Empfängnis, Zyklus, Sexualität und Liebe auf positive Art und Weise näher zu bringen.

Kontakt:

donum vitae Regionalverband Hildesheim Hannover e.V.

Spinnereistr. 1

30449 Hannover

Tel.: 0511 45 00 55 6

Fax.: 0511 45 00 174

E-Mail: hannover@donumvitae.org

Webseite: <http://donumvitae.org>

EJF-Lazarus gemeinnützige AG

Die EJF-Lazarus gAG ist als diakonischer Träger in der Alten-, Jugend- und Behindertenhilfe in mehreren Bundesländern tätig. Ein Schwerpunkt in der Jugendhilfe ist die Arbeit mit straffälligen und verhaltensauffälligen Jugendlichen in stationären Einrichtungen. Unter dem Motto „Menschen statt Mauern“ begegnen wir diesen Auffälligkeiten mit intensivtherapeutischer verbindlicher Unterbringung, spezielle Einrichtungen zur Vermeidung von Untersuchungshaft sowie Haft in freien Formen für Jugendliche und junge Erwachsene in Berlin, Brandenburg, Bayern und Thüringen.

Kontakt:

EJF-Lazarus Gemeinnützige AG

Königsberger Str. 28

12207 Berlin

Tel.: 09253/9545740

Fax.: 09253/9545741

E-Mail: krauss-ranzinger@ejf-lazarus.deWebseite: <http://www.ejf-lazarus.de>

euline

Hotline zur Prävention von Gewalt - Täterhotline

Allein können Täterinnen und Täter ihren Gewaltkreislauf oft nicht beenden.

Aber die Schwelle, sich Unterstützung zu holen, liegt sehr hoch.

Das Aufsuchen einer Beratungseinrichtung fällt vielen zu schwer und der Polizei oder Justiz sind nur Gewalttaten aus dem Hellfeld bekannt.

Aber über 80% der häuslichen Gewalt findet im Dunkelfeld statt.

Aufgrund einer oft jahrelangen Traumatisierung sind Opfer häuslicher Gewalt nicht in der Lage den Gewaltkreislauf aus eigener Kraft zu beenden. Häufig kehren sie - mit den ebenfalls betroffenen Kindern - zurück und erleiden weiter Gewalt.

Gelingt es dem Opfer aus dem Gewaltkreislauf auszubrechen, üben die Täter möglicherweise gegen die nächste Partnerin und deren Kinder Gewalt aus.

Nur wenn es gelingt, die Täter zu erreichen und zur Beendigung ihrer Gewalttätigkeit zu bewegen, kann zukünftige Gewalt dauerhaft verhindert werden.

Nur Täter können aufhören Gewalt auszuüben.

Seit 2005 beraten wir an der Täterhotline Täterinnen und Täter. Inzwischen erstreckt sich unser Netzwerk über Deutschland, Österreich, Luxemburg und die Schweiz.

Informationen finden Sie auch unter: www.euline.org

Kontakt:

euline

Fichtenweg 6

32760 Detmold

Tel.: 05231-7094813

Fax.: 05231-7094815

E-Mail: info@euline.org

Webseite: www.euline.org

European Forum for Urban Safety EFUS

Als Partner des Deutschen Präventionstags möchte sich das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) mit einem Informationsstand vorstellen. EFUS ist ein Zusammenschluss von über 300 europäischen Städten, die gemeinsam zum Thema Sicherheit und Prävention arbeiten. Das Forum dient dem Austausch von Erfahrungen und Fachwissen zwischen den Mitgliedsstädten, und fördert die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene anhand konkreter Projekte.

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit arbeitet im gesamten Spektrum der städtischer Sicherheit, wie Kriminalitätsprävention, Stadtplanung und Stadterneuerung, Integration und Migration, Konfliktmanagement und Mediation, Sozialpolitik und sozialer Zusammenhalt, Drogenpolitik, Polizeiarbeit, Sicherheit bei Großveranstaltungen und Krisenmanagement, Jugendliche und Schule oder Gewalt gegen Frauen.

EFUS informiert zu Entwicklungen im Bereich der städtischen Sicherheit, bindet seine Mitglieder nicht nur in ein europäisches Netzwerk von Städten sondern auch internationaler Experten ein, vertritt bei Sicherheitsfragen die Position von Städten, unterstützt sie bei der Optimierung ihrer Politiken, organisiert europäische Kooperationsprojekte und verbessert den Zugang zu europäischen Fördermitteln.

Mehr Informationen am Informationsstand oder unter www.urbansecurity.org

Kontakt:

European Forum for Urban Safety EFUS

38 Rue Liancourt

75014 Paris

Tel.: +33 1 40 64 49 00

Fax.: +33 1 40 64 49 10

E-Mail: fesu@urbansecurity.org

Webseite: www.urbansecurity.org

Ev. Gemeindedienst e.V. Bielefeld

Wenn sich die Tür einer Haftanstalt hinter einem Verurteilten schließt, bleiben die persönlichen und sozialen Probleme nur scheinbar draußen. Die Straffälligenhilfe des Ev. Gemeindedienstes bietet Hilfen für Inhaftierte im Einzelkontakt wie auch über Gruppenangebote an. Dabei geht es um Fragen der Haftvermeidung, die Situation während der Inhaftierung und bei der Haftentlassung, Hilfen bei der Reintegration und der Aufrechterhaltung sozialer Kontakte. Der Kontakt zu Angehörigen ist dabei fester Bestandteil des Hilfskonzeptes. Regelmäßige Sprechstunden für Untersuchungsgefangene, die Ehe- und Partnerseminare wie auch das GANG-Projekt gehören ebenfalls zum Angebot der Straffälligenhilfe. Bei Inhaftierten, die vor der Entlassung stehen, geht es um die Vorbereitung des Lebens nach der Inhaftierung. Der Schritt von der Inhaftierung zum Leben in der Freiheit ist mit einem hohen Rückfallrisiko behaftet. Eine intensive Unterstützung ist deshalb notwendig. Die Straffälligenhilfe bietet hierfür ein breites Angebotsspektrum an, beispielsweise durch Schuldenregulierung, Hilfen bei der Verwaltung der Finanzen, Rat bei persönlichen Krisen, Unterstützung bei der Wohnraum- und Arbeitssuche u.v.m. Weitere Angebote der Straffälligenhilfe:

- Projekt Freiräume: Beratung und Gruppenangebote für Kinder, Jugendliche und Familienmitglieder inhaftierter und haftentlassener Personen.
- MABiS.Net: (Marktorientierte Ausbildungs- und Beschäftigungsintegration Strafentlassener) unterstützt Haftentlassene zielgerichtet bei der beruflichen Wiedereingliederung.
- Haus Nordpark: stationäre/ teilstationäre Einrichtung für Haftentlassene im Ev. Johanneswerk e.V.

Kontakt:

Ev. Gemeindedienst e.V., Straffälligenhilfe

Schildescher Str. 101

33611 Bielefeld

Tel.: 0521-8012742

Fax.: 0521-8012799

E-Mail: thomas.wendland@johanneswerk.de

Webseite: <http://www.johanneswerk.de>

Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe

Das Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe bietet unter www.jugendhilfeportal.de eine Informations-, Kooperations- und Kommunikationsplattform für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe. Es stützt sich auf die aktive Mitarbeit von Trägern und Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe. Das Fachkräfteportal ist ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ und IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. und wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden.

Kontakt:

Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe
Godesberger Allee 142-148
53175 Bonn
Tel.: 0228-9506116
Fax.: 0228-9506199
E-Mail: starzinger@ijab.de
Webseite: <http://www.jugendhilfeportal.de>

for! (ju:) Ausbildung, Seminare & mehr

for! (ju:) ist eine Ausbildungsakademie mit den Schwerpunkten „Männliche Identität“ und „Neuro-Training“.

In der professionellen und identitätsfördernden Arbeit sehen wir eine wertvolle Aufgabe für Männer und Frauen, um Jungen und jungen Männern auf ihrem Weg als bewusste und wissende Mentoren zur Seite zu stehen.

Im Neuro-Trainings Bereich wollen wir Ihr Verständnis und Ihr Wissen wie wir Menschen funktionieren erweitern helfen, damit Sie Ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten nutzen das zu erreichen, was Sie im Leben wirklich erreichen wollen.

Dazu offerieren wir Ihnen lebendige, faszinierende und herausfordernde Seminare und neue Ausbildungskonzepte, öffnen neue Horizonte und entwickeln tragfähige Visionen für das 21. Jahrhundert.

Wir geben ihnen Handwerkszeug, Handlungs- und Haltungskompetenz ganz praktisch und konkret. Wir konzentrieren uns auf Lösungen, nicht auf Probleme.

- Vertiefendes & inspirierendes Know-How für intelligentes Lernen
- Effektive & innovative Tools für angemessenes Handeln
- Elegante & fundierte Lösungen für komplexe Herausforderungen

Kontakt:

for! (ju:) Ausbildung, Seminare & mehr

Groner-Tor-Straße 16

37073 Göttingen

Tel.: 0551-45143

E-Mail: info@forju.de

Webseite: <http://www.forju.de>

Förderverein Gewaltfrei Lernen e.V.

Menschen lernen am besten in Bewegung! Auf dieser Erkenntnis basiert die Gewaltfrei Lernen Konfliktschulung, die Schülern, Eltern, Lehrern und Betreuern den Umgang mit den alltäglichen Konflikten unter Schülern erleichtert.

Das Gewaltfrei Lernen Konzept setzt sowohl in den Schülerkursen wie auch in den Fortbildungen der Lehrer und Betreuer auf bewegungsreiche Unterrichtseinheiten. Durch spezifische Spiele und Übungen verbessern Schüler ihre Teamfähigkeit, Selbstbehauptung und Sprachfertigkeiten. Sie lernen, die häufigsten Konflikte ohne jegliche Form der Gewaltanwendung zu lösen - körperlich gewandt und wortstark! Auch Eltern werden in Ihrer Erziehung mit zahlreichen Tipps und Übungen unterstützt. So verbessert ein Gewaltfrei Lernen-Projekt das Lernklima einer ganzen Schule!

Jeglicher Unterricht baut auf drei Säulen auf:

1. Bewegungsspiele: Spielerisch werden Kräfte gemessen, Fairness-Regeln eingeübt und Werte vermittelt, eine selbstsichere Körperhaltung geschult, Teamfähigkeit und Empathie gefördert.
2. Gewaltlose Körperreaktionen: Viele Übungen zeigen Schülern, wie sie sich gewaltfrei einer Situation körperlicher Bedrängnis entziehen und sich wortstark schützen.
3. Zwischen den einzelnen Phasen spielerischer Bewegung erarbeiten die Schüler in Rollenspielen und Gesprächskreisen ein Handlungsrepertoire, mit dem es gelingt, ihre typischen Konflikte des Schulalltags zu lösen.

Kontakt:

Förderverein Gewaltfrei Lernen e.V.

Jordeweg 10

50259 Pulheim

Tel.: 02238-838879

E-Mail: info@gewaltfreilernen.de

Webseite: <http://www.gewaltfreilernen.de>

gegen-missbrauch e.V.

gegen - missbrauch e.V. setzt sich gegen sexuellen Kindesmissbrauch ein. Wir wollen nicht nur eine Plattform für Betroffene bzw. Überlebende von sex. Kindesmissbrauch sein, sondern auch aktiv Hilfe leisten. Beginnend bei Gesprächen, Abbau von Vorurteilen und Ängsten bis hin zu Hilfe bei Krankenkassen, Ämtern, Anwälten, Therapeuten etc.

Darüber hinaus hat es sich der Verein u. a. zum Ziel gesetzt aufzuklären, Präventivarbeit zu leisten und den Menschen eine Möglichkeit zu geben, sich aktiv gegen sexuellen Kindesmissbrauch zu engagieren. Aus diesem Grunde arbeitet der Verein an verschiedenen Projekten, die auf dem Präventionstag an unserem Infostand vorgestellt werden.

Schon zu lange wird das Thema sexueller Kindesmissbrauch in unserer Gesellschaft tabuisiert. Wir können weiter nach diesem Motto leben: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Wir können aber auch beginnen, etwas zu tun.

gegen - missbrauch e.V. will das Schweigen brechen, denn 320.000 missbrauchte Kinder pro Jahr sind 320.000 zu viele.

Kontakt:

gegen-missbrauch e.V.

Am Menzelberg 10

37077 Göttingen

Tel.: 0551-50065699

E-Mail: mork@gegen-missbrauch.de

Webseite: <http://www.gegen-missbrauch.de>

gemeinnützige Gesellschaft für Integrative Sozialdienste mbH

Die gemeinnützige Gesellschaft für Integrative Sozialdienste (gGIS mbH) möchte auf dem Präventionstag einerseits die integrative Arbeit mit Menschen mit Behinderung vorstellen und andererseits den Bereich Freiwilliges Soziales Jahr für junge Frauen und Männer bekannt machen.

Wir bieten den Besuchern des Präventionstages die Möglichkeit Erfahrungen mit dem Rollstuhl zu sammeln, um so die Perspektive und die besonderen Schwierigkeiten von Menschen mit Handycap im Alltag nachvollziehen zu können.

Kontakt:

gemeinnützige Gesellschaft für Integrative Sozialdienste
mbH

Emil-Meyer-Str. 20

30165 Hannover

Tel.: 0511 - 3588131

Fax.: 0511 - 3588182

E-Mail: annegret.woop@gis-service.de

Webseite: <http://www.gis-service.de>

Gewalt Akademie Villigst

In der Gewalt Akademie Villigst (kurz: GAV) entwickeln, erproben und realisieren wir Methodenrepertoires, Thematisierungswege und konstruktive Konfliktlösungen, damit Kinder, Jugendliche und Erwachsene selbst herausfinden können, was gut oder schlecht für sie ist; damit sie auf Gewalt und Rassismus als scheinbare Lösungsmittel nicht zurückgreifen müssen.

Die Mitglieder der GAV entwickeln Konzeptionen auf der Basis der Erfahrungen in der täglichen Konfliktbearbeitungs- und Deeskalationsarbeit. Die GAV übernimmt hierbei Mitverantwortung für die Qualitätsentwicklung & -sicherung der Arbeit von Villigster DeeskalationstrainerInnen. - Aufgabe der GAV ist es, sich mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu verständigen, um mit allen Sinnen zu begreifen, zu erfahren und zu verstehen, was Sinn macht, Wert hat, als Regel taugt und deshalb für alle gelten soll und kann. Die GAV bringt unterschiedliche Berufsgruppen mit ihren Möglichkeiten, Vorbildungen und Sprachformen miteinander unter der Frage ins Gespräch: Welche Form einer adäquaten Prävention, Deeskalation oder Bearbeitung von Konflikten, Gewalt und Rassismus sollen und wollen wir entwickeln? Welche Rahmenbedingungen, Didaktiken und Methoden sind dem angemessen? Sie kooperiert mit vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen, Partnerinnen und Partnern und wirbt um Unterstützung und Zusammenarbeit bei Menschen und Institutionen.

Ziel ist es, im Respekt vor dem Gewaltmonopol des Staates Wege aktiver Gewaltlosigkeit zu entwickeln, zu beschreiten und zu verstetigen.

Kontakt:

Gewalt Akademie Villigst
Haus Villigst, Iserlohner Str. 25
58239 Schwerte
Tel.: 02304 - 755 190
E-Mail: kontakt@sos-rassismus-nrw.de
Webseite: <http://www.gewaltakademie.de>

Gewerkschaft der Polizei

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) organisiert mehr als 170 000 Polizeibeschäftigte – Beamte und Tarifbeschäftigte und ist damit die mit Abstand größte und einflussreichste Gewerkschaft im Polizeibereich. Zu den vielfältigen Berufssparten in der Polizei, die von ihr vertreten werden, gehören die Polizistinnen der Schutz-, Kriminal-, Wasserschutz- und Bereitschaftspolizei, des Bundes und die Vollzugsbeamten des Zolls, die Verwaltungsbeamten und die Tarifbeschäftigten in den Polizeidienststellen, den Fotolabors, als Fremdsprachenkorrespondenten aber auch als Kraftfahrzeugmechaniker, in den Waffenwerkstätten, den Bekleidungskammern in den Küchen u.v.m. Das große Ansehen der GdP in der Gesellschaft resultiert u.a. aus ihrer Fähigkeit, sicherheitsrelevante Entwicklungen schneller als andere prognostizieren zu können. Sie ist Ansprechpartnerin der unterschiedlichsten polizeilichen und politischen Gruppen, so dass sie auf negative Entwicklungen wie Zunahme der Gewaltkriminalität, Zunahme terroristischer Aktivitäten oder die Zunahme der Internetkriminalität nicht nur aktuell reagieren und aufmerksam machen kann, sondern auch präventiv davor warnen und tätig werden kann. Dem Präventionsgedanken fühlt sich die GdP seit jeher verpflichtet, nicht zuletzt deshalb ist sie Mitglied des „Deutschen Forums für Kriminalprävention“ (DFK). Insofern sieht die GdP es auch als selbstverständlich an, auf dem Deutschen Präventionstag präsent zu sein.

Kontakt:

Gewerkschaft der Polizei

Stromstrasse 4

10555 Berlin

Tel.: 030-399921102

Fax.: 030-399921100

E-Mail: JMichelsohn@gdp-online.de

Webseite: www.gdp.de

Glen Mills Academie Deutschland e. V.

Die Glen Mills Academie umfasst mittlerweile auf kriminologischer Grundlage verschiedenste Bereiche der konkreten Arbeit mit jungen Menschen, aber speziell auch darüber hinaus:

- Soziostrukturelle Risiko- und Schutzfaktoranalysen
- Entwicklung geeigneter individueller und intensiver Interventionen
- Gasteltern und (Job-)Coaching-Angebote
- Wirksame Präventionsprogramme im Rahmen der restorativen Justiz / internationale Wirkungsforschung / Bedeutung für Deutschland
- Fort- und Weiterbildungsangebote
- Organisation und Durchführung internat. Fachbegegnungen
- Stationäre Interventionsprogramme mit Auslandsanteil auf der Grundlage einer umfassenden Analyse:
- Schulprogramm Glen Mills Schools (USA) (männl. Jgd. 14–18 Jahre u. jg. Vollj.). Das 4er-Pack Intensiv-Normenlernen, schul. u. berufl. Intensivförderung, konstruktive Freizeit hat sich im 13. Jahr seines Bestehens als guter Schutz gegen Risikofaktoren weiteren Abgleitens erwiesen. Die Mehrheit der häufig als unerreichbar angesehenen Teilnehmer hat in vielen Bereichen ein auf Können beruhendes Selbstwertgefühl und damit die Eintrittskarte für anschließende reguläre oder durch die Arbeitsagentur geförderte Berufsausbildungen und weiterführende Schulen erwerben können
- Im Einzelfall mit spezifischem Interventionsauftrag/Rahmenprogramm (männl. u. weibl. Jugendl. v. 14–18 u. junge Vollj.)
- Boystown Highschool (USA)
- Gastelternaufenthalt Namibia

Kontakt:

Glen Mills Academie Deutschland e.V.

Gerichtsstr. 1a, 32312 Lübbecke

Tel.: 05741 - 80 90 07

Fax.: 05741 - 80 90 08

E-Mail: guder@glenmillsaca.de

Webseite: www.glenmillsaca.de

Hamburger Gewaltschutz-Zentrum

Die „S&S gemeinnützige Gesellschaft für Soziales mbH“ verfügt über fast 30 Jahre Erfahrung in verschiedenen Feldern der Sozialen Arbeit.

Mit der Gründung des Hamburger Gewaltschutz-Zentrums (HGZ) im Sommer 2008 hat der Träger einen Ort geschaffen, an dem im Kontext von Gewalt Ideen und Konzepte für Opferschutz, Täterarbeit und Prävention entwickelt und gestaltet werden können.

Im Mittelpunkt des Infostandes steht das „Verantwortungstraining für gewaltfreie Beziehungen“ als erster großer Baustein des HGZ. Mit dem Verantwortungstraining wird erstmals interinstitutionelle Täterarbeit nach den Standards der „Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit häusliche Gewalt“ (BAG TÄHG) in Hamburg umgesetzt. In Kooperation mit Justiz, Polizei, Jugendämtern und allen Behörden und Institutionen, die im Kontext von Beziehungsgewalt arbeiten, bietet das HGZ Täterarbeit auch für zugewiesene Klienten in Hamburg an. Ziel für die Klienten in Beratung und Gruppenarbeit ist es, durch Verantwortungsübernahme für das eigene Handeln und Empathie für die Betroffenen die Basis zur Gestaltung gewaltfreier Beziehungen zu erarbeiten.

Da in der überwiegenden Zahl aller Beziehungsgewalttaten Kinder unmittelbar oder mittelbar betroffen sind, liegt ein besonderer Fokus der Arbeit des HGZ auf den weitreichenden transgenerationalen Auswirkungen von Beziehungsgewalt.

Kontakt:

Hamburger Gewaltschutz-Zentrum

Altonaer Straße 65

20357 Hamburg

Tel.: 040-28793735

Fax.: 040-43136918

E-Mail: info@hamburgergewaltschutzzentrum.de

Webseite: <http://www.hamburgergewaltschutzzentrum.de>

Heidelberger Präventionszentrum

Das Heidelberger Präventionszentrum (HPZ) ist ein privates Institut, das Fortbildungen zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen anbietet. Die Angebote zielen zum einen auf die Primärprävention von aggressivem Verhalten bei Kindern sowie auf die Förderung von Beziehungs- und Kommunikationskompetenzen, auch auf Seiten der Lehr-, Erziehungskräfte und Eltern. Zum anderen geht es um die Prävention von Essstörungen sowie um eine non-verbale, auf Musik basierende Form der Vermittlung sozial-emotionaler Kompetenzen. Ausführlich informiert wird über das inzwischen weit verbreitete Gewaltpräventionsprogramm Faustlos, einem Curriculum zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen für den Kindergarten, die Grundschule und die Sekundarstufe. Es basiert auf dem erfolgreichen amerikanischen Programm „Second Step“, das für den deutschen Sprachraum adaptiert und weiterentwickelt wurde. Eine Vielzahl von Evaluationen belegt die Wirksamkeit, die auch zu zahlreichen Auszeichnungen führte. Durchgeführt werden die entwicklungsadäquaten Lektionen von Lehrkräften und Erzieherinnen als vertraute Bezugsperson, die die Kinder langfristig begleiten.

Weiterhin steht Informationsmaterial für folgende Programme zur Verfügung: „Kieselschule“, einem musikalischen Curriculum zur primären psychosozial orientierten Prävention für Grundschulen und Kindergärten; „PriMa“ (Primärprävention Magersucht), das sich an Schülerinnen der 6. Klasse richtet; „TOPP“ (Teenager ohne pfundige Probleme), ein Programm für Jungen der 6. Klasse zur Prävention von Übergewicht und Bewegungsmangel; sowie „HPZ-Elternschule“ - wie Eltern ihre Kinder zuhause faustlos unterstützen und fördern können -

Kontakt:

Heidelberger Präventionszentrum
Keplerstr. 1
69120 Heidelberg
Tel.: 06221-18719560
E-Mail: n.wittenburg@h-p-z.de
Webseite: <http://www.h-p-z.de>

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa - Landespräventionsrat Hessen/ Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt/ Stiftung Resozialisierungsfonds für Straffällige

Die Ausstellung gibt einen Überblick über die Tätigkeit des Landespräventionsrates Hessen und insbesondere einen Einblick in die Arbeit seiner neun Arbeitsgruppen:

- AG Gewalt und Minderheiten
- AG Gewalt im häuslichen Bereich
- AG Prävention für ältere Menschen
- AG Jugendkriminalität
- AG Ladendiebstahl
- AG Praxisorientierte Erfolgskontrolle
- AG Bekämpfung illegaler Graffiti
- AG Neue Technologien und AG Vernachlässigung von Kindern.

Zudem wird sich die im Februar 2006 im Hessischen Ministerium der Justiz eingerichtete Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt präsentieren. Die Leiterin der Landeskoordinierungsstelle wird zu unterschiedlichen Zeiten zu Gesprächen am Stand zur Verfügung stehen.

Ferner wird Gelegenheit sein, Informationen zur Tätigkeit der Stiftung „Resozialisierungsfonds für Straffällige“ zu erhalten, deren Tätigkeitsschwerpunkt im Bereich Schuldenregulierung ehemals Straffälliger - als zentraler Bestandteil der Rückfallprävention - angesiedelt ist.

Kontakt:

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und
Europa/ Landespräventionsrat Hessen

Luisenstraße 13

65185 Wiesbaden

Tel.: 0611 32 2709

Fax.: 0611 32 2619

E-Mail: dagmar.paulmichl@hmdj.hessen.de

Webseite: <http://www.landespraeventionsrat.hessen.de>

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.

Die Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V. (ISL) war der erste bürgerschaftliche Verein zur Kriminalitätsverhütung in Baden-Württemberg. Er wurde im Jahr 1996 gegründet und bildet eine der tragenden Säulen der Kriminalprävention im Rems-Murr-Kreis. Unser Stand bietet Informationen rund um unserer Präventionsprojekte. Einer unserer Schwerpunkte liegt im Bereich der Jugendkriminalität, aber auch die übrigen Zielgruppen wie Kinder, Heranwachsende, Erwachsene und Senioren werden breit bedient. Überzeugen Sie sich selbst von unseren Projekten. Holen Sie sich Anregungen und Informationen zur Vereinsgründung und Finanzierung. Wir stehen gerne mit Rat und Tat zur Verfügung. Über die Darstellung eines Teiles unserer Projekte hinaus, bieten wir die Möglichkeit am Stand unsere Präventionsfilme zu den Themen „Zivilcourage mit dem Titel OhnMacht“ (Nachstellung von Kriminalitätsszenen im öffentlichen Raum und filmen der Passantenreaktionen mit verdeckter Kamera), „Stalking“ und „Alkohol ist alles - vom Genussmittel bis zum Komasaufen -“ zu sehen. Sie können die Filme auch gegen eine geringe Schutzgebühr am Stand erwerben.

Kontakt:

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.
Alter Postplatz 10
71332 Waiblingen
Tel.: 07151-9816466
Fax.: 07151-9816602
E-Mail: klaus.auer@polizei.bwl.de
Webseite: <http://www.isl-rmk.de>

InStep Weiterbildungsinstitut (Düsseldorf)

STEP wird im Rahmen der Präventionsforschung vom BMBF evaluiert und vom InSTEP Weiterbildungsinstitut herausgegeben. Durch das umfassende Erziehungskonzept des STEP Programms wird die Handlungskompetenz der Eltern bzw. der professionell Erziehenden gestärkt und der Stresslevel signifikant reduziert. Damit gewinnen sie Orientierung und Sicherheit im Umgang mit den Herausforderungen der Kindererziehung in der heutigen Gesellschaft. Dank des resilienzförderlichen, demokratischen Erziehungsstils von STEP erhalten Kinder die Chance, selbstbewusste, konfliktfähige, verantwortungsvolle und glückliche Erwachsene zu werden. Prof. Klaus Hurrelmann, der STEP evaluiert, betrachtet STEP als ‚ein zutiefst demokratisches und humanes Konzept. Es zielt darauf ab, Menschen unterschiedlicher Generationen feste und klar strukturierte Regeln für den Umgang miteinander an die Hand zu geben... ‚STEP, das Elterntraining, unterstützt Eltern, ein kooperatives, stressfreieres Familienleben und eine tragfähige, erfüllende Beziehung mit ihren Kindern aufzubauen und fördert die Integration von Familien mit Migrationshintergrund. Durch die Weiterbildung für Erzieher/innen und die für pädagogische Fachkräfte in der Erziehungshilfe werden neben der Stärkung der Handlungskompetenz auch eine gelungene Erziehungspartnerschaft zwischen professionell Erziehenden und Eltern und die effektive Zusammenarbeit der Kolleg/innen im Team erreicht. Die STEP Kurse werden von zertifizierten STEP Kursleiter/innen, verbunden im InSTEP Trainernetzwerk, bundesweit durchgeführt.

Das Motto des STEP Standes, Nr. 80: Kinder wertschätzend und kompetent erziehen – für eine gewaltfreie, demokratische Gesellschaft!

Kontakt:

InSTEP Weiterbildungsinstitut
Kreuzbergstr. 84, 40489 Düsseldorf
Tel.: 0211-4228727
Fax.: 0211-4228729
E-Mail: mail@instep-online.de
Webseite: www.instep-online.de

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung Hannover

„Wir kümmern uns selbst - Konfliktlösung im öffentlichen Raum“ ist ein Modellprogramm, in dem seit 2005 in sieben Kommunen eine Methode zur Bearbeitung von Konflikten im öffentlichen Raum, an denen Kinder und Jugendliche beteiligt sind, entwickelt, erprobt und wissenschaftlich begleitet wird.

„Wir kümmern uns selbst“ zielt darauf ab, Konflikte im öffentlichen Raum frühzeitig und niedrigschwellig unter Einbeziehung der beteiligten Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen sowie der vor Ort tätigen professionellen Akteure aus den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Polizei, Soziale Dienste, Politik usw. zu bearbeiten. Von großer Bedeutung sind dabei die genaue Analyse des Konflikts, die Vernetzung relevanter Personen, Träger, Institutionen und Ämter sowie die systematische Einbeziehung bzw. Weiterentwicklung der vor Ort vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen.

Die beteiligten Akteure – die Standorte, die Programmagentur (ies Hannover) und die wissenschaftliche Begleitung (DJI München) – informieren Sie an ihrem Infostand über die Arbeitsweise und Inhalte von „Wir kümmern uns selbst“ sowie über die Erfahrungen und Entwicklungen in dem Modellprogramm.

„Wir kümmern uns selbst“ wird finanziert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Weitere Infos unter <http://www.wir-kuemmern-uns-selbst.de>

Kontakt:

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung
GmbH Hannover

Bödekerstr. 7

30161 Hannover

Tel.: 0511 - 399 7226

E-Mail: kukat@ies.uni-hannover.de

Webseite: <http://www.ies.uni-hannover.de/>

Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH)

Prävention im Team (PiT) in Schleswig-Holstein

Das Projekt ist im Team erarbeitet, erprobt und neuen Entwicklungen angepasst worden. Es wird seit 1997 in zahlreichen Schulen durchgeführt.

Kinder und Jugendlichen werden angeregt, über das Zusammenleben mit anderen nachzudenken und dabei die eigene altersgemäße Verantwortung zu sehen und zu übernehmen. In der Förderung und Stärkung des Selbstwertgefühls und der sozialen Kompetenz sieht das Projekt die wirksamste Prävention von Gewalt, Diebstahl und Sucht.

Konfliktbeladene Themen des Erwachsenwerdens stehen im engen Zusammenhang mit den Themen der Prävention. Sie begleiten dieses Projekt und können später mit Formen des lebendigen Lernens weitergeführt werden.

Kontakt:

Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH)

Schreberweg 5

24119 Kronshagen

Tel.: 0431/160-61411 oder -65555

Fax.: 0431/160-61419

E-Mail: Inka.Bruhn@polizei.landsh.de

Webseite: <http://www.polizei.schleswig-holstein.de>

Jugendamt Dortmund

Die Jugendgerichtshilfe Dortmund beschäftigt sich seit Jahren mit straffällig gewordenen Sprayern. Es sind unterschiedliche Programme zur Schadenswiedergutmachung entstanden. Daneben wurden drei legale Mauern eingerichtet und Workshops zur Gestaltung von selbst gebauten Leinwänden durchgeführt. Erfahrungsberichte, Flyer und Plakate sind am Stand erhältlich. Wir sind an einem Erfahrungsaustausch interessiert.

Kontakt:

Jugendamt Dortmund

Ostwall 64

44122 Dortmund

Tel.: 0231-5023451

Fax.: 0231-5026512

E-Mail: wpatra@stadtdo.de

Jugendhilfe Göttingen e.V.

Sozialpädagogische Arbeit mit Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen ist zentrale Aufgabe der Jugendhilfe Göttingen e.V. Als freier Träger arbeitet die Jugendhilfe Göttingen e.V. seit 1986 mit kriminalpräventiven Zielen an der Schnittstelle zwischen Jugendvollzug, Gemeinwesen- und Jugendsozialarbeit.

„Drinne“, im Offenen Jugendvollzug Göttingen, leistet die Jugendhilfe erzieherische und berufsfördernde Hilfen durch personelle und materielle Unterstützung. Durch vielfältige Kontakte und Kooperationen wird jungen Inhaftierten die Eingliederung in die Gesellschaft erleichtert. BASIS - Integrierte Entlassungsbegleitung junger Straftäter - ist ein Beispiel für gelungenes Übergangmanagement.

„Draussen“ ist die Jugendhilfe Göttingen e.V. u.a. Träger der Anlaufstelle Innenstadt. Die „Blechtrommel“ bietet jungen Menschen in kritischen Lebenssituationen individuelle Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Projekte ergänzen das Angebot mit aufsuchender Arbeit, interkulturellem Lernen, Gemeinwesenarbeit und sozialen Trainings.

Auf dem 14. Deutschen Präventionstag wird die Arbeit der Jugendhilfe Göttingen e.V. mit Projektbeispielen vorgestellt:

- Entlassungsvorbereitung und Entlassungsbegleitung,
- „Go Willi“ - Präventionsarbeit mit auffälligen Jugendlichen auf dem Göttinger Wilhemsplatz,
- „SPRINT“ - Gesundheitsförderung für benachteiligte junge Menschen und
- „Schulverweigerung - Die 2. Chance“

Kontakt:

Jugendhilfe Göttingen e.V.

Rosdorfer Weg 76

37081 Göttingen

Tel.: 0551 5072766

Fax.: 0551 5072768

E-Mail: info@jugendhilfe-goettingen.de

Webseite: <http://www.jugendhilfe-goettingen.de>

Jugendhilfeeinrichtung Trainingscamp Lothar Kannenberg

Thema des Infostandes: Erziehung durch Sport.

Kontakt:

Jugendhilfeeinrichtung Trainingscamp Lothar Kannenberg
Zur Helle 20
34474 Diemelstadt-Rhoden
Tel.: 05694 99120-0
Fax.: 05694 99120-20
E-Mail: info@durchboxen.de
Webseite: www.durchboxen.de

Justizministerium Nordrhein-Westfalen

Infostand des Justizvollzuges NRW mit Schwerpunkt Projekt
U-Haftreduzierung und

„Ein Blick - Einblick“ Kriminalprävention durch Täter

Kontakt:

Justizvollzugsanstalt Bielefeld

Umlostraße 100

33649 Bielefeld

Tel.: 0521-4896315

Fax.: 0521-4896298

E-Mail:

klaus-peter.beckmann@jva-bielefeld-brackwede1.nrw.de

Justizvollzugsanstalt Hannover

Das Prognosezentrum (ProgZ) des Landes Niedersachsen ist eine mit landesweiter Zuständigkeit versehene Einrichtung des niedersächsischen Justizvollzuges. Als zentrale Aufgabenstellung obliegt ihm die forensische Begutachtung von Straftätern, die wegen Sexual- und/oder Gewaltstraftaten sowie schweren Eigentumsdelikten verurteilt sind und in einer der niedersächsischen Justizvollzugsanstalten einsitzen.

Darüber hinaus ist das ProgZ für die Erstellung von Risikoprofilen von zur Haftentlassung anstehenden Sexualstraftätern gemäß K.U.R.S (Konzeption zum Umgang mit rückfallgefährdeten Sexualstraftätern und Sexualstraftäterinnen in Niedersachsen) zuständig.

Anhand exemplarischer Falldarstellungen werden Struktur und Inhalte von Erst-, Behandlungs- und Lockerungsgutachten sowie von K.U.R.S.-Risikoprofilen dargestellt.

Die Herleitung einer legalprognostischen Einschätzung als zentraler Bestandteil einer jeden forensisch-gutachterlichen Expertise wird in ihren verschiedenen Facetten nachvollziehbar beschrieben; die Möglichkeiten und Begrenzungen der jeweiligen Methoden sollen diskutiert werden.

Kontakt:

Justizvollzugsanstalt Hannover
Schulenburg Landstrasse 145
30165 Hannover

Tel.: 0511-6796543

E-Mail: Thomas.Villmar@jva-h.niedersachsen.de

Justizvollzugsanstalt Wiesbaden

Die Justizvollzugsanstalt Wiesbaden präsentiert im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz den Jugendstrafvollzug in Hessen.

Aufgrund der Vielzahl von Gefangenen verschiedener kultureller und sozialer Herkunft bildet die Förderung von Integration und Toleranz auch im Vollzug einen Schwerpunkt.

In einem Integrations- und Toleranzparcours wird auf die Wirkung von Verhaltensmustern und äußerem Erscheinungsbild hingewiesen und erwünschtes soziales Auftreten definiert.

Weiterhin wird über besondere Maßnahmen zur Förderung von Toleranz und Integration informiert.

Kontakt:

Justizvollzugsanstalt Wiesbaden

Holzstr.29

65197 Wiesbaden

Tel.: 0611-4142061

Fax.: 0611-4141005

E-Mail: thomas-ernst.dohmen@jva-wiesbaden.justiz.hessen.de

Katholische Bundes-Arbeitsgemein- schaft Straffälligenhilfe

Die Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe (KAGS) ist der Zusammenschluss der katholischen Straffälligenhilfeträger in Deutschland.

Die der KAGS angeschlossenen Straffälligenhilfeträger beraten und begleiten straffällig gewordene Menschen und ihre Angehörigen sowie die Opfer von Straftaten auf freiwilliger Basis. Die Angebote sind als ganzheitliche und durchgängige Hilfe organisiert und umfassen alle Maßnahmen, die geeignet sind, die persönlichen Fähigkeiten der Betroffenen zu erweitern und zu stärken, sowie ihre Lebenssituation nachhaltig zu verbessern. Grundanliegen und verbindendes Element aller Maßnahmen ist die Vermeidung von Ausgrenzung und Armut.

Die KAGS will zur sachlichen Auseinandersetzung über Bedingungen und Ursachen von Straffälligkeit beitragen und das Verständnis für die Lebenslagen der Betroffenen in der Öffentlichkeit fördern. Dazu greifen wir aktuelle Themen und Entwicklungen in Straffälligenhilfe und Kriminalpolitik auf, mischen uns in die fach- und gesellschaftspolitische Diskussion ein, initiieren Meinungsbildungsprozesse und entwickeln daraus Haltungen und Positionen.

Die KAGS veranstaltet zusammen mit der evangelischen Konferenz für Straffälligenhilfe die „Fachwoche Straffälligenhilfe“ (www.fachwoche.de).

Kontakt:

Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe
Karlstrasse 40
79104 Freiburg
Tel.: 0761-200121
Fax.: 0761-200350
E-Mail: cornelius.wichmann@caritas.de
Webseite: <http://www.kags.de>

Klasse2000 e.V.

Klasse2000 – Gesundheitsförderung, Sucht- und Gewaltvorbeugung

Klasse2000 ist das bundesweit größte Programm zur Gesundheitsförderung, Gewalt- und Suchtvorbeugung in der Grundschule. Seit 1991 hat es bereits über 500.000 Kinder erreicht.

Das Programm begleitet die Kinder von der ersten bis zur vierten Klasse und

Klasse2000 basiert auf der Prämisse, dass die beste Prävention eine gelungene Persönlichkeitsentwicklung ist. Auf dieser Basis fördert das Programm wichtig Gesundheits- und Lebenskompetenzen: die Körperwahrnehmung der Kinder, ihre positive Einstellung zur Gesundheit, gesunde Ernährung und Bewegung, soziale Kompetenzen und Selbstwertgefühl, kritischer Umgang mit Tabak, Alkohol und Medien.

Pro Schuljahr führen die Lehrkräfte ca. 12 Klasse2000-Unterrichtsstunden durch, für die sie ausgearbeitetes Material erhalten. Drei weitere Unterrichtseinheiten gestalten speziell geschulte Klasse2000-Gesundheitsförderer. Die Kinder sind von diesen Stunden begeistert und entwickeln eine starke Motivation, an den Klasse2000-Themen weiter zu arbeiten.

Das Programm wird auf der Basis einer ständigen Prozessevaluation und neuer wissenschaftlicher Ergebnisse laufend überarbeitet und aktualisiert.

Finanziert wird Klasse2000 über Spenden in Form von Partnerschaften (z. Zt. 240 € pro Klasse und Schuljahr). Paten sind z. B. Service Clubs (Lions), Firmen, Kommunen oder Privatpersonen.

Kontakt:

Verein Programm Klasse2000 e.V.

Feldgasse 37

90489 Nürnberg

Tel.: 0911-891210

Fax.: 0911-8912130

E-Mail: info@klasse2000.de

Webseite: <http://www.klasse2000.de>

Kommunaler Kriminalpräventionsrat Hannover

Der Kommunale Kriminalpräventionsrat Hannover präsentiert in Kooperation mit der Polizeidirektion Hannover aktuelle Sicherheitsthemen aus der Landeshauptstadt Niedersachsen.

- Von der Alkoholprävention mit dem Verbot von Flatrate-Parties über Alkoholtestkäufe
- zum Schutz vor Kindeswohlgefährdung,
- vom Thema Gewalt gegen Obdachlose über
- Sicherheit auf öffentlichen Plätzen und
- von der Problematik des Rotlichtmilieus
- zur kriminalpräventiven Vernetzung auf kommunaler, Regions-, Landes- und Bundesebene

zeigt der Ausstellungsstand einen Ausschnitt aus der Arbeit des seit 1996 bestehenden Kriminalpräventionsrates.

Kontakt:

Kommunaler Kriminalpräventionsrat Hannover
Trammplatz 2
30159 Hannover

Tel.: 0511-16840167

Fax.: 0511-16844025

E-Mail: Annette.Spremberg@Hannover-Stadt.de

Webseite: <http://www.kkp-hannover.de>

Kommunaler Präventionsrat der Stadt Rödermark

Es werden verschiedene Themen aus der Arbeit des Kommunalen Präventionsrat,ua. Ergebnisse einer Bürgerbefragung zum Sicherheitsempfinden in Rödermark, vorgestellt

Kontakt:

Kommunaler Präventionsrat der Stadt Rödermark

Konrad-Adenauer-Str. 4 - 8

63322 Rödermark

Tel.: 06074-911830

Fax.: 06074-911888

E-Mail: oa18@roedermark.de

Webseite: <http://www.roedermark.de>

Kommunaler Präventionsrat Hemmingen

Erstellung der Schulwegpläne für die drei Grundschulen der Stadt Hemmingen. Eine Gemeinschaftsarbeit von Eltern, Lehrer, Polizei, der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Förderverein der Grundschule Pattensen.

ZerlegBar - ein Alkoholpräventionsprojekt: Die mobile Cocktailbar wird in unserer Region auf vielen Veranstaltungen eingesetzt, um alternativ erfrischende Cocktails ohne Alkohol anzubieten. Die Bar ist so konstruiert, dass der Auf- und Abbau einfach und schnell zu leisten ist. In Zusammenarbeit mit der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen und dem LPR Niedersachsen wurde das Konzept mit einer Bauanleitung, vielen Tipps und Rezepten in einem Heft herausgegeben.

Eingreifen oder Zuschauen: Die täglichen Nachrichten zeigen, wie wichtig Zivilcourage ist. Das hat uns bewogen, 2008 eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Eingreifen oder Zuschauen“ durchzuführen. Neben Selbstbehauptungskursen für Jung und Alt wurden Vorträge zum Thema „Alkoholmissbrauch im Jugendalter“ und „Handeln in Gewalt- und Gefahrensituationen“, sowie eine Lesung zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen angeboten. Diese Reihe wird 2009 fortgeführt.

Medienkompetenz-Projekte: In Zusammenarbeit mit dem KPR Hemmingen und smi)ey e.V. führt die KGS Hemmingen Medienkompetenz-Projekte für Schüler und Eltern des achten Jahrgangs durch. Während sich Schüler die vielseitigen Darstellungs- und Kommunikationsmöglichkeiten aneignen, wächst die Sorge vor unbedachten Angaben persönlicher Daten, Fotos und virtuellem Mobbing. Eltern werden bei der Mediensozialisation ihrer Kinder unterstützt.

Informationsmaterial erhalten Sie an unserem Stand.

Kontakt:

Kommunaler Präventionsrat Hemmingen

Rathausplatz 1

30966 Hemmingen

Tel.: 0511 - 4303 - 232

E-Mail: baron@jugendpflegehemmingen.de

Webseite: www.praeventionsrat-hemmingen.de

kompetent. für Demokratie

Bundesprogramm kompetent. für Demokratie Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus

Die Formen rechtsextremer Einflussnahme auf die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger sind vielfältig. Wer sich gegen derartige Entwicklungen engagiert, braucht nicht nur Mut, sondern auch fachliche Beratung. Hier setzt die Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit dem Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ an. Das Ziel ist, dass Menschen in solchen schwierigen Situationen Beratung und Unterstützung finden. Um die Beratung und Unterstützung zu organisieren, wurde in jedem Bundesland eine Landeskoordinierungsstelle eingerichtet. Hier werden Informationen über die im Land vorhandenen Einrichtungen, Fachkräfte und ihre Kompetenzen gebündelt. Die Landeskoordinierungsstelle steuert diese Ressourcen und Hilfsangebote zu einem Beratungsnetzwerk. Tritt ein Konflikt mit rechtsextremem Hintergrund auf, können sich Opfer, Ratsuchende und kommunale Ansprechpartner/innen direkt an die Landeskoordinierungsstelle wenden. Aus dem Pool von Expert/innen des Beratungsnetzwerks wird dann ein Mobiles Interventionsteam gebildet. Es hilft unmittelbar bei der Lösung von Problemen und sucht nach dauerhaften Auswegen. Die aktuelle Programmphase endet 2010. Das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ ergänzt das präventiv-pädagogisch ausgerichtete Programm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und wird mit fünf Millionen Euro jährlich finanziert. Für die Begleitung und Organisation fördert das BMFSFJ eine Zentralstelle in der Stiftung Demokratische Jugend.

Kontakt:

Zentralstelle kompetent. für Demokratie c/o Stiftung Demokratische Jugend

Grünberger Straße 54, 10245 Berlin

Tel.: 030. 20 07 89 60

Fax.: 030. 20 07 89 69

E-Mail: zentralstelle@beratungsnetzwerke.de

Webseite: <http://www.kompetent-fuer-demokratie.de>

Kooperative Migrationsarbeit Niedersachsen (KMN)

Das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration ist seit dem 01.01.2009 für die Koordinierung der Kooperativen Migrationsarbeit Niedersachsen (KMN) zuständig. Niedersachsen hat dieses Netzwerk entwickelt und damit alle wichtigen Beratungsangebote für Zugewanderte unter einem Dach zusammengefasst. Die KMN

- sorgt für Erfahrungsaustausch, Informationsfluss und die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder;
- sie stellt Kompetenzen und Fachwissen bereit;
- sie ist offen für die Zusammenarbeit mit weiteren Integrationsakteuren.

Die KMN hat sich mit ihrer Organisationsform der zehn Regionalverbände als Verbundsystem der Beratungsdienste bewährt. Sie hat dazu beigetragen, Integration als Querschnittsaufgabe zu verankern. Die wichtigsten Säulen sind das Landesprogramm Integration, die kommunalen Leitstellen sowie die Migrationserstberatung und die Jugendmigrationsdienste des Bundes. Darüber hinaus ist dieses Netzwerk offen für alle Akteure der Integrationsarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene sowie aus Landes-, Bundes- und EU-Programmen. Mit eingebunden sind beispielsweise die Regionalkoordinatoren des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Fachkräfte aus der Jugendberufshilfe (Pro-Activ-Centren) und den Niedersächsischen Kooperations- und Bildungsprojekten an schulischen Standorten (NiKO). An den Sitzungen der KMN nehmen beispielsweise auch der Landespräventionsrat Niedersachsen und der Landessportbund Niedersachsen teil.

Kontakt:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und
Integration

Clemensstraße 17

30169 Hannover

Tel.: 0511-1204840

E-Mail: michael.weiner@mi.niedersachsen.de

LAG Nds. für Ambulante Sozialpädagogische Angebote nach dem Jugendrecht e.V.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Niedersachsen für Ambulante Sozialpädagogische Angebote nach dem Jugendrecht e.V. wird einen Einblick in ihre kriminalpräventiven Aufgaben und Ziele geben und stellt über die Präsentation ihrer Mitglieder die Vielfalt der vom Land Niedersachsen geförderten Angebote für junge Straffällige dar.

In der LAG sind 29 Einrichtungen organisiert. Diese führen neben Sozialen Trainingskursen, Einzelbetreuungen, Täter-Opfer-Ausgleich und pädagogisch betreuten Arbeitsweisungen für junge Straffällige auch präventive Maßnahmen in Schulen, Jugendzentren und in der Berufsvorbereitung durch. Die wichtigsten Stichworte: Übergang Schule-Beruf; Kompetenz-Training; Suchtprävention; Konfliktschlichtung; Anti-Gewalt-Maßnahmen

Kontakt:

LAG Nds. für Ambulante Sozialpädagogische Angebote nach dem Jugendrecht e.V.

Friesenstr. 14

30161 Hannover

Tel.: 05331-996311

E-Mail: beate.ulrich@jugendhilfe-wolfenbuettel.de

www.landesarbeitsgemeinschaft-niedersachsen.de

Landeshauptstadt Düsseldorf

Der Kriminalpräventive Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf (KPR) ist seit 1994 zentrales Steuerungsorgan kommunaler Kriminalprävention und wesentlicher Bestandteil der „Integrierten Kommunalen Sicherheitspolitik“, also der engen Verzahnung von Prävention und Repression. Auf dem Themenfeld der Integration arbeitet der KPR insbesondere mit der Fachstelle Integration im Amt für soziale Sicherung und Integration der Landeshauptstadt Düsseldorf und dem Düsseldorfer Ausländerbeirat eng zusammen. Neben diesen beiden Einrichtungen präsentieren sich auch Vertreterinnen und Vertreter z.B. des internationalen Frauenhauses und des „Düsseldorfer Appell“ zusammen mit dem KPR.

Die Fachstelle Integration stützt ihre Arbeit auf das gesamtstädtische Integrationskonzept der Landeshauptstadt. Eine Aufgabe ist es daher, die Mitwirkung anderer Fachämter an der Umsetzung dieses Konzeptes sicherzustellen. Eine sensibilisierende Öffentlichkeitsarbeit für mehr Transparenz der Integrationsangebote rundet das Arbeitsspektrum der Fachstelle ab. Das internationale Frauenhaus ist ein anonymer Zufluchtsort für Frauen ab 18 Jahren mit und ohne Kinder, die von ihrem Partner, Ehemann oder einem anderen Familienmitglied misshandelt und/oder bedroht werden. Nationalität und Herkunftsort sind hierbei ohne Belang. Die Frauen haben hier die Möglichkeit, ihre weiteren Entscheidungen in Ruhe zu überdenken. Der Düsseldorfer Appell setzt sich für ein respektvolles Miteinander von Menschen unterschiedlicher ethnischer, religiöser oder kultureller Herkunft ein. Im Verbund mit ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern werden präventive Ansätze zur Verhinderung von Rechtsextremismus und Gewalt erarbeitet.

Kontakt:

Landeshauptstadt Düsseldorf - 07/KPR

Zollstraße 4

40200 Düsseldorf

Tel.: 0211-8996961

Fax.: 0211-8936961

E-Mail: michael.klein@stadt.duesseldorf.de

Landeshauptstadt Potsdam

Landeshauptstadt Potsdam - Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 04.01.1995 wurde dem „Konzept des Inneren Friedens und der Inneren Sicherheit“ als Arbeitsgrundlage für die umfassende Sicherheitsprävention in Potsdam zugestimmt.

Die SIKO als kommunales Präventionsgremium leistet im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zur Verbesserung der objektiven Sicherheit in der Landeshauptstadt Potsdam und befördert die Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung.

Die allgemeine Sicherheits- und Kriminalitätslage sowie das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger Potsdams erfordert vernetztes Denken und Handeln und die Übernahme gemeinsamer Verantwortung für präventive Maßnahmen.

So wirkt die SIKO zusammen mit Institutionen, Schulen, freien Trägern, Vereinen und Persönlichkeiten, koordiniert und vernetzt bereits bestehende Aktivitäten, initiiert und unterstützt Projekte und Initiativen im Bereich der Sicherheits- und Kriminalitätsprävention.

Die SIKO wurde 2001 vom Oberbürgermeister, Jann Jakobs, mit der Koordinierung der Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in Potsdam beauftragt.

Die SIKO besteht aus dem Präsidium und der Geschäftsstelle.

Bei besonderen Problemlagen werden temporäre oder ständige Arbeitsgruppen durch das Präsidium einberufen.

Kontakt:

Landeshauptstadt Potsdam / Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz

Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Tel.: 0331/289 34 24

Fax.: 0331/289 34 30

E-Mail: siko@rathaus.potsdam.de

Webseite: <http://www.potsdam.de>

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt ist das zentrale Präventionsgremium des Landes Berlin. Sie setzt sich zusammen aus den Staatssekretär/innen der Senatsverwaltungen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport (Vorsitz), für Bildung, Wissenschaft und Forschung, für Justiz, für Integration, Arbeit und Soziales, für Stadtentwicklung sowie für Wirtschaft, Technologie und Frauen, aus zwei Vertreter/innen des Rats der Bürgermeister sowie aus dem für den Bereich Integration und Migration zuständigen Beauftragten des Senats.

Eine Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt setzt die Präventionsaktivitäten um, indem sie

- die kommunale Prävention in Berlin unterstützt
- Maßnahmen und Konzepte zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention entwickelt
- den Berliner Präventionspreis verleiht und den Berliner Präventionstag ausrichtet
- gewalt- und kriminalpräventive Maßnahmen und Projekte fördert
- über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention informiert
- sich an der Datenbank PräViS beteiligt
- Workshops und Tagungen veranstaltet
- Arbeitsmaterialien, Wegweiser und Dokumentationen herausgibt
- neue Kooperationsnetze schafft und ressort- und institutionenübergreifendes Arbeiten fördert und
- mit den Präventionsgremien anderer Bundesländer kooperiert sowie mit dem Deutschen Forum Kriminalprävention.

Kontakt:

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Klosterstr. 47

10179 Berlin

Tel.: 030 9027 2913

Fax.: 030 9027 2921

E-Mail: Manuela.Bohlemann@seninnsport.berlin.de

Webseite: <http://www.berlin-gegen-gewalt.de>

Landeskriminalamt Brandenburg

Das Landeskriminalamt Brandenburg in Eberswalde stellt an seinem Informationsstand die umfangreiche polizeiliche Präventionsarbeit der Landeszentralstelle vor. Besucher des Standes werden über zielgruppenorientierte Projekte für Altersgruppen zwischen 5 und 18 Jahren mit dem Schwerpunkt zum Thema Sucht, aber auch über Grundlagenmaterialien der Präventionsarbeit, informiert. Im Mittelpunkt steht die Fortführung des bundesweit bekannten multimedialen Suchtpräventionsprojektes „Hast Du noch was vor?“.

Kontakt:

Landeskriminalamt Brandenburg

Tramper Chaussee 1

16225 Eberswalde

Tel.: 03334-3881001

Fax.: 03334-3881309

E-Mail: praevention01.lkaew@polizei.brandenburg.deWebseite: www.polizei.brandenburg.de

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Allgemeiner Präventionsstand des LKA Mecklenburg-Vorpommern mit neuen und bewährten Medien (u.a. Vorstellung der Broschüre „Jugend und Polizei - gemeinsam gegen Kriminalität“, die in Zusammenarbeit mit dem LKA Brandenburg entstanden ist)

Kontakt:

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Retgendorfer Straße 9

19067 Rampe

Tel.: 03866 64 6123

Fax.: 03866 64 6102

E-Mail: carol.stec@lka-mv.de

Webseite: <http://www.praevention-in-mv.de>

Landespolizeiamt Schleswig-Holstein

„Raser kommen zu früh! ...in den Himmel“ – ein Konzept zur Sicherheit für Motorradfahrer der Landespolizei Schleswig-Holstein

Mit diesem Impuls entwickelte die Landespolizei Schleswig-Holstein das Präventionskonzept „Raser kommen zu früh!... in den Himmel“. Ein hochhackiger roter Damenstiefel zieht sich wie ein roter Faden durch die Kampagne. Am Heck des Motorrads stemmt sich ein Schutzengel gegen die atemberaubende Geschwindigkeit des Motorrads. „Komm nicht zu früh...in den Himmel!“, so die Botschaft der flügel-schlagenden Erscheinung, „runter vom Gas...“ Diese Botschaft wurde offensichtlich von unseren Bikern gehört. Entgegen des Bundestrends kamen in Schleswig Holstein weniger Biker ums Leben als in den Vorjahren. Seit Beginn der Kampagne im Frühjahr 2007 sind die Zahlen der bei Verkehrsunfällen unter Beteiligung von motorisierten Zweiradfahrern Getöteten deutlich rückläufig. Nach 41 Toten im Jahr 2006 folgten 29 im Jahr 2007.

2008 starben 23 Motorradfahrer auf den Straßen Schleswig-Holsteins; noch immer zu viele, aber dennoch deutlich weniger Tote.

Im Rahmen des 14. DPT möchte die Landespolizei Schleswig-Holstein dieses Präventionskonzept mit einem Infostand vorstellen.

Kontakt:

Landespolizeiamt Schleswig-Holstein - SG 141

Mühlenweg 166

24116 Kiel

Tel.: 0431-16061416

Fax.: 0431-16061419

E-Mail: klaus.grikscheit@polizei.landsh.de

Webseite: <http://www.polizei.schleswig-holstein.de>

Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen

Vorstellung der Präventionsprojekte des Polizeiorchesters Sachsen u.a. das 2008 neu entwickelte Programm gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit:

„Der Ton macht die Musik“

Kontakt:

Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen
Neuländer Straße 60
01129 Dresden

Tel.: 0351-85015501

Fax.: 0351-85016609

E-Mail: stefan.hedrich@polizei.sachsen.de

Landespräventionsrat Niedersachsen

Der Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) wurde im Jahr 1995 durch einen Beschluss des Landeskabinetts gegründet und erhielt folgenden Auftrag:

- Die Reduktion des Kriminalitätsaufkommens in Niedersachsen
- Die Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls niedersächsischer Bürgerinnen und Bürger

Seit seiner Gründung ist der LPR gesamtgesellschaftlich ausgerichtet. Das bedeutet hohe Anforderungen an jeden Einzelnen, die Bereitschaft zur Kommunikation, zum fachlichen Austausch, zur Transparenz sowie die Fähigkeit und Flexibilität sich auf gesellschaftliche Situationen und Veränderungen einzustellen.

Der LPR ist sowohl auf Landesebene als auch im Bereich der Kommunen ständig gewachsen. Die qualifizierte Beratung der Mitglieder durch die LPR-Geschäftsstelle mit Sitz im Niedersächsischen Justizministerium hat eine Vielzahl von Gründungen unterstützt. Zu den 261 Mitgliedern des LPR zählen heute Ministerien, Behörden, Landesbeauftragte, landesweit tätige Verbände, wissenschaftliche Institutionen und vor allem die 199 kommunalen Präventionsgremien und Fördervereine.

Die Mitgliederversammlung wird durch den 13-köpfigen, ehrenamtlich tätigen Vorstand repräsentiert, der die Vielfalt der Mitglieder in seiner Zusammensetzung abbildet.

Kontakt:

Landespräventionsrat Niedersachsen
Am Waterlooplatz 5A
30169 Hannover
Tel.: 0511-1205255
Fax.: 0511-1205272
E-Mail: info@mj.niedersachsen.de
Webseite: www.lpr.niedersachsen.de

Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg

Der Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg (LPR) wurde am 21. März 2000 gegründet.

Der LPR will durch sein Wirken zur Weiterentwicklung der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention beitragen. Deshalb verknüpft und koordiniert er die personellen, institutionellen und materiellen Möglichkeiten staatlicher, gesellschaftlicher und privater Organisationen sowie das Engagement der Bürger miteinander.

Die Aufgaben des LPR sind u.a. die Politikberatung; die Zusammenführung von Personen und Institutionen aus unterschiedlichsten Bereichen und Aufgabenfeldern, die zur Kriminalprävention beitragen können; die Unterstützung der kommunalen Räte der Kriminalitätsverhütung; die Entwicklung, Unterstützung und Durchführung von Präventionsmaßnahmen; die Erarbeitung und Veröffentlichung von Publikationen zur Kriminalprävention sowie die Erforschung von Kriminalitätsursachen.

Der LPR wird durch den Vorstand nach außen vertreten. Dieser besteht aus dem Minister des Innern als Vorsitzendem, der Ministerin der Justiz, dem Minister für Bildung, Jugend und Sport und der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie. Das Plenum des LPR setzt sich derzeit aus 92 staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Einrichtungen, Organisationen, Vereinigungen und Verbänden zusammen. Die Geschäftsstelle des LPR ist im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern eingerichtet.

Kontakt:

Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam

Tel.: 0331-8662746

Fax.: 0331-8662860

E-Mail: lpr@mi.brandenburg.de

Webseite: <http://www.lpr.brandenburg.de>

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK)

Der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK) wurde 1994 gegründet, um die staatlichen und nichtstaatlichen Aktivitäten im vorbeugenden Kampf gegen die Kriminalität landesweit zu koordinieren und zu vernetzen.

Durch ihre aktive Mitwirkung in einem der Gremien des Landesrates bzw. ihre Teilnahme an kriminalpräventiven Projekten werden z.Z. mehr als 90 Behörden, Einrichtungen, Organisationen, Vereine, Verbände, Unternehmen, Kirchen, Medien und Einzelpersonen als Mitglieder des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung gezählt. Der LfK sieht seine Aufgaben vor allem darin,

- gesamtgesellschaftlichen Sachverstand und Initiativen zu bündeln,
- Vorschläge und Empfehlungen für die Landesregierung zu erarbeiten (Politikberatung),
- den Aufbau und die Tätigkeit der Kommunalen Präventionsräte zu unterstützen,
- lokale Präventionsprojekte zu fördern und
- die länderübergreifende Zusammenarbeit auszubauen.

Gremien des LfK sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand, der Beirat, z.Z. sieben Arbeitsgruppen sowie die Geschäftsstelle.

Vorsitzender des LfK ist Innenminister Lorenz Caffier.

Weitere Informationen finden Sie unter www.kriminalpraevention-mv.de

Kontakt:

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK)

Alexandrinestraße 1

19055 Schwerin

Tel.: (0385) 588 2460

Fax.: (0385) 588 2987

E-Mail: lfk@kriminalpraevention-mv.de

Webseite: <http://www.kriminalpraevention-mv.de>

LandesSportBund Niedersachsen e. V.

Der LandesSportBund Niedersachsen (LSB) ist Dachverband von rund 9.600 Sportvereinen mit rund 2,8 Millionen Mitgliedern, 48 Sportbünden, 58 Landesfachverbänden, 20 außerordentlichen Mitgliedern (Stand 1/07). Er ist sportpolitischer Interessenvertreter seiner Mitglieder, sportfachlicher, sozialer und finanzieller Dienstleister. Der LSB Niedersachsen ist in den Handlungsfeldern „Sportpolitik, Sport- und Organisationsentwicklung, Bildung und Sportjugend - Kinder und Jugendliche im Sport“ tätig.

Der LSB Niedersachsen kümmert sich um

- die nachhaltige Sport- und Sportstättenentwicklung in Niedersachsen;
- die Interessen der Sportvereine;
- die Belange der ehrenamtlich Tätigen im Sport;
- sportinteressierte Kinder, Jugendliche und Erwachsene unterschiedlicher Herkunft;
- den Dialog mit Politik und Staat;
- Partnerschaften mit anderen Interessenverbänden;
- den Dialog mit der niedersächsischen Wirtschaft;
- die Soziale Offensive im Sport;
- den Erhalt der Strukturen für den niedersächsischen Leistungssport.

In dem neuen Aufgabenfeld „Integration, Sport und Soziale Arbeit, Soziales“ erweitert der LSB Niedersachsen seine Aktivitäten, indem er Maßnahmen initiiert und unterstützt, die gezielt auf demografische und gesellschaftliche Entwicklungen eingehen. Wir möchten ihnen an unserem Stand in den Dialog kommen, Handreichungen mitgeben und ihnen die Förderprogramme „Bundesprogramm Integration durch Sport“ und die „Richtlinie zur Förderung der Integration im und durch Sport“ sowie die Projektdatenbank „Sport-integriert-Niedersachsen“ vorstellen.

Kontakt:

LandesSportBund Niedersachsen e. V.

Ferdinand-Wilhelm-Fricke-Weg 10, 30169 Hannover

Tel.: 0511-1268-184

E-Mail: josthus@lsb-niedersachsen.de

www.lsb-niedersachsen.de; www.integration-durch-sport.de

Landkreise Vechta u. Cloppenburg - Schutzengelprojekt

„Schutzengelprojekt“ der Landkreise Vechta und Cloppenburg in Kooperation mit der Polizeiinspektion Cloppenburg/Vechta

Projektziele sind die Senkung der überdurchschnittlich hohen Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten in der Altersgruppe der 16 – 24jährigen sowie die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Junge Frauen und Männer werden durch Qualifizierungen z.B. in den Bereichen Fahrsicherheit, Persönlichkeitsbildung und Konfliktbewältigung animiert und gestärkt, Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen.

Junge Leute zeigen Zivilcourage!

„Schutzengel sind die Helden des Alltags und von denen kann man gar nicht genug haben.“

Mehr Infos unter: www.schutzengelprojekt.de

Kontakt:

Landkreise Vechta und Cloppenburg

Ravensberger Str. 20

49377 Vechta

Tel.: 04441-8982121

Fax.: 04441- 8981060

E-Mail: 2121@landkreis-vechta.de

Webseite: <http://www.landkreis-vechta.de>

Magni-Deutschland

Wir verstehen die Ängste von Stalking-Betroffenen und können nachvollziehen, welche Spuren ein solches Erlebnis hinterlassen kann und möchten mit unseren Seminaren Unterstützung anbieten.

In unseren Kursen können die Teilnehmer lernen, wie sie besser ihre Angst annehmen und bewältigen, wie Sie wieder mehr Selbstvertrauen gewinnen und wie sie sich im Falle eines Falles effektiv und sicher wehren können.

Die Teilnehmerzahl haben wir auf eine kleine Gruppe begrenzt, um jedem Einzelnen ausreichend Zeit widmen zu können, die wir intensiv mit dem Betroffenen verbringen möchten.

Neben dem intensiven Einzel- und Gruppencoaching steht ein 8-stündiger Selbstverteidigungskurs mit auf dem Programm, in dem individuell und gezielt auf die Problematik der Stalking-Betroffenen eingegangen wird.

Erwähnenswert ist sicherlich, daß unser Seminarangebot neben unserem festen Standort örtlich flexibel ist und wir auch gerne Menschen direkt in ihrem gewohnten Umfeld betreuen.

Neben unserem Seminarangebot möchten wir außerdem umfassend über das Thema Stalking informieren und über erste Möglichkeiten und Maßnahmen, wenn jemand Stalking-Betroffener ist.

Wir möchten unseren Teilnehmern dabei helfen, nicht mehr „JA“ zu sagen, wenn sie eigentlich „NEIN“ meinen!

Kontakt:

MAGNI-Deutschland

Am Wiesenplatz 6

95336 Mainleus

Tel.: 0170-4013157

E-Mail: info@magni-deutschland.de

Webseite: <http://www.magni-deutschland.de>

Männer gegen MännerGewalt

Männer gegen Männergewalt bietet Beratung und Betreuung zu folgenden Themen:

Gewalt in Partnerschaft, Gewalt mit und unter Jugendlichen. Begleitung und Information für Fachleute und interessierte Bürger.

Gewaltberatung nach dem Hamburger Modell wurde in den 80er Jahren entwickelt und mittlerweile arbeiten über 30 Beratungsstellen in der Bundesrepublik.

Kontakt:

Männer gegen MännerGewalt/Institut für Gewaltberatung

Hubertusstr.8

12163 Berlin

Tel.: 030/772 73 19

E-Mail: berlin@gewaltberatung.org

Webseite: <http://www.gewaltberatung-berlin.de>

N.I.N.A. e.V.

N.I.N.A. - Nationale Infoline, Netzwerk und Anlaufstelle zu sexueller Gewalt an Mädchen und Jungen

Kein Kind kann sich alleine schützen. Deshalb will N.I.N.A. Erwachsene zum Hinsehen und Handeln ermutigen und ihnen zur Seite stehen. Denn Erwachsene stehen dem Problem des sexuellen Missbrauchs oft hilflos und mit vielen Fragen gegenüber: Wie kann man Mädchen und Jungen schützen? Welche Signale oder Anzeichen gibt es? Wie kann ich ein Kind unterstützen? Was kann ich konkret tun?

Die Nationale Infoline, Netzwerk und Anlaufstelle zu sexueller Gewalt an Mädchen und Jungen - N.I.N.A. - ist ein telefonisches Hilfsangebot für ganz Deutschland.

Montags von 9.00 bis 13.00 Uhr sowie Dienstags und Donnerstags von 13.00 bis 17.00 Uhr bietet N.I.N.A. unter der Telefonnummer 01805 – 1234 65 (14 ct/min.) Eltern, Verwandten, PädagogInnen, MitarbeiterInnen der Kinder- und Jugendhilfe und allen anderen Erwachsenen Hilfe und Unterstützung, die sie benötigen, wenn sie mit sexueller Gewalt konfrontiert sind und um den betroffenen Mädchen und Jungen besser helfen zu können.

Rufen sie uns an - auch im Zweifelsfall.

01805-1234 65

Kontakt:

N.I.N.A. e.V.

Steenbeker Weg 151

24106 Kiel

Tel.: 0431-70535010

Fax.: 0431-70535018

E-Mail: mebes@nina-info.de

Webseite: <http://www.nina-info.de>

Netzwerk gegen Gewalt

Das Netzwerk gegen Gewalt ist die ressortübergreifende Gewaltpräventionsinitiative der Hessischen Landesregierung.

Seit 2002 werden die landesweite Vernetzung und der Informationsaustausch über aktuelle Themen gepflegt sowie landesweite Projekte, wie Gewalt-Sehen-Helfen und Prävention im Team Hessen, gefördert. Das Netzwerk gegen Gewalt bietet auf seiner Homepage einen Referentenpool und eine Übersicht bestehender Präventionsprojekte in Hessen.

Beginnend im Jahr 2007 wird der regionale Ausbau des Netzwerks gegen Gewalt in diesem Jahr mit der Einrichtung von Regionalen Geschäftstellen in allen hessischen Polizeipräsidien abgeschlossen, um die Vernetzung von Präventionsinitiativen „vor Ort“ voranzutreiben.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Netzwerks ist die Vermittlung von Medienkompetenz an Erwachsene, damit diese ihrem Erziehungsauftrag gerecht werden können. Dazu wurde eine Internetseite unter dem Titel www.medienkompetenz-hessen.de geschaffen. In Kooperation mit Microsoft Deutschland und der Initiative Sicheres Netz wurden Ende 2008 die ersten Internet-Medien-Coaches (IMC) ausgebildet.

Kontakt:

Netzwerk gegen Gewalt

Hölderlinstraße 1-5

65187 Wiesbaden

Tel.: 0611 - 83 1661

E-Mail: info@netzwerk-gegen-gewalt.de

Webseite: <http://www.netzwerk-gegen-gewalt.de>

Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen

HaLT in Niedersachsen

„HaLT - Hart am Limit“ ist ein Frühinterventions- und Präventionsprojekt bei missbräuchlichem Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen. Jugendlichen und deren Eltern werden nach einer Alkoholintoxikation, die im Krankenhaus behandelt werden musste, Gespräche angeboten. Sie dienen dazu, über das Erlebte sprechen zu können und möglichen weiteren Hilfebedarf herauszufinden und ggf. die Hilfe einzuleiten. In einem Gruppenangebot, dem sog. Risikocheck, können die Jugendlichen mehr über ihre Grenzen und dem Umgang damit erfahren. In Niedersachsen gibt es eine zurzeit bundesweit einmalige Rahmenvereinbarung mit den gesetzlichen Krankenkassen, diese Maßnahmen für die Versicherten zu finanzieren. HaLT versteht sich auch als kommunales Vernetzungsprojekt. Hier erarbeiten die unterschiedlichen Akteure einer Region wie z.B. die Fachstellen für Sucht und Suchtprävention, der Jugendschutz, die Polizei und das Ordnungsamt Konzepte, die eine bessere Einhaltung des gesetzlichen Jugendschutzes ermöglichen. Ziel ist, dass eine ganze Kommune sagt: „HaLT! Wir gucken hin!“, wenn unsere Kinder und Jugendliche zu viel Alkohol trinken. Mit der Förderung des Nds. Sozialministeriums unterstützt der Caritasverband Osnabrück 2008 die Implementierung in 9 niedersächsische Regionen. 8 weitere Regionen sind auf dem Weg. Seit 2009 koordiniert die Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen das Projekt. Der Infostand wird von HaLT-Mitarbeiter/innen aus den unterschiedlichen HaLT-Regionen betreut und hält Informationen zu der regionalen Projekt-Umsetzung, zum Landestransfer und einen Test bereit.

Weitere Infos zum Projekt: www.halt-projekt.de; www.nls-online.de

Kontakt:

Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen

Podbielskistraße 162

30177 Hannover

Tel.: 0511-6262660

Fax.: 0511-62626622

E-Mail: henze@nls-online.de

Webseite: <http://www.nls-online.de>

Niedersächsisches Justizministerium

Restorative Justice in Niedersachsen

Arbeitsgruppe aus Angehörigen der Justiz und der Gefängnisseelsorge. Versuch der Einrichtung eines Runden Tisches „Restorative Justice“ (Wiederherstellung ungestörter Beziehungen zwischen Tätern, Opfern und der sie umfassenden Gemeinschaft). Ziel: Initiieren von Pilotprojekten auf diesem Gebiet in Niedersachsen.

Kontakt:

Nieders. Justizministerium

Am Waterlooplatz 5 a

30169 Hannover

Tel.: 0511-120 5247

E-Mail: Burkhard.Hasenpusch@mj.niedersachsen.de

Niedersächsisches Kultusministerium

Liebe Besucherinnen und Besucher !

Ob in der Krankheitsvorbeugung, der Konflikt- oder Gewaltprävention, der Lernförderung oder Mobbingprävention, Musik und gemeinsames Musizieren gewinnen zunehmend an Bedeutung. So hat der Präventionsgedanke auch in zahlreichen Projekten des niedersächsischen Aktionsprogramms „Hauptsache:Musik“ einen besonderen Stellenwert. Es wird davon ausgegangen, dass Ästhetische Bildung und das aktive Musizieren Schlüsselkompetenzen stärken, die für die Entwicklung junger Menschen wichtig sind. Musizieren, Singen, Rhythmik und Tanz entfalten die Sinne, befördern Kreativität und das Vertrauen in die individuellen Gestaltungskräfte und haben neben dem eigenen kulturellen Wert große Bedeutung in der Förderung des sozialen Verhaltens und der Einübung von Regeln in Kommunikation und Interaktion. Hinzu kommt, dass die praktische und geistige Auseinandersetzung mit der eigenen kulturellen Identität Voraussetzungen für die Entdeckung des Fremden zu schaffen vermag und damit einen wertvollen Beitrag zur Toleranzentwicklung leisten kann. Vor diesem Hintergrund und um die Erfahrung des aktiven Musizierens möglichst vielen Kindern zu ermöglichen, wurden in Niedersachsen immer mehr musikalische Schwerpunktklassen aufgebaut. Niedersachsen ist Bläserklassenland: nirgendwo haben so viele Schülerinnen und Schüler ein Orchesterblasinstrument erlernt und die Unterrichtsform des Klassen-musizierunterrichts hat sich auch in Chorklassen, Streicherklassen, Perkussionsklassen oder Rockklassen sehr bewährt. Auf dem Infostand „Hauptsache Musik“ werden die vielfältigen niedersächsischen Aktionen auch im Kontext der Prävention präsentiert und zur Diskussion gestellt. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Kontakt:

Niedersächsisches Kultusministerium, Referat 23

Schiffgraben 12, 30159 Hannover

Marina de Greef & Hans Walter

Tel.: 0511-120 7328 / 0511-120 7328

E-Mail: Marina.deGreef@mk.niedersachsen.de

Hans.Walter@mk.niedersachsen.de

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesund- heit

„Erziehungslotsen“ & „Familien- und Kinderservicebüros“

Ehrenamtlich tätige Erziehungslotsinnen und -lotsen sind wie Schiffslotsen: Sie helfen Familien einen sicheren Weg zu finden. Sie begleiten Familien im Vorfeld einer schwierigen Passage oder bei einer schwierigen Wegstrecke und leisten lebenspraktische Hilfe: Familien werden beraten, unterstützt und begleitet. Das Einsatzfeld liegt dabei im Vorfeld einer Maßnahme der sozialpädagogischen Familienhilfe. Erziehungslotsen sind in den regionalen „Netzwerke früher Hilfen“ eingebunden. Mit diesen werden Familien unterstützt, die drohen in „schweres Fahrwasser“ zu kommen: Prävention steht dabei an erster Stelle.

„Familien- und Kinderservicebüros“ übernehmen die Aufgabe eines koordinierenden, niedrigschwelligen Service- oder Dienstleistungsangebots bei oder im Auftrag der Kommunen durch Dritte als Ansprechstellen für Eltern, Tagespflegepersonen, Kindertagesstätten und sonstige Tageseinrichtungen, Schulen oder Unternehmen. Sie organisieren z.B. Betreuungs- und Bildungsangebote oder frühe Hilfen für Familien, begleiten und qualifizieren Kindertagespflegepersonen und vernetzen die Betreuungsangebote miteinander. Unter ihrer Begleitung, Betreuung und fachlichen Anleitung werden Erziehungslotsen tätig.

Kontakt:

Nieders. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und
Gesundheit; Ref. 304 Familienpolitik
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2
30159 Hannover
Tel.: 0511-1203002
Fax.: 0511-120993002
E-Mail: martin.wabra@ms.niedersachsen.de
Webseite: <http://www.ms.niedersachsen.de>

PiT- Hessen

PiT-Hessen ist das Gewaltpräventionsprogramm der Hessischen Landesregierung im Netzwerk gegen Gewalt. PiT-Hessen ist ein operzentriertes Programm und beinhaltet

- die Teambildung von Polizei, Jugendhilfe und Schule
- gewaltfreie Trainings mit Schülerinnen und Schülern der 7. Klasse
- Einflussnahme auf den Personal-, Organisations- und Konzeptentwicklungsprozess der beteiligten Organisationen.

PiT-Hessen kann in allen Schulen mit Sekundarstufe I durchgeführt werden. Das Programm wurde in einem dreijährigen Modellversuch erprobt und durch die Philipps-Universität in Marburg evaluiert. Seit dem Schuljahr 2007/2008 gibt es PiT-Hessen landesweit als Angebot.

Durch das Programm ergeben sich ganz neue Formen der Kooperation zwischen den unterschiedlichen Institutionen, die echte Synergieeffekte freisetzen.

Die Schülerinnen und Schüler lernen, Gewaltsituationen rechtzeitig zu erkennen und sich nicht in einen Konflikt hineinziehen zu lassen. Für trotzdem kritische Situationen werden persönliche Handlungsoptionen entwickelt. Wie helfe ich richtig, ohne selbst zum Opfer zu werden, ist ein weiterer wichtiger Baustein des Programms.

Welches Verhältnis habe ich persönlich zur Gewalt und zur Gewaltprävention? Diese Frage führt zu einem Diskurs über das Thema, dem sich auch die Erwachsenen in den beteiligten Institutionen stellen müssen.

Kontakt:

PiT- Hessen

Maximilianstr. 5

60385 Frankfurt am Main

Tel.: 0177 3276659

E-Mail: d.friedrichs@pit-hessen.de

Webseite: <http://www.pit-hessen.de>

Polizei Baden-Württemberg

Heimatland Baden-Württemberg - gemeinsam in Sicherheit leben

Migranten werden in der öffentlichen Wahrnehmung gelegentlich als Sicherheitsproblem dargestellt. Die Bevölkerungsentwicklung verdeutlicht andererseits, dass die deutsche Gesellschaft ohne Zuwanderung zu überaltern droht. Die Polizei ist aufgrund ihrer vielfältigen Aufgabenstellungen und Kontakte von solchen gesellschaftlichen Entwicklungen nicht nur unmittelbar betroffen, sondern auch gefordert, professionell und adäquat auf diese Herausforderungen zu reagieren.

Die Polizei in Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Jahren intensiv um die Förderung interkultureller Kompetenzen bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bemüht. Im Rahmen des bundesweiten Ansatzes „Vertrauensbildende Maßnahmen“ wurden die Kommunikation und Zusammenarbeit vor allem mit Muslimen deutlich verbessert.

Mittels Kopfhörer werden Sie durch den Ausstellungsstand geführt – u.a. erwarten Sie:

- Hintergrundinformationen zur demografischen Entwicklung
- Biografien einzelner Migranten
- Projekte zur Integration
- Statements von Prominenten
- Beispielhafte örtliche Projekte

Kontakt:

Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Taubenheimstrasse 85

70372 Stuttgart

Tel.: 0711/5401-3458

E-Mail: praevention@lka.bwl.de

Webseite: www.polizei-bw.de

Polizei Hamburg

Die Polizei Hamburg wird in Kooperation mit der Beratungsstelle Gewaltprävention, Behörde für Schule und Berufsbildung, die Netzwerkarbeit bei Gewaltvorfällen in der Schule darstellen. Insbesondere werden die gemeinsamen Interventionsmöglichkeiten und Standards der Zusammenarbeit bei Gewaltfällen in der Schule vorgestellt. Dazu gehören Maßnahmen aus dem Handlungskonzept „Handeln gegen Jugendgewalt“, norm- und hilfeverdeutlichende Gespräche, Präventionsunterrichte der Polizei, die festen Ansprechpartner der Polizei für die Schulen (Cop4U) sowie Maßnahmen der Beratungsstelle vor Ort in den Schulen. Am Stand treffen Sie die Jugendbeauftragten der Polizei sowie Mitarbeiter der Beratungsstelle Gewaltprävention an.

Kontakt:

Polizei Hamburg
Bruno-Georges-Platz 1
22297 Hamburg
Tel.: 040428658320
E-Mail: PSt3@polizei.hamburg.de

Polizei Hessen

Prävention ist eine der Hauptaufgaben der Polizei in Hessen. Innenminister Volker Bouffier startete am 06. Oktober 2008 eine landesweite Präventionsoffensive. „Jugendgewalt und Kriminalität von Jugendlichen muss verstärkt entgegengetreten werden. Vorrang hat hierbei die Prävention. Das vorliegende Konzept hilft, der Gewaltbereitschaft frühzeitig und effektiv zu begegnen“, sagte Innenminister Volker Bouffier. „Es verstärkt und unterstützt sowohl die Strukturen der Prävention als auch die Inhalte.“

Die Präventionsoffensive Hessen sieht vor, dass gesamte Spektrum der polizeilichen Präventionsarbeit aus einer Hand anzubieten.

Erfolgreiche integrative Präventionsprojekte der Polizei in Hessen werden auf dem gemeinsamen Stand der Polizeipräsidien Südhessen, Mittelhessen und des Hessischen Landeskriminalamtes vorgestellt.

Das Projekt www.verkehrssicher-in-mittelhessen.de ist ein Verkehrspräventionsprojekt für junge Menschen.

Der Infostand der AG Jugendkriminalität und Gewalt an Schulen gibt dem Besucher einen umfassenden Einblick in die verschiedenen Bereiche polizeilicher Jugendarbeit.

Das Programm Kinderkommissar LEON stellt anhand der „LEON-Hilfeinseln“ ganz praktische Präventionsarbeit für Kinder im Grundschulalter dar.

Kontakt:

Polizei Hessen

Hölderlinstr. 1-5

65187 Wiesbaden

Tel.: 0611-831600

E-Mail: marco.weller@polizei.hessen.de

Polizei Niedersachsen

Die Polizei Niedersachsen stellt auf einem gemeinsamen 200 qm großen „Marktplatz“ unterschiedliche in Niedersachsen durchgeführte Präventionsprojekte vor.

Die Themen

- Alkoholmissbrauch
 - Drogen
 - Gewalt gegen Frauen und Kinder
 - Gewalt in Paarbeziehungen
 - Kinderschutz
 - Kriminalprävention im Städtebau
 - Jugendkriminalität
 - Polizei und Muslime und
 - Sicherheitspartnerschaft mit dem Handwerk
- werden aufgegriffen.

Durch die sehr vielfältige Umsetzung der Themen in den vorgestellten Projekten wird die breite Palette möglicher polizeilicher Präventionsarbeit und die Bedeutung von Netzwerken deutlich.

Kontakt:

Landeskriminalamt Niedersachsen
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover

Tel.: 0511 / 26262 - 3203

Fax.: 0511 / 26262 - 3250

E-Mail: praevention@polizei.niedersachsen.de

Webseite: www.polizei.niedersachsen.de

Polizeidirektion Hannover

Die Polizeidirektion Hannover präsentiert in Kooperation mit dem Kommunalen Kriminalpräventionsrat der Stadt Hannover aktuelle Themen aus der polizeilichen Präventionsarbeit in Landeshauptstadt und Region Hannover.

Neben der Darstellung der Präventionsarbeit der Polizeidirektion Hannover informiert der Ausstellungstand zu folgenden Themenschwerpunkten:

- Alkoholprävention unter Einbeziehung von Schwerpunktkontrollen und Testkäufen
- PolaR - Polizei aktiviert Reaktionen - ein Gewaltpräventionskonzept für Schulen, ab 9. Klasse
- Türkische und russische Mittler bei der Polizeidirektion Hannover
- Fußball als Medium sozialer Integration - Kooperationsprojekt von Polizei - Schule und Nds. Fußballverband)

Kontakt:

Polizeidirektion Hannover

Waterloostr. 9

30169 Hannover

Tel.: 0511-1091111

Fax.: 0511-1091100

E-Mail: praevention@pd-h.polizei.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.polizei.niedersachsen.de/dst/pdhan>

Polizeidirektion Waiblingen und Jugendfeuerwehr Rems-Murr

„Gewalt ist keine Lösung“

Die Gewaltbereitschaft an den Schulen steigt, dazu gehören auch Straftaten, die mit eigenem Handy gefilmt und auf dem Schulhof bzw. im Internet verbreitet werden. Die überall gewährleistete Verfügbarkeit der neuen Medien, z.B. durch den Besitz eines Handys mit Kamera und Internetzugang von fast allen Jugendlichen, ohne soziale Kontrolle und fehlendes Unrechtsbewusstsein fördern das „Austesten“ der eigenen Grenzen und Fantasien, die oft Gewalt verherrlichenden Hintergrund haben. Außerdem reizen die in den öffentlichen Medien dargestellten Vorfälle an anderen Schulen zur Nachahmung. Hier setzt das Gewaltpräventionsprojekt der Jugendfeuerwehren aus dem Rems-Murr-Kreis an. Anhand eines selbst gedrehten Videofilms der Jugendfeuerwehr unter Beteiligung von Schülern, wird das Problem öffentlich und im Schulunterricht thematisiert. In enger Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion und örtlichen Schulen aus dem Rems-Murr-Kreis entstand ein komplettes Medienpaket mit Unterrichtsmaterialien. Neben dem Videoprojekt wurde ein bundesweiter Wettbewerb mit Unterstützung von Sony Ericsson zur kreativsten Nutzung des Medienpakets ausgelobt. Ergänzend gibt es Aktionstage bei der Feuerwehr („Helfen macht Spaß“) und Workshops zur Zivilcourage für Jugendfeuerwehrangehörige und Schüler zum besseren Umgang mit Konflikten.

Das Medienpaket ist seit 2009 fester Bestandteil des Schulunterrichts im Rems-Murr-Kreis. Unterstützt wird das Projekt von: Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.; Stiftung der SWN Kreissparkasse Waiblingen; Landratsamt Rems-Murr-Kreis; Internet-Community www.kwick.de; MDR und KIKA

Kontakt:

Polizeidirektion Waiblingen

Ludwigsburger Straße 1

71332 Waiblingen

Tel.: 07151-950-210

Fax.: 07151-50285972

E-Mail: praevention-wn@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.haus-der-praevention.de>

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes ist eine Institution der Innenministerkonferenz. Sicherheit zählt zu den essenziellen Grundbedürfnissen des Menschen und ist ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Ziel ist es deshalb, über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären. Dazu veröffentlicht das ProPK bundesweit Medien wie Broschüren, Filme, PC-Spiele und Informationen im Internet. Neben entsprechender Öffentlichkeitsarbeit entwickelt die Polizeiliche Kriminalprävention themen- und zielgruppenspezifische Kampagnen. In länderübergreifend finanzierten und konzipierten Projekten geht es u.a. um Gewalt- und Drogenprävention, Internetkriminalität oder Einbruchschutz. Sie richten sich an die unterschiedlichsten Zielgruppen – von Lehrkräften über Gewerbetreibende bis hin zu Journalisten. Darüber hinaus ist das ProPK Servicedienstleister für die bundesweite Präventionsarbeit der Polizei.

Zu den aktuellen Handlungsfeldern zählen:

- die Kampagne „Don't drink too much – Stay Gold“ gegen Komasaufen und Gewalt,
- das PC-Spiel für Kinder „LUKA und der verborgene Schatz“ mit den Themenschwerpunkten Alkohol, illegale Drogen und Gewalt
- und die Broschüre „Im Netz der neuen Medien“ zur Förderung der Medienkompetenz von Lehrkräften.

Seit über 40 Jahren ist das ProPK der zentrale Ansprechpartner für alle Fragen der Kriminalprävention. Weitere Informationen und unser komplettes Medienangebot finden Sie im Internet unter www.polizei-beratung.de.

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart

Tel.: 0711/5401-2062

Fax.: 0711/2268000

E-Mail: info@polizei-beratung.de

Webseite: www.polizei-beratung.de

Power for Peace (PfP) München e.V

Sie erhalten umfassende Informationen und Materialien zu unseren Aktivitäten und zur Organisation.

1. Bildungs- und Präventionsprogramme

- CHANGE! Intensivtraining für ideologisch gefährdete Jungen und junge Männer
- CAT: Creative und Active Training sozialer und emotionaler Kompetenzen für eine starke Jugend in der Weltgemeinschaft
- CAMPS: Kompetenztraining in den italienischen Bergen für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsenen

2. Zusatzqualifikation

- ®RST Ressourcenorientiertes soziales Training:
- Grundausbildung Training for Trainers (T4T)

3. Weiterbildung

- Zweitägige Weiterbildungen für u. a. Lehrer, pädagogische Fachkräfte.

In Zusammenarbeit mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zentrum für Praxisentwicklung, Hamburg.

Beratung und Standbetreuung durch Michael Niggemann und Eda Yesilyurt.

Kontakt:

Power for Peace (PfP) e. V.

Postfach 201643

80016 München

Tel.: 08158 - 993872

Fax.: 08158 - 993871

E-Mail: info@powerforpeace.de

Webseite: <http://www.powerforpeace.de>

Präventionsrat der Stadt Rotenburg (Wümme)

Der Präventionsrat Rotenburg (Wümme) bezuschusst viele unterschiedliche Aktionen von Schulen und anderen Organisationen. Darüber hinaus werden eigene Projekte durchgeführt. Einige davon stellen wir Ihnen vor.

1. „Offene Sportprojekte“

Die wesentlichen Komponenten dieses Integrations- und Präventionsangebotes sind für Jungen Fußball, Volley- und Basketball und geschlechterspezifisches Fitnesstraining „Fit und gut drauf – Kraft ohne Gewalt“. Mit diesen Angeboten werden viele Jugendliche – besonders auch mit Migrationshintergrund – erreicht. Ziele sind nicht nur die sportliche Betätigung der Jugendlichen sondern auch ihnen einen Treffpunkt und pädagogische Begleitung anzubieten.

2. Jugendprojekt „Stadtfahrrad“

Dieses Projekt befindet sich in der Entstehungsphase. Hiermit ist geplant im Stadtgebiet an bestimmten stark besuchten Orten unverschlossene Fahrräder für jedermann zur Verfügung zu stellen. Nach der Benutzung sollen die Fahrräder an einen der Stellplätze zurück gebracht werden. Die entsprechenden Stadtfahrräder werden von bei einem Bildungswerk tätigen Jugendlichen ausgerüstet und gewartet. Dieses Projekt kann durch Sponsoren unterstützt werden, die dann einen entsprechenden Werbeaufdruck für ihr Unternehmen auf „ihrem Fahrrad“ erhalten.

3. „Geht doch – ohne! Ein Beitrag zur Suchtprävention“

Dieses Projekt entstand auf Nachfrage von Schulen. Hieran beteiligen sich das Diakonische Werk, die Polizei, der Präventionsrat und die Suchtberatungsstelle vor Ort. Für die Schulklassen beginnt der Tag mit einer Informationsveranstaltung bei der Polizei. Ein erlebnisorientierter Teil mit Theaterpädagogien schließt sich an. – Sicher haben wir Sie jetzt neugierig gemacht.

Kontakt:

Stadt Rotenburg (Wümme)

Große Str. 1

27356 Rotenburg (Wümme)

Tel.: 04261/71192

E-Mail: elke.bellmann@rotenburg-wuemme.de

Präventionsrat Gelsenkirchen

Präventionsrat Gelsenkirchen

Schwerpunktthema: Sicherheit im ÖPV

Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheit der Fahrgäste.

Kontakt:

Polizeipräsidium Gelsenkirchen

Rathausplatz 4

45894 Gelsenkirchen

Tel.: 0209-3652211

Fax.: 0209-3652219

E-Mail: kurt.horst@polizei.nrw.de

Webseite: <http://www.praeventionsrat-gelsenkirchen.de>

Präventionsrat Hildesheim

Vorstellung 10 Jahre Präventionsrat Hildesheim mit seinen Arbeitsgruppen.

Bewegte und bewegende Präsentationen in Bild und Wort. Aktionen und Gesprächsbereich über 27 qm.

Unsere Arbeitsgruppen

- sind offen für die Mitarbeit aller interessierten Menschen
- definieren Handlungsbedarfe
- erarbeiten Strategien und Lösungsmöglichkeiten und setzen diese um
- ermitteln den Finanzbedarf bestimmter (auch übernommener) Projekte
- sind durch den Moderator/die Moderatorin in der Lenkungsgruppe und im Vorstand des Fördervereins vertreten
- nehmen an Veranstaltungen, z.B. Hildesheimer Präventionstagen (zum Jubiläum 2008 mit 60.000 Besuchern), Landespräventionstagen und Deutschen Präventionstagen teil.

Diese Arbeitsgruppen sind:

AG „Graffiti“, AG „Gegen Gewalt an Schulen“, AG „Viel im Angebot!“, AG „Aktiv gegen Ladendiebstahl und Drogen“, AG „Integration“, AG „Opferschutz“, AG „55 plus Sicherheit“

Insgesamt arbeiten z.Zt. mehr als 200 Personen in der Lenkungsgruppe, den sieben Arbeitsgruppen und im Förderverein mit. Hinzuzurechnen sind jährlich rund 200 Streitschlichter an den Schulen.

Die Zahl der Ehrenamtlichen wächst ständig und macht Mut für die weitere gemeinsame Arbeit der weit über die Stadtgrenzen hinaus als erfolgreich anerkannten Sozial- und Kriminalprävention in und für Hildesheim.

Kontakt:

Präventionsrat Hildesheim

Hoher Weg 10

31134 Hildesheim

Tel.: 05121-301720

Fax.: 05121-301110

E-Mail: w.schwoche@stadt-hildesheim.de

Webseite: www.praeventionsrat-hildesheim.de

Präventionsrat Oldenburg

Der Präventionsrat Oldenburg, ausgezeichnet mit dem Deutschen Städtepreis 2008, präsentiert sich, seine Ziele und Maßnahmen auf dem Infostand.

Kontakt:

Präventionsrat Oldenburg

Schlossplatz 26

26122 Oldenburg

Tel.: 0441-2353611

Fax.: 0411-2353612

E-Mail: praeventionsrat@stadt-oldenburg.de

Webseite: www.praeventionsrat-oldenburg.de

Präventionsrat Seevetal e. V.

Infostand zum Thema:

Bunte Bahnhöfe in Seevetal

Ein Präventionsprojekt zur Vermeidung von Schmiererein/
Vandalismus und Förderung eines Wir-Gefühls in der Bevöl-
kerung.

3 eintönig geflieste Vorortsbahnhöfe

wurden durch viele kleine und große „Künstler“

in farbenfrohe und phantasievolle Galerien verwandelt.

Kontakt:

Präventionsrat Seevetal e. V.

Glockenstr. 6

21217 Seevetal

Tel.: 040-7682762

E-Mail: luehrs-seevetal@t-online.de

Präventionsräte in der Region Hannover

Vertreterinnen und Vertreter von Präventionsräten in der Region Hannover treffen sich seit mehreren Jahren in regelmäßigen Abständen mit dem Ziel einer möglichst dauerhaften Vernetzung. Durch einen regen Informations- und Erfahrungsaustausch und der Bündelung von Organisationsstrukturen wird so auf eine nachhaltige Wirkung hingewirkt. In der bisherigen Arbeit hat sich deutlich gezeigt, dass an vielen Orten vergleichbare Themenbereiche aufgegriffen und behandelt wurden. So konnten Ergebnisse von Regionalanalysen anderen Kommunen wertvolle Hinweise geben, Projekte übernommen werden und Erfahrungen und Kontakte in der Präventionsarbeit sehr konkret weiterhelfen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer organisieren sich eigenständig ohne eine bestimmte Leitungsfunktion bzw. einem gesonderten Entscheidungsgremium.

Kontakt:

Präventionsrat Stadt Sehnde

Nordstr. 21

31319 Sehnde

Tel.: 05138-707312

E-Mail: monika.sommer@sehnde.de

PräventSozial Justiznahe Soziale Dienste gemeinnützige GmbH

1951 Gründung des „Vereins zur Förderung der Bewährungshilfe Stuttgart e.V.“ am 29. November 1951 als Hilfs- und Unterstützungsverein.

1978 Die erste Wohngruppe des Vereins wird eröffnet.

1989 Der Ausgleich zwischen Täter und Opfer im LG – Bezirk Stuttgart wird gefördert.

1996 Die Anlauf- und Beratungsstelle zur Haftvermeidung durch Tilgungsberatung und freie Arbeit – Schwitzen statt Sitzen – wird eingerichtet.

1998 Die Psychotherapeutische Ambulanz zur Behandlung von Sexualstraftätern wird begründet.

2000 Die Zeugenbegleitung im Amts- und Landgerichtsbezirk Stuttgart wird eingerichtet.

2003 Vom Verein „Steppenwolf“ wird die Durchführung von Betreuungsweisungen im Rems-Murr-Kreis übernommen.

2004 Die Präventionsmaßnahme BICO – ein Soziales Kompetenztraining zur Vermeidung von Schulausschluss – wird initiiert.

Der Verein beteiligt sich an der Zentralen Schuldnerberatung Stuttgart.

2007 Der Verein gründet als alleiniger Gesellschafter die PräventSozial Justiznahe soziale Dienste gemeinnützige GmbH. Die gGmbH leistet im Wesentlichen die operative Arbeit für beide Träger.

2008 Seit dem Frühjahr gibt es das Netzwerk engagierter Rechtsanwälte für Opferschutz –NERO /kidz.

Seit Februar 2008 werden schwere Sexual- und Gewalttäter mit langen Haftstrafen in der JVA Heimsheim psychotherapeutisch betreut.

Kontakt:

Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Uhlandstr. 16, 70182 Stuttgart

Tel.: 0711-2398842

Fax.: 0711-2398850

E-Mail: bayer@sd-stgt.de

Webseite: <http://www.sd-stgt.de>

Respekt e.V.

Respekt und respektvoller Umgang miteinander bilden die Grundlage in zwischenmenschlichen Beziehungen. Respekt e.V. ist ein junger Verein, dessen Mitglieder sich zur Aufgabe gemacht haben, den respektvollen Umgang in der Gesellschaft zu fördern. Der Tätigkeitsschwerpunkt liegt in der Vermittlung persönlicher und sozialer Kompetenzen, Gewaltprävention und Zivilcourage- Training. Ein besonderes Projekt von Respekt e.V. ist das Jugend-Konflikt-Management für Stadtteile.

Die Angebote für Kinder und Jugendliche sind:

- Coolnesstraining / Selbstbehauptungstraining / Soziale Kompetenzen / Anti- Aggressivitätstraining
- Jugend-Konflikt-Management

Die Angebote sind Verhaltenstrainings auf konfrontativer Basis, die überwiegend in der Gruppe stattfinden. Ziel der Trainings ist das Reflektieren des Verhaltens, die realistische Selbsteinschätzung und das Entwickeln von Handlungsstrategien und Perspektiven.

Bildungsangebote:

- Fortbildung:
Gewaltprävention, Konfliktlösung, Kommunikation, Deeskalationstraining, Teambuilding / Teamcoaching
- Weiterbildung:
Zusatzqualifikation Konfliktmanagement in Schule und sozialer Arbeit / Betrieb;
Zusatzqualifikation Aggressionstraining
- Beratung:
Beratung und Training im Umgang mit Gewalt und Aggressionen, Beratung und Training im Umgang mit Konflikten

Kontakt:

Respekt e.V.

Werner- Hilpert Str. 15 b

34117 Kassel

Tel.: 0561-8701578

E-Mail: respekt.e.v@gmx.de

Webseite: <http://www.respekt-ev.com>

Schauspielkollektiv - Neues Schauspiel Lüneburg

Professionelles Theater und Prävention

Die nachfolgenden Thesen beschreiben Präventionstheater als eigenes Theatergenre und beinhalten Qualitätsmerkmale für Theater als Präventionswerkzeug. Sie beruhen auf Erfahrungswerten aus der Praxis und bilden die Grundlage für unsere Arbeit.

Qualitativ hochwertiges Präventionstheater kann Jugendliche, aber auch Erwachsene als ein starker Impulsgeber erreichen. Ist auch für ein Theater unerfahrenes Publikum geeignet. Kann das Verhalten der Zielgruppe spiegeln und einen Perspektivwechsel ermöglichen. Kann Empathiefähigkeit stärken. Kann sein Publikum auf intellektuell- kognitiver und emotionaler Ebene gleichzeitig erreichen. Ist zeitgenössisch, informativ, methodisch. Muss sein Publikum begeistern. Muss hohe künstlerische Qualität beinhalten. Muss die Lebenswirklichkeiten seiner Zuschauer berücksichtigen. Muss Raum für eigene Fantasie lassen. Darf auch mal wehtun, aber nie den pädagogischen Zeigefinger erheben. Muss stets zu Kommunikation führen.

An unserem Infostand finden Sie Informationen zu folgenden Produktionen:

„Flasche leer“- Alkoholismus, Alkoholmissbrauch, Co- Abhängigkeit „Escape“- Amok, Gewalt, Computerspiele, Mobbing/ „Erste Stunde“- Mobbing, Gewalt, Ausgrenzung „Klara und Abbas“ - Integration, Toleranz, Interkulturelle Kompetenz „Geheimsache Igel“- Gewalt/ sexualisierte Gewalt gegen Kinder. Die Produktionen sind bundesweit buchbar.

Kontakt:

Schauspielkollektiv- Neues Schauspiel Lüneburg

Waagestr. 1 b

21335 Lüneburg

Tel.: 04131-989875

E-Mail: schauspielkollektiv@arcor.de

Webseite: www.theater-praevention.de

Staatliches Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg

Die Koordinierungsstelle Gewaltprävention Wetzlar / Weilburg im Staatlichen Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg blickt auf mehr als 15 Jahre Präventionsarbeit zurück. Sie hat bisher u.a. 6 Modellversuche zur Gewaltprävention sowie ein EU-Projekt zur Verbesserung des Schule-Elternhaus-Verhältnisses durchgeführt und ist mit zahlreichen wissenschaftlich begleiteten Präventionskonzepten in Hessen, Deutschland und Europa hervorgetreten.

Ihr vielfältiges Angebot an Medien findet Interessenten im eigenen Land, in Luxemburg, Österreich und in der Schweiz. Stolz ist die Koordinierungsstelle auf die inzwischen hessenweit geschaltete Trouble-Line und AGGAS, die in Wetzlar und dem Lahn-Dill-Kreis ins Leben gerufen worden sind. Für die beiden Modellprojekte AGGAS und Trouble-Line hat die Koordinierungsstelle Gewaltprävention den Deutschen Kriminalpräventionspreis 2007 erhalten.

Aus der Koordinierungsstelle sind auch der Verein „Verantwortung statt Gewalt e.V.“ und die gleichnamige Bürgerstiftung hervorgegangen.

Im Internet ist die Koordinierungsstelle unter www.verantwortung.de vertreten.

Ein Besuch am Stand lohnt sich!

Kontakt:

Staatliches Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis und den
Landkreis Limburg-Weilburg

Frankfurter Str. 20-22

35781 Weilburg

Tel.: 06471-328232

E-Mail: w.hoelzer@wlb.ssa.hessen.de

Webseite: www.verantwortung.de

Staatsanwaltschaft Gera

Präsentation der Jugendstation Gera; erfolgreiche Zusammenarbeit der drei Behörden Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendhilfe unter einem Dach; Vorteile des Arbeitsablaufs; statistische Erhebungen zur Delinquenz von Jugendlichen und Heranwachsenden sowie den strafrechtlichen Reaktionen; Öffentlichkeitsarbeit und sonstige präventive Maßnahmen

Kontakt:

Staatsanwaltschaft Gera

Hainstraße 21

07545 Gera

Tel.: 0365-82130

Fax.: 0365-7735549

E-Mail: e.berensmohrmann@sta-g.thueringen.de

**Stadt Hannover, FB Jugend und Familie
- Täter-Opfer-Ausgleich**

Darstellung des Täter-Opfer-Ausgleich im Jugendbereich und Informationen über präventive Aspekte der Konfliktbearbeitung im aussergerichtlichen Verfahren.

Kontakt:

Stadt Hannover -
Fachbereich Jugend und Familie - Täter-Opfer-Ausgleich
Ihmeplatz 5
30449 Hannover
Tel.: 0511/168-48643
Fax.: 0511/168-44932
E-Mail: Ursula.Scheel@Hannover-Stadt.de

Stadt Leipzig

Der Kriminalpräventive Rat der Stadt Leipzig ist das Gremium der kommunalen Prävention, welches zentral, ressortübergreifend, interdisziplinär und interinstitutionell die städtischen Ämter, die Polizei und andere relevante Partner sowie interessierte Bürger zusammenführt.

Der kriminalpräventive Rat tagt in Form der Sicherheitskonferenz zweimal jährlich. Den Vorsitz der Sicherheitskonferenz haben der Bürgermeister für Umwelt, Ordnung, Sport und der Leiter der Polizeidirektion Leipzig paritätisch. Der Kriminalpräventive Rat verfügt über themenbezogene Arbeitsgruppen, die sich speziellen Fragen zur Sicherheit in Leipzig widmen und Lösungsvorschläge sowie Handlungsanleitungen erarbeiten. Über das Bürgercafé des Kriminalpräventiven Rates sollen Bürgerinteressen und Bürgerschaftliches Engagement in die Präventionsarbeit integriert werden. Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit dem Stadtbüro regelmäßige Veranstaltungen zu kriminalpräventiven Fragen mit den Bürgervereinen und Initiativen durchzuführen und somit das Bürgercafé als Kommunikationsplattform zu etablieren.

In Hannover wird der Kriminalpräventive Rat unter anderem drei Projekte zum Schwerpunktthema vorstellen. Integration durch Bildung des Flüchtlingsrat Leipzig e.V. bietet Förderunterricht für junge Flüchtlinge durch ehrenamtliche Lehrkräfte an. Das „Netz Kleiner Werkstätten“ des BBW Leipzig gGmbH bietet benachteiligten jungen Menschen Betreuung und die Chance zum beruflichen (Wieder-) Einstieg. „Nachbarn für Nachbarn“ der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH und des Bürgervereins Volkmarsdorf beschäftigt sich unter anderem mit Konfliktlösung im Wohnumfeld über ein internationales Team von Streitschlichtern.

Kontakt:

Stadt Leipzig

Prager Straße 20, 04103 Leipzig

Tel.: 0341-1238843

Fax.: 0341-1238854

E-Mail: nico.pockel@leipzig.de

Webseite: <http://www.leipzig.de>

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Opfer von Straftaten und deren Angehörige leiden häufig sehr unter den Folgen der Straftat und fühlen sich im Umgang mit Gerichten und Behörden allein gelassen. Deshalb hat die Niedersächsische Landesregierung 2001 die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen gegründet. Sie gewährt Opfern von Straftaten Beratung, Begleitung und finanzielle Hilfe, die über die gesetzlichen Ansprüche und die Leistungen anderer Opferhilfeeinrichtungen hinausgehen.

In den 11 Opferhilfebüros bieten qualifizierte Diplom-Sozialpädagoginnen und Diplom-Sozialpädagogen als Opferhelferinnen und Opferhelfer eine psychosoziale Beratung und Begleitung an. Die Opferhelferinnen und Opferhelfer leisten Krisenintervention, begleiten Opferzeugen zu ihrer Zeugenaussage im Strafprozess, zu Behörden, Ärzten, Anwälten, Polizei, unterstützen bei Anträgen, vermitteln bei Bedarf weitergehende Hilfe wie z. B. Traumaberatung.

Außerdem informieren sie über die Möglichkeiten eines Opferanwalts und der Nebenklage, über Vollzugslockerungen und die bevorstehende Entlassung des Täters, finanzielle Hilfe, z. B. Beratungs- und Prozesskostenhilfe, Ansprüche nach dem Opferentschädigungsgesetz, das Gewaltschutzgesetz. Die Beratung erfolgt kostenlos, vertraulich, auf freiwilliger Basis und auf Wunsch anonym.

Die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen kann auch finanzielle Hilfe leisten, für die das örtliche Opferhilfebüro zuständig ist. Opferhilfebüros finden Sie in Aurich, Braunschweig, Bückeburg, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade und Verden.

Mehr Informationen finden Sie unter www.opferhilfe.niedersachsen.de

Kontakt:

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Richard-Wagner-Platz 1, 26135 Oldenburg

Tel.: 0441-2201010

Fax.: 0441-2201211

E-Mail: anja.spengemann@justiz.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.opferhilfe.niedersachsen.de>

Straffälligenhilfe der freien Wohlfahrt in Niedersachsen

Seit 1980 betreiben 14 Anlaufstellen für Straffällige der freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen Rückfallprävention. Straffällige Menschen werden mit einer Vielzahl von Hilfen, Maßnahmen und Projekten bei der Resozialisierung und Integration in die Gesellschaft unterstützt. Die Anlaufstellen arbeiten eng und vernetzt zusammen mit den sozialen Diensten der Justiz, mit den Fachstellen für Sucht und Suchtprävention, mit der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht, den kommunalen Fachdiensten für Arbeit, Soziales und Gesundheit, den Agenturen für Arbeit und weiteren staatlichen und freien Einrichtungen.

Vor zwei Jahren wurde ein Projekt „Geldverwaltung statt Ersatzfreiheitsstrafe“ durchgeführt. Dessen Erfolg war signifikant, so daß es im Auftrage des MJ in das Regelangebot der 14 Anlaufstellen überführt wurde und nun flächendeckend angeboten wird.

Die Arbeit der Straffälligenhilfe der freien Wohlfahrt in Niedersachsen mit einem Schwerpunkt auf dem neuen Angebot „Geldverwaltung“ wird beim Infostand vorgestellt.

Kontakt:

Diakonisches Werk Oldenburg

Kastanienallee 9-11

26121 Oldenburg

Tel.: 0441-2100181

E-Mail: kai.kupka@diakonie-ol.de

Webseite: <http://www.die-anlaufstellen.de>; www.lag-fw-nds.de

Streetlife

Streetlife Wolfsburg Offensivteam Jugend und Öffentlichkeit. Wir arbeiten in der Kooperation mit dem Geschäftsbereich Jugend und Bürgerdienste und dem 6. Fachkommissariat Jugend der Polizei Wolfsburg-Helmstedt zusammen. Konflikte zwischen Jugendlichen und Erwachsenen im öffentlichen Raum haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Dabei werden Jugendliche oft schon als störend oder sogar bedrohlich wahrgenommen, wenn sie in Gruppen zusammen stehen. Schnell erfolgt der Ruf nach einem Eingreifen der Ordnungskräfte. Polizei und Verwaltung reagierten auf diese Aufforderung in der Vergangenheit unabhängig voneinander und teilweise mit unterschiedlichen Ansätzen. Aus dieser Situation und dem daraus erkannten Verbesserungsbedarf ist als ein gemeinsames Projekt von Polizei und der Stadt Wolfsburg „Streetlife“ entstanden. Die Polizei, die Geschäftsbereiche Jugend und Bürgerdienste der Stadt agieren gemeinsam. Seit 2004 vermittelt die Gruppe Streetlife in vorbildlicher Weise zwischen den unterschiedlichen Interessen. Durch die unterschiedlichen Kompetenzen und Kenntnisse der Mitarbeiter gelingt es ihnen, alle Beteiligten in diesen Prozess mit einzubeziehen. Dabei soll durch Akzeptanz und Toleranz ein gegenseitiges Verständnis gefördert werden aber auch Grenzen aufgezeigt und durchgesetzt. Streetlife ist durch das erworbene Vertrauen Ansprechpartner für Jugendliche und Erwachsene geworden. Durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit werden Konflikte frühzeitig entschärft und damit ein wichtiger Beitrag für die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl in der Stadt Wolfsburg geleistet. Streetlife erfreut sich heute einer hohen Wertschätzung.

Infos unter www.streetlife-wolfsburg.de

Kontakt:

Streetlife

Dieselstraße 18

38446 Wolfsburg

Tel.: 05361-281561

Fax.: 05361-281560

E-Mail: streetlife@stadt.wolfsburg.de

Webseite: www.streetlife-wolfsburg.de

Theater Requisit (SiT e.V.)

Theater RequiSiT - Suchtprävention und mehr...

RequiSiT - eine Fachabteilung der SiT e.V. (Selbsthilfe im Taunus) führt seit vielen Jahren sehr erfolgreich innovative theaterpädagogische Projekte im Rahmen der Suchtprävention an Schulen, sozialen Einrichtungen und Unternehmen durch.

RequiSiT kombiniert Improvisationstheater mit authentischen, kompetenten Gesprächseinheiten zum Thema Sucht und ist ein gelebtes Beispiel für die Erfolge, die man mit Theaterpädagogik erzielen kann. Fast alle Mitspieler sind ehemals Suchtmittelabhängige, die sich für ein drogenfreies Leben entschieden und ihren Weg gefunden haben.

Die Angebote von RequiSiT sind vielseitig und reichen von eintägigen Veranstaltungen über Projektwochen bis hin zu längerfristigen Kooperationen. Sie sprechen Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen an und fördern sowohl deren Selbstreflexion als auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle in der Suchtprävention.

Im Laufe der Jahre hat sich RequiSiT stets weiterentwickelt und so reicht das Angebotsspektrum mittlerweile weit über die Suchtprävention hinaus: von Kreativitätstraining über den Abbau von Ängsten bis hin zum Training der so genannten soft skills - die Methoden des Improvisationstheaters eignen sich hervorragend zur Persönlichkeitsstärkung und so richtet sich RequiSiT nicht nur an Schulen, sondern auch an Unternehmen und andere Institutionen.

Wir möchten Ihnen an unserem Stand gerne sowohl theoretische als auch praktische Einblicke in unsere Arbeit ermöglichen und freuen uns auf Ihren Besuch. Weitere Informationen finden Sie auch unter: www.theater-requisit.de

Kontakt:

RequiSiT - SiT e.V.

Voltastraße 9-11

65795 Hattersheim

Tel.: 06190-890449

Fax.: 06190-890439

E-Mail: n.staeger@sit-taunus.de

Webseite: <http://www.theater-requisit.de>

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Theater für starke Kinder

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Frei aufzuwachsen: Dieses Glück wünschen wir allen Kindern. Und wir sind sicher, dass jeder Mensch zu seinem Glück beitragen kann – wenn er stark ist und sich selbst vertraut. Auf ihrem Weg in ein selbst bestimmtes Leben wollen wir Kinder unterstützen: Deshalb gründeten wir 1994 die theaterpädagogische werkstatt. Unsere Vision war und ist es, Kindern Strategien zur Lebensbewältigung an die Hand zu geben. Und unsere Mittel sind die des Theaters.

Auf der Eventbühne haben Sie die Möglichkeit, sich einen Eindruck von unserer Arbeit zu verschaffen. „Ich werde es sagen“ ist ein Monolog, erzählt von einem Jungen, der von seinem neunten Lebensjahr an durch einen erwachsenen „Freund“ sexuell missbraucht wurde. Er fühlt sich schuldig, als schrecklicher Mensch und das, obwohl einzig und allein der Täter, Gustav, die Schuld und Verantwortung für den Missbrauch trägt! Eine Geschichte, die berührt und deutlich macht, mit welcher perfider Strategie eine Bindung zwischen Täter und Opfer über Jahre möglich ist.

Außerdem in unserem Repertoire:

„Die große Nein-Tonne“, ein Stück zum Thema Nein-Gefühle

„Mein Körper gehört mir!“, Aufklärung zum Thema sexueller Missbrauch

„Natürlich bin ich stark!“, ein Stück zum Thema Sucht

„Große Klappe, stumme Schreie“, ein Stück gegen Gewalt

und „Krampf“, ein Stück gegen rechte Gewalt

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Kontakt:

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Lange Straße 15 / 17

49080 Osnabrück

Tel.: 0541-58054630

Fax.: 0541-580546333

E-Mail: anna.pallas@tpw-osnabrueck.de

Webseite: <http://www.tpw-osnabrueck.de>

TIE-Break

TIE-Break - Theatre in Education

Theaterstücke zu verschiedenen Themen (z.B. Gewalt-, Schulden-, Verkehrsunfallprävention) für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Theatre-In-Education kommt aus Großbritannien und arbeitet nach folgendem Prinzip: In einem Theaterstück wird mit den künstlerischen Methoden des Theaters eine alltägliche Problematik dargestellt. Die Zuschauer haben dabei die Möglichkeit, den Ausgang des Stückes so zu gestalten wie sie es für Richtig erachten. Die Schauspieler nehmen jeden Lösungsvorschlag auf und improvisieren damit den Fortgang der Handlung. Das Publikum findet das Ende der Geschichte. Dies bedeutet: Jede Vorstellung hat ein anderes Ende, da die aktuelle Situation des Publikums die Handlung in die eine oder andere Richtung lenkt. Dies wird dadurch erreicht, dass das Stück immer wieder durch kurze Aktionen, wie „Still Imaging“, „Hot Seating“, „In-Role-Technik“ und „Forum Theater“ unterbrochen wird, an denen das ganze Publikum aktiv teilnimmt.. Die TIE-Break Theaterpädagogen stehen auch unabhängig von den Theaterstücken für Workshops und Projekte in Ihrer Schule, Ihrem Betrieb und Ihrer Einrichtung zur Verfügung. Durch das breite Potenzial der vielen Spezialgebiete unserer verschiedenen Theatermacher haben wir die Möglichkeit, Ihnen ein maßgeschneidertes Konzept bieten zu können. Nutzen Sie es!

Buchungsanfragen für Niedersachsen können direkt gestellt werden an: Ideenwerkstadt, z.Hd. Rene Werner, Telefon 0591 / 900 5606, agentur@ideenwerkstadt.de Alle anderen Anfragen (auch Österreich und Schweiz) an: Allan Mathiasch, Telefon 0171 653 9181, allan@theaterallan.de Weitere Informationen finden Sie auf www.tiebreak.net

Kontakt:

TIE-Break, z.Hd. Allan Mathiasch
Solitudeallee 61
71636 Ludwigsburg
Tel.: 0170-6539181
E-Mail: allan@theaterallan.de
Webseite: <http://www.tiebreak.net>

TSV Korbach

„Wir zaubern den Menschen ein Lächeln ins Gesicht!“ Das ist sicher die größte Wirkung auf die Zuschauer, aber auch im Erleben der „Highwalkers“, der größten Stelzengruppe Deutschlands. Zum ersten Mal größer als die Erwachsenen sein, als „Künstler“ wahrgenommen und anerkannt werden, eine Rolle ausprobieren und spielen können mit (fast) ausschließlich positiver Wirkung - hier verwirklicht sich sichtbar: „Kinder und Jugendliche stark machen“! Schon über 300 Jugendliche lernten in 12 Jahren Stelzenlaufen beim TSV Korbach und traten u.a. bei Hessentagen und Fußball-Länderspielen vor Tausenden von Zuschauern auf. - Wir stellen die „Freizeitbefähigung“ in den Mittelpunkt unserer präventiven Arbeit. Dabei bauen wir außerdem auf altersgemäß sich steigernde Freizeiten und die konsequente Förderung des Jungen Ehrenamts, in dem wir eine Win-Win-Situation herstellen: Wir erhalten junge engagierte Mitarbeiter mit neuen Ideen, die Jugendlichen üben „soft-skills“ für ihr (Berufs-) Leben ein. - Aus neuerer Hirnforschung wissen wir, dass dauerhaftes Wiederholen verbunden mit positiven Emotionen stabile Lernbrücken im Hirn herstellt, also auch suchtpreventiv wirkt. Gegen den „Teflon-Effekt“ (nichts bleibt hängen) bei unseren Jugendlichen!

Kontakt:

TSV Korbach

Strother Str.58b

34497 Korbach

Tel.: 05631-1748

Fax.: 05631-66643

E-Mail: teroerde.korbach@t-online.de

Webseite: <http://tsvkorbach-badminton>

Universität Erlangen

EFFEKT (Entwicklungsförderung in Familien: Eltern- und Kindertraining) besteht aus einem Eltern- und zwei Kinderkursen für das Kindergarten- und das Grundschulalter, die sowohl einzeln als auch in Kombination angewendet werden können. Die EFFEKT-Fortbildung richtet sich an Mitarbeiter in sozialen Berufen mit einer qualifizierten Berufsausbildung, die vor Ort die Trainings anbieten. Im Elterntraining lernen die Eltern u.a. die Grundregeln positiver Erziehung und wie mit schwierigen Erziehungssituationen umgegangen werden kann. Das sozial-kognitive Kindertraining im Vorschulalter fördert die soziale Kompetenz und bewirkt damit die Reduktion von Problemverhalten. Ziele des Grundschultrainings sind die Förderung von Selbstkontrolle und sozialen Problemlösefertigkeiten sowie die Entwicklung von emotionaler Aufmerksamkeit und Empathie. Das Förderprogramm EFFEKT zeigt einen deutlichen, wissenschaftlich belegbaren Rückgang von Verhaltensproblemen bei Kindern, die selbst und/oder deren Eltern an einem Training teilgenommen haben. Noch zwei Jahre nach Abschluss der Kurse bestehen signifikant positive Auswirkungen auf das Sozialverhalten.

Kontakt:

Universität Erlangen

Bismarckstr. 1

91054 Erlangen

Tel.: 09131-8522795

Fax.: 09131-8522646

E-Mail: antje.klindworth@psy.phil.uni-erlangen.deWebseite: <http://www.effekt-training.de>

Verbund der Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt

Die 3 Landesarbeitsgemeinschaften im Verbund der Beratungsstellen „Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt in Niedersachsen“ stellen sich vor:

1. AFN : autonome Frauenberatungsstellen Niedersachsen
2. Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen Notrufe Niedersachsen
3. Landesarbeitsgemeinschaft der Beratungsstellen gegen sexuelle Gewalt

Kontakt:

Verbund der Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt

Grüne Str. 31
27283 Verden

Tel.: 04231-85129

Fax.: 04231-800846

E-Mail: frauenberatung-verden@t-online.de

www.frauen-und-maedchenberatung-gegen-gewalt.de

Verein für Bildungsmaßnahmen im Arbeits- und Freizeitbereich (BAF) e.V.

Der Verein für Bildungsmaßnahmen im Arbeits- und Freizeitbereich/ BAF e.V. wurde aus der Tradition des emanzipatorischen - und damit politischen - Handelns heraus 1981 gegründet. Die ersten Arbeitsfelder neben der politischen Bildung lagen im Bereich der Neuen Ambulanten Maßnahmen (NAM).BAF hat sich dem Leitgedanken: Unterstützen statt einsperren, dem Ziel: Ambulant vor stationär verschrieben und Soziale Trainingskurse nach § 10 Jugendgerichtsgesetz (JGG) durchgeführt. Damit hat der Verein die rechtliche Anerkennung und den Erfolg der Ambulanten Maßnahmen nach dem JGG maßgeblich mit voran getrieben. Unter Einbeziehung der Erfahrungen aus diesen Arbeitszusammenhängen erweiterte BAF 1994 sein Angebot um die Bereiche der Ambulanten/Flexiblen Betreuung und der Sozialpädagogischen Familienhilfe (§§ 30,31,41 Kinder- und Jugendhilfegesetz/KJHG).Die Grundmotive waren und sind:

a) den jungen Menschen, die einer intensiveren Unterstützung bedürfen, als im Rahmen der jugendrichterlichen Weisung leistbar ist, die Möglichkeit zu bieten, ihre individuellen Problemlagen nachhaltig zu lösen und
b) präventiv tätig zu sein, indem das gesamte Bezugssystem und der Sozialraum in die Betreuung eingebunden werden, um eine nachhaltig wirkende positive Veränderung zu initiieren und zu begleiten.

Auf Grund veränderter Lebenswelten von jungen Menschen, pädagogischen Erfahrungen in den Sozialen Trainingskursen und der intensiven Kooperation mit sozialen/juristischen Fachdiensten wird seit 2007 das Konfrontativ-Training (KT), ein psychosoziales Interventionskonzept zur Gewalt- und Aggressionsregulation durch die Konfrontation mit der individuellen Wahrnehmung durchgeführt.

Kontakt:

Verein für Bildungsmaßnahmen im Arbeits- und Freizeitbereich (BAF) e.V.

Friesenstr. 14, 30161 Hannover

Tel.: 0511-34869-15

Fax.: 0511-34869-22

E-Mail: Velasco@baf-verein.de

Webseite: www.baf-verein.de

Waage Hannover

Waage Hannover e.V. - Verein für Konfliktschlichtung & Wiedergutmachung

Täter-Opfer-Ausgleich, Mediation im Strafrecht, Außergerichtlicher Tatausgleich,

Gütestelle (anerkannt durch das Justizministerium Niedersachsen)

TOA = Prävention. Die Rückfallquote nach einem erfolgreichen TOA fällt erheblich geringer aus als in vergleichbaren Fällen mit einem traditionellen Strafverfahren.

TOA ist eine außergerichtliche Konfliktschlichtung/Mediation in Strafsachen.

Opfer sowie Täter haben im TOA die Möglichkeit, mit Hilfe eines Vermittlers (Mediators) eine Lösung für ihren Fall zu finden und sich über eine Wiedergutmachung zu verständigen.

In getrennten Vorgesprächen klärt der Vermittler, ob und wie die Konfliktschlichtung vonstatten gehen kann. Die Beteiligung ist für beide Seiten völlig freiwillig. In weiteren gemeinsamen Gesprächen suchen die Betroffenen eine Lösung, die für beide Seiten akzeptabel und gewinnbringend ist. Darüber treffen die Beteiligten dann eine Vereinbarung.

Die Waage Hannover verfügt über einen Opferfonds und hat das Gütesiegel BAG-TOA erhalten.

Geschädigte können durch TOA Wiedergutmachung, Schmerzensgeld erhalten, reden, fragen, Ärger loswerden und auf den Verlauf und die Inhalte des Verfahrens aktiv mitbestimmen.

Beschuldigte können im TOA reinen Tisch machen, die Verantwortung für die Straftat übernehmen und Wiedergutmachung leisten.

Kontakt:

Waage Hannover

Lärchenstr. 3, 30161 Hannover

Tel.: 0511-3883558

Fax.: 0511-3482586

E-Mail: c.richter@waage-hannover.de

Webseite: <http://waage-hannover.de>

WEISSER RING e.V.

Kriminalitätsvorbeugung ist eine zentrale Aufgabe des WEISSEN RINGS. Der WEISSE RING tritt seit über 30 Jahren als einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Angehörigen ein. Neben der Opferbetreuung hat der gemeinnützige Verein auch die Kriminalprävention als Satzungsziel.

Der WEISSE RING informiert, klärt auf und setzt sich dafür ein, mehr öffentliche Mittel als bisher für die Kriminalitätsvorbeugung bereit zu stellen. Mehr als 3000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Altersklassen, aus unterschiedlichen Berufen, Milieus und Herkunftsländern stehen den Opfern und ihren Familien in bundesweit rund 420 Außenstellen zur Seite. Sie leisten menschlichen Beistand und persönliche Betreuung, geben Hilfestellung im Umgang mit Behörden und helfen so bei der Bewältigung der Tatfolgen. Der WEISSE RING zählt ca. 60000 Mitglieder.

Ein sichtbares Zeichen für mehr Zivilcourage und mehr Hilfsbereitschaft gegenüber Kriminalitätsoffern setzt der WEISSE RING mit der bundesweiten Infokampagne „Stoppt das Vogel-Strauß-Syndrom“. Der WEISSE RING setzt sich für eine mitmenschliche Solidarität sowohl in der Opferbetreuung als auch in der Kriminalitätsvorbeugung ein, die alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen mit einbezieht.

Mit der Warnschild-Aktion „Stopp dem Diebstahl“ zu Schwerpunktbereichen der Eigentumskriminalität ruft der WEISSE RING die Bevölkerung zu mehr Aufmerksamkeit auf. Die Projekte „Kraft gegen Gewalt“ und „Mediate“ sind insbesondere für Jugendliche entwickelt worden, um sie vor Kriminalität und den Folgen zu schützen.

Kontakt:

WEISSER RING e.V.

Weberstr. 16

55130 Mainz

Tel.: 06131-8303-0

Fax.: 06131-8303-45

E-Mail: info@weisser-ring.deWebseite: <http://www.weisser-ring.de>

WSD Pro Child e.V.

Folgende Projekte werden vorgestellt:

1. Handbuch Gewaltprävention für die Grundschule und die Arbeit mit Kindern
2. Theatershow „Der neue Schüler“
3. Pro Kids Peace Portal www.frieden-fragen.de
4. Aufkleberaktionen
5. Präventionspreise „Starke Kinder“ und „Schule bewegt sich“
6. gewaltpräventive Hör-CD für Kinder im Kindergartenalter
7. Kooperation mit dem ISVK e.V.
8. Kooperation mit der Mentor Stiftung Deutschland
9. Handbuch Gewaltprävention in der Sekundarstufe und die Arbeit mit Jugendlichen (Vorankündigung)
10. Laufende Evaluationsstudie der WSD Selbstbehaltungskurse für Jugendliche

Kontakt:

WSD Pro Child e.V.

Daimlerstr. 8

74372 Sersheim

Tel.: 07253-95097

Fax.: 07253-95034

E-Mail: info@wsd-pro-child.de

Webseite: <http://www.wsd-pro-child.de>

Sonderausstellungen

Inhaltsverzeichnis Sonderausstellungen

	Seite
Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG)	436
Bayerisches Landeskriminalamt	437
HUjA e. V. - Hilfe und Unterstützung junger Arbeitsloser	438
Initiative Gesundheit und Arbeit (IGA)	439
Niedersächsisches Justizministerium	440
Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration	441, 442
Polizeidirektion Hannover	443

Rechte Jugendkulturen - Zwischen Lifestyle, Clique und Partei

Die Ausstellung beschäftigt sich in 14 Kapiteln mit folgenden Stichworten :

Einleitung

Strategie (Kulturelle Vormachtstellung)

No go areas („National befreite Zonen“)

Organisationen (Drahtzieher der rechten Kultur)

Musik (Da wo man singt, laß dich ruhig nieder...)

Neuheidentum (Thor, Odin und Walhalla)

Medien (Skinzines und Internet)

Skinheads (Ein Stammbaum)

Mode (Kleider machen Leute)

Symbolik (Erkennungszeichen, Codes und Sprache)

Frauen in der rechten Szene („Mädchen“, „Kameradinnen“ und „Kampfgefährtinnen“)

Graue Wölfe (Türkische Rechtsextremisten in Deutschland)

Erwachsen (-und dann?)

Gegenkulturen (Was tun gegen Rechts?)

Zu der Ausstellung gibt es weiteres Infomaterial und zusätzliche Materialien, die vor Ort ausliegen und einsehbar sind!

Kontakt:

Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG)

Bohlweg 55

38100 Braunschweig

Tel.: 0531-1233642

Fax.: 0531-1233635

E-Mail: info@arug.de

Webseite: <http://www.arug.de>

Plakatausstellung zur Geschichte der kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland

Wenngleich sich die präventive Botschaft im Wesentlichen bis heute nicht verändert hat, so haben sich doch die Medien und die Bandbreite der Möglichkeiten der kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit in den letzten Jahrzehnten erheblich weiterentwickelt.

Bereits 1964 erfolgte durch „Tipps zum Schutz vor Eigentumsdelikten und anderen Straftaten“ die erste öffentlichkeitswirksame Umsetzung des Gedankens der aufklärenden Vorbeugung durch das Bayerische Landeskriminalamt.

Damals waren ganz überwiegend Plakate, Faltblätter und Presseveröffentlichungen die Träger der Präventionsbotschaften.

Unter dem Einfluss mehrerer Werbeagenturen und dem jeweiligen Zeitgeist entsprechend präsentierte sich das länderübergreifende Vorbeugungsprogramm der Polizei in den Jahren danach in den unterschiedlichsten Facetten der Öffentlichkeit. Mit der letzten Neuausrichtung im Jahre 1997 entstand das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK).

Die mehr als 40-jährige Geschichte der kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit der Polizei in Deutschland wird auf dem 14. Deutschen Präventionstag in Hannover durch eine vom Bayerischen Landeskriminalamt zusammengestellte Plakatausstellung beispielhaft dargestellt.

Kontakt:

Bayerisches Landeskriminalamt, SG 513

Maillingerstr. 15

80636 München

Tel.: 089-1212 4389

Fax: 089-1212 4134

E-Mail: blka.sg513@polizei.bayern.de

Prävention mit Strafgefangenen - Das Wiesbadener Partizipationsprojekt „Knast trotz Jugendhilfe?“

Dieses Projekt geht davon aus, dass die Erfahrungen junger Inhaftierter mit ihren Lebenswegen ins Gefängnis durch geeignete Zusammenarbeit mit ihnen genutzt werden müssen für eine wirkungsvollere Jugendhilfe. In der JVA Wiesbaden werden deshalb in Einzelgesprächen und in Gruppenarbeit mit interessierten Inhaftierten individuelle Botschaften an die Jugendhilfe und Jugendpolitik erarbeitet, die sie nachvollziehbar begründen können. Diese Botschaften werden mit einer Bild- und Textseite ansprechend gestaltet, in die Gremien der Jugendhilfe in Wiesbaden gegeben und auf den jährlich stattfindenden Tagen der Jugend im Rathaus präsentiert. Besonders bei Projektvorstellungen in Wiesbadener Schulklassen zeigt sich, dass die Schüler hoch motiviert sind, den Inhaftierten zu ihren Botschaften schreiben zu können. Diese Rückmeldungen der Schüler sind auch bei den Inhaftierten begehrt und werden ernst genommen. - Neuerdings nutzt das Amtsgericht Ludwigshafen bei seinem Arrestvollzug die Botschaften aus diesem Projekt erfolgreich, um die Arrestanten darauf antworten zu lassen und zum Nachdenken anzuregen.- Dem Pädagogen und Initiator , Arnd Richter, dient das Projekt als Beleg für seine eigene Botschaft: Mehr mit jungen Menschen, weniger für sie arbeiten.

Das Projekt wurde in Berlin von der AGJ mit dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis 2006, Kategorie Praxispreis, ausgezeichnet.

Kontakt:

HUJA e. V. - Hilfe und Unterstützung junger Arbeitsloser
Franz Abt Straße 5

65193 Wiesbaden

Tel.: 0611-523349

E-Mail: Arnd.U.R.Richter@web.de

Achtung in der Schule - Wanderausstellung zu Gewalt in der Schule

Die Wanderausstellung „Achtung in der Schule“ widmet sich der alltäglichen Gewalt in Schulen. Sie zeigt, was Gewalt ist und wie häufig sie in Schulen vorkommt, wie sich die Betroffenen fühlen und was die Umstehenden denken. Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche der fünften bis zehnten Klasse, Lehrende, Erziehende und Eltern.

Ausstellungsmacher sind die Initiative Gesundheit und Arbeit (IGA,) eine Kooperation der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, des BKK Bundesverbandes, des AOK-Bundesverbandes, des Verbandes der Ersatzkassen - und die Unfallkassen.

Kontakt:

Initiative Gesundheit und Arbeit /c.o. BKK Bundesverband
GbR

Kronprinzenstrasse 6, 45128 Essen

Tel.: 0201-1791476

Fax.: 0201-179261476

E-Mail: woltersj@bkk-bv.de

Webseite: <http://www.achtung-in-der.schule>

Konflikte lösen

Die Wanderausstellung informiert darüber, wie Lösungen auch ohne Gerichtsurteil möglich sind: „... unsere Gerichte können nicht für jede Konstellation die optimale Lösung für alle Beteiligten bieten. Dafür ist ein Gerichtssystem auch nicht geschaffen. Dafür gibt es aber eine Vielzahl einvernehmlicher Konfliktlösungsangebote, die wegen ihrer Vorteile – nachhaltige, zügige und oftmals sehr kostengünstige Lösungen – Konjunktur haben, gleichwohl längst nicht überall hinreichend bekannt sind.

Unsere Wanderausstellung will deshalb wie schon unser jährlicher Konfliktmanagementkongress die außergerichtliche Streitschlichtung bekannter machen und für sie werben.“

Kontakt:

Niedersächsisches Justizministerium

Am Waterlooplatz 1

30169 Hannover

Tel.: 0511-1205086

Fax.: 0511-120995086

E-Mail: Peter.Roethemeyer@mj.niedersachsen.de

Unsere Demokratie schützen - Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus

Die Wanderausstellung des Nds. Verfassungsschutzes gibt einen Überblick über aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Ein Film führt in das Thema der Ausstellung ein. Im Mittelpunkt stehen Beispiele rechtsextremistischer Musik. Anhand von Musikboxen demonstriert eine Auswahl an Musikstücken die unterschiedlichen Stilrichtungen rechtsextremistischer Musik. Neben Liedtexten werden Kurzprofile der Bands sowie Angaben über Indizierung und strafrechtliche Relevanz der Musik dargeboten. In einer weiteren Mediabox erhalten die Besucher Einblick in die Nutzung des Internets durch Rechtsextremisten. Neben Foren und Chatrooms wird hier die Bedeutung rechtsextremistischer Versandhandel sowie die Verbreitung revisionistischer Literatur thematisiert.

Kontakt:

Nieders. Ministerium für Inneres, Sport und Integration
Büttnerstraße 28
30165 Hannover

Tel.: 0511-6709217

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@abt6.mi.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de>

Muslime in Niedersachsen - Probleme und Perspektiven der Integration

Am 26. November 2007 hat Innenminister Schünemann die komplett überarbeitete Wanderausstellung „Muslime in Niedersachsen – Probleme und Perspektiven der Integration“ eröffnet. Sie stellt einen Beitrag zur gesellschaftlichen Diskussion um die Integration der Muslime dar. Die Ausstellung soll landesweit in interessierten Orten gezeigt werden.

Die 31 Tafeln umfassende Ausstellung beleuchtet das Thema der Integration von Musliminnen und Muslimen in Niedersachsen aus der Sicht der Integrationsbeauftragten, des Sports, aber auch der Polizei und des Verfassungsschutzes. Der Landespräventionsrat war an der Vorbereitung der Ausstellung beteiligt und ist mit zwei eigenen Tafeln vertreten. Die Ausstellung gibt einen Überblick über integrationshemmende und integrationsfördernde Aspekte. Die Öffentlichkeit wird durch die Ausstellung für die Notwendigkeit einer intensiveren Auseinandersetzung mit den Problemfeldern der bisherigen Integrationsansätze sensibilisiert. Es sollen Perspektiven für eine bessere Integration aufgezeigt und dafür geworben werden, die individuellen und die gesellschaftlichen Anstrengungen dafür zu intensivieren. Die Ausstellung zeigt aber auch Beispiele bereits gelungener Integration.

Die Ausstellung ist so konzipiert, dass sie weitgehend selbst-erklärend ist. Sie eignet sich für den Besuch durch Schulklassen und andere interessierte Gruppen.

Kontakt:

Nieders. Ministerium für Inneres, Sport und Integration

Büttnerstraße 28

30165 Hannover

Tel.: 0511-6709510

E-Mail: Reinhard.Leder@abt6.mi.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de>

„PolAR“ - Polizei aktiviert Reaktionen

Gewalt mit ihren unterschiedlichsten Erscheinungsformen stellt ein gesamtgesellschaftliches Problem dar und ist in der Vergangenheit immer deutlicher in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

Gezeigte Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit durch Jugendliche und Heranwachsende in der Schule, im öffentlichen Raum, in familiären und partnerschaftlichen Beziehungen prägen zusehens die Diskussionen in der Öffentlichkeit, Politik und der Presse. Strafverfolgung allein kann hier keine Lösung sein. Es werden Bewältigungsstrategien und Lösungen gefordert.

„PolAR“ versteht sich als ein Baustein im Rahmen von Gewaltprävention.

Nur ein „Hand in Hand“ unterschiedlichster Institutionen, welche mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen täglich in Berührung kommen, kann letztlich zum Erfolg führen.

Mit der Namensnennung „PolAR“ - Polizei aktiviert Reaktionen - wurde ein Wiedererkennungswert für das Projekt geschaffen.

Neben der Erstellung eines Rahmenkonzeptes für polizeiliche Gewaltpräventionsunterrichte war die Erstellung von Plakaten zur Visualisierung ein Ziel des Projektes.

Schülerinnen und Schüler der Berufsschule Multi Media sowie der IGS Linden erarbeiteten die Plakate, deren Inhalte junge Menschen sensibilisieren sollen, Täter über rechtliche Konsequenzen aufzuklären sowie Opfer zur Erstattung einer Strafanzeige zu motivieren.

Kontakt:

Polizeidirektion Hannover

Waterloostr. 9

30169 Hannover

Tel.: 0511-1091111

Fax.: 0511-1091100

E-Mail: praevention@pd-h.polizei.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.polizei.niedersachsen.de/dst/pdhan>

Infomobile

Inhaltsverzeichnis der Infomobile

	Seite
Musikzentrum Hannover	446
Polizeiinspektion Osnabrück	447
Zweckverband Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen und Polizeiinspektion Northeim/Osterode und Polizeiinspektion Göttingen	448

Musikzentrum Hannover

s'COOLtruck (ein LKW) ist ein mobiles Tonstudio des MusikZentrums Hannover. Das Mobil bietet Workshops und Seminare zum Musik machen, Musik aufnehmen sowie Studio- und Veranstaltungstechnik für Kindertagesstätten und Schulen u. a. in Kooperation mit dem Projekt „Band ohne Noten“. „Band ohne Noten“ ist ein Konzept zum Musizieren in der Klasse, das Songs aus der Populären Musik mit Hilfe von alternativen Notationsformen wie z. B. Symbole und Farben erarbeitet.

Kontakt:

MusikZentrum Hannover

Emil-Meyer-Str. 26-28

30165 Hannover

Tel.: 0511-2609300

E-Mail: info@musikzentrum-hannover.de

Webseite: www.musikzentrum-hannover.de

Polizeiinspektion Osnabrück

Verkehrsmobil der Polizeiinspektion Osnabrück

Das Verkehrsmobil Osnabrück wurde im Jahr 1996 aus einer Idee, einen Theaterbus zu bauen, mit Geldern der Verkehrsüberwachung des Landkreises Osnabrück angeschafft und von Mitarbeitern der Polizei Osnabrück umgebaut.

Seitdem betreiben drei Polizisten dieses Verkehrsmobil und bereisen damit die Grundschulen im Stadt- und Landkreis.

Hier werden speziell die 2. Klassen in das Mobil eingeladen, wo ihnen das Puppentheaterstück „Starke Kinder“ vorgespielt und präsentiert wird. Inhalte sind u. a. Sichtbarkeit im Dunkeln, Strassenüberquerung sowie das Leitthema Erpressung auf dem Schulweg.

Weiterhin kann das Verkehrsmobil für Präsentationen von Videos und Vorträgen verwendet werden – eine professionelle Medienausstattung macht dieses möglich.

An Tagen, an denen grosser Publikumsverkehr stattfindet, so auch am 14. DPT, bleiben die Türen geöffnet. Es werden Videofilme präsentiert, die sich am Alter der Zielgruppe orientieren – bei Kindern sind dieses oft Zeichentrickfilme mit verkehrsbezogenen Themen wie Fahrradfahren, Inlineskaten, Tragen von Helmen, richtiges Verhalten im Strassenverkehr usw.. Dieses wird von Mitarbeitern der Puppenbühne in Uniform begleitet, die neben der Moderation auch für Fragen etc. zur Verfügung stehen.

Zum Team der Puppenbühne gehören:

PK' in Yvonne Hesse, POK Karl-Heinz Klenke und POK Thomas Mäster

Polizeiinspektion Osnabrück

Kontakt:

Polizeiinspektion Osnabrück - Präventionsteam

Kollegienwall 6 - 8

49074 Osnabrück

Tel.: 0541/327-2154

Fax.: 0541/327-2160

E-Mail: thomas.maester@polizei.niedersachsen.de

Zweckverband Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen und Polizeiinspektion Northeim/Osterode und Polizeiinspektion Göttingen

Seit dem Jahr 2007 bildeten im Gebiet des Zweckverbandes Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen (ZVSN) organisierte Busunternehmen in Kooperation mit den Polizeiinspektionen Northeim/Osterode und Göttingen und 42 Schulen der Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode bislang 919 Schülerinnen und Schüler zu Bus-Scouts aus. Diese werden, gekennzeichnet mit einem Ausweis, nach ca. 20 stündiger Ausbildung durch Busfahrer und Polizeibeamte, als Fahrzeugbegleiter in der öffentlichen Personennahverkehrsbeförderung eingesetzt. Die Bus-Scouts gewährleisten erfolgreich eine nachhaltige Verbesserung der Beförderungssituation für Schüler, andere Fahrgäste und Busfahrer. Das Projekt spricht Belange der Gewalt- und Verkehrsprävention gleichermaßen an und ist derzeit das größte Zivilcourageprojekt in Süd-Niedersachsen. Bei den Schülerinnen und Schülern wird im Verlauf der Trainings eine Verhaltensverstärkung bzw. -veränderung erreicht. Sie sollen insbesondere in konfliktgeladenen Situationen einen engagierten Einsatz für Schwächere und Opfer bewirken.

Die Bus-Scouts arbeiten im Team und sollen keine Hilfspolizisten sein, sondern vermitteln. Sie werden ausgebildet, um sich freundlich aber bestimmt für die Rechte anderer einzusetzen. Bus-Scouts sind Ansprechpartner bei Problemen in der Schülerbeförderung und sorgen dabei für ein besseres Miteinander.

Im Rahmen des Deutschen Präventionstages wird ein Bus mit Werbung für das Bus-Scout-Projekt als Infomobil eingesetzt. Dort sind Vertreter der beteiligten Institutionen und Bus-Scouts als Ansprechpartner anzutreffen. Informationen im Internet sind unter www.bus-scout.com zu finden.

Kontakt:

Zweckverband Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen u.
PI Northeim/Osterode u. PI Göttingen
Hainholzweg 3, 37085 Göttingen
Tel.: 0551/389480
Fax.: 0551/3894832
E-Mail: zvsn@zvsn.de
Webseite: www.bus-scout.com

Werkstatt

Filmforum

	Seite
„Don't drink too much – Stay Gold“ – Die Kampagne der Polizei gegen Komasaufen und Gewalt – Präsentation der Botschafter- und Aktionssspots	450
Handygewalt – die neue Folge des Medienpaketes „Abseits?!“ zur Gewaltprävention an Schulen	451
Folgen - der Film	452
Über'm Berg - (Sehn)Sucht nach Leben	453
„Kartoffel werden“ - ein Einbürgerungsfilm	454
Alkohol ist alles! Vom Genussmittel bis zum Komasaufen	455

**„Don't drink too much – Stay Gold“ –
Die Kampagne der Polizei gegen
Komasaufen und Gewalt – Präsentation
der Botschafter- und Aktionsspots****Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und
des Bundes (ProPK)**

Der Trend zum exzessiven Trinken bei Jugendlichen ist weiterhin ungebrochen. Jeder fünfte Jugendliche betrinkt sich mindestens einmal im Monat mit mindestens fünf oder mehr Gläsern Alkohol. Häufig folgen diesem Rauschtrinken Gewalttaten. Flatrate-Trinken bei Homepartys und in der Öffentlichkeit ist für viele cool - mit erschreckenden Auswirkungen und massiven Schäden für die Gesundheit. Im Jahr 2007 wurden 23.165 Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 20 Jahren aufgrund einer Alkoholvergiftung stationär im Krankenhaus behandelt. Allein im Vergleich zu 2006 hat die Zahl um 20 % zugenommen (19.500 Einlieferungen) und den bislang höchsten Wert erreicht.

Die Kampagne „Don't drink too much – Stay Gold“, initiiert von der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes, wendet sich gegen Komasaufen und Gewalt. Schirmherrin ist Sabine Bätzing, die Drogenbeauftragte der Bundesregierung. Stay Gold setzt auf Genuss mit Verstand: Etwas trinken ist okay – zu viel trinken ist absolut uncool. Wichtiger Baustein der Kampagne sind Aktions- und Botschafterspots. Erstere greifen die einprägsamen Motive von Stay Gold auf und führen jungen Menschen schonungslos die Schattenseiten des exzessiven Alkoholkonsums vor Augen. In den Botschafterspots warnen prominente Sportler wie die Olympiasiegerin Lena Schöneborn und der Fußballnationalspieler Per Mertesacker vor den Folgen des Komasaufens. Weitere Informationen unter www.staygold.eu.

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes
(ProPK)

Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart

Tel.: 0711/5401-2062

Fax.: 0711/2268000

E-Mail: info@polizei-beratung.de

Webseite: www.polizei-beratung.de

Handygewalt – die neue Folge des Medienpaketes „Abseits?!“ zur Gewaltprävention an Schulen

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Gewalt unter Jugendlichen ist nichts Neues, Gewaltinszenierungen für die Handykamera hingegen mittlerweile ein echter Trend. Doch worin besteht der Reiz, Gewaltattacken mit der Kamera festzuhalten? Einige Jugendliche mögen in Fällen von „Handygewalt“, umgangssprachlich auch „Happy Slapping“ genannt, eine Art „Abkürzung zum schnellen Ruhm in ihrer Gang“ sehen. Andere sehen sich selbst sogar als „Darsteller“ in einem Film. Und wieder anderen ist einfach nur langweilig. Ebenso ist sich ein Großteil der Jugendlichen der Folgen – ganz gleich ob nun strafrechtlich für sich oder auf der Opferseite – nicht bewusst. Durch massenhafte Verbreitung dieser Videos sinkt die Hemmschwelle sowohl bei den Betrachtern als auch bei denjenigen, die diese Videos „herstellen“. Es werden immer neue, noch extremere „Kicks“ gesucht.

Diese Problematik greift die neue Episode des Medienpaketes „Abseits?!“ der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes auf. Sie soll Täter, Opfer und Unbeteiligte gleichermaßen sensibilisieren. Den Tätern werden die strafrechtlichen Folgen ihres Tuns vor Augen geführt. Der Film soll aber auch den Opferschutz stärken. Einerseits ist es möglich, sich selbst in die Opferrolle einzufühlen. Andererseits wird gezeigt, wie sich ein Opfer Hilfe holen und es vermeiden kann, die Rolle des Verlierers beizubehalten. Potentiellen Opfern werden Wege aufgezeigt, sich zu wehren, während Unbeteiligte ermutigt werden, aktiv tätig zu werden und nicht weiter wegzuschauen.

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart

Tel.: 0711/5401-2062

Fax.: 0711/2268000

E-Mail: info@polizei-beratung.de

Webseite: www.polizei-beratung.de

Folgen - der Film gegen-missbrauch e.V.

Ein Film über die Langzeitfolgen von sexuellem Kindesmissbrauch

Das Wort Folgen klingt einfach, es klingt kühl und es klingt nach Einordnung. Doch der Versuch einer Beschreibung schlägt fehl.

Sexueller Missbrauch von Kindern ist nicht nur auf den Augenblick bezogen. Er prägt, er zieht sich durch ein ganzes Leben und ist in seinen Langzeitfolgen allgegenwärtig. Jeden Tag.

Sensationshascherei, Detailgier und wütende Reaktionen sind nicht der Schlüssel für das Projekt. Vielmehr ist es der ganz persönliche, tiefe Einblick, den Betroffene in das Thema gewähren.

Es sind die Schilderungen der komplexen Folgen des Erlebten. Eine winzige Momentaufnahme aus einer Zeit, in der das Thema Missbrauch regelmäßig in den Medien erscheint - und dennoch ein Tabu ist.

Das darf nicht so bleiben. Das wird nicht so bleiben.

Kontakt:

gegen-missbrauch e.V.

Am Menzelberg 10

37077 Göttingen

Tel.: 0551-50065699

E-Mail: mork@gegen-missbrauch.de

Webseite: <http://www.gegen-missbrauch.de>

Über'm Berg - (Sehn)Sucht nach Leben

Reha-Zentrum (SKM Köln) Jürgen Fais

Ein Film von Jürgen Fais und Alexander Busch

Ist es möglich, im Abstand von nur ganz wenigen Wochen an drei der härtesten und längsten Bergläufe der Welt teilzunehmen und insgesamt 278 Kilometer Laufstrecke mit 12.620 Höhenmetern zu überwinden? Welche Motivation treibt jemanden, sich diesen Anstrengungen zu stellen? Was ist der Sinn eines solchen Unterfangens? Was bedeutet es, sich auf den Weg zu machen, neue Grenzen zu entdecken, mit dem Wissen, dass es keine Garantie für das Gelingen gibt?

Das Besondere an den Teilnehmern ist, dass sie noch vor wenigen Jahren schwerst suchtmittelabhängig waren. Eine gesunde und konstruktive Lebensgestaltung war in ihrem früheren Leben nicht gegeben. Das Leben mit der Sucht war ein permanenter Ritt auf der Rasierklinge. Nach dem völligen Absturz folgte der Versuch des Ausstiegs, und die Sehnsucht nach Leben wurde gegenwärtig.

Das Laufen wurde zur Herausforderung, seine Grenzen neu zu erkunden, Niederlagen und Erfolge ohne Alkohol und Drogen bewusst zu erleben.

Die vier Läufer stellten sich den folgenden Herausforderungen:

- * 8. Juli 2006 – Zermatt Marathon, 42,195 km, 1.800 Höhenmeter
- * 29. Juli 2006 – Swiss Alpin, 78 km, 2.320 Höhenmeter
- * 25.–27. August 2006 – Tour du Mont Blanc, 158 km, 8.500 Höhenmeter

Die Kamerateams begleiteten die Protagonisten durch alle Höhen und Tiefen, nicht nur der grandiose Alpenlandschaft, sondern auch durch die ihrer psychischen und physischen Verfassung. Ein faszinierender Film nicht nur für Extremsportler, Bergliebhaber und Menschen, die Laufen als Alternative zum Rauschmittelkonsum für sich entdecken wollen.

Kontakt:

Reha-Zentrum (SKM Köln) Jürgen Fais

Franzstr. 8-10

50931 Köln

Tel.: 0221-940650

E-Mail: fais@paravida.de

Webseite: www.gesundheit-sport-erlebnis.de

**„Kartoffel werden“ -
ein Einbürgerungsfilm****Politik zum Anfassen e.V.**

Warum verlassen Menschen ihre Heimat?

Was bedeutet es, die heimische Staatsbürgerschaft aufzugeben?

Wie reagieren ihre Familien, ihre Freunde auf den Entschluss, DeutscheR zu werden?

Welche Hürden muss man bei der Einbürgerung meistern?

Irrtümer und Vorurteile: Schaffen Deutsche auf der Straße den Einbürgerungstest?

Wir begleiten eine Migrantin oder einen Migranten mit der Kamera auf dem Weg zur deutschen Staatsbürgerschaft. Vom Entschluss bis zur Einbürgerungsfeier im Rathaus. Der daraus resultierende Film soll im Unterricht eingesetzt werden, soll aber auch der Landeshauptstadt Hannover zur Information von einbürgerungswilligen Menschen dienen.

Redaktion und Technik übernehmen Schülerinnen und Schüler. Dabei entwickeln die Schülerinnen und Schüler ein Produktionskonzept, überlegen sich geeignete Fragestellungen und Herangehensweisen, stellen den Kontakt zur Fachverwaltung und über diese zu Migrantinnen und Migranten her, üben Kameraführung, Ton und Aufnahmeleitung, proben Interviewkonzepte, machen die Filmaufnahmen selbst und schneiden den Film am Ende im Studio.

Kontakt:

Politik zum Anfassen e.V.

Königsberger Str. 18 B

30916 Isernhagen

Tel.: 0511-89899473

E-Mail: monika@dehmel.de

Webseite: <http://www.politikzumanfassen.de>

Alkohol ist alles! Vom Genussmittel bis zum Komasaufen

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.

Im Rahmen eines weit gefächerten Präventionsprogrammes zum Thema Alkohol hat sich eine Arbeitsgruppe gefunden, die mit verschiedenen Unterarbeitsgruppen sich dem Thema annimmt und dabei unterschiedliche Zielgruppen bedient, so u.a. Vereine mit ihren Jugendbetreuern, Schulen und Eltern, Kinder und Jugendliche sowie dem Einzelhandel, der Gastronomie und den Tankstellen. Wir wollen damit auf breiter Ebene für das Thema sensibilisieren ohne eine totale Alkoholabstinenz zu fordern. Ziel ist der bewusste und verantwortungsvolle Umgang mit der gesellschaftlich akzeptierten Droge Alkohol. Der Film veranschaulicht, wie junge Leute anlässlich von Party's mit Alkohol umgehen. Dabei kommen Jugendliche zu Wort, die den Alkohol nicht nur genossen, sondern die sich total betrunken haben. Sie erzählen dabei, wie es ihnen erging und warum sie den Alkohol nicht mehr als Problemlösungsmittel anwenden wollen. Darüber hinaus kommen Rettungssanitäter und ein Facharzt zu Wort, die aus ihren Erfahrungen zu dem Thema berichten. Der Film ist kurzweilig und vermeidet bewusst den erhobenen Zeigefinger, aber er demonstriert anschaulich die Gefahren im hemmungslosen Umgang mit Alkohol.

Kontakt:

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.
Alter Postplatz 10
71332 Waiblingen
Tel.: 07151-9816466
Fax.: 07151-9816602
E-Mail: klaus.auer@polizei.bwl.de
Webseite: <http://www.isl-rmk.de>

Bühne

	Seite
„Ich werde es sagen!“ Monolog nach dem gleichnamigen Roman von Kristian Ditlev Jensen	458
Theaterstück „Klara und Abbas“ zum Thema Integration, interkulturelle Kompetenz, Toleranz	459
Polizei einmal anders - musikalische Arbeit mit Schülern	460
Bläserklassen der St. Augustinus-/ Albertus-Magnus-Schule, Haupt- und Realschule	461
„Vom Broadway bis zur Neuen Deutschen Welle“ - Ausschnitte aus dem Musicalprogramm der BBS Alfeld	462
Chorklasse der Gunzelin Realschule Peine	463
Respekt-Songs für Toleranz und Verständigung im Rahmen des Aktionsprogramms Hauptsache: Musik	464

„Ich werde es sagen!“
Monolog nach dem gleichnamigen
Roman von Kristian Ditlev Jensen
theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Buch und Regie: Jens Pallas

Besetzung: Reinhard Gesse

Musik: Michael Schütte

Jungen als Opfer sexueller Gewalt

Es geht um Pädosexualität, um Kristian, der dieser Gewalt ausgesetzt ist und sich erst 20 Jahre später in der Lage sieht, sein Schweigen zu brechen. Kristian erzählt von sich selbst, von seiner Kindheit, die keine war. Er erzählt von Gustav, seinem Peiniger, der ihn drei Jahre lang physisch und psychisch missbraucht hat. Als der Missbrauch beginnt, ist Kristian 9 Jahre alt.

Man sieht einen Raum, einen Stuhl. Man sieht einen Mann und ein Foto aus Kindertagen. Ein kleines, in Zeitungspapier gewickeltes Paket. So beginnt es. Dann sagt der Mann Sätze wie: „Ich war ein schrecklicher Mensch.“ „Ich war schuld.“

Ein Monolog. Er handelt von Ekel und Selbstmord, von zarter Verliebtheit und Gewalt, von Autorität und Rebellion, von Inseln der Geborgenheit und Wut. Der Mann ist dabei zugleich das Kind, das Kind zugleich der Mann. Ein Opfer klagt an.

Trotz der harten Thematik macht das Stück vor allem Hoffnung. Denn die Hoffnung ist es, durch die Kristian sich am Ende aus seiner Hilflosigkeit befreien kann - die Hoffnung auf eine anständigere, eine humanere, eine gewaltlosere Welt.

„Ich werde es sagen“ ist, bei aller Tragik, ein Stück, das den Zuschauern Auswege zeigt, Hilfestellungen gibt. Wenn Kristian am Ende kein Opfer mehr ist, dann hat er sich befreit, indem er seine Stimme erhebt. Und „Ich werde es sagen“ zeigt, dass dies zwar Überwindung erfordert - aber keinen Übermenschen.

Eine Kooperation mit Dunkelziffer e.V.

Kontakt:

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Lange Straße 15 / 17, 49080 Osnabrück

Tel.: 0541-58054630

Fax.: 0541-580546333

E-Mail: anna.pallas@tpw-osnabrueck.de

Webseite: <http://www.tpw-osnabrueck.de>

**Theaterstück „Klara und Abbas“ zum
Thema Integration, interkulturelle
Kompetenz, Toleranz****Schauspielkollektiv - Neues Schauspiel Lüneburg**

Thema Integration, Toleranz und interkulturelle Kompetenz

KLARA UND ABBAS von Hussein Al- Mozany

Al-Mozany beschreibt in seinem Jugendstück die Liebesgeschichte der 19jährigen Klara und des 22jährigen Abbas.

Die Deutsche und der Studienabbrecher libanesischer Herkunft, der als Aushilfe im väterlichen Imbiss-Laden jobbt, verlieben sich.

Das Glück ist jedoch nur von kurzer Dauer: Klara wird schwanger.

Die Liebesbeziehung wird zu einer tickenden Zeitbombe, hinter jedem Gedanken lauert ein Abgrund.

Es beginnt eine brisante Auseinandersetzung über Vorurteile gegenüber der „anderen“ Kultur auf dem schmalen Grad zwischen Tragik und Komik.

Die Situation eskaliert, als Abbas' Familie von Klara verlangt, zum Islam überzutreten...

„Klara und Abbas“ wurde durch das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT- Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie- gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ gefördert.

Ab Klasse 9

Klara: Henrike Fehrs

Abbas: Ole Achmed Bielfeldt

Regie: Thomas Flocken

Dramaturgie: Julia v. Thoen

„Klara und Abbas“ ist eine Produktion von Henrike Fehrs, Ole Achmed Bielfeldt, Julia v. Thoen und Thomas Flocken.

Kontakt:

Schauspielkollektiv - Neues Schauspiel Lüneburg

Waagestr. 1 b

21335 Lüneburg

Tel.: 04131-989875

E-Mail: schauspielkollektiv@arcor.de

Webseite: www.theater-praevention.de

**Polizei einmal anders - musikalische
Arbeit mit Schülern****Polizeimusikkorps Niedersachsen**

Seit 1999 führt das Polizeimusikkorps Niedersachsen an niedersächsischen Schulen Workshops durch. Per dato wurden 160 solcher Veranstaltungen landesweit umgesetzt. Dabei wurden ca. 22.000 SchülerInnen mit der Botschaft erreicht: Polizei einmal anders - Tuba und Posaune statt Dienstpistole und Handschelle.

Hauptzielgruppe sind SchülerInnen der 3. und 4. Klassen der Grundschulen. In dem gut einstündigen Programm werden Elemente des schulischen Musikunterrichtes spielerisch und unterhaltsam mit aktuellen Aspekten der polizeilichen Kriminalprävention verbunden, z. B. Gewalt an Schulen , Sicherheit im Netz.

Dabei wird explizit Werbung für das Internetangebot der polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes für Kinder und Jugendliche unter www.time4teen gemacht.

Kontakt:

Polizeimusikkorps Niedersachsen

Am Welfenplatz 2

30161 Hannover

Tel.: 0511 - 1096943

Fax.: 0511 - 1096950

E-Mail: pmk@zpd.polizei.niedersachsen.deWebseite: <http://www.polizei.niedersachsen.de/pmk>

**Bläserklassen der St. Augustinus-/
Albertus-Magnus-Schule,
Haupt- und Realschule**

Bläserklassen der Haupt-und Realschule Albert-Magnus-Schule in Hildesheim im Rahmen des Aktionsprogramms
Hauptsache:Musik

Am 5. Juli 2008 war die Bläserklasse der Haupt-und Realschule Albert-Magnus-Schule mit über 3300 Kindern und Jugendlichen aus ganz Niedersachsen beim 5. Niedersächsischen Bläserklassentag in Hildesheim zu hören. 120 Klassenensembles und Big Bands gaben auf 10 Bühnen im gesamten Innenstadtbereich Hildesheims ein 20-minütiges Konzert, zeigten oft schon erstaunliches Leistungsvermögen und haben zum spektakulären Abschluss beim traditionellen XXL-Konzert am Hildesheimer Dom alle gemeinsam gespielt.

Wie erfolgreich der Klassenmusizierunterricht und wie fruchtbar die Kooperation zwischen allgemein bildenden Schulen und Musikschulen sein kann, zeigen die Bläserklassen.

Startete 1996 die erste niedersächsische Schule in Hemmingen bei Hannover, so wurden in den vergangenen Jahren an über 120 Schulen ca. 500 Bläserklassen aufgebaut und auf diese Weise mehr als 20.000 Schülerinnen und Schüler qualifiziert an das Spielen eines Orchesterblasinstrumentes herangeführt. Die meisten dieser Kinder hätten ohne dieses besondere Programm nie das Musizieren auf einem Saxophon, einer Klarinette, einer Querflöte, einer Trompete, Posaune oder Tuba erlernt.

Kontakt:

Haupt- und Realschule St. Augustinus/Albert-Magnus-Schule

Treibestr. 2

31134 Hildesheim

Tel.: 05151-59617

E-Mail: pg.Laner@t-online.de

Webseite: <http://www.hauptsachemusik.nibis.de/>

„Vom Broadway bis zur Neuen Deutschen Welle“ - Ausschnitte aus dem Musicalprogramm der BBS Alfeld

Ausschnitte aus dem Musical „Der Kleine Vampir“ der Berufsbildenden Schule Alfeld

Die Musical AG entstand im Jahr 1997 aus dem Musikkurs der damaligen Oberstufe (12. & 13. Jahrgang) an den BBS Alfeld. Die Idee eines eigenen Musicals trieb die Gruppe zu Höchstleistungen und zusammen mit ihrem Lehrer Reinhold Schiewe wurde in zahlreichen Schulstunden und darüber hinaus an Texten und Melodien gearbeitet.

Mit dem „kleinen Horrorladen“ kam im Februar 1998 das erste Musical der Gruppe zur Aufführung. In drei Aufführungen begeisterte die noch unbekannte Gruppe in der Aula des Gymnasiums immerhin stolzen 1000 Besucher die Geschichte des Waisenjungen Seymour und der (menschen-) fleischfressenden Pflanze Audrey II zu präsentieren.

In den folgenden Jahren zeigte die Gruppe mit vielen weiteren Aufführungen, dass sie sowohl im Bereich der Showmusicals (HoneyHoney, BluesBrothers & SoulSisters), als auch in den ernsten Themen (Linie1, HAIR) souverän agieren kann.

Kontakt:

Berufsbildende Schule Alfeld

Hildesheimer Str. 55

31061 Alfeld

Tel.: 05181-7060

E-Mail: sekretariat@bbs-alfeld.de

Webseite: <http://www.bbsmusical.de>

Chorklasse der Gunzelin Realschule Peine

Chorklasse der Gunzelin-Realschule Peine im Rahmen des Aktionsprogramms Hauptsache: Musik

Im Schuljahr 2005/06 ging die erste Chorklasse der Gunzelin-Realschule an den Start. Ziel der damals 31 Jungen und Mädchen war es, so gut singen zu können, dass man sich damit auch in die Öffentlichkeit wagen kann. In der folgenden Zeit veranstaltete die Schule zahlreiche Veranstaltungen mit den jungen Sängerinnen und Sängern. So traten die Schülerinnen und Schüler schon in ihrem ersten Chorklassenhalbjahr in einem Weihnachtskonzert auf.

Im darauf folgenden Schuljahr gestalteten sie gemeinsam mit jungen Pianisten der Musischen Akademie/CJD Braunschweig ein Konzert zu Ehren des 250. Geburtstags von Wolfgang Amadeus Mozart in Peine und in Braunschweig. Chorklassen stellen als eine besondere Form des Klassenmusizierens das Singen in den Mittelpunkt des Musikunterrichts.

Die besonderen inhaltlichen Schwerpunkte einer Chorklasse finden sich:

- im erweiterten Liedrepertoire,
- in einer kindgerechten Stimmbildung,
- in besonderen Formen der Liedvermittlung (Solmisation),
- in der Anbahnung des mehrstimmigen Singens,
- in der Steigerung der Freude am Singen sowie
- in der Entwicklung eines sängerischen Selbstbewusstseins

Die Chorklasse bietet gegenüber den Formen des Klassenmusizierens mit Bläsern- oder Streichern den großen Vorteil, dass nicht erst Instrumente angeschafft und zusätzlich Instrumentalpädagogen hinzugewonnen werden müssen. Jedes Kind bringt seine Stimmbänder ja mit - und die Lehrkraft ebenfalls!

Kontakt:

Gunzelin-Realschule Peine
Gunzelinstr. 42, 31224 Peine
Tel.: 05171-7902710
E-Mail: CarstenHeidenreich@web.de
Webseite: <http://www.nibis.de/~gunzelin/>

Respekt-Songs für Toleranz und Verständigung im Rahmen des Aktionsprogramms Hauptsache: Musik LAG Rock in Niedersachsen e. V.

Respekt ist ein Projekt, das in Zusammenarbeit mit der schulischen Gewaltprävention konzipiert wurde. Das Projekt richtet sich in erster Linie an Jugendliche, die bislang durch Angebote der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit nur marginal erreicht werden konnten, junge Menschen mit Migrationshintergrund, sozial bzw. familiär benachteiligte sowie auffällige, potenziell gewaltbereite Jugendliche.

Es handelt sich dabei um Musikworkshops, die von Profi-Musikern und Musikpädagogen der LAG Rock und des Landesmusikrates betreut werden. Ziel ist die Entwicklung eigener Songs, die sich mit den Themen Toleranz und Verständigung beschäftigen. Ein Schulhalbjahr lang arbeiten insgesamt zwölf Gruppen an mehreren ausgewählten Haupt- und Förderschulen in Niedersachsen im AG-Bereich in den Kursen

- Rap
- Gesang
- Breakdance
- Streetdance

Die SängerInnen und RapperInnen schreiben eigene Songtexte und studieren Gesang/Rap ein. Die TänzerInnen und BreakdancerInnen erarbeiten eine Tanzperformance zum Themenblock Toleranz, Respekt, Rassismus, Kreativität, Kompetenz, „meine Stärken“. Alle Gruppen arbeiten an einer gemeinsamen Performance, die u. a. heute am Präventionstag in Hannover präsentiert wird.

Kontakt:

LAG Rock in Niedersachsen e. V., Frau Vera Lüdeck
Emil-Meyer-Str. 28
30165 Hannover
Tel.: 0511-351609
E-Mail: luedeck@lagrock.de
Webseite: <http://www.hauptsachemusik.nibis.de/>

Begleitveranstaltungen

	Seite
Frühprävention von Gewalt und Vernachlässigung von Kindern: Hilfesysteme und Programme im internationalen Vergleich	466
5. Niedersächsischer Landespräventionstag	467
„Die Weiße Runde“ zu Gast beim Deutschen Präventionstag	468
Internes Arbeitstreffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsräte	469
1. Niedersächsisches Spitzengespräch kommunale Kriminalprävention	470

Frühprävention von Gewalt und Vernachlässigung von Kindern: Hilfesysteme und Programme im internationalen Vergleich

Kooperationstagung der Evangelischen Akademie Loccum und des Deutschen Präventionstages

Tagungsort: Evangelische Akademie Loccum, 31545 Rehburg-Loccum, www.loccum.de

5. bis 7. Juni 2009

Gewalt gegen Kinder und Vernachlässigung haben vielfältige Ursachen. Häufig liegen sie in prekären und multiplen Problemlagen der Eltern begründet: in Armut, Stress, Isolation, Erfahrung von Gewalt in der eigenen Kindheit, Suchtabhängigkeit und psychischen Erkrankungen.

Handlungsbedarf besteht also auf vielen Ebenen und umfasst rechtliche wie auch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen. Darüber hinaus wird in den letzten Jahren auch auf direkte und präventive Hilfsangebote gesetzt, die so früh ansetzen, dass Kinder, die in Risikofamilien geboren werden, Chancen haben, gesund, behütet und ihrer Entwicklung förderlich aufzuwachsen. Dazu soll bessere Früherkennung von riskanten Lebenslagen von Kindern einhergehen mit frühen Hilfen, die sich bereits von der Schwangerschaft ab an Mütter und Väter wenden.

Wie kommen die Ansätze zu frühen Hilfen voran? Wie arbeiten die für ein erforderliches Präventionsnetzwerk zuständigen Akteure zusammen?

Wie kann aus guten Modellprojekten eine verlässliche und umfassende Regelpraxis werden, in der das Jugendhilfe- und Gesundheitssystem gut zusammenarbeiten? Wie muss Prävention gestaltet werden, damit sie von den Hilfebedürftigen als Unterstützung und Empowerment und nicht als abschreckende Sanktion wahrgenommen und zurückgewiesen wird?

Wir laden Sie herzlich ein, mit uns diese Fragen zu diskutieren!

5. Niedersächsischer Landespräventionstag

Der Niedersächsische Präventionstag dient als Forum der Begegnung und des Erfahrungsaustausches für die in der gesamtgesellschaftlichen Präventionsarbeit engagierten Menschen sowie als Fachtagung zu zentralen Aspekten der Kriminalprävention.

Zentrales Ziel des Niedersächsischen Landespräventionstages ist es, die Bandbreite der Niedersächsischen Praxis in der Kriminalprävention aufzuzeigen, neue Impulse zu geben und Kommunikation und Kontakte zwischen den in vielen Projekten, Initiativen und Präventionsräten aktiv eingebundenen Menschen zu ermöglichen.

Der 5. Niedersächsische Landespräventionstag ist eingebettet in den 14. Deutschen Präventionstag 2009.

„Die Weiße Runde“ zu Gast beim Deutschen Präventionstag

8. Juni 2009, 16:00 bis 17:30 Uhr - Niedersachsenhalle A

Prominente im Talk für Toleranz

„Gewalt, Diskriminierung und Sexismus in Formen aktueller Popmusik – müssen wir das tolerieren?“

Das multimedial für TV, Radio und Internet produzierte Talk-Format DIE WEISSE RUNDE © unter der Leitung von Künstler & Moderator Matthias Horndasch steht ganz im Zeichen von Gewalt- und Extremismusprävention und Engagement für Toleranz, gegen Diskriminierung und Rassismus, monatlich seit Juni 2001, seit Beginn diesen Jahres im Auftrag des Nds. Ministeriums für Inneres, Sport und Integration. Während es früher in einem Fernsehstudio produziert wurde, „reist“ DIE WEISSE RUNDE © seit 2005 über Land. Im monatlichen Wechsel entsteht sie nun in einer Schule in Niedersachsen und in der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover. Dabei beteiligt Horndasch zunehmend auch Jugendliche sowohl am Gespräch als auch teilweise an dessen Vorbereitung (mit zusätzlicher Unterstützung durch das NiLS). Feste Sendepartner sind h1 Fernsehen aus Hannover, Oldenburg Eins Fernsehen & Radio, Radio ZuSa, Radio Flora und StadtRadio Göttingen. Das vollständige TV-Archiv ist im Internet über den Niedersächsischen Bildungsserver NiBiS abrufbar, unter www.die-weisse-runde.de

Die prominenten Gäste der aktuellen 97sten Ausgabe sind:

Uwe Schünemann, Niedersächsischer Minister für Inneres, Sport und Integration

Norbert Grundei, Leiter des Programmbereichs N-Joy des Norddeutschen Rundfunks

Robin Haefs, Rapper (“Mad Maks” / Projekt “Rapucation”)

Ebenfalls mit dabei: Je ein Vertreter des Landeseltern- und Landeschülerrats.

Für Schüler/innen ab ca. 9. Klasse und alle Interessierten, die brutale Songtexte satt haben oder gerade besonders reizvoll finden. Denn in dieser „Weißen Runde“ wird kontrovers darüber diskutiert. Im Anschluss an die Aufzeichnung verbleiben auch noch ca. 15 Minuten für Fragen und Meinungen aus dem Publikum!

Internes Arbeitstreffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsräte

Die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsräte sowie der anderen landesweiten Gremien der Kriminalprävention treffen sich traditionell am Vortag des jährlichen Deutschen Präventionstages zu einem internen Arbeitstreffen.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Beratungen stehen neben den länderbezogenen Informations- und Erfahrungsaustausch insbesondere Fragen der Weiterentwicklung einschlägiger Datenbanken sowie Themen der europäischen und internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Kriminalprävention.

1. Niedersächsisches Spitzengespräch kommunale Kriminalprävention

Für eine erfolgreiche Präventionsarbeit vor Ort ist das Engagement der jeweiligen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von besonderer Bedeutung. Der Niedersächsische Justizminister Bernd Busemann und der Landespräventionsrat Niedersachsen haben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der niedersächsischen selbständigen Gemeinden und Städte zu einem Spitzengespräch über aktuelle Fragen und Herausforderungen der kommunalen Kriminalprävention eingeladen.

- geschlossene Veranstaltung -

Referenten

	Seite
Cathrin Adler	281
Prof. Dr. Dr. Michael Aßländer	115
Heidmarie Ballasch	138
Nadine Bals	170
Romy Bartels	128
Stefan Behr	267
Udo Bertram	253
Lüder Bischoff	130
Stefan Bock	242
Martin Boess	188, 196
Detlef Otto Bönke	208
Prof. Dr. Manfred Bornewasser	284
Maren Brandenburger	251
Frank Buchheit	134
Kerstin Bunte	144
Bernd Busemann	470
Dr. Marc Coester	31, 212
Gregor Dehmel	243
Dennis	262
Ulrike M. Dierkes	276
David Dinges	232
Prof. Dr. Günter Dörr	158

Dr. Manuel Eisner	118
Safiye Erdoğan	134
Christian Fissenebert	259
Thomas Flocken	257
Dr. Ireen Friedrich	190, 235
Dr. Helmut Fünfsinn	174
Prof. Dr. Michael Galuske	255
Chris Giles	214
Corinna Gobrecht	248
Prof. Dr. Christian Grafl	31, 184
Alastair Graham	214
Rolf Grimmer	31, 194
Frederick Groeger-Roth	282
Andrea Große-Wiesmann	136
Dr. Bettina Grözinger	280
Christiane Grysczyk	152
Klaus Hackmann	270
Dr. Siegfried Haller	283
Dr. Burkhard Hasenpusch	212, 237
Prof. Dr. Wolfgang Heckmann	224, 256
Elisabeth Heister-Neumann	218
Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer	120
Rebekka Salome Henrich	275

Prof. Dr. Dieter Hermann	157
Viktor Hermeler	274
Dr. Helmut Hirtenlehner	182
Dr. Reiner Hollmann	287
Denise Homann	166
Rolf Hoppe	260
Kurt Horst	264
Julia A. Jäger	288
Klaus Jansen	254
Wolfgang Kahl	156
Bettina Kainz	236
Siegfried Kämmerer	277
Prof. Dr. Barbara Kavemann	162
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner	31, 114, 115, 206
Prof. Dr. Martin Killias	126
Bernhard Klob	235
Inge Kloepfer	124
Prof. Dr. Stefan Koelsch	218
Gerd Koop	238
Shérif Wouloh Korodowou	144
Monika Koschany	172
Michael Krause	214
Prof. Dr. Arthur Kreuzer	160

Albert Krüger	272
Jürgen Krusch	258
Hermann Lampen	268
Udo Lange	214
Prof. Dr. Ruth Linssen	222
Eckhardt Lotze	234
Vera Lüdeck	249
Dr. Christian Lüders	140
Sylvia Lustig	180
Anna Maier-Pfeiffer	168
Erich Marks	31, 114, 115
Heidrun Mayer	245, 299
Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier	166
Dennis Meiser	172
Hajo Michels	196
Karoline Mischur	152
Gerd-Peter Münden	250
Tina Neubauer	279
Franz Niebauer	271
Michael Niggemann	269
Franz Nowak-Sylla	266
Dr. Claudia Olejniczak	180
Monika Olsson	208

Prof. Dr. Christian Pfeiffer	220
Birgit Piltman	252
Heinz-Jürgen Pitzing	278
Prof. Dr. Ali Rame	296
Robert Reichstein	244
Susann Reinheckel	289
Angelika Ribler	176
Thomas Roos	134
Mechthild Ross-Luttmann	224
Volkert Ruhe	172
Dr. Wolfgang Schäuble	114
Svenja Schlüter	247
Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert	142
Dr. Gabriela Schütz	122
Merle Siedenburg	265
Andrea Sieverding	246
Sebastian Sperber	186, 290
Walter Staufer	202
Dr. Wiebke Steffen	31, 114, 115
Dr. Oliver Stolpe	210
Dr. Christina Storck	146, 298
Klaus ter Horst	291
Dankwart Terörde	292

Heinz Thiery	200
Klaus Jürgen Tolksdorf	241
Dr. Katja Veil	142
Thomas Villmar	239
Dr. Stefan von der Beck	261
Prof. Dr. Horst von der Hardt	132
Julia von Weiler	178
Sibylle Wanders	240
Olaf Weddern	286
Dr. Melanie Wegel	164, 273
Stephan Weil	114
Prof. Ingmar Weitemeier	285
Marco Weller	198
Thomas Wendland	293
Marianne Winkler	233
Christian Wulff	114
Annalena Yngborn	297

NOTIZEN

NOTIZEN
